


# globale solidarität

MALDEKSTRA INTERNATIONAL 2020



Die Welt ist aus den Fugen: soziale Spaltung, Ungleichheit, Wirtschaftskrise, Klimakatastrophe und der Aufstieg eines neuen Autoritarismus stellen Grundlagen der Zivilisation infrage. Zu sagen, der Kapitalismus bietet keine Antworten, wird nicht reichen. Wir brauchen wirksame Alternativen, alternative Experimente, mehr Demokratie und sozialistische Diskussionen. Wahr ist aber auch noch etwas anderes, und das zeigt sich gerade in der Corona-Krise: Die Herausforderungen einer globalen Welt sind allein auf nationaler Ebene nicht lösbar. Ob es um die Klimakrise geht, um den notwendigen Umbau der Produktionsweise oder um weltweite soziale Gerechtigkeit – die gesellschaftliche Linke in all ihren vielen Facetten, mit ihren regionalen Erfahrungen, in ihren lokalen Kämpfen um eine bessere Welt, diese bunte weltgesellschaftliche Linke muss den Internationalismus wiederentdecken und von Grund auf erneuern.

## **Impressum**

**maldekstra** wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

**ROSA LUXENBURG STIFTUNG**



**Beirat** Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

**Redaktion** Julia Funcke (Korrektur), Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.), Anne Schindler, Mitarbeit: Tom Strohschneider

**Layout** Michael Pickardt

**Illustrationen** Michael Pickardt auf Basis der Grafik Seite 100 von Schroeter & Berger

**Kontakt** Tel. 030.2978.4678  
kontakt@common.berlin

**Druck** MediaService GmbH  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**Druckauflage** 5.000

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über [bestellung.rosalux.de](http://bestellung.rosalux.de).  
Anfragen und Leser\*innenbriefe bitte an [maldekstra@rosalux.org](mailto:maldekstra@rosalux.org)

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Herzlichen Dank an die Übersetzer\*innen von [lingua•trans•fair](http://lingua•trans•fair) [linguatransfair.de](http://linguatransfair.de) und das Gegensatz Translation Collective [gegensatztranslationcollective.com](http://gegensatztranslationcollective.com) für die tolle Zusammenarbeit.

# Trotz alledem

Ein Kongress, der ausfällt.  
Eine Debatte, die weitergeht. Editorial

Die Corona-Krise hat uns alle vor große, bisher zum Teil noch unbekannte Herausforderungen gestellt. Das betrifft nicht nur unseren Alltag, nicht nur unser politisches Denken, es betrifft auch unsere Arbeit. Unter den Bedingungen der Pandemie müssen Vorhaben verschoben, Pläne geändert werden. Ende Mai 2020 wollten wir in Leipzig auf einem großen internationalen Kongress über „globale Solidarität“ diskutieren. Wir hatten Aktivist\*innen, Intellektuelle, Politiker\*innen und Kulturschaffende aus aller Welt eingeladen, um darüber zu diskutieren, wie ein „neuer Internationalismus“ aussehen kann.

Gründe dafür gibt es mehr als genug. Weltweit sind nationalistische Parteien und autoritäre Regierungen auf dem Vormarsch. Linke suchen nach Antworten darauf – etwa in neuen globalen Kämpfen um die Rechte von Frauen, Minderheiten, Beschäftigten. Auch die Debatte über einen „neuen Internationalismus“ läuft schon, es geht um globale Kooperation von unten, eine Perspektive der Praxis, die sich weniger auf Staatlichkeit bezieht, umso mehr dafür aber auf die transnationale Solidarität der vielen. Aktuelle Kontroversen, etwa über Fragen der Migration oder des politischen Ortes, auf den sich progressive Kräfte konzentrieren, haben die Notwendigkeit dieser Debatte nur noch einmal unterstrichen. Dabei geht es nicht darum, schon fertige Rezepte oder abschließende Antworten zu formulieren, sondern darum, die richtigen Fragen zu stellen, neugierig zu sein auf neue Schlussfolgerungen. Was sind die Herausforderungen eines solchen „neuen Internationalismus“, wer seine Träger\*innen? Und wie verhält sich die Debatte heute zur langen linken Tradition internationaler Perspektiven?

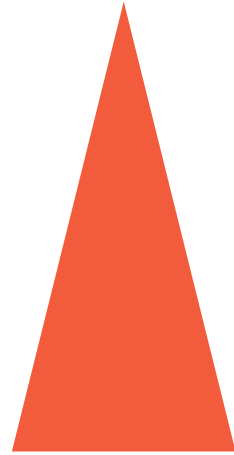
Dann brach die Pandemie aus. Sie hat uns dazu gezwungen, den Kongress in Leipzig abzusagen. Die geplante Sonderausgabe „maldekstra international“ erscheint trotzdem. Gerade in Zeiten der Corona-Krise bleibt es wichtig, inhaltlich und praktisch voranzukommen auf unserem Weg. Zwar appellieren derzeit auch viele Regierende angesichts der Corona-Krise an Solidarität. Damit meinen sie allerdings nur selten faire Bedingungen für den weltweiten Handel, den gemeinsamen Kampf für das Klima und gegen den erstarkenden Rechtspopulismus. Diese und viele andere Fragen und Herausforderungen bedürfen globaler Antworten und internationalistischer Lösungen. Das vorliegende Heft stellt Positionen zur Diskussion, wirft Licht auf praktische Versuche globaler Solidarität, diskutiert Aspekte des alten wie eines neuen Internationalismus. Unser Kongress muss ausfallen – aber die Debatte geht weiter.

*Boris Kanzleiter, Hana Pfennig, Kathrin Gerlof, Tom Strohschneider*

---

Ein Teil der in dieser Ausgabe versammelten Texte ist bereits in früheren Ausgaben von »maldekstra« erschienen. Einige Beiträge wurden vor der Corona-Krise für dieses Heft verfasst, ein weiterer Teil ist bereits unter dem Eindruck der Pandemie geschrieben worden.

Weitere Texte, Stellungnahmen und Interviews finden sich in unserem Internet-Dossier „Globale Solidarität“ unter: [rosalux.de/dossiers/globale-solidaritaet](https://rosalux.de/dossiers/globale-solidaritaet)





- 6 Nicht wieder vergessen**  
Über Solidarität in Zeiten der Corona-Krise, die politische Ökonomie globaler Ungleichheit und die Zeit nach der Pandemie  
Von Sabine Nuss
- 8 „Wir können zeigen, dass es möglich ist“**  
Der südafrikanische Ökonom Michael Nassen Smith im Gespräch über globale Solidarität als Antwort auf die Corona-Krise
- 11 Quelle der Verzweiflung, Quelle der Hoffnung**  
Die Zukunft der Arbeiter\*innenbewegung in Zeiten von Coronavirus und Pseudowellness  
Von Mark Bergfeld
- 14 Eine Welt zu gewinnen**  
Globale Solidarität und Internationalismus der Zukunft  
Von Tom Strohschneider
- 16 Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs**  
Solidarität ist kein bloßes Mittel, kein Instrument, keine Utopie. Solidarität ist in Vergangenheit und Gegenwart eine bereits machbare Erfahrung  
Von Bini Adamczak
- 19 Mit den Fernsten, die nun ganz nahe sind**  
Aspekte eines neuen Internationalismus – als Austausch der Erfahrungen, der Übernahme von Zielen, der gemeinsamen Aktivitäten  
Von Alex Demirović
- 25 „Es geht um ein gutes Leben für alle. Überall“**  
Boris Kanzleiter im Gespräch über den globalen Autoritarismus, linke Gegenbewegungen und einen neuen Internationalismus
- 29 Praktische Kritik der imperialen Lebensweise**  
Was ein neuer Internationalismus berücksichtigen sollte  
Von Ulrich Brand
- 32 Wenn wir eine Chance haben wollen**  
Die linke YouTuberin Sabrina Fernandes will nicht nur Brasilien verändern, sondern die ganze Welt  
Von David Pfeiffers
- 34 Räume, die wichtig sind**  
Wahre Bekenntnisse einer widerwilligen Verhandlungssüchtigen – Oder: Warum ich immer und überall auf Klima-Aktivismus beharre und andere es ebenso tun sollten  
Von Tetet Nera-Lauron
- 36 Lob des Kosmopolitismus**  
Gegen Geschichtsvergessenheit und Begriffsstutzigkeit  
Von Tom Strohschneider
- 37 Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft**  
2019 war das Jahr eines neuen globalen Bewegungszyklus. Trotz vieler Unterschiede gibt es auch Gemeinsamkeiten  
Von Nelli Tügel
- 41 Schmerzen der Solidarität**  
Wer oder was wird da verteidigt? Venezuela, Nicaragua und die Linken  
Von Vincent Körner
- 42 „Darüber lohnt es sich zu diskutieren“**  
Der Historiker Stefan Berger im Gespräch über die Geschichte des Internationalismus und was man daraus für die Zukunft der globalen Solidarität lernen kann
- 44 Ein kurzer, ein sehr kurzer Frühling**  
Vor über 100 Jahren wurde die Sozialistische Internationale der Frauen gegründet  
Von Hannah Hoffmann
- 45 Ein Stellvertreter-Internationalismus ist unmöglich**  
Zwischen Hoffnung, Heroismus und Versagen. Vor 100 Jahren wurde die Kommunistische Internationale gegründet  
Von Lutz Brangsch
- 48 Gänsehaut nach der Ankunft**  
Urs Müller-Plantenberg ist eine Legende der Lateinamerika-Solidarität hierzulande. Was kritischer Internationalismus heißt, lebte er im Chile Allendes
- 51 Mandela wurde nicht durch den Mauerfall befreit**  
Die Geschichte der Demokratisierung Südafrikas wurde von den beteiligten Aktivist\*innen geschrieben – und von Solidarität  
Von Andreas Bohne

**53 Verändert im Kontinuum**

Die Anfänge des Vereins SODI liegen in der DDR. Aber ernst gemeinte Solidarität geht nicht mit einem Gesellschaftssystem unter  
Von Kathrin Gerlof

**55 Also ja: Wir greifen nach den Sternen**

Alex Wischnewski im Gespräch über die Chancen für eine neue Feministische Internationale, Streiks von Frauen und unterschiedliche Positionen in einem gemeinsamen Rahmen

**59 Große Zugkraft**

Streik ist ein machtvolleres Mittel, wie der Kampf für reproduktive Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten zeigt  
Von Cinzia Arruzza

**61 Das Recht, „Nein“ zu sagen**

Klimagerechtigkeit – Naturverhältnisse – Geschlechtergerechtigkeit  
Von Christa Wichterich

**64 Es wird langsam Zeit**

Klimagerechtigkeit ist weniger ein Zustand als ein Prozess: der des Kampfes gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klimaungerechtigkeit verursachen  
Von Tazio Müller

**67 „Es gibt keine Deadline, aber enormen Zeitdruck“**

Nadja Charaby und Tazio Müller im Gespräch über Ereignisse, die neue Wahrheiten schaffen, Klimagerechtigkeit und die Frage, warum die Linke umdenken muss

**71 Bittere Realität**

Bisher viel zu wenig beachtet: Wie die Klimakrise bereits heute weltweit zu Flucht und Vertreibung führt  
Von Nadja Charaby

**73 Kein „Plan“ des Kapitals**

Offene Grenzen und die Konkurrenz auf Arbeitsmärkten: Anmerkungen zur globalen Ökonomie und zur Solidarität  
Von Michael Wendl

**75 Maßstab: Menschsein**

Grundrechte sind unteilbar. Willkommensinitiativen, solidarische Städte und Seenotretter zeigen, was das in Zeiten der großen Flucht heißt  
Von Kathrin Gerlof

**77 „Wir sollten uns nichts vormachen“**

Wolfram Schaffar im Gespräch über autoritäre Entwicklungen, die Krise der Demokratie und den Zusammenhang von kritischer Analyse und politischer Veränderung

**82 Vom Bonapartismus zur Postdemokratie**

Marx und Luxemburg, Gramsci und Crouch: kurze Geschichte linker Krisendebatten  
Von Tom Strohschneider

**84 Gegen den „männlichen Zorn“**

Frauen führen vielerorts den Widerstand gegen autoritäre Regierungen an  
Von Svenja Glaser

**85 „Es geht darum, alte Denkweisen zu überwinden“**

Eva Wuchold im Gespräch über direkte und strukturelle Gewalt, Johan Galtungs Beitrag zur Konfliktbewältigung und das Konzept des „positiven Friedens“

**89 Den Feminismus anders denken**

Mehr als ein Pakt zwischen Kriegern: zur Rolle von Frauen im kolumbianischen Friedensprozess  
Von Kathrin Gerlof

**91 „Die linke Szene bei uns ist sehr klein“**

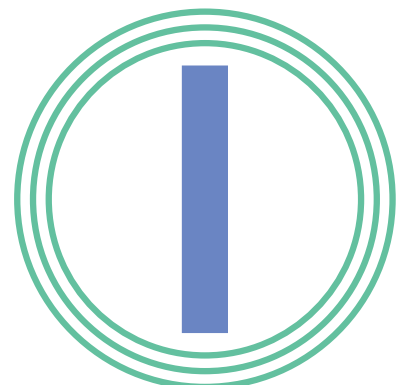
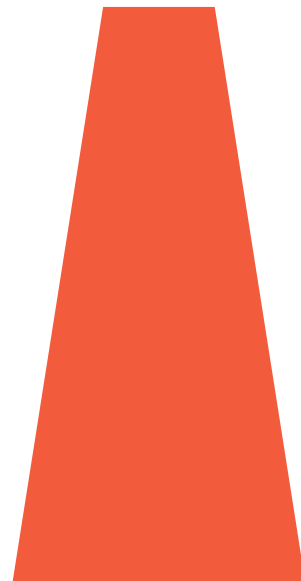
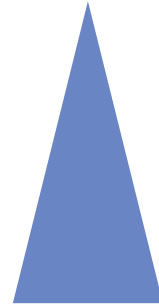
In diesem Jahr wäre Jugoslawien 100 Jahre geworden. Krunoslav Stojaković im Gespräch über ein zerfallenes Land, die soziale Frage und die Schwierigkeit, über Alternativen zu reden

**93 Die stille Revolution von Makueni**

Diebstahl öffentlicher Ressourcen ist einer der größten Konfliktherde in Kenia. Das Dorf Mwaani geht nun gegen Korruption vor  
Von Anja Bengelstorff

**95 Das ist der Treibstoff der Bewegungen**

Steffen Kühne im Gespräch über Widersprüche in den Kämpfen um Ernährungssouveränität, Nahrung als politische Frage und die Rolle der Technik für eine alternative landwirtschaftliche Produktion



# Nicht wieder vergessen

Über Solidarität in Zeiten der Corona-Krise, die politische Ökonomie globaler Ungleichheit und die Zeit nach der Pandemie. Von Sabine Nuss

Wer in diesen Zeiten Texte über die Corona-Krise schreibt, rennt in vielen Fragen einer rasenden Aktualität hinterher. Opferzahlen, Ausbreitungsgeschwindigkeit, Gegenmaßnahmen, die politische Diskussion darüber, die Eindringlichkeit, mit der sich die sozialen und ökonomischen Widersprüche nun vervielfältigen: All das setzt uns nicht nur als Beobachter\*innen unter Druck, denn wir stehen nicht außerhalb dieser Welt, wir haben Angehörige, wir haben unsere Sorgen, wir leben unter bisher ungekannten Einschränkungen.

Und zugleich wirft die Corona-Krise drängende Fragen auf, aktualisiert bestehende. Als die Pandemie hierzulande mit ganzer Wucht einschlug, sagte Angela Merkel, „unsere Solidarität, unsere Vernunft, unser Herz füreinander“ seien „auf eine Probe gestellt“. Und sie, die Kanzlerin, wünsche sich, dass wir diese Probe bestehen. Doch wie solidarisch kann eine Gesellschaft sein, deren soziale Beziehungen auf Konkurrenz beruhen, deren Credo lautet: Jeder für sich, jedem ums Seine? Und über welche Solidarität reden wir?

Solidarisch sein bedeutet „füreinander eintreten“; „solidarisch“ wird im Sinne von „gemeinsam für etwas eintretend, sich verbunden fühlend“ gebraucht; „sich solidarisieren“ meint, sich mit jemandem zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen und Ziele zu verbünden. Bertolt Brecht hatte nicht die Gesamtheit aller Einwohner\*innen eines oder aller Länder im Sinn, als er für den Film „Kuhle Wampe“ das Solidaritätslied schrieb, mit dem berühmten Refrain: „Vorwärts und nicht vergessen: die Solidarität!“ Vielmehr ging es hier um die Solidarität unter den Armen, den Arbeiter\*innen, den Arbeitslosen, den Abgehängten, vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren.

Etwas anderes sind Hilfsbereitschaft, Charity, Wohltätigkeit. Sie brauchen nicht unbedingt gemeinsame politische Ziele, keinen Kampf, kein mächtigeres Gegenüber, überhaupt kein Bewusstsein von gesellschaftlichen Gegensätzen, die sich verändern ließen, um die Hilfe und milde Gaben überflüssig zu machen. Solidarität aber kennt ein „gegen“: Gegen wen oder gegen was schließen wir uns zusammen, worin vereinen sich unsere Interessen? Vor diesem Hintergrund scheint der mächtige, der gemeinsame Gegner das Virus zu sein. Das gemeinsame Ziel, hinter dem sich alle gegen die Pandemie verbünden, ist das Verhindern einer schnellen Verbreitung des Virus, die Schonung der Kapazitäten im Gesundheitswesen, das Menschenleben rettet. Dafür wird verzichtet auf persönliche Treffen, auf Zusammenkünfte, auf Kneipenbesuche, dafür bleibt man zu Hause, Social Distancing. Wer kann, kümmert sich um Leute, denen die Isolation oder Quarantäne Probleme bereitet. Kol-

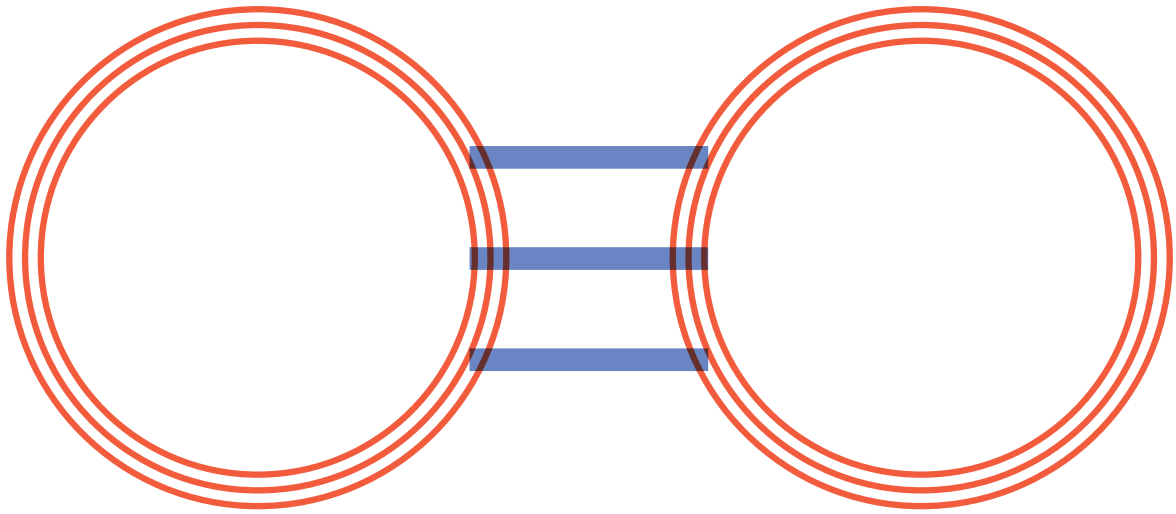
lektiv, nachbarschaftlich, selbstlos. Das Positive in der Krise sei, so kann man es jetzt oft hören, wie solidarisch sich alle gegenseitig zeigen würden, weil: Die Corona-Krise sei eine Zerreißprobe für „unsere Gesellschaft“.

Was in dem „wir“ und „unser Gegner“ untergeht, ist: Die Krise trifft nicht alle gleich. Das hat Gründe. Unbeschadet der Tatsache, dass sich jede Gesellschaftsform bei einer Pandemie vor eine große Herausforderung gestellt sehen würde, produziert die Corona-Krise keine allgemein menschlichen oder „gesellschaftlichen“ Probleme, sondern spezifisch kapitalistische. Viel wird derzeit zum Beispiel über das „Kaputtsparen“ des Gesundheitswesens berichtet und darüber, wie uns das nun auf die Füße fällt. Man hat die Heilung von Menschen einer betriebswirtschaftlichen Logik untergeordnet, Krankenhäuser müssen Erlöse erzielen, Gewinne machen und vor allem „effizient“ arbeiten. Und das bedeutet: Keine überschüssigen Kapazitäten vorhalten, Notfallreserven möglichst auf null fahren, denn die kosten nur Geld.

„Ökonomische Effizienz“ war nicht nur das Totschlagargument im Gesundheitsbereich, sondern diente der Legitimation der Privatisierung breiter Bereiche der Daseinsvorsorge weltweit, insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten. Heute wissen wir: Die ökonomische Effizienz führte zu einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, zu niedrigeren Löhnen, zu einer Umverteilung öffentlichen Vermögens in private Hände, wo es sich konzentriert. Der Ungleichheitsforscher Thomas Piketty hat darauf hingewiesen, dass Privatisierung einer der zentralen Gründe gewesen sei für die in den letzten Jahren auseinanderdriftende Schere von Arm und Reich.

„Ökonomische Effizienz“ verweist zudem auf eine ganz bestimmte Ökonomie, nämlich eine, deren Effizienz dann als gewährleistet gilt, wenn das Kapital sich möglichst schnell und stark verwertet. Sie setzt ein Unten und ein Oben nicht nur voraus, sondern hat sie auch zum Ergebnis – in historisch und regional unterschiedlichem Ausmaß.

Das zeigt sich nun immer deutlicher auch im internationalen Maßstab. Die Pandemie gefährdet die Menschen in ärmeren Ländern noch einmal ganz anders. Auf dem afrikanischen Kontinent haben etwa 70 Prozent der Menschen keine Rücklagen, im Falle eines Shutdowns haben sie weit größere Sorgen als ausverkauftes Klopapier. In ganz Bolivien gibt es laut der kirchlichen Hilfsorganisation Misereor nur 235 Betten für Corona-Patienten, davon 35 für Schwererkrankte. Internationale Hilfsprojekte sind in der Krise blockiert oder heruntergefahren. Um die knapper werdenden medizinischen Ressourcen hat ein globales Rennen begonnen, in dem sich die reichen



Staaten durchsetzen werden. Und wir sehen an Corona: Nicht jede Krankheitsbedrohung ist gleich. Der südafrikanische Menschenrechtsaktivist Mark Heywood hat daran erinnert, wie wenig sonst geschieht, wenn „nur“ an den Rand gedrängte Bevölkerungsgruppen bedroht sind oder es um Gesundheitskrisen in den Zonen der kapitalistisch verursachten Armut geht. Von den Verhältnissen, unter denen Geflüchtete jetzt überleben müssen, ganz zu schweigen. Die Corona-Krise – eine einzige Anklage, eine Mahnung, dass über internationale Solidarität nicht nur geredet werden darf. Sie muss auch praktisch werden.

Die Pandemie trifft nicht nur medizinisch auf unterschiedliche Vulnerabilitäten, sondern auch ökonomisch. In der Krise wird das für viele besonders schmerzhaft spürbar. In der kapitalistischen Marktwirtschaft werden Güter durch die Zirkulation von Ware und Geld verteilt und die Produktion dieser Güter über den Tausch „Arbeitskraft gegen Geld“ organisiert. Kapitalistisches Wachstum ist angewiesen auf ein reibungsloses Funktionieren dieser Zirkulation. In Zeiten von Corona – und das ist das historisch Außergewöhnliche – unterbricht der Staat diese Zirkulation ganz gezielt, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Aber das hat Folgen, und auch diese sind nicht für alle gleich.

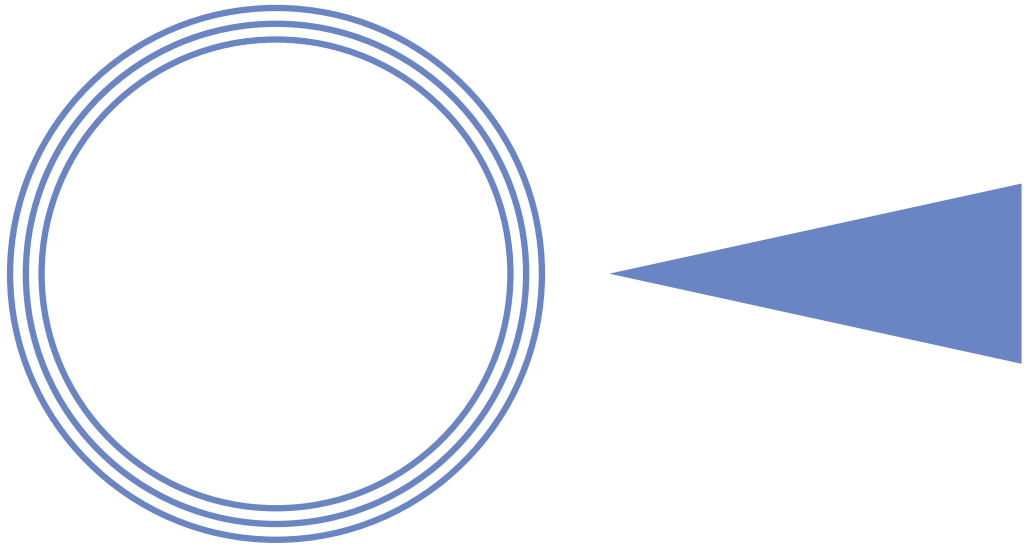
Was sich in dieser wie in anderen Krisen regelmäßig offenbart, ist die Eigentumslosigkeit der vom Lohn abhängigen Menschen. Viele weisen jetzt auf ihre prekäre Existenz hin, wissen nicht, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, wenn keine Aufträge mehr reinkommen, kein Lohn. Es ist das Paradoxon unserer Wirtschaft, dass wir darin einerseits wechselseitig auf uns angewiesen sind, indem wir miteinander kooperieren in der alltäglichen Arbeitsteilung. Zugleich sind wir darin gegeneinandergestellt, in Konkurrenz. Die kapitalistische Effizienz, die in der Kapitalrendite ihr Maß hat, trennt die Mitglieder der Gesellschaft in Arm und Reich, in Käufer und Verkäufer, in Arbeiter und Unternehmer, in Beitragszahler und Trans-

ferempfänger, in Beschäftigte und Arbeitslose, in Schuldner und Gläubiger, in Eigentümer und Nicht-Eigentümer.

Jene, die in der Krise sich selbst die Nächsten sind, verfahren daher ganz in der Logik ihrer Erfahrungswelt: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst, bekommt es noch, das Klopapier, wer clever ist, spekuliert auf Mundschutzmasken oder klaut sie, auch wenn andere dadurch kein Leben mehr retten können, wer Geld hat, fliegt mit dem Privatjet, bekommt den raren Platz am Beatmungsgerät und spekuliert auf Kosten des Leids anderer, macht Hamsterkäufe.

Rücksicht nehmen auf andere? Verantwortung fürs große Ganze übernehmen, hilfsbereit sein? Sicher, auch das wird mitunter gefordert. Aber es reicht nicht hin. Eine Gesellschaft, in der die Individuen auf ein „Jeder gegen jeden“ gebieft sind, die Teile abgehängt hat und andere Teile in ein Hamsterrad zwingt, das sie an ihre psychische Belastungsgrenze bringt, während andere nicht mehr wissen, wo sie noch ihr Kapital anlegen sollen, auf dass es sich ins Groteske vermehre, eine solche Gesellschaft braucht den eindringlichen Appell an höhere Werte wie keine andere, sie braucht den Kitt, der das Herz anruft, einen Kitt, der die zersplitterten, ungleich mit Ressourcen ausgestatteten, konkurrierenden Individuen zusammenhält.

Ja, unsere Vernunft, unser Herz füreinander gebieten es, gemeinsam unter Aufbietung aller Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Verantwortung der Pandemie ein Ende zu bereiten und möglichst viele Menschen zu schützen. Lasst uns solidarisch sein. Aber bleibt es, wenn der Spuk vorbei ist, wenn Menschen auf die Straße gehen, wenn sie streiken für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, für mehr Personal und mehr Lebensqualität, für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge, für eine umweltschonende Wirtschaft, eine, die den Menschen dient, nicht dem Kapital. Es wird mächtige Gegner geben. Deshalb: Vorwärts, und nicht wieder vergessen: die Solidarität.



## „Wir können zeigen, dass es möglich ist“

Der südafrikanische Ökonom Michael Nassen Smith über globale Solidarität als Antwort auf die Corona-Krise

*Die Coronakrise ist globales Phänomen. Dennoch finden die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 hauptsächlich im Rahmen des Nationalstaates statt. Wie beurteilen Sie das?*

Die Corona-Krise zeigt das wahre Ausmaß und die Tiefe unserer globalen Vernetzung in anschaulicher Weise. Dennoch wird die erste Reaktion auf die Krise von den nationalen politischen Rahmenwerken der Nationalstaaten ausgehen müssen. Aber wir sehen uns nicht mit einem gewöhnlichen Ereignis konfrontiert: Die Bedingungen, unter denen sich die Krise verschärft hat, sind global, und damit auch die Lösungen. Die Fähigkeit und die Art der jeweiligen nationalen Antwort hängen von den globalen wirtschaftlichen und politischen Realitäten ab.

*Ob in Europa oder Afrika: In vielen Artikeln über die Krise und auch in Unterstützungsaufrufen wird „Solidarität“ eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Doch welche Rolle spielt sie auf globaler Ebene?*

Wenn wir von Solidarität sprechen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, was sie tatsächlich bedeutet, damit wir

uns nicht in einem leeren Moralismus verlieren. Wenn zum Beispiel das Großkapital zusammenkommt, um Lösungen für die Krise zu finden, dann stellt dies ebenso eine Form der Solidarität dar, wenn auch für die Reichen und Mächtigen. Was jetzt dringend erforderlich ist, ist die Solidarität eines Volkes.

Es gibt auch die Art von Solidarität, die notwendig ist, um die Gemeinschaften in dieser Zeit zu unterstützen, wie die Pflege von gebrechlichen oder älteren Familienmitgliedern und Nachbar\*innen oder die freiwillige Teilnahme an den gewaltigen Anstrengungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zur Bekämpfung der Pandemie. Wir müssen diese Gemeinschaftsethik, die wir auf der Mikroebene sehen, in das Gefüge der Global-Governance-Institutionen selbst einbinden.

*Braucht es also zuerst ein ganz grundsätzliches Gefühl von globaler Solidarität?* Die Krise wird unterschiedlich sein, je nachdem, wo man sich befindet – es muss unbedingt darauf hingewiesen werden, dass der „Globale Süden“ aus einer Vielzahl von Ländern besteht, mit erheblichen Unterschieden in Bezug



auf die wirtschaftliche und staatliche Kapazität und in der Tat auch in Bezug auf die Politik und die Klassenunterschiede. Brasilien ist nicht Südafrika, geschweige denn Malawi. Solidarität sollte daher auf einer realen Bewertung der spezifischen Bedingungen und nicht auf einer abstrakten Sichtweise der „ärmeren“ Nationen und Regionen der Welt beruhen.

Zum Beispiel: In Südafrika, wo ich herkomme, waren fast 80 Prozent der Bevölkerung vor dem Ausbruch der Krankheit unmittelbar von der Gefahr bedroht, unter die Armutsgrenze zu fallen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung des Landes leidet an HIV und Tuberkulose. Inzwischen hat das Land einen stark unterbeschäftigten öffentlichen Gesundheitssektor und bereits angespannte finanzielle Ressourcen sowie eine zusammenbrechende Währung.

Insgesamt leben Millionen Menschen im globalen Süden vom informellen Sektor. Diese wirtschaftlichen Aktivitäten machen einen erheblichen Teil des Wirtschaftslebens aus und werden vielerorts eingeschränkt, was den Menschen ihre Lebensgrundlage raubt. Indien und Marokko haben Unterstüt-

zung für diesen Sektor zugesagt, aber es bleibt abzuwarten, wie andere Staaten darauf reagieren werden. Es ist erschreckend, über die Zukunft nachzudenken.

*Du sprichst die Vielfalt des globalen Südens an. Wie kann angesichts eines so ungleichen wirtschaftlichen Potenzials zwischen den Ländern Solidarität aussehen?*

Ein erfolgreicher Kampf gegen diese Krise könnte zeigen, was die Solidarität der Bevölkerung erreichen kann: Dass es möglich ist, unser eigenes Schicksal kollektiv zu bestimmen, Seite an Seite mit anderen angesichts der schrecklichen sozialen Herausforderungen zu stehen. Die eigentliche Aufgabe der Linken besteht darin, ein Gefühl des Vertrauens in die Idee zu vermitteln, dass eine zukünftige Gesellschaft auf diese Weise realistisch werden kann.

Das bringt mich zur Frage der Politik. Wir müssen der Öffentlichkeit vermitteln, dass die COVID-19-Krise durch die neoliberale Wirtschaftslogik und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten verschärft wurde. Die Krise hat aufgedeckt, was Unterfinanzierung und Sparmaßnahmen den Ländern auf der ganzen Welt angetan haben. Die Klassen-, „Rassen“- und Geschlechter-



Foto: privat

#### **Michael Nassen Smith**

ist südafrikanischer politischer Ökonom und Doktorand an der York University in Toronto, Kanada. Er arbeitete viele Jahre lang als stellvertretender Direktor des Institute for African Alternatives, schreibt für zahlreiche Zeitungen. Das Gespräch führte Andreas Bohne. Eine Langfassung des Interviews ist auf [rosalux.de](http://rosalux.de) erschienen.

unterschiede und -ungerechtigkeiten, die das globale System bestimmen, werden nun deutlich zutage treten. Wir sollten nicht überrascht sein, dass eine solche Pandemie zurückkehrt, wenn man bedenkt, was vor nur einem Jahrzehnt mit SARS geschehen ist. Warum wurden keine Labore eingerichtet, um Impfstoffe und Lösungen zu finden? Warum sind die Krankenhäuser nicht ausgerüstet und in manchen Fällen nicht bereit, Patient\*innen zu behandeln? Natürlich sind die Dinge nicht überall gleich. Deutschland zum Beispiel – Südkorea und China sind andere – verfügt über eine Gesundheitsinfrastruktur, die die Krise dank rechtzeitiger staatlicher Eingriffe und einer besseren Vorbereitung weitaus besser bewältigen kann. Die ärmeren Länder des globalen Südens sind am stärksten betroffen und werden sich in den kommenden Wochen wahrscheinlich in einer Spirale befinden.

Die vor uns liegende Krise offenbart ein krasses Marktversagen, das in der Privatisierung des Gesundheitswesens und der Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur wurzelt, wodurch ein für die Einhaltung der Menschenrechte grundlegender Dienst zu einer Gewinnquelle wird. In diesem Sinne muss sich die globale Solidarität in eine Bewegung umsetzen, die den neoliberalen globalen Kapitalismus herausfordert.

Dies kann nicht erreicht werden, wenn der Trend zur Isolation und zum engstirnigen Nationalismus anhält. Der Linken ging es schon immer um internationale Solidarität, auch wenn es in den letzten Jahren einige Uneinigkeit in dieser Frage gab. Die Idee der Linken, des Sozialismus, ist ohne eine internationalistische Perspektive inkohärent. Wir brauchen diese Perspektive jetzt mehr denn je.

*Gegenwärtig werden in vielen Ländern erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise abzumildern. Erwarten Sie einen Rückfall in den nationalen Kapitalismus – sozusagen einen Prozess der internationalen „Entsolidarisierung“? Oder sehen Sie eher das Pendel in Richtung einer globalen, solidarischen Ordnung schwingen?*

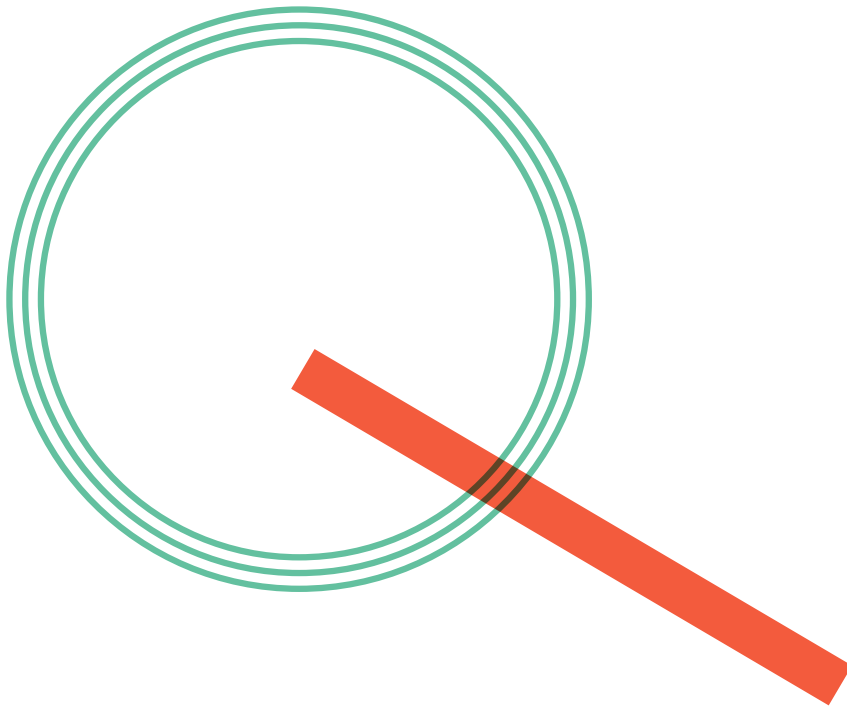
Das hängt davon ab, was wir tun. Die Menschen müssen aus der Selbstgefälligkeit „herausgerüttelt“ werden. Die globale Mittelschicht, einschließlich der Menschen aus dem globalen Süden, wird

sich nun dem Streaming und dem Online-Shopping zuwenden und sich die Zeit mit allen möglichen Formen der Unterhaltung vertreiben. Dies ist eine Reaktion, die vom System selbst hervorgerufen wird, ein Seufzer eines Volkes, das keinen Sinn für Macht und Hoffnung hat und wenig Vertrauen in eine Vision für eine alternative Welt.

Aber die todlangweiligen Lösungen werden nicht lange funktionieren, wenn immer mehr Menschen den Ernst der Lage erkennen. Die Gefahr der Verelendung ist selbst für die Menschen der Mittelschicht spürbar – insbesondere im globalen Süden, wo das Leben der Mittelschicht noch immer weitgehend prekär und schuldengeplagt ist. Dies gilt auch zunehmend für den globalen Norden nach Jahren des Sparkurses und der neoliberalen Regierungsführung. Natürlich ist dies für die große Mehrheit der Menschen im globalen Süden eine dringende Frage von Leben und Tod. Direkte und dringende Maßnahmen sind notwendig. Auch hier kann die Angst dem Sündenbock, der Xenophobie und dem Rassismus weichen. Südafrika hatte bereits vor dem Ausbruch mit xenophober Gewalt in armen und Arbeitergemeinschaften zu kämpfen. Ethnische und religiöse Gewalt plagt noch immer mehrere Länder.

Wenn die wachsende Angst nicht kanalisiert wird, kann sie letztlich die „Entsolidarisierung“ erleichtern, von der Sie sprechen – sogar die Unterstützung des Autoritarismus. Hier muss die Linke eingreifen, Hoffnung und Visionen vermitteln und konkrete Wege für politisches Handeln aufzeigen. Überall im globalen Süden versammeln sich progressive Kräfte. Sie brauchen die Unterstützung von Genoss\*innen im globalen Norden und in der ganzen Welt. Jetzt ist die Zeit der Koordinierung und der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen gekommen.

Der Internationalismus hat in der gegenwärtigen Situation sowohl moralische als auch materielle Gründe. Progressive Bewegungen im Norden können dazu beitragen, die internationale Dimension des gegenwärtigen Kampfes zu artikulieren, und gleichzeitig betonen, dass ein Kampf für eine humane und demokratische Zukunft geführt werden muss. Auch auf die Gefahr hin, dass es klischeehaft klingt: Rosa Luxemburgs Satz „Sozialismus oder Barbarei“ hat noch nie so deutlich geklungen wie heute.



## Quelle der Verzweiflung, Quelle der Hoffnung

Die Zukunft der Arbeiter\*innenbewegung in Zeiten von Coronavirus und Pseudowellness. Von Mark Bergfeld

Schon lange bevor das Coronavirus aufgetaucht ist, litt unsere körperliche und geistige Gesundheit unter der Arbeit – das ist nichts Neues. Überraschend ist allerdings die Art und Weise, wie Kapital und Arbeitgeber\*innen versuchen, mit der heutigen Krise der Arbeit umzugehen – eine Krise, die schon so weit fortgeschritten ist, dass die Weltgesundheitsorganisation entschieden hat, das „Burnout-Syndrom“ als Krankheit anzuerkennen. Die medizinische Forschung bietet zwar eine Fülle von Belegen dafür, dass überlange Arbeitszeiten extrem gesundheitsschädlich sind, doch statt diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, propagiert das Kapital weiterhin die Idee, dass Arbeit das Wohlbefinden fördert und zur individuellen Entfaltung beiträgt.

In Großbritannien hat diese Ideologie in den letzten sieben Jahren zu einem massiven Anstieg von Selbstmorden bei Gesundheitsfachkräften geführt – mehr als 300 überarbeitete Krankenpfleger\*innen nahmen sich das Leben. Menschen mit Behinderung und Empfänger\*innen von Sozialleistungen sind hingegen gezwungen, sich auf ihre „Arbeitsfähigkeit“ überprüfen zu lassen. Kein Wunder also, dass die britische Health and Safety Executive für das Wirtschaftsjahr 2018/19 insgesamt 12,8 Millionen verlorene Arbeitstage infolge von Stress, Ängsten und Depressionen vermeldete, während das Office for Na-

tional Statistics bekannt gab, dass im selben Zeitraum nur 273.000 Arbeitstage aufgrund von Arbeitskämpfen verloren gegangen sind – die sechstniedrigste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1981.

Einige „progressivere“ Arbeitgeber\*innen haben den Schritt hin zu kürzeren Arbeitszeiten befürwortet. Ein möglicher Grund dafür ist, wie kürzlich in einem Artikel im Männermagazin GQ festgestellt, dass verringerte Arbeitsstunden die Produktivität erhöhen. In Zeiten einer globalen Epidemie und Wirtschaftskrise findet dieses Argument im kapitalistischen System zunehmend Widerhall. Jedoch bedeutet der derzeitige Druck auf Arbeitgeber\*innen auch, dass sie die Arbeiter\*innen noch stärker ausbeuten müssen, um Vertrauen seitens der Aktionäre zu schaffen.

Einer der Ansätze, um das zu erreichen, besteht darin, die Stressresistenz der Arbeiterschaft und ihre Fähigkeit zum „tiefen Denken“ („deep thinking“) zu stärken. Vor diesem Hintergrund kann man auch den Aufstieg der „Wellness“-Ideologie verstehen. Manche Großunternehmen gehen dazu über, vor Meetings 60-Sekunden-Achtsamkeitsübungen durchzuführen. In anderen Fällen bieten Firmen Yoga- und Achtsamkeitskurse an und setzen auf Wellness statt auf Gesundheit und Sicherheit, um die Resilienz der Beschäftigten zu erhöhen. Während der Brexit-Verhandlungen hat man Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Kurse zur seelischen Entspannung und Stressbewältigung zur Verfügung gestellt und auch am Arbeitsplatz selbst Übungen zur Steigerung des Wohlbefindens angeboten. Diese Entwicklungen beschränken sich aber nicht nur auf Büroangestellte. Auch die – für ihre harten und extremen Arbeitsbedingungen berüchtigte – US-Restaurantbranche führte neuerdings Yoga- und Wellness-Angebote vor Ort ein, um der hohen Personalfuktuation entgegenzusteuern.

Achtsamkeit spielt eine zentrale Rolle bei den kapitalistischen Bestrebungen, uns in perfekte Arbeitnehmer\*innen zu verwandeln. Ronald Purser argumentiert in seinem Buch „McMindfulness“, dass die Achtsamkeitspraxis dafür von ihrer buddhistischen Essenz und der Ethik der radikalen Empathie gesäubert wurde. Wie Sanam Yar zeigt, trägt sie also auch nicht dazu bei, dass tatsächlich etwas an den Arbeitsbedingungen geändert oder Rassismus am Arbeitsplatz angegangen wird. Vielmehr ist Achtsamkeit zum Sinnbild für die Selbstoptimierung in einer immer rauerer Welt geworden – ein Trendphänomen, das unseren Stress privatisiert und das öffentliche Leben zerstört. Um die gegenwärtige Krise der Arbeit und die kapitalistische Zukunftsvision der Arbeit zu verstehen, müssen wir daher Achtsamkeit und Wellness als wichtige ideologische Grundpfeiler in den Blick nehmen. Arbeitgeber\*innen instrumentalisieren Wellness, positive Psychologie oder Achtsamkeit, um uns dazu zu bringen, länger und effizienter zu arbeiten.

Diese kapitalistische Offensive stößt jedoch auf Widerstand. Bei einem Lehrer\*innen-Streik in West Virginia letztes Jahr war der zentrale Streitpunkt, wie Lena Solow berichtet, die geplante Einführung verpflichtender Wellness-Kurse. Die daraus entstandene Protestwelle weitete sich über das gesamte Land aus und reichte bis nach Los Angeles.

Die Lehrer\*innen in L. A. und ihre Unterstützer\*innen zeigten, wie sich jenseits von Wellness neue Formen der Solidarität entwickeln lassen. Als sich die 34.000 Lehrer\*innen (mit insgesamt rund 700.000 Schüler\*innen) gegen ihren Oberschulrat auflehnten – der zufälligerweise auch Wall-Street-Banker ist –, ebneten sie den Weg für neue Solidaritäten, die der sehr kalifornischen Wellness-Ideologie Kontra geben. Ein „Tacos for Teachers“-Fundraiser, um die streikenden Lehrer\*innen finanziell zu unterstützen, brachte über 30.000 Dollar ein und machte deutlich, wie der Protest die „Wellness“ am Streikposten und auch darüber hinaus förderte. Selbst der gewerkschaftsfeindliche Nachrichtensender CNN musste anerkennen, dass diese Solidarität köstlich schmeckt.

Doch nicht nur Lehrer\*innen an öffentlichen Schulen bekämpfen die Wellness-Ideologie und wollen sie durch neue Formen von Solidarität ersetzt wissen. Letztes Jahr haben genau jene Arbeiter\*innen eine Gewerkschaft gegründet, die ihre Yoga- und Wellness-Angebote den Unternehmen und anderen Kund\*innen zur Verfügung stellen. Da Yoga mittlerweile zum Millionengeschäft geworden ist, wollen sie natürlich auch ein Stück vom Kuchen.

Diese gewerkschaftliche Organisation hat zahlreiche Gründe. Einem Artikel in der buddhistischen

Zeitschrift „Tricycle“ zufolge müssen Lehrer\*innen, die für das Unternehmen YogaWorks arbeiten, über 3.500 Dollar in ihre Ausbildung investieren. In der Branche gibt es aber weder standardisierte Einstellungspraktiken und Vergütungsskalen noch Personalverwaltungssysteme. Laut New York Times arbeiten Yoga-Lehrer\*innen oft als „Selbstständige“ oder „Teilzeitkräfte“ ohne Anspruch auf Krankenversicherung für zwei oder drei verschiedene Arbeitgeber\*innen und verdienen etwa 175 Dollar am Tag. Zudem wird von ihnen erwartet, dass sie die Kursvorbereitungen in ihrer Freizeit erledigen. Interessant ist, dass sie sich der Maschinisten-Gewerkschaft angeschlossen haben, was zeigt, dass sich neue Gruppen von Arbeiter\*innen mit länger bestehenden Gewerkschaften zusammenschließen, um ihre Macht innerhalb der Wellness-Ökonomie auszubauen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass die Maschinisten-Gewerkschaft sich mit YogaWorks auf einen Tarifvertrag für über 100 Beschäftigte an vier Standorten in New York geeinigt hat. Mittlerweile wurden auch weitere Standorte in den USA ins Visier genommen. Da YogaWorks nicht das einzige Unternehmen ist, das für seine Verstöße gegen Arbeitsrechte in der Kritik steht, ist davon auszugehen, dass sich weitere Gruppen von Arbeiter\*innen innerhalb der Wellness-Ökonomie gewerkschaftlich organisieren werden.

Die Wellness-Ökonomie ist durch den offensichtlichen Widerspruch gekennzeichnet, dass ihre Produkte und Dienste in erster Linie an Frauen vermarktet werden, während Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin Diskriminierung erfahren und häufiger den Gewerkschaften beitreten. Am deutlichsten zeigt sich das mit Blick auf den Pflegebereich. Obwohl Wellness und Wohlbefinden zunehmend wichtiger für die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse werden, hat das nicht zu besseren Arbeitsbedingungen für Pflegefachkräfte geführt. In Connecticut zum Beispiel sind ein Drittel der häuslichen Pflegehelfer\*innen Migrant\*innen, wobei Frauen von Color den Großteil ausmachen. Von ihnen wird erwartet, dass sie 24 Stunden am Tag und 27 Tage im Monat arbeitsbereit sind, obwohl sie nur 10 Dollar Stundenlohn erhalten.

Angesichts einer alternden Bevölkerung, anspruchsvollerer Pflegebedürfnisse und des Mangels an tragfähigen Finanzierungsmodellen für häusliche Pflegedienste nehmen Arbeiter\*innen die Dinge verstärkt selbst in die Hand und entwickeln angemessene Arbeits- und Geschäftsmodelle in Form von Kooperativen. So arbeitete etwa die Gesundheitsgewerkschaft I199SEIU gemeinsam mit Arbeiter\*innenkooperativen daran, die Arbeitsbedingungen für häusliche Pflegehelfer\*innen in New England zu verbessern. Der Reporter der New York Times, der über die Yoga-Arbeiter\*innen berichtete, schien sich leider mehr für ihre Meditations-Apps zu interessieren als für ihre jüngsten Bemühungen um gewerkschaftliche Organisation.

Damit sich die Arbeiter\*innenbewegung erneuern kann, ist es notwendig, dass ein breiteres Netzwerk von Organisationen entsteht. Weltweit zeich-

nen sich auch mehr und mehr solcher Organisationen und organisatorischer Bestrebungen ab. In Japan etwa gibt es die #Kutoo-Bewegung – in Anspielung auf die japanischen Wörter „kutsu“ (Schuh) und „kutsuu“ (Schmerz) –, bei der sich Frauen dafür einsetzen und von Unternehmen fordern, dass sie die diskriminierende Praxis aufgeben, Frauen am Arbeitsplatz zum Tragen von High Heels zu zwingen.

Neue Formen des Widerstands innerhalb der weiblichen Erwerbsbevölkerung führen zu Veränderungen dessen, was Marx die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ nannte – oder was auch einfach als „Automatisierung“ bezeichnet werden kann. Eine britische Studie hat aufgezeigt, dass im Einzelhandel – eine der Branchen, in der Frauen den größten Beschäftigtenanteil stellen – Positionen mit Kundenkontakt zunehmend automatisiert werden, sodass Frauenarbeitsplätze durch SB-Kassen ersetzt werden. Das Beschäftigungswachstum hat sich zu den Bereichen E-Commerce und Logistik hin verlagert, wo es vor allem Frauen mit niedrigem Bildungsniveau oder jene auf der Suche nach Teilzeitbeschäftigung schwer haben. Die britische Einzelhandelsbranche wiederum beabsichtigt, einige dieser Positionen in der Wertschöpfungskette wieder höherzustufen, indem man Beschäftigte im Einzelhandel zu „Influencer\*innen“ in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich ummodelliert – und damit überholte Geschlechterstereotype reproduziert.

Die IT-Branche – der Geburtsort der Wellness-Ideologie – entwickelt sich rasant zum Nährboden eines radikalen Arbeitsaktivismus. Die Arbeitsniederlegungen infolge von sexuellen Übergriffen bei Google waren nicht nur ermutigend, sondern widerlegten auch endgültig die Vorstellung, im Silicon Valley sei kein kollektives Handeln möglich.

Ein weiteres Beispiel für die neue Organisierungswelle bei Tech-Arbeiter\*innen: Nach den Arbeitsniederlegungen bei Google haben IT-Mitarbeiter\*innen bei HCL – dem Unternehmen, an das Google Shopping ausgelagert wurde – dafür gestimmt, sich der Stahlarbeiter-Gewerkschaft anzuschließen. Diese Trends bezeugen nicht nur, dass diese Gruppen junger Arbeiter\*innen ein politisches Bewusstsein entwickelt haben, sondern auch, dass sie sich in neuen gewerkschaftlichen Bündnissen organisieren, die die gesamte Architektur der schönen neuen Arbeitswelt angreifen, die das Silicon Valley einst versprach.

Das ach so „woke“ Google erschwert das Leben arbeitender Frauen nur noch zusätzlich, denn die beiden Organisator\*innen der Arbeitsniederlegung sollen nun auf niedrigere Stellen versetzt werden. Trotzdem lassen die Tech-Worker\*innen nicht locker. Bei Microsoft haben Arbeiter\*innen den Tech-Riesen dazu aufgefordert, seinen Vertrag mit der US-Armee in Höhe von fast 480 Millionen Dollar aufzukündigen, da man mit der Waffenentwicklung eine „rote Linie überschreiten“ würde. In einem offenen Brief an die Konzernleitung schrieben die Microsoft-Ingenieur\*innen: „Wir sind besorgt, dass Microsoft für das US-Militär Waffentechnologien entwickelt, damit unsere Regierung mit unse-

ren Werkzeugen ‚effektiver töten‘ kann. Wir haben nicht bei Microsoft angefangen, um Waffen zu entwickeln, und wollen mitbestimmen, wofür unsere Arbeit genutzt wird.“

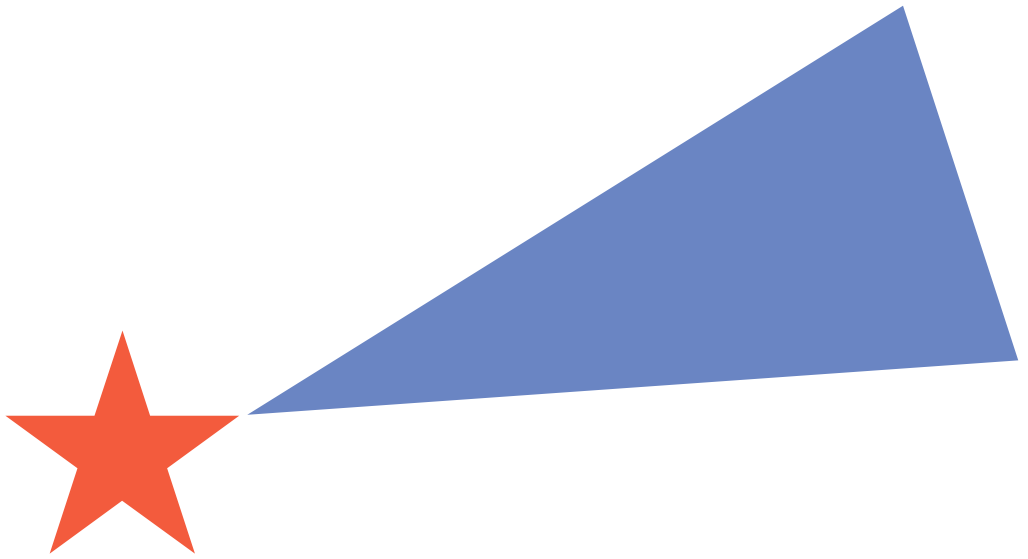
Der Anbruch einer neuen politisierten Gewerkschaftsbewegung ist unübersehbar. Mehr als 1.000 Amazon-Arbeiter\*innen haben sich der Bewegung für Klimagerechtigkeit angeschlossen. Sie fordern, dass der Konzern aufhört, politische Kreise zu finanzieren, die den Klimawandel leugnen, und dass die Amazon Web Services ihre Geschäftsbeziehungen mit der fossilen Brennstoffindustrie beenden und ihre Emissionen bis 2030 auf null reduzieren. Sowohl die Arbeitsniederlegungen gegen sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz bei Google als auch der Aktivismus der Amazon-Arbeiter\*innen sind also Beweis dafür, dass die Arbeiter\*innen in der Tech-Industrie maßgeblich dazu beitragen können, die vielen Krisen in der heutigen Welt zu überwinden – und das nicht durch disruptive Technologien, sondern durch kollektives Handeln.

Mit der Coronavirus-Pandemie werden nun die Karten für Arbeiter\*innen quer durch alle Branchen, Länder und sogar Kontinente neu gemischt. Zu den bereits existierenden Herausforderungen für die junge Arbeiter\*innenbewegung kommen jetzt, bedingt durch den Ausbruch der Pandemie, noch monatelange Beschäftigungsunsicherheit, erhöhte Gesundheitsrisiken bei der Arbeit und eine drohende Wirtschaftskrise hinzu.

Bislang waren die politischen Antworten durchgewachsen und auch unkoordiniert: In Ländern wie Spanien und Dänemark haben vergleichsweise arbeitnehmerfreundliche Regierungen Gesetze verabschiedet, um die Arbeiter\*innen zu unterstützen und um sicherzustellen, dass das Coronavirus – zumindest vorübergehend – nicht zu Massenarbeitslosigkeit führt. In den USA und Großbritannien, wo die amtierenden Regierungen alles andere als arbeitnehmerfreundlich sind, wird die Arbeiter\*innenklasse wohl größtenteils die wirtschaftliche Belastung durch die Pandemie tragen müssen. Die neue Arbeiter\*innenbewegung ist noch nicht stark genug, um die Regeln für den Arbeitskampf zu diktieren oder um die Regierungen auf grundlegende Weise herauszufordern. Doch in Krisenzeiten tun sich auch immer Möglichkeiten auf, sowohl für die Herrschenden als auch für die Beherrschten. Für die Arbeiter\*innenbewegung gibt es keinen besseren Zeitpunkt, um in die Offensive zu gehen und zu verlangen, dass die Milliarden, die derzeit als Nothilfe an die Konzerne fließen, stattdessen den Arbeiter\*innen zugutekommen – also jenen Menschen, die unsere Wirtschaft aufgebaut haben und sie auch während der Pandemie am Laufen halten.

---

**Mark Bergfeld** ist für die UNI Global Union tätig, das Sprachrohr von 20 Millionen Beschäftigten im Dienstleistungssektor in allen Teilen der Welt. Er veröffentlicht einen regelmäßigen Newsletter über die Arbeitswelt und die Arbeiter\*innenbewegung. Übersetzung von Utku Mogultay und Charlotte Thießen für Gegensatz Translation Collective.



## Eine Welt zu gewinnen

Globale Solidarität und Internationalismus der Zukunft.

Von Tom Strohschneider

Es sind zwei große Begriffe, um die sich dieses Heft dreht, größer als die meisten Wörter, die im linken Kosmos den Himmel der Gedanken und der Praxis tragen: Solidarität und Internationalismus.

Wann immer für das bessere Andere gestritten wird, soll dies in solidarischer Weise geschehen und auf Verhältnisse gerichtet sein, die solidarische Beziehungen auf allen Ebenen ermöglichen.

Wo immer Menschen sich für sozialen Fortschritt, universelle Rechte, ökologisches Wirtschaften engagieren, wird auf die globale Dimension der Herausforderungen verwiesen und auf die daraus sich ergebende Notwendigkeit internationalistischer Horizonte im Denken und Handeln.

Wer immer sich einreihet in die weltweite progressive Phalanx, wird mit der Solidarität gegenüber anderen konfrontiert, mit Menschen, die ihre Kämpfe führen, unter anderen Umständen, mit anderen Zwischenzielen. Nicht immer sind es auch die eigenen.

Mit Bertolt Brecht könnte man sagen: Solidarität und Internationalismus sind vernünftig, jede und jeder versteht, was damit gemeint ist. Und doch bleiben Solidarität und Internationalismus immer auch „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Als wir die Planung für diese Sonderausgabe von „maldekstra“ begonnen haben, drehte sich eines unserer Gespräche um die begrifflichen Dimensionen und ihren Bezug zueinander. Lässt sich Solidarität vielleicht als die Seite der individuellen Haltung,

des politisch-ethischen Kompasses für kollektive Beziehungsweisen, der vom Selbst ausgehenden, aber über das Eigene hinausweisenden Verbundenheit verstehen? Und wäre dann Internationalismus eher die Summe der politischen Praxen, die den Referenzrahmen der Nationalstaaten in der Erkenntnis überschreiten, dass dies für die Lösung globaler Aufgaben zwingend ist, weil eine Grundursache für die Herausforderungen, die kapitalistische Produktionsweise, schon längst international ist?

Der ursprünglich für Mai geplante Kongress der Rosa-Luxemburg-Stiftung soll sich nicht ohne Grund um beide Begriffe drehen, es geht um „globale Solidarität“ und einen „neuen Internationalismus“. Damit ist auch schon angezeigt, dass es das eine nie ohne das andere geben kann. Dass Solidarität nicht nur eine individuelle Haltung ist, sondern etwas, das als Praxis konstruktiv kollektiv wird, also über den Einzelnen hinausgeht. Solidarität nicht nur zu denken, sondern auch zu üben, ist bereits Teil eines kreativen und produktiven Prozesses, der in Zeiten globaler Weltverhältnisse unmittelbar internationalistische Praxis sein kann. Wer will, dass sich „Menschheit“ endlich auf „Gleichheit“ reimt, wie das Étienne Balibar formuliert hat, handelt im Eigeninteresse, das zugleich das Gemeininteresse ist oder noch werden könnte.

Vom Menschen zur Menschheit und zurück. Wer für sich bessere Arbeitsbedingungen, sozialere Verhältnisse und ökologische Perspektiven einfordert,

handelt im Interesse aller anderen, für deren Leben es genauso von Belang ist, wie diese Fragen beantwortet werden. Wer sich solidarisch verhält und ebensolche Beziehungsweisen anstrebt, tut dies für sich und zugleich immer auch für alle anderen. Nicht bloß wegen eines „objektiv geltenden“ gemeinsamen Klasseninteresses. Sondern weil praktizierte und erfahrene Solidarität notwendiger Teil des Weges in eine alternative Zukunft ist, heraus aus einer Welt, zu deren als „neoliberal“ bezeichneter DNA der Egoismus gehört. Die Verhältnisse, die kritisiert werden, vereinzeln die Menschen, setzen sie in ständige Konkurrenz zueinander. In einer Welt, in der das kapitalistische Hamsterrad auch noch als Ort der Selbstverwirklichung, der „Leistung“ und der Möglichkeit gilt, andere im „Wettbewerb“ hinter sich zu lassen, überwindet Solidarität den Egoismus der Vereinzelteten durch eine Art kollektive Eigenliebe: Zum Menschen wird man gemeinsam.

Solidarität, hat Jürgen Habermas einmal gesagt, ist „ein Begriff für die reziprok vertrauensvolle Beziehung zwischen Akteuren, die sich aus freien Stücken an ein gemeinsames politisches Handeln binden. Solidarität ist keine Nächstenliebe, aber erst recht keine Konditionierung zum Vorteil einer Seite.“ Man könnte hinzufügen: Aus einer linken, internationalistischen Perspektive gibt es diese „andere Seite“ gar nicht, weil es um die Durchsetzung einer universellen Emanzipation aller Menschen geht. Oder mit Karl Marx gesprochen, der uns einen kategorischen Imperativ hinterlassen hat: Das Ziel ist, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Das lässt sich natürlich alles leichter sagen als tun. Zumal sich die Bedingungen für dieses Tun geändert haben und weiter ändern werden. Solidarität und Internationalismus sind keine feststehenden Elemente, überhistorische Wahrheiten, sie sind nichts, worauf man sich bloß berufen kann, man muss beides immer auch „machen“, und wie das gelingt, hat etwas mit den gesellschaftlichen Bedingungen zu tun, die dieses Handeln prägen.

Also haben Solidarität und Internationalismus auch ihre Geschichte, besser: ihre vielfältigen Geschichten, eine linke Vergangenheit mit allen Fehlern und Verzerrungen. Und wenn sich die Verhältnisse ändern, unter denen linke, sozialistische, linksdemokratische Bestrebungen ihre solidarischen und internationalistischen Ziele erreichen wollen, müssen sich auch Solidarität und Internationalismus immer wieder neu selbst vergewissern, sich prüfen und gegebenenfalls neu ausrichten.

Der nun aufgrund der Corona-Krise zunächst verschobene Kongress der Rosa-Luxemburg-Stiftung, „Globale Solidarität. Für einen Internationalismus der Zukunft“, sollte dazu einen Beitrag leisten. Die Debatte darüber hat schon begonnen und sie wird weitergehen. Boris Kanzleiter, einer der maßgeblichen Initiatoren des Kongresses, hat den Rahmen abgesteckt, in dem unsere Suchbewegungen stattfinden: „Angesichts der multiplen Krisen des Kapitalismus,

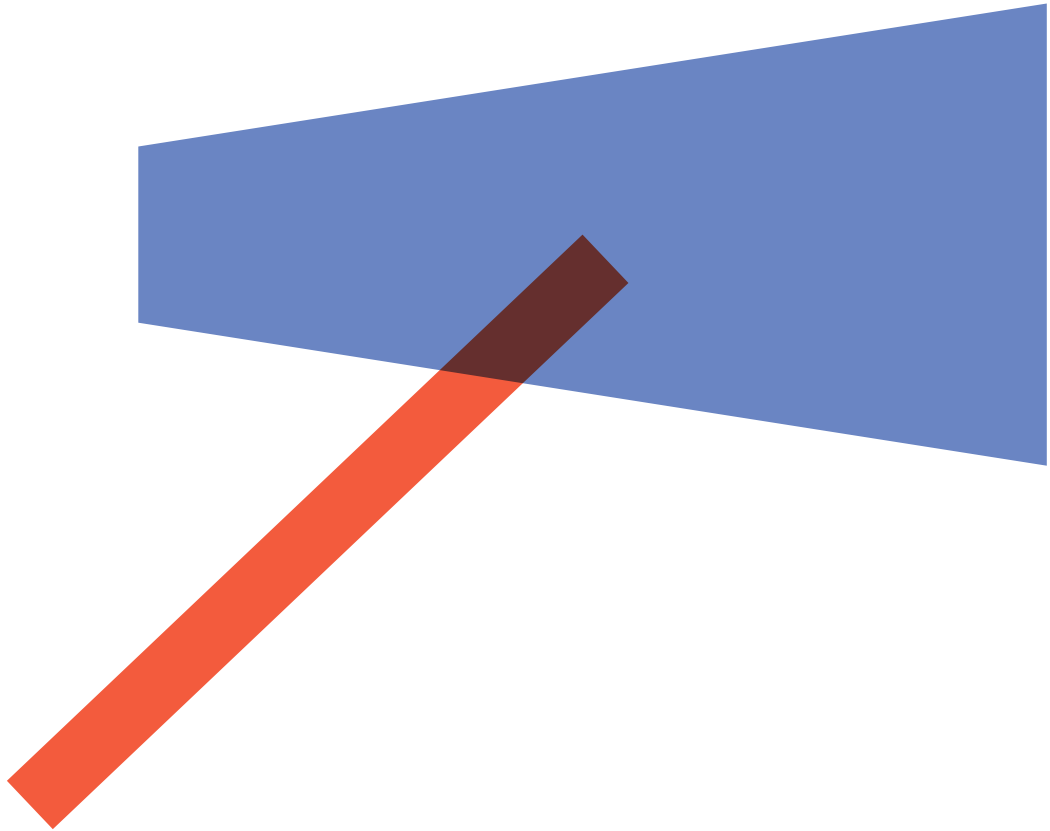
des Aufstiegs neuer autoritärer Regime, zunehmender Xenophobie und der sich zuspitzenden globalen ökologischen Krise sind internationale Antworten von links mehr denn je gefordert. Offen ist allerdings, wie im gegenwärtigen politischen Kontext ein Neuer Internationalismus politisch und organisatorisch zu bestimmen wäre. Die unterschiedlichen Akteur\*innen geben darauf unterschiedliche Antworten und setzen unterschiedliche Akzente.“

Und weiter: „Die strategische Herausforderung bei der Formulierung eines Neuen Internationalismus besteht darin, Positionen und Strategien zu entwickeln, die die Hegemoniefähigkeit der Linken weltweit fördern. Ein Neuer Internationalismus muss dafür mindestens dreidimensional angelegt sein: Erstens muss er dazu beitragen, die weltweite eklatante soziale Ungleichheit im Nord-Süd-Verhältnis zu verringern und die Lebenschancen für die Mehrheit der Menschen weltweit zu verbessern. Zweitens muss er helfen, die soziale Ungleichheit in den einzelnen Gesellschaften – sowohl im Süden als auch im Norden – zu verringern. Und drittens muss er die Externalisierung der ökologischen Kosten für das globale kapitalistische Produktions- und Konsumptionsregime auf den globalen Süden reduzieren und Prozesse der sozial-ökologischen Transformation befördern.“

Neu wird aber auch Solidarität auszubuchstabieren sein. Die „alte“ erwuchs aus der Dynamik eines Fabriksystems, über das die Geschichte des Kapitalismus hinweggeht. Die „neue“ wird, so Lutz Brangsch, „aus der Wandlung dieses Systems und den damit verbundenen neuen sozialen Differenzierungen erwachsen“. Sie kann dabei an viele selbstorganisatorische Potenziale anknüpfen, an ein längst wirkendes Mitte-unten-Bündnis, an die immer engeren Verflechtungen zwischen Akteuren im globalen Norden wie im globalen Süden. Neue Solidarität ist nichtpaternalistisch, ist offen für den Eigensinn, der politischen Fortschritt anderswo anders anstrebt. Und doch behält sie ihre Maßstäbe.

Das „Neue“ an der Solidarität ist auch, dass sie heute als politisch-ethischer Kompass, als moralisches und kulturelles Band „a priori nur global möglich“ ist, „da die Herrschaftsvermittlung tatsächlich global ist“. Das macht manches nicht einfacher, verweist aber auf die entscheidende Rolle von Solidarität und Internationalismus als Motoren der Transformation der Gesellschaft.

„Es geht darum, einen gemeinsamen Prozess des Übergangs zu organisieren“, schreibt Alex Demirović in diesem Heft, „in dem die reichen Zentren, wo immer sie sich befinden, nicht mehr reich bleiben dürfen, in dem sie auf Ressourcen verzichten oder sie teilen, sich auf eine von allen bestimmte und getragene Naturaneignung und Arbeitsteilung einlassen und an Transformationskonzepten mitarbeiten, die zu einer Menschheit führen, die sich mit sich und der Natur versöhnt.“ Das ist eine große Aufgabe. Eine Aufgabe, bei der Solidarität und Internationalismus in unserem Kosmos den Himmel der Gedanken und der Praxis tragen. Eine Aufgabe, bei der wir „eine Welt zu gewinnen“ haben. Für alle.



## Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs

Solidarität ist kein bloßes Mittel, kein Instrument, keine Utopie. Solidarität ist in Vergangenheit und Gegenwart eine bereits machbare Erfahrung. Von Bini Adamczak

Das Gegenteil von Scheiße ist mit euch – so hat das „Missy Magazine“ einen Text der Autorin und Theatermacherin Simone Dede Ayivi überschrieben, der mit einigem Recht als Hymne auf linke Solidarität bezeichnet werden kann. Solidarität nicht als Anspruch, Ideal, Programm, sondern als tatsächlich erfahrene, praktisch gelebte, real existierende. Solidarität bei der Besetzung des Hambacher Forsts oder im antifaschistischen Jugendzentrum, bei der Verhinderung einer Zwangsräumung oder im sexistischen Arbeitsalltag, bei der Seenotrettung oder in der Facebookgruppe.

Ayivi stimmt ein Loblied an, das viel zu selten gehört wird – auf den zärtlichen und kämpferischen Aktivismus, dem Menschen in ihrer begrenzten Lebenszeit nachgehen, obwohl sie es genauso gut bleiben lassen könnten. Aber sie verschweigt auch nicht die Mühen der Solidarität, die Kraft geben wie Kraft kosten kann. Die zuweilen schwierige und schnelle Entscheidungen abverlangen. So in der Situation einer Polizeikontrolle vor einem Supermarkt, deren Dramaturgie Ayivi präzise rekonstruiert:

„Zwei Polizisten kontrollieren eine Person. Reden auf sie ein, verhalten sich grob und arrogant und wedeln ihr mit ihren Papieren vor dem Gesicht herum. Als sie versucht, danach zu greifen, ruft einer der Polizisten laut: ›Hey! So was kannst du vielleicht zu Hause in Afghanistan machen, aber nicht hier bei uns in Deutschland.‹ Mein Bauch und mein Kopf geraten in solchen Momenten in einen Konflikt, bei dem am Ende nie klar ist, wer eigentlich gewonnen hat: Mein Bauch schickt mir den Impuls durch den Körper, sofort zu reagieren. Zu helfen – irgendwie! – oder wenigstens zu zeigen, dass ich da bin und die Situation mitbekomme. Soll ich den Vorgang filmen? Etwas rufen? Was? Mein Kopf versucht, mir die Gefahren aufzuzeigen. Sobald ich reagiere, kann das auch negative Folgen haben – bevor ich also einschreite, sollte ich zumindest den Ansatz einer Strategie entwickeln [...] Ich glaube, ich brauchte etwa vier Sekunden, bis sich etwas in meinem Mund formte, von dem ich heute nicht mehr weiß, was es mal werden sollte. Denn bevor ich sprechen konnte, geschah Folgendes: Person hinter mir: ›Was sagen Sie denn da?‹ Person mit Kin-



derwagen neben mir: ›Das ist rassistisch!‹ Person auf dem Fahrrad: ›Sowas kannst du vielleicht bei dir zu Hause [...] sagen, aber nicht hier bei uns.‹,

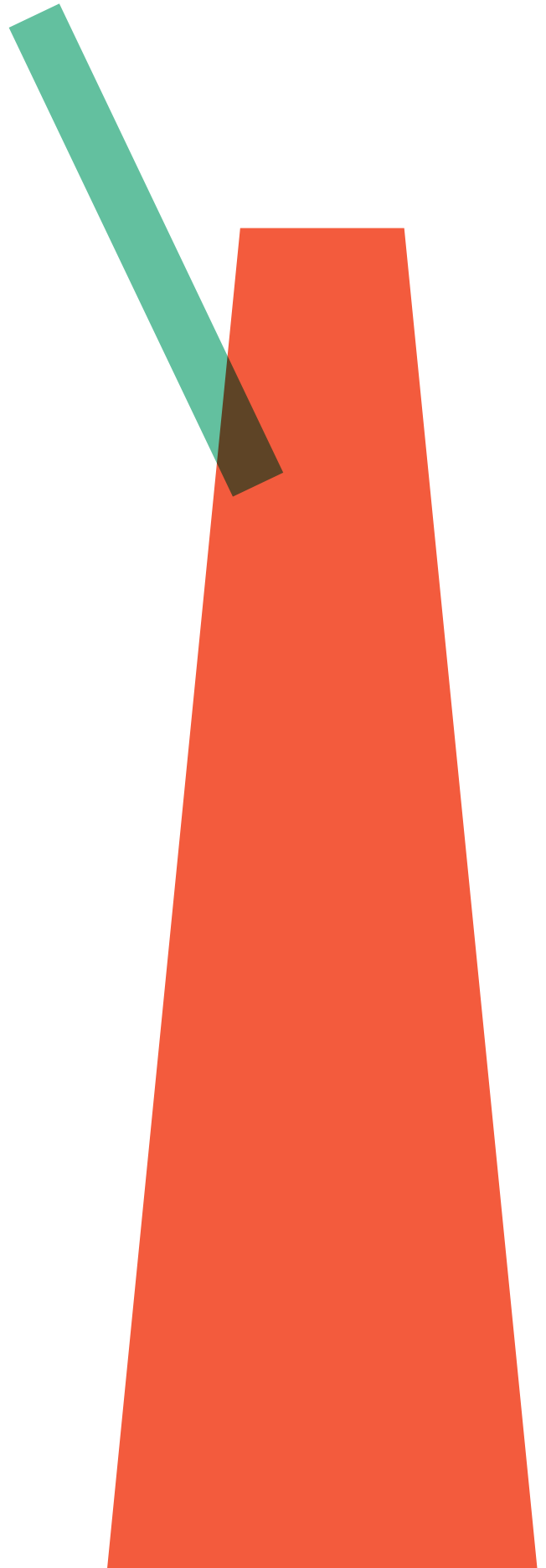
Vielleicht ist die Szene eine Schlüsselszene der Solidarität. Das Entscheidende ereignet sich genau in dem Moment, in dem der innere Monolog, hier zwischen Bauch und Kopf, unterbrochen wird. Dessen Frage – Was soll ich tun? – erinnert nicht von ungefähr an die Frage – Was hättest du getan? –, mit der die Geschichtspädagogik in Deutschland so gerne operiert. Dabei wird selbst der Nationalsozialismus auf ein individuelles Dilemma von Mut und Märtyrertum reduziert: das Unrecht und ich. Alle Möglichkeiten von gemeinsamem Widerstand sind aus diesem Bild gelöst. Die Verantwortung lastet auf dem Individuum.

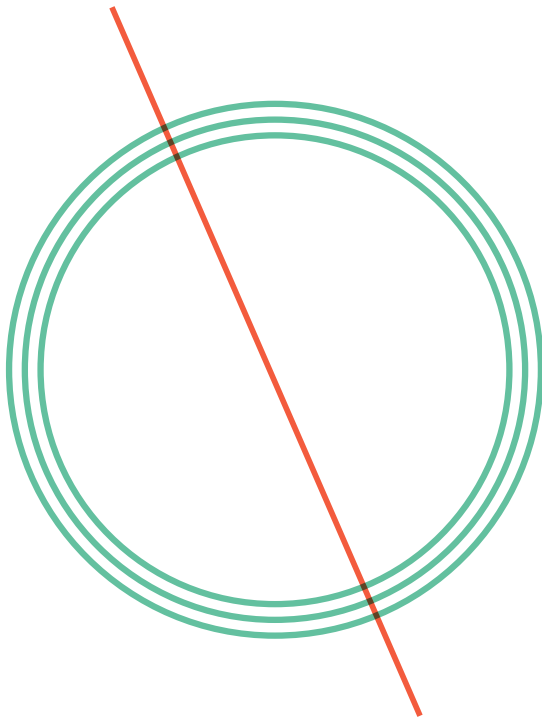
Es ist genau diese neoliberale Vereinzelungsschleife, die in dieser Polizeikontrolle von den umstehenden Personen durchbrochen wird. In diesem Sinne ist es nicht völlig gleichgültig, dass die Geschichte in Kreuzberg spielt, einem Ort, der von einer jahrzehntelangen Tradition erfolgreicher politischer, etwa antirassistischer, Kämpfe geprägt ist. In einer sächsischen oder bayrischen Kleinstadt wäre das gleiche Verhalten der umstehenden Passantinnen etwas unwahrscheinlicher gewesen und damit zugleich noch etwas wundervoller.

„Solidarisch ist, wer sagt und es auch meint: Du bist nicht allein!“, hat der Philosoph Arndt Pollmann formuliert. Mit Simone Dede Ayivi lässt sich hinzufügen: „Du bist nicht allein – auch nicht allein mit mir.“ Solidarität ist keine Identität, sie ist nichts, was „man hat“. Sie ist auch kein Verhaltenskodex, dem man individuell folgt, keine Haltung von Helden. Solidarität findet vielmehr in Beziehungen statt, sie ist etwas, das sich zwischen uns ereignet. Die eigentliche Lebensatmosphäre der Solidarität, erfahren wir aus dieser Geschichte, bildet nicht die Zweisamkeit von Ich und Du, in der die meisten Ethiken und Moraltheorien beheimatet sind, sondern die Dreisamkeit, Viersamkeit, Vielsamkeit eines ausschweifenderen Zusammenhangs.

Solidarität erfreut sich heute großer Popularität – im Tagungstitel wie im Demoaufruf – weil sie ein Beziehungsgeschehen ist, das Trennungen überbrücken kann. Sie zielt auf Gleichheit, setzt diese jedoch nicht voraus. Deswegen ist sie eine attraktive Antwort auf die neoliberale Situation der gesellschaftlichen Fragmentierung, der politischen Zerklüftung und sozialen Vereinzelung.

Die Aufgabe, diese neoliberale Spaltung zu überwinden, hat sich auch die Berliner Gruppe solA – solidarische Aktion Neukölln – gesetzt, die in der Nachbarschaft Unterstützung organisiert für Auseinandersetzungen mit dem Chef, der Vermieterin, dem Jobcenter. Wo Mietrecht, Lohnzettel, Eingliederungsverträge vereinzeln, will die solA verbinden. Damit zielt sie darauf, die lähmenden Gefühle von Scham und Schuld zu überwinden und den Stress denjenigen zurückzugeben, die ihn verursachen. Um jedoch eine solidarische Beziehungsweise zu etablieren, die an die Stelle von Vereinzelung wie Hierarchisierung tritt, reicht es nicht, Unterstützung zu organisieren. Wenn





auf der einen Seite politische Aktivistinnen stehen und auf der anderen Seite „Betroffene“, von denen die einen den anderen kurzfristig oder dauerhaft helfen, droht die Gefahr der Sozialarbeit mit festen Positionen.

Die solA begegnet der Gefahr, lediglich eine etwas emanzipatorischere, aber ehrenamtliche Sozialhilfe anzubieten, mit einer Reihe von Gegenmaßnahmen. Zunächst mit dem Anspruch, keine Stellvertreterinnenpolitik zu betreiben und also keine Probleme anzugehen, von denen niemand der Anwesenden betroffen wäre. Dann mit der Absichtserklärung, die Rollen innerhalb der Gruppe veränderbar zu halten. Zumindest letzteres gestaltet sich schwierig in der Praxis: wer sich in einer akuten Notsituation befindet, wird den Anspruch, nicht nur „passiv Unterstützung anzunehmen“, sondern sich aktiv auf Augenhöhe einzubringen, vielleicht als Überforderung erleben.

Die Frage lautet also, ob diejenigen, die Unterstützung erfahren haben, wieder getrennte Wege gehen, wenn sie die Unterstützung nicht mehr brauchen oder ob sie Teil des solidarischen Netzwerkes bleiben. Für solidarische Politik ist diese Frage von weitreichender Bedeutung, sie lässt sich auch für die antirasistische und die internationalistische Arbeit stellen: Können Unterstützte Unterstützerinnen werden?

Eine solidarische Beziehungsweise erschöpft sich nicht in der mechanischen Wahrnehmung geteilter Interessen. Tatsächlich ist es sogar möglich, Solidarität über getrennte, gar entgegengesetzte Interessen hinweg zu gestalten. In Bremen und Hamburg haben Menschen, die auf Behindertenassistenz angewiesen sind, Genossenschaften gegründet, um sich von der Willkür der Ämter und üblichen Träger zu emanzipieren. Die Genossenschaften stellen Assistent\_innen an, die je nach Budget und Stundenlohn für eine bestimmte Zeit Assistenzleistungen verrichten.

Der Widerspruch der Interessen bezüglich Höhe des Lohns und Länge der Arbeitszeit lässt sich nicht

einfach auflösen. Es ist zu erwarten, dass die Verhandlungen zwischen der Genossenschaft der Assistenzbedürftigen und dem Betriebsrat der Assistenzkräfte eher auf Augenhöhe stattfinden als die üblichen Beziehungen in staatlichen und privaten Pflegesystemen. Darüber hinaus verweist aber das geteilte Interesse daran, das zur Verfügung stehende Budget zu erhöhen, auf die Bedingungen unter denen Care-Beziehungen hier wie dort stattfinden. Ein solidarischer Umgang mit den widersprüchlichen Interessen löst die bestehenden Spannungen nicht einfach auf, er legt vielmehr die Frage nahe, ob nicht auch die ökonomischen Fernbeziehungen geändert werden müssten, um einen solidarischen Umgang in der Nähe zu ermöglichen. Das ist die Frage nach einer antikapitalistischen Care-Revolution.

Solidarität ist kein bloßes Mittel, zu dem wir greifen, weil wir gemeinsam nun mal stärker sind. Sie ist kein Instrument, dessen wir uns bedienen, um unsere individuellen Interessen durchzusetzen und das wir wieder vergessen könnten, sobald wir unsere Absichten verwirklicht haben. Sie ist aber auch keine Utopie, die in weiter Ferne liegt. Solidarität ist nicht einfach ein Ziel, das wir auf eine Fahne oder in ein Programm schreiben könnten, um es dort zu vergessen. In diesem Sinne braucht eine solidarische Beziehungsweise nicht die ungleichen Ausgangssituationen der durch sie Verbundenen zu leugnen, aber sie kann diese Ungleichheit auch nicht als gegebene und bleibende hinnehmen.

Als Subcomandante Marcos ein Honorar von 600 US-Dollar, das er für ein Interview erhalten hatte, an die streikenden Arbeiterinnen von Turin spendete, schuf er damit auch eine Erzählung, die sich rasch verbreitete. Die Erzählung handelt von der Komplexität globaler Machtverhältnisse, in der ein mexikanischer Intellektueller besseren Zugang zu Ressourcen haben kann als ein italienischer Beschäftigter bei Fiat. Sie ist zugleich eine Erzählung von Solidarität, in der die Akteurinnen ihre zugewiesenen Plätze verlassen. Die, die Hilfe erhalten, maßen sich an, selbst zu helfen.

Etwas Ähnliches geschah während des Arabischen Frühlings als Demonstrierende in Ägypten sich auf Plakaten mit den streikenden Arbeiterinnen Wiconsins solidarisierten, deren Kämpfe selbst wiederum von den Aufständen in Nordafrika und Südeuropa inspiriert waren. Diese Gesten der Ermächtigung erinnern uns daran, dass Solidarität keine karitative Beziehungsweise ist. Sie verträgt sich nicht mit der hierarchischen Einseitigkeit des Paternalismus. Solidarität ist in Vergangenheit und Gegenwart eine bereits machbare Erfahrung. Sie ist zugleich ein Verlangen danach, alle Verhältnisse umzustürzen, die ein solidarisches Leben für alle verunmöglichen.

---

**Bini Adamczak** arbeitet hauptsächlich als Autorin und Künstlerin. Zuletzt erschienen „Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman“ und „Beziehungsweise Revolution“. Ihr Text erschien zuerst im Rundschreiben der Hilfsorganisation medico international. Mehr dazu: <https://www.medico.de>



## Mit den Fernsten, die nun ganz nahe sind

Aspekte eines neuen Internationalismus – als Austausch der Erfahrungen, der Übernahme von Zielen, der gemeinsamen Aktivitäten. Von Alex Demirović

Der Internationalismus reicht lange zurück und hat sich in den vergangenen 200 Jahren mehrfach in seiner Gestalt und Funktion gewandelt. Dies hat dazu geführt, dass seine verschiedenen Formen, die Solidarität und Emanzipation ermöglichen sollen, sich durchaus auch immer wieder als Fessel erweisen und das Handeln begrenzen können. Deswegen ist es notwendig, die Ziele des Internationalismus, seine Konzepte und Praktiken selbst immer wieder kritisch zu überdenken und zu aktualisieren.

Dabei geht es nicht unbedingt darum, frühere Praktiken zu verwerfen, vieles kann kritisch bewahrt werden, anderes ist lehrreich – und doch kann es erforderlich sein, neue Praktiken zu entwickeln. Viele Schwierigkeiten hängen jedoch nicht vom guten Willen von internationalistischen Akteuren ab, sondern sind prinzipieller Natur und ergeben sich aus den Veränderungen der kapitalistischen Produktions- und der politischen Verhältnisse.

Der Internationalismus gehört konstitutiv zur bürgerlichen Gesellschaft und stellt eine Form der Auseinandersetzung mit ihrem Staat dar. Die Erklärung der Menschenrechte während der Französischen Re-

volution zielte als nationale Verfassung gleichzeitig auf die Menschheit. Vereint in einem Weltbürgertum, sollten alle in den Genuss von Freiheit, Gleichheit und Solidarität kommen. Das war konkret erfahrbar, denn viele französische Revolutionäre sahen sich eng verbunden mit der Amerikanischen Revolution und revolutionären Bestrebungen auf dem europäischen Kontinent, auf den Britischen Inseln und in den Kolonien. Eine ökonomisch-politische Form jenseits der feudalen Kleinstaaterei zeichnete sich ab. Wäre es nach den Revolutionären der Zeit gegangen, wäre die Nation nicht nationalstaatlich verfasst worden, sondern hätte zur Vereinigung des Dritten Standes geführt, also all derer, die den Reichtum der Gesellschaft erwirtschafteten. Im Raum stand die Möglichkeit eines Weltstaats. Die restaurativen Kräfte in Großbritannien, Preußen, Russland, Österreich und schließlich auch in Frankreich zwangen dem Weltgeschehen mit ihrer (Un-)Ordnung imperiale Grenzziehungen auf, die nicht nur Europa, sondern den Globus aufteilten. Nicht die geeinte Menschheit, sondern die Kämpfe um Kontrolle und Einflussphären wurden bestimmend und schufen die materielle Notwendig-

keit für die emanzipatorischen und internationalistischen Bewegungen bis heute.

Bewusst reagierte die Internationale Arbeiterassoziation in den 1860er Jahren darauf, dass „die Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit“, die zusammenhanglosen Versuche der regionalen und nationalen Arbeiterbewegungen bei ihren Kämpfen für Emanzipation seit Ende des 18. Jahrhunderts immer wieder zu Niederlagen geführt hatten. Die herrschenden Klassen konnten die Freiheitskämpfe niederschlagen, Nationalvorurteile nähren, die Sklaverei verewigen. Dem wollte sich die Internationale mit einer Vereinigung der Arbeiterklasse entgegenstellen. Deren Emanzipation konnte keine lokale oder nationale, sondern musste eine soziale Aufgabe sein. Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit im Verhalten zu allen Menschen, das sei die Verhaltensregel – „ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität“.

Der grundlegenden Überlegung zufolge kennen die sozialistische und kommunistische Bewegung und ihre Trägergruppen kein Vaterland. Sie sind keinem besonderen Staat gegenüber gebunden und verfolgen keine nationalen Ziele. In den einzelnen Staaten sollten sich die zerstreuten Arbeitergesellschaften zu nationalen Vereinigungen verbinden, da allein die Kombination ihrer großen Zahl die Macht, Durchsetzungsfähigkeit und Koordination mit der Zentrale der Internationale ermöglichen würde. Zudem sollten sich die Kritik und die Praxis der Veränderung immer erst einmal auf den eigenen Staat und die jeweils herrschenden Gruppen beziehen. Dies liegt nahe, weil andernfalls die kritischen Kräfte sehr leicht für die Interessen und die politischen Ziele der nationalen Herrschaftsgruppen selbst instrumentalisiert werden können. Doch so leicht, wie die Erklärung der Internationale es nahelegt, war es nicht. Denn Nation, Hautfarbe oder Religion – und es kommen, wie die folgenden Jahrzehnte zeigen sollten, mit Geschlecht oder sexueller Orientierung noch weitere hinzu – erwiesen sich als hartnäckig-eigensinnige Widerspruchsformen, die die soziale Emanzipation vielfach (durch)kreuzten.

Die entscheidenden Orientierungen für den Internationalismus, wie er im 20. Jahrhundert bestimmend wurde, haben sich sicherlich aus der Russischen Revolution ergeben. Mit ihr hatte sich eine sozialistische Revolution gegen die restaurativen Kräfte von Adel und Bourgeoisie ebenso wie gegen die Achsenmächte Deutschland und Österreich und die Westalliierten behauptet. Verstanden wurde die Russische Revolution als Beginn der Weltrevolution, internationalistische Solidarität bedeutete in diesem Sinn eine gemeinsame Politik für gemeinsame Ziele. Nach wenigen Jahren jedoch beschränkte sich der Internationalismus auf die Solidarität mit der Sowjetunion. Sie nahm die Form von materieller Hilfe oder der propagandistischen Verteidigung des Sozialismus in einem Land an.

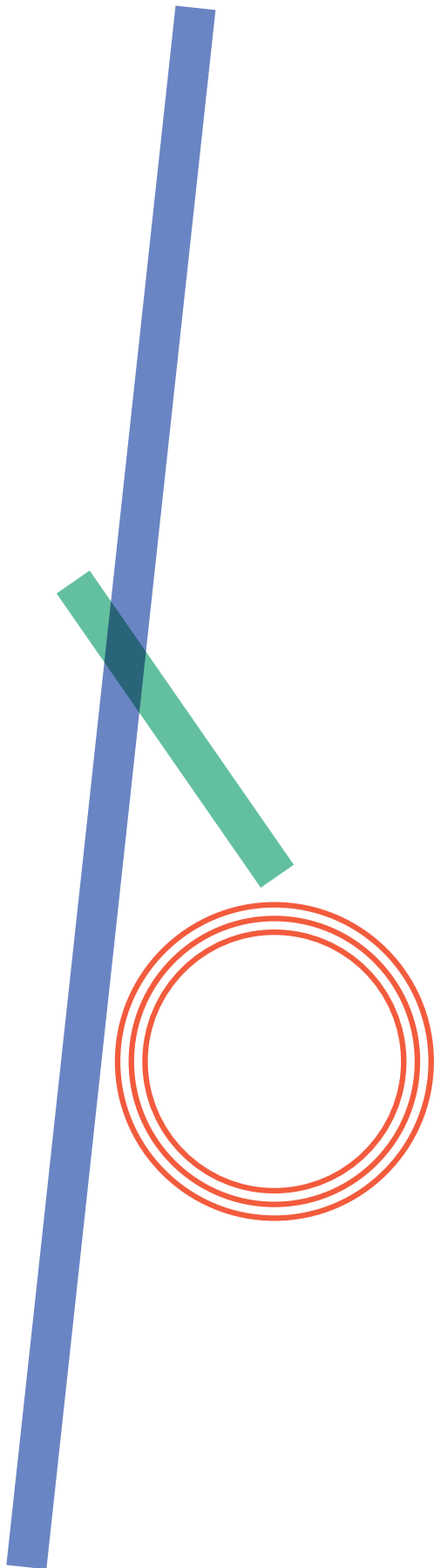
Hieraus ergaben sich in der Folge tragische Konflikte, denn es entstand eine Solidaritätsfalle: Linke Parteien ordneten sich der KPdSU und ihren Zielen unter. Linke sahen sich in die Alternative gezwungen, sich positiv zu identifizieren und zu verteidigen, auch wenn man Kritik hatte; von bürgerlicher Seite wurde

verlangt, dass die Kritik mit einer Lossagung von sozialistischen Zielsetzungen verbunden war. Kritik an der Politik der KPdSU und an Stalin oder grundsätzlich an überkommenen Vorstellungen innerhalb des Marxismus oder des Sozialismus wurde als Abweichung, Verrat, als Renegatentum, als konterrevolutionär oder gar als faschistisch denunziert. Die Partei oder die SU zu kritisieren, aus der Partei auszutreten oder von ihr ausgeschlossen zu werden, konnte für die Einzelnen bedeuten, ihr gesamtes soziales Umfeld zu verlieren; in der UdSSR konnte es Lagerhaft oder Tod bedeuten, was auf der Seite der Linken kaum ansprechbar war und die Solidarität mit Linken in anderen Regionen widersprüchlich machte und vergiftete.

Dies führte zu tiefen Gräben innerhalb der Linken, nicht nur zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern zwischen einer Vielzahl von linken Strömungen. Viele, die mit internationalistischer Einstellung in Spanien an der Seite der Republik gegen den Franquismus kämpften, mussten erfahren, dass sie auch von stalinistischen Kräften bekämpft wurden; in den faschistisch beherrschten Ländern wurden Widerstandskämpfer aus der Linken von stalinistischen Organisationen denunziert. Solidarität konnte zur mörderischen Falle werden.

Die Russische Revolution gab den Impuls zur Herausbildung nationaler Befreiungsbewegungen. Ihre Forderung nach Selbstbestimmung der Völker in den Kolonialgebieten war vielfach verbunden mit sozialistischen Zielen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand der Internationalismus in weitem Maße darin, solchen Bewegungen aus den imperialistischen Zentren heraus Unterstützung zu geben. Dies bedeutete, die Ziele dieser Bewegungen bekannt zu machen, über die ausbeuterischen und rassistischen Verhältnisse zu informieren, denen die Menschen in den Kolonien unterworfen waren, und den Bewegungen beziehungsweise ihren Vertretern materielle Hilfe zu geben. Die Befreiungskämpfe kamen häufig in die Konstellation eines Stellvertreterkonflikts zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Zentren, die mit der staatlichen Eigenständigkeit eine Ausdehnung des Kommunismus befürchteten und deswegen mit dem Ziel der Eindämmung entweder selbst militärisch eingriffen oder antikommunistische Politik unterstützten. Indien, China, Kuba, Algerien, Vietnam, Angola, Mosambik, Eritrea – der Befreiungskampf, der in den imperialistischen Zentren von vielen Protestbewegungen umfangreich unterstützt wurde, war im Wesentlichen bis Mitte der 1970er Jahren abgeschlossen.

Für die internationalistische Bewegung gab es aber weiterhin Anlass für umfangreiches Engagement: 1973 fand der von den USA unterstützte Militärputsch Pinochets gegen die demokratisch gewählte Regierung des Sozialisten Allende in Chile statt; dass damit ein neuer, bald die globale Ordnung langfristig bestimmender Zyklus neoliberaler Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde, war nur für wenige absehbar. Nahezu zeitgleich gab es breite internationale Unterstützung für den Sturz der Militärdiktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal oder die Herrschaft



des Schahs im Iran, während sich 1976 das Militär in Argentinien an die Regierung putschte und in Brasilien eine Militärdiktatur seit 1964 und bis 1985 fortbestand. Die Kämpfe der Befreiungsbewegungen in Nicaragua und El Salvador gegen die lokalen Oligarchien, die als Kompradorenbourgeoisien die Interessen ausländischer Regierungen und Unternehmen gegen die eigene Bevölkerung und nationale Kapitalfraktionen vertraten, in hohem Maße korrupt, antidemokratisch und repressiv waren, wurden insbesondere in den 1980er Jahren durch breite internationalistische Kampagnen und Solidaritätsbewegungen unterstützt, aus denen heraus dann viele als Brigadist\*innen in die entsprechenden Länder reisten. Diese Entwicklungen verliefen sowohl in der Ereignisfolge der sozialen Kämpfe als auch in der sozialstrukturellen Dynamik sehr ungleichzeitig.

Der Internationalismus war durch spezifische Erfahrungen und Widersprüche gekennzeichnet, von denen ich einige andeuten möchte. Erstens: Zunächst ist die Asymmetrie der Beziehung zu betonen, denn es ist ja an sich eigentümlich, dass Akteure eines reichen kapitalistischen Staates anderswohin gehen und sich mit dem Anspruch, zu zivilisieren, zu helfen, zu entwickeln, zu unterstützen, in das Leben anderer einmischen. Da das aber von herrschender Seite geschieht, liegt es nahe, dass die gesellschaftskritischen Kräfte ihrerseits etwas unternehmen, um die Menschen zu unterstützen, die von der Ausbeutung durch die Zentren betroffen sind. Dies bringt internationalistische Bemühungen durchaus in den Widerspruch, dass sie bevormundend wirken können.

Zweitens: Es handelte sich um Solidaritätsbeziehungen, die durch die Form des Nationalstaats geprägt waren. Die emanzipatorischen Akteure können selten dauerhaft direkt miteinander aktiv werden und als eine zusammenhängende Kraft wirken; sie werden vielmehr blockiert und vermittelt durch die imperialistischen und nationalstaatlichen Apparate: hier die reichen, imperialistischen Nationalstaaten, dort die Bewegungen, die darum kämpften, einen unabhängigen Staat zu bilden oder in den bestehenden Staaten die Macht von den Kolonialherren und ihren lokalen Vertretern zu übernehmen. Staaten wie die Sowjetunion oder Jugoslawien konnten – nach spezifischen eigenen Interessenkalkülen – militärische oder ökonomische Hilfe gewähren und entsprechend abhängig machen und in Loyalität zwingen. Die Linke in westlichen Staaten – in den meisten Fällen ohne Regierungsmacht – konnte diese oder jene Befreiungsbewegung und ihre Mitglieder eher nur politisch und kulturell, weniger materiell unterstützen.

Die Unterstützungspraktiken sind angesichts der Konstellation widersprüchlich. Gelegentlich handelt es sich um ein paternalistisches Pflichtverhältnis: Linke Organisationen und Gewerkschaften schicken Delegationen in Länder und auf Konferenzen, die Grußworte sprechen, folkloristische Veranstaltungen oder Diskussionsabende werden organisiert, etwas Geld wird gesammelt. Solidarität kann auf falschen, romantisierenden Annahmen über Lebensformen der unterstützten Bevölkerung oder auf dem Wunsch

nach „Revolutionstourismus“ beruhen. Kritische Solidarität ist weder bei denen erwünscht, die die Solidarität erfahren, noch bei Teilen der Solidaritätsbewegung, die Kritik am Umgang mit Minderheiten oder dissidenten Gruppen, an Menschenrechtsverletzungen, an Extraktivismus, an falschen wirtschaftspolitischen Strategien nicht hören wollen, weil sie befürchten, die Solidarität könnte geschwächt oder Machtinteressen verletzt werden.

Drittens: Die Unterstützungsbereitschaft und das Engagement folgen einem bestimmten Aufmerksamkeitsmuster und können kurzzeitig zu riesigen Mobilisierungen in den Zentren führen und zum Erfolg der Befreiungsbewegungen beitragen. Denn die Unternehmen, der Regierungsapparat, die Geheimdienste, die herrschende Öffentlichkeit werden nun daran gehindert, die lokalen herrschenden Gruppen weiterhin offen zu unterstützen und die Freiheits- und Emanzipationsbestrebungen zu bestreiten oder zu denunzieren. Doch kann das Engagement schnell versiegen oder sich auf andere Regionen oder Konflikte verlagern. Für die internationalistische Solidarität ist es schwierig, ein dauerhaftes Engagement herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Viertens: Es ist bemerkenswert, dass diejenigen, die sich so umfassend engagierten, sich vor allem für die Aufstiegs- und Kampfphase einer Befreiungsbewegung interessierten, nicht jedoch für das, was nach der Übernahme der Regierungsmacht geschah. Offensichtlich gibt es eine große Bereitschaft, das Ziel nationaler Selbstbestimmung zu fördern. Jedoch müsste die Frage gestellt werden, ob die Ziele der Emanzipation weiterverfolgt und in welchem Maße sie erreicht werden.

In Angola kam mit der MPLA eine kleptokratische Familie an die Macht; Eritrea wurde zu einer Militärdiktatur; in Südafrika entstanden aus dem ANC heraus korrupte Machtcliquen; in Nicaragua spalteten sich die Sandinisten angesichts der Korruption und der autoritären Machterhaltungspraktiken der eigenen Regierung. In Kuba werden Kritiker mundtot gemacht oder verfolgt. China und Vietnam fügen sich erfolgreich in die kapitalistische Arbeitsteilung ein. Obwohl sich beide Staaten als kommunistisch bezeichnen, wird der diktatorische Charakter in den Mainstream-Medien nur in den seltenen Fällen einer Krise erwähnt, in der Linken wird der autoritäre Charakter eher verhalten thematisiert.

Dabei ginge es nicht nur um die demokratische Verfassung oder die Menschenrechte: also Bewegungs-, Meinungs- oder Wissenschaftsfreiheit oder die Freiheit von Minderheiten, sondern auch um die Emanzipation der Arbeiter\*innen vom Schicksal der Lohnarbeit. Die Verfolgung vieler Vietnamesen nach dem gewonnenen Befreiungskrieg, die Politik der Roten Khmer in Kambodscha waren ein Schock, der viele in der europäischen Linken mit Sozialismus oder Kommunismus hat brechen lassen. Er hat nicht dazu geführt, dass sich die Solidaritätsbewegungen genauer ansehen, wen sie unterstützen, für welche gesellschaftliche Entwicklungstendenz eine Gruppe steht, welche Kräfte in der Gesellschaft wirken und, vor allem: welche Politiken eine erfolgreiche Grup-

pe verfolgt und wie vielleicht auch im Weiteren auf sie eingewirkt werden kann. Das Solidaritätsprinzip kann in Ignoranz und Schweigen oder in Distanz, Desinteresse und Entsolidarisierung übergehen.

Fünftens: Offensichtlich gibt es eine Fixierung des Internationalismus auf die Selbstbestimmung des Staates. Denn die internen Differenzen einer Gesellschaft – also der Schutz von besonderen Bevölkerungsgruppen mit eigenen kulturellen Traditionen, mit eigener Religion, Sprache – hat nur in Maßen zu internationalistischer Unterstützung beigetragen: der Fall von indigenen Gesellschaften in den Amerikas, die Tibeter oder die Uiguren; die Menschen in den riesigen Flüchtlingslagern, die über Jahrzehnte bestehen; die Gewalterfahrung von Frauen oder sexuellen Minderheiten; die Kämpfe lokaler Arbeiter\*innen; die Aktivitäten gegen große Bau- und Entwicklungsprojekte. Es ist keine Frage, es hat sich in diesen Hinsichten seit den 1970er und 1980er Jahren manches zum Positiven verändert.

Die Dekolonialisierung seit den frühen 1920er und dann seit den 1940er Jahren ergab für die früheren Imperialstaaten eine historisch neuartige Situation. Die kapitalistische Gesellschaft hat sich seit 1500 allmählich ausgedehnt und durch die Aneignung von Kolonien, Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Sklavenarbeit erweitert reproduziert. Dies prägte auch die Herrschaftsverhältnisse in den Zentren. Diese waren großräumige Imperien, überschüssige Bevölkerungsanteile konnten in die Kolonien geschickt, ein enormer Reichtum konnte abgeschöpft, ein Teil davon an besondere Kategorien der Arbeiter\*innenklasse transferiert werden.

Nun mussten sie sich in Nationalstaaten transformieren, die mit einer Vielzahl von neuen Nationalstaaten zu tun hatten, die ihrerseits nationale Souveränitätsrechte hatten und formell unabhängig waren. Die imperialistischen Zentren schrumpften, sie mussten eine neue internationale Arbeitsteilung entwickeln, intern mit ihren Widersprüchen umgehen, und sie wurden nun ihrerseits zum Ziel von Migration. Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen mussten, sollten sie nicht zusammenbrechen, seit den 1970er und 1980er Jahren reorganisiert werden. Die neuen Staaten wurden schuldenabhängig gemacht, ihre Wirtschaftsstruktur wurde in die internationale Arbeitsteilung so eingebunden, dass sie vor allem mit Rohstoffen und billiger Arbeitskraft dienten. Entsprechend prägten Agrobusiness, Extraktivismus, die mangelnde Verfügung über Patente und isolierte Industrien die abhängigen Staaten. Die Gewinne wurden von korrupten lokalen Machtgruppen angeeignet und verbreitet für Luxuskonsum und Rüstung verwendet.

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der Öffnung Chinas seit den 1970er Jahren bot sich eine Lösung der Krise an: Es entstanden neue Märkte. Vor allem konnte Kapital exportiert werden, um marktnah zu produzieren, um schon abgeschriebene Maschinen weiter zu nutzen, um niedrige Herstellungskosten (unter Umgehung sozialer, rechtlicher oder ökologischer Standards) zu nutzen und auf die billigen Arbeitskräfte zuzugreifen. Die neoliberale

Globalisierung setzte unter der Führung der USA – der einzigen verbliebenen Supermacht – den Sachzwang Weltmarkt durch. Globalisierte Unternehmen strukturierten weltweit verflochtene Produktions- und Konsumketten. Die Nationalstaaten verfolgten eine Politik der Privatisierung und Deregulierung. Die Gewerkschaften wurden dadurch erheblich geschwächt, was auch negative Auswirkungen auf ihren Internationalismus hatte. Linke Parteien gerieten durch diese Entwicklung in eine Krise, da die Politikkonzepte der fordistischen Phase nicht mehr griffen.

Der sogenannte Globalisierungsprozess beruht auf einer neuen internationalen Arbeitsteilung, die Wertschöpfungsketten werden zergliedert und flexibel über viele Regionen der Erde verteilt, die in souveräne Nationalstaaten gegliedert sind. Damit ändert sich auch das Verständnis von Internationalismus, denn es geht nicht mehr um ein hierarchisches und asymmetrisches Verhältnis der internationalistischen Solidarität des Nordens mit dem Süden, der Zentren mit der Peripherie, der reichen mit armen Staaten.

In allen Weltregionen bilden sich reiche Zentren mit Superreichen ebenso wie arme Peripherien mit hohen Arbeitslosenzahlen und Armen. Es kommt zu enormen sozialräumlichen Ungleichzeitigkeiten; doch gleichzeitig formiert sich auch so etwas wie eine gemeinsame globale Sicht, ein Verständnis von Problemen, die die Menschheit als Ganze betreffen und ein gemeinsames Handeln erforderlich machen. Ziele, Akteure, Themen, Praktiken des Internationalismus ändern sich.

Dies wird in Ansätzen erfahrbar im Gefolge der großen UN-Konferenzen (Weltumweltkonferenz, Weltfrauenkonferenz, Klimakonferenzen), an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von Politiker\*innen und Unternehmer\*innen in halbprivaten Gremien wie der Trilateralen Kommission oder dem Weltwirtschaftsforum. Damit einher gingen neue Auffassungen von Regierung als nichtförmlichem Regieren im Schatten des Staates. Verbunden ist damit ein Prozess der Bildung und öffentlichen Förderung von Nichtregierungsorganisationen. Sie engagieren sich im Prinzip in jedem Lebensbereich: Gewerkschaftsrechte, Ökologie, Klima und Artenvielfalt, Arbeiter\*innen und Konsument\*innen und ihre Bedrohung durch Produkte oder Produktionsverfahren, Menschenrechte, Rüstung, Migration, medizinische Versorgung, Wasser und Ernährung, Landwirtschaft, Stadtentwicklung und Landschaftszerstörung, Korruption, Großbauprojekte, Geschlecht und Sexualität. Auch wenn die NGOs vielfach aus dem Norden finanziert werden und mit staatlichen Strukturen verbunden sind, hat ihre Arbeit doch Rückwirkungen auf die kapitalistischen Zentren selbst, die sich gefallen lassen müssen, dass die Maßstäbe, Kritiken und Veränderungen rückwirkend auch auf die Zentren Anwendung finden.

Gegen die Globalisierung und gegen das Einheitsdenken des Washington Consensus stellten die Kämpfe der Zapatisten in Chiapas (1994) ein Aufbruchssignal für die sozialen Bewegungen dar. Mit den Wahlerfolgen von Hugo Chávez (1999), Evo Morales (2005), Rafael Correa (2007) begannen alsbald

die Versuche eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts – die einen gewissen Rückhalt in den Wahlerfolgen von Lula in Brasilien (2002 und 2006), den beiden Kirchnern in Argentinien (ab 2003) oder Mujica (2009) in Uruguay fanden.

Diese Projekte stellten sich ausdrücklich gegen eine mehrhundertjährige koloniale Unterdrückung und Ausbeutung ihrer Länder. Die Zapatisten organisierten eine neue Form der Gemeindedemokratie; in Venezuela wurde mit Räten experimentiert; Bolivien gab sich eine neue, plurinationale Verfassung, die die Rechte der indigenen Gemeinden stärkte und berücksichtigte; ähnlich wie die anderen beiden Regierungen verfolgte Correa eine Politik gegen die internationalen Institutionen und Unternehmen, gegen eine von den USA bestimmte Freihandelspolitik, er trat für eine bolivarianische Veränderung Lateinamerikas ein und verfolgte eine Politik der Armutsbekämpfung.

Auch wenn diese Bemühungen sehr schnell auf große Widerstände stießen, wurde in Bolivien und Ecuador das Ziel verfolgt, den Extraktivismus zu vermeiden, und eine langfristige Politik konzipiert, durch die die Nutzung der Rohstoffe den inneren Entwicklungen der Länder und dem „buen vivir“ der lokalen Bevölkerungen dienen sollte. Diese Länder handelten teilweise selbst internationalistisch. Die Weltsozialforumsbewegung (Porto Alegre 2001) wurde geschaffen, die auch eine Süd-Süd-Solidarität ermöglichte, durch die sich Aktivist\*innen vernetzen und gemeinsame Aktionen organisieren konnten.

Im globalen Norden gab es umfangreiche Widerstände und Proteste gegen die Entscheidungen der Regierungen, eine Politik der neoliberalen Globalisierung zu verfolgen (in Seattle 1999 gegen das Treffen der WTO, G8-Treffen in Genua 2001, EU-Gipfel in Göteborg 2001, G8-Treffen in Heiligendamm 2007). Bei all diesen fanden Bewegungsorganisationen wie Attac, linke, kirchliche, Dritte-Welt-Gruppen zusammen, die für eine andere Weltordnung eintraten.

Die Entwicklung nach der Weltwirtschaftskrise 2007/08 hat zur Bildung und Entfaltung sozialer Bewegungen beigetragen, die seit 2011 in schnell aufeinanderfolgenden Wellen stattfanden, gleichzeitig zahlreiche Länder ergriffen und viele Sektoren der Gesellschaften erfassten und mobilisierten (Tahrir, Puerta del Sol, OWS, Blockupy).

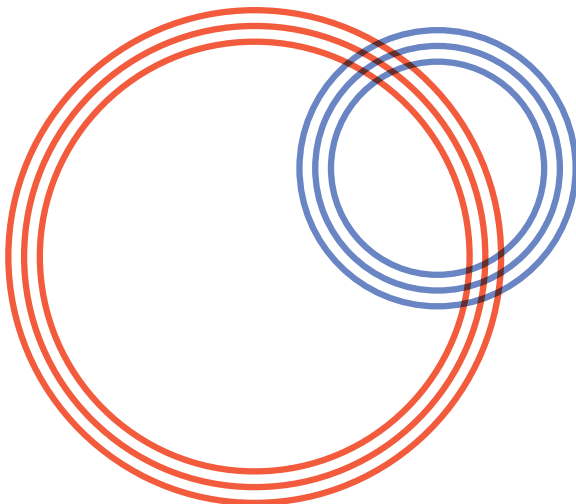
Hier stellt sich der Internationalismus erneut nicht als eine asymmetrische Beziehung dar, sondern als ein (keineswegs immer einfacher) Austausch der Erfahrungen, der Übernahme von Strategien und Zielen, der Absprachen zu gemeinsamen Aktivitäten. Für die internationalistischen Akteure in den Ländern des Nordens bedeutet dies in hohem Maße auch eine Rückwendung zu den eigenen Verhältnissen und die Übernahme einer neuen Form von Verantwortung. Denn angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels, des Artensterbens, der Zerstörung von Lebensgrundlagen insbesondere in den Regionen des globalen Südens geht es darum, die Lebensweise in den kapitalistischen Zentren auf nachhaltige, suffiziente, friedliche Produktions- und Konsummuster umzustellen.

Erst eine solche Transformation würde es auch den Gesellschaften der Peripherie oder des globalen Südens erlauben, sich von den vielfältigen imperialen Abhängigkeitsbeziehungen zu emanzipieren. Gleichzeitig entsteht daraus jedoch eine neue, gemeinsame Verantwortung. Denn die Transformation kann nicht Abschottung und Autarkie der kapitalistischen Zentren bedeuten; dies würde viele Regionen der Erde in noch schlimmere Situationen stürzen. Es bedarf freier und selbstbestimmter Formen der Kooperation, des Wissenstransfers, der gemeinsam koordinierten Produktion. Die reichen Länder müssen somit die ärmeren Gesellschaften darin unterstützen, ihre eigenen Lebensverhältnisse auf der Höhe der Weltvergesellschaftung zu transformieren.

Dies muss in dem Bewusstsein geschehen, Gewalt und Paternalismus zu vermeiden. Die kapitalistischen Zentren müssen bei sich anfangen, den Zwang zur immer weiteren Akkumulation beseitigen – was wegen autoritär-populistischer Politiken, die den Fossilismus, die Aufrüstung, die Inwertsetzung von Rohstoffen und Arbeit voranzutreiben versuchen, auf erhebliche Widerstände stößt – und gleichzeitig dazu beitragen, dass die Gesellschaften des Südens sich auf endogene Weise entwickeln können. Gemeinsam müssen alle herausfinden, welche Verhältnisse ihnen ein gemeinsames Leben ermöglichen.

Internationalismus bedeutet in diesem Sinn eine Solidarität mit den Fernsten, die nun, und nicht nur als Geflüchtete, ganz nahe gerückt sind – weil sie unmittelbar die Arbeit, die Nahrungsmittel, die Luft und das Wasser teilen. Es geht darum, einen gemeinsamen Prozess des Übergangs zu organisieren, in dem die reichen Zentren, wo immer sie sich befinden, nicht mehr reich bleiben dürfen, in dem sie auf Ressourcen verzichten oder sie teilen, sich auf eine von allen bestimmte und getragene Naturaneignung und Arbeitsteilung einlassen und an Transformationskonzepten mitarbeiten, die zu einer Menschheit führen, die sich mit sich und der Natur versöhnt. Es bedürfte – wie Jacques Derrida vor zwei Jahrzehnten in die Diskussion eingebracht hat – einer ganz neuen Internationale.

**Prof. Dr. Alex Demirović** ist Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung.



## Internationale Arbeiterassoziation

„Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet“, so steht es in den Provisorischen Statuten der Organisation von 1864, um einen „Mittelpunkt der Verbindung und des Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften“ zu bilden, „welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse“.

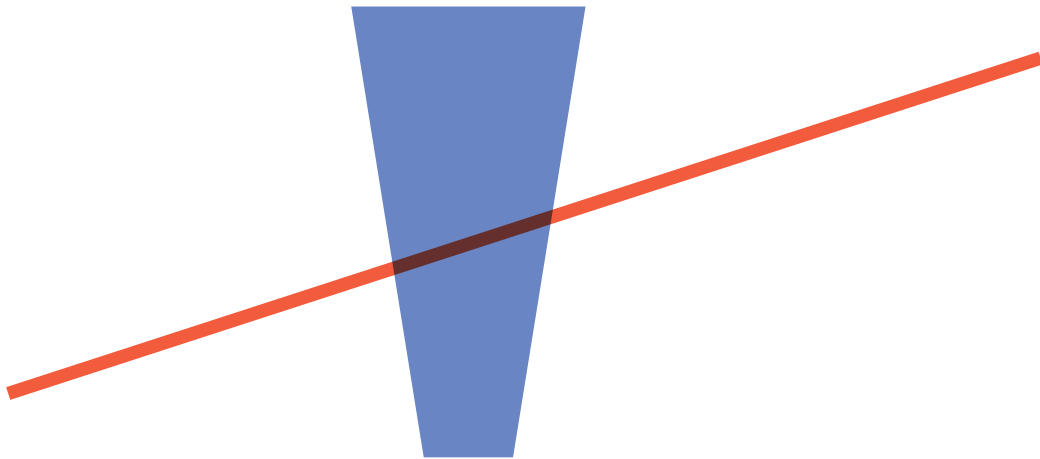
Der Autor: Karl Marx. Die Organisation: die Erste Internationale. Der Alte aus Trier hatte sich, wie er ein Jahr später schrieb, „mit großem Eifer“ an der „von den Chefs der Londoner Trades Union gestifteten Internationalen Assoziation“ beteiligt; die Initiative war also von britischen Gewerkschaftern ausgegangen. Doch der Horizont der IAA war international – ein Dachverband für die „sofortige Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegung“.

Theoretisch folgte die Assoziation der Analyse, die Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ fast 20 Jahre zuvor dargelegt hatten: Da „das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte“ die Bourgeoisie „über die ganze Erdkugel“ jage, würden auch Produktion und Konsumtion aller Länder international gestaltet, auf dem so entstehenden Weltmarkt sei für die Arbeiterbewegung dann auch politisch kein Platz mehr für die alte, lokale und nationale „Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit“. Wo der Kapitalismus allseitigen Verkehr und allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander bedeute, müssten die Beschäftigten organisatorisch nachziehen, so der Gedanke. Dies zumal, da Marx und Engels davon ausgingen, dass politische Revolutionen zwar noch auf der Ebene von Nationalstaaten stattfänden, aber international miteinander verknüpft sein würden.

Politisch war die Zusammensetzung der neu gegründeten Assoziation recht bunt, sie reichte von Kommunisten über sozialistische Akteure, reformistische Gewerkschaften bis hin zu Anarchisten – es gab also auch andere Auffassungen als die von Marx. Der sah diese Vielfalt einerseits als Fortschritt „gegenüber den phantastischen und sich bekämpfenden Sektensorganisationen“, die bisher bestanden. Engels wird später anmerken, „nur dank dieser Breite ist die Internationale das geworden, was sie war“.

Faktisch konnte die Erste Internationale kaum wirklichen Einfluss geltend machen, und doch wirkte sie als Zentrum und Bezugspunkt. ■





## „Es geht um ein gutes Leben für alle. Überall“

Boris Kanzleiter im Gespräch über den globalen Autoritarismus, linke Gegenbewegungen und einen neuen Internationalismus

*maldekstra: Einer der vielleicht wichtigsten Sätze des linken Internationalismus steht im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 – es sind die berühmten Worte am Ende: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Von heute aus betrachtet: Wie vereinigt sind wir denn?*

**Boris Kanzleiter:** Ich fürchte, dass wir bei der Vereinigung der Proletarierinnen und Proletarier der Welt noch nicht so weit gekommen sind. Es gibt vielfältige strukturelle Spaltungen, die durch die Standortkonkurrenz im kapitalistischen Weltmarkt und nationalistische Diskurse noch verstärkt werden. Ich glaube, dieses „in Konkurrenz zueinander setzen“ ist heute stärker ausgeprägt als in anderen Momenten der Geschichte.

*Stattdessen ist eine rechtsautoritäre „Internationale“ auf dem Vormarsch. Ist das die andere Seite der Schwäche eines linken Internationalismus?*

Gegenwärtig grassiert ein globaler Autoritarismus. Dahinter stehen rechte politische Kräfte, die zwar jeweils unterschiedliche Projekte verfolgen, je nach dem spezifischen Kontext in den einzelnen Ländern. Zusammen schaffen sie es jedoch, auf globaler Ebene Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben und Schritt für Schritt mehr Hegemonie zu erlangen. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

*Und zugleich ein Widerspruch: Die Rechte propagiert nationalistische Forderungen, verengt also den Horizont und richtet Politik nach innen aus, zieht Grenzen im Denken und Handeln hoch, schließt Menschen aus, agiert zu Lasten internationaler Verfahren, Verträge usw. Aber trotzdem wird sie immer mehr zum internationalen Gewicht, zur Bedrohung.*

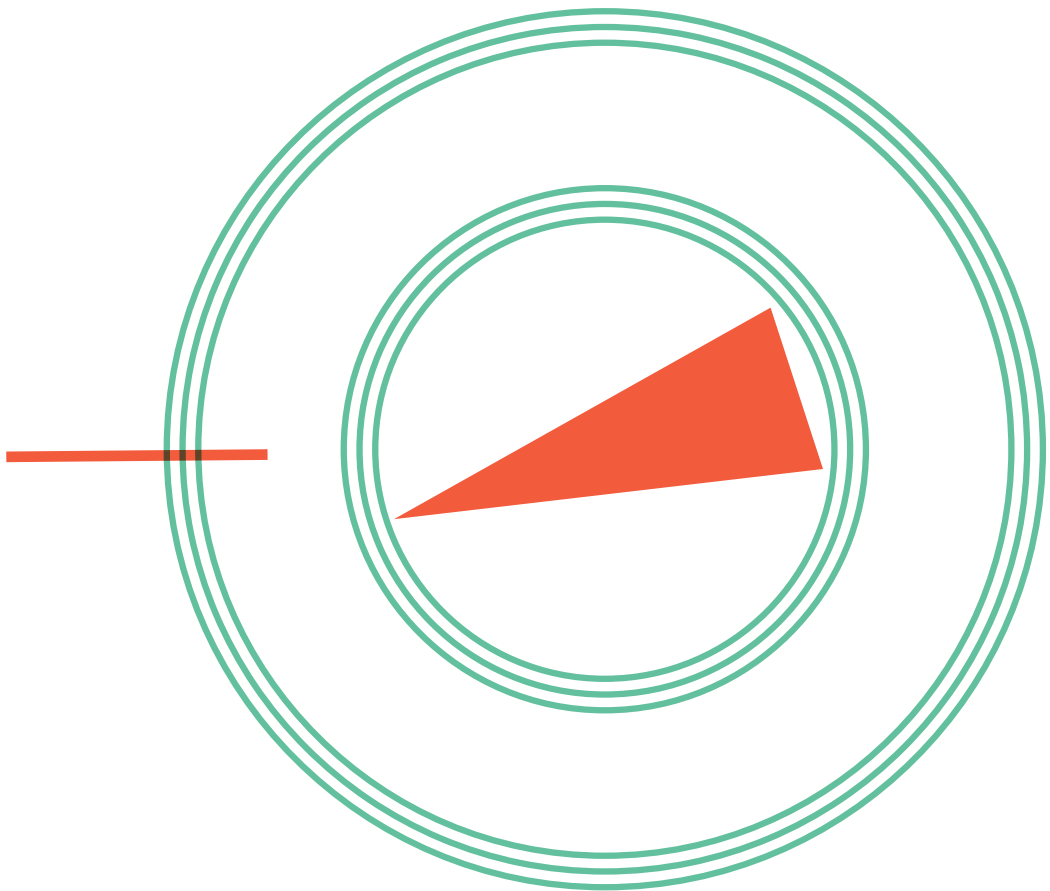
Man darf nicht übersehen, dass die autoritäre Rechte ihre nationalistischen Ziele mit ideologischen Versatzstücken verfolgt, die überall einsetzbar sind und die ineinandergreifen. Zum Beispiel der oft aggressive Antifeminismus – ein Donald Trump setzt das gezielt als Angriff auf Errungenschaften der Frauenbewegung ein. Genauso tun es rechte Akteure zum Beispiel in Brasilien oder bei der AfD hier in Deutschland. Sie beziehen sich dabei aufeinander. Ähnlich in Sachen Klimawandel. Hier bestärken sich unterschiedliche rechte Kräfte weltweit gegenseitig, indem sie die Wissenschaftlichkeit der Erkenntnisse der internationalen Klimaforschung infrage stellen, um im Interesse bestimmter Kapitalfraktionen ihren Angriff auf die Erfordernisse einer sozialökologischen Klimapolitik zu fahren. Dies wiederum wird mit nationalistischen Diskursen vermengt.

*Internationalismus von links war immer auch eine Frage der organisatorischen*



Foto: privat

**Boris Kanzleiter** studierte in Berlin und Mexiko-Stadt Geschichte. Er promovierte zum Thema „1968 in Jugoslawien“. Internationalistisch engagierte er sich unter anderem in der Solidaritätsbewegung für die Zapatistas und für die Antikriegsbewegung im ehemaligen Jugoslawien. Von 2009 bis 2016 leitete er das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südosteuropa in Belgrad. Seit 2016 ist er Leiter des Auslandsbereiches der Stiftung in Berlin. Mit ihm sprach Tom Strohschneider.



*Vernetzung. Geht die autoritäre Rechte diesen Weg ebenfalls?*

Es gibt Versuche, etwa wenn Stephen Bannon, der einstige Berater von Trump, durch Europa zieht, um eine rechte Front zu schmieden. Auch auf der Ebene internationaler Politik versuchen Rechtsregierungen zu kooperieren, jedenfalls dann, wenn es gegen die von ihnen ausgemachten „Feinde“ geht. Das ist auch die neue Qualität gegenüber früheren Zeiten: Die wachsende Zahl rechter Regierungen verschafft ihnen ein anderes Gewicht in den internationalen Institutionen; man denke nur daran, wie einige mitteleuropäische Staaten unter Führung von Ungarn und Polen in der EU agieren: nationalistisch und trotzdem gemeinsam.

*Die gesellschaftliche Linke erscheint auf dieser Ebene dagegen schwach.*

Das ist ein großes Problem, und es hat mehrere Facetten. Zum Beispiel beobachten wir eine Renationalisierung von Politikansätzen auch bei der Linken, und das paradoxerweise in Zeiten, in denen wir mit wachsenden globalen

Herausforderungen zu tun haben. Kein Wunder, dass dann die internationale Handlungsfähigkeit schwach bleibt. Oder es klappt bei der organisatorischen Kooperation nicht gut, schauen wir uns etwa die europäische Linkspartei an: 2004 hoffnungsvoll gestartet, ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Erzählung und Schlagkraft zu entwickeln.

*Fehlt eine Grundlage? Auf den Internationalismus pochen doch praktisch alle linken Akteure.*

Es ist nicht die Frage, ob da ein Internationalismus diskutiert wird, sondern welcher. Hier liegt ein weiteres Problem: Zu oft bleiben linke Akteure in Diskursen der Vergangenheit verhaftet, wenn es um Internationalismus geht. In dieser „alten“ Perspektive steht oft immer noch die Staatlichkeit im Zentrum: Internationalismus hieß lange, sich auf die realsozialistischen Staaten zu beziehen. Vieles, was unter „Internationalismus“ verhandelt wurde, war Teil der Systemkonkurrenz, und auch die Bewegungen, die internationalistische

Solidarität erfuhren, waren meist auf Staatlichkeit ausgelegt: Sie wollten an die Macht in einem Staat kommen. Ihre Politik hatte dabei zwischen der Oktoberrevolution und 1989 einen Referenzpunkt – die Sowjetunion. Vor allem in den Ländern des Trikonts gab es starke Befreiungsbewegungen, die in Moskau, teilweise auch in Peking, einen Bündnispartner suchten. Mit 1989 haben sich die Bedingungen für die linken Kräfte weltweit aber verändert.

*Brauchen wir einen „neuen Internationalismus“?*

Die Debatte wird ja längst geführt, ob nun von Intellektuellen des Südens wie dem kürzlich verstorbenen Samir Amin, ob im Umfeld von Bernie Sanders in den USA oder auch bei uns in der Stiftung. Es gibt keine fertigen Rezepte, wie ein neuer Internationalismus aussehen könnte. Aber die Debatte ist nötig, und zu ihr gehört, sich auch über den „alten Internationalismus“ zu verständigen, über seine Erfolge genauso wie über die Widersprüche und Niederlagen. Sozialistische Staatlichkeit spielt heute keine zentrale Rolle mehr.

*Sondern?*

Heute sind wir im Grunde wieder da, wo die Internationale Arbeiterassoziation IAA 1864 angefangen hat: zurückgeworfen auf die Bildung von Bündnissen und Netzwerken einzelner linker Akteure und Bewegungen, die sich neu assoziieren müssen. Es geht nicht mehr um „Bruderhilfe“, sondern um eine neue transnationale Politik von unten.

*Es gibt aber in der Linken doch weiterhin die Neigung, etwa den Aufstieg von Schwellenländern mit einer gewissen Sehnsucht zu verfolgen, weil man da wieder einen Staat als „guten“ Referenzpunkt hat. Oder es werden Regierungen vor allem deshalb unterstützt, weil die USA gegen sie agieren.*

Ja, es gibt diese Tendenz, etwa mit Blick auf Nicaragua, teilweise auch, was die Bewertung der Regierung in Moskau angeht, aber sie lässt nach. Das Beispiel Venezuela zeigt, dass auch diejenigen, die noch vor wenigen Jahren den Chavismus recht unkritisch unterstützt haben, heute die Gründe für die Krise nicht nur bei anderen sehen. Es ist doch so: Es gibt starke ökonomische und politische Interessen, Venezuela in eine andere Richtung zu führen. Zugleich sind viele interne Faktoren für die Krise des

Chavismus verantwortlich, angefangen beim wirtschaftlichen Entwicklungsmodell bis zu den gravierenden Demokratiedefiziten. Viele an der Basis Aktive in Venezuela sehen das übrigens genauso. Die strikte Ablehnung der laufenden USIntervention gegen Venezuela heißt nicht, dass man unkritisch gegenüber Maduro sein muss.

*Zum neuen Internationalismus gehört also auch eine neue Lust an der kritischen Reflexion.*

Natürlich. Wir können die Geschichte internationalistischer Debatten und Praktiken, die ja unsere eigene ist, mit all ihren guten und auch verhängnisvollen Seiten, nicht einfach hinter uns lassen. Man wird ihr nur gerecht, wenn man aus ihr lernt.

*Wie viel hat Internationalismus mit Gefühl zu tun, mit Projektionen?*

Eine Menge. Eine Grundlage für Internationalismus und Solidarität ist Empathie. Es geht um die Fähigkeit, sich im anderen wiederzuerkennen. Darum, das Leiden und den Kampf anderer Menschen als etwas zu sehen, mit dem man sich solidarisieren will. Das ist nicht nur rational. Es hat vielmehr etwas mit dem „kategorischen Imperativ“ zu tun, den Marx formuliert, wenn er schreibt, dass es darum geht, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Es gibt einen weiteren Aspekt der Identifikation, der etwas mit eigener Schwäche zu tun hat und dem Bedürfnis, diese dadurch zu kompensieren, dass man alle Erwartungen auf andere Bewegungen an anderen Orten der Welt projiziert. Das kann man nachvollziehen, es hat aber immer auch zu Problemen geführt. Ein dritter Punkt ist der klassenpolitische Aspekt, der die Grundlage für internationalistische Praxis bildet. Gemeinsame Interessen sind ein rationales Moment, gemeinsame Kämpfe zu führen. Daher setzen wir uns für konkrete globale soziale Rechte ein, wie sie ansatzweise in Form der Kernarbeitsnormen der ILO schon bestehen.

*Die Empathie stellt den Menschen in den Mittelpunkt eines internationalistischen Selbstverständnisses. Wen stellt die klassenpolitische Sicht heute ins Zentrum? Die „Proletarier aller Länder“ aus dem „Kommunistischen Manifest“ werden es nicht mehr sein können.*

Man muss verschiedene Ebenen unterscheiden. Auch wenn es da erhebliche Ausdifferenzierungen in soziale Milieus und Stellungen im Produktionsprozess gibt, könnte man weiterhin von einem abstrakten Interesse des Weltproletariats reden – im Kapitalismus sind das all jene, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen oder sonst wie in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen gehalten werden. Hier anzuknüpfen, ist auch ein universeller Anspruch. Nämlich der, Mensch sein zu können, also frei über die Möglichkeiten zu verfügen, die der Stand der gesellschaftlichen Entwicklung bietet. Die meisten sind davon heute immer noch ausgeschlossen. Zugleich wissen wir, dass dieses Weltproletariat ständig gegeneinander ausgespielt wird; hinzu kommen objektiv unterschiedliche Interessen, die etwa auf unterschiedliche Entwicklungsstände der Ökonomien zurückzuführen sind. Das macht die Entwicklung von gemeinsamen politischen Projekten schwer.

*Da wäre dann wieder der Empathiefaktor wichtig.*

Genau, man muss beides kombinieren, die Empathie und die klassenpolitische Dimension. Und man sollte wohl auch mehr über die Bewegungen und Kooperationen reden, in denen das schon funktioniert.

*Also bitte.*

In den vergangenen Jahren haben sich feministische Kämpfe global vernetzt. Die Bewegungen für Klimagerechtigkeit tanzen keineswegs nur auf nationalen Hochzeiten, hier sind neue Netzwerke entstanden. Die Schüler\*innen streiken international gegen die klimapolitische Ignoranz von Regierungen. Die Wende von einem alten zu einem neuen Internationalismus ist ein längerer Prozess, eine Etappe war das Aufkommen einer globalisierungskritischen Bewegung in den 1990er Jahren, die internationalen Gipfel-Aktionen gehören dazu, auch die Weltsozialforen. Mit der großen Krise ab 2007 setzte zwar der Trend zur Renationalisierung ein, es gab aber auch neue Versuche und Dynamiken, das ging bei Occupy Wall Street los und hörte mit den europaweiten Bemühungen, sich gegen den Austeritätskurs zu stemmen, noch nicht auf. Es gibt auch im Sektor der Produktion und des Handels internationale Kooperation. Nehmen wir zum Beispiel den in

mehreren Ländern geführten Amazon-Streik oder gewerkschaftliche Anstrengungen, Mindeststandards über Ländergrenzen hinweg einzufordern.

*Aber gerade bei den Gewerkschaften hat man den Eindruck, dass es mit dem Internationalismus nicht immer allzu weit geht.*

Die Regulierung der Arbeit wird immer noch wesentlich auf der Ebene des Nationalstaates verhandelt. Gewerkschaften sind daher auf diese Ebene konzentriert. Es gibt zwar internationale Dachverbände, aber die eigentliche Organisationsmacht liegt nicht bei denen. Die Linke sollte aber die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, in der Gewerkschaftsbewegung stärker auf transnationale Solidarität zu drängen. Etwa was die Organisation entlang globaler Lieferketten angeht. Bei Ryanair kam es übrigens zu erfolgreichen transnationalen Streiks, die sich gegen die Geschäftspolitik des Konzerns richteten, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen.

*Wir agieren in einem „Raum des Politischen“, der dem „Raum des Kapitals“ immerzu hinterherhinkt. Ökonomische Globalisierung ist real, politische Hebel, hier gesellschaftliche Interessen durchzusetzen, gibt es auf internationaler Ebene nicht so viele, oder sie sind relativ schwach.*

Aber das kann kein Argument gegen die Veränderung globaler Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse sein. Die Linken haben gar keine Alternative, wenn sie eine andere Welt wollen.

*Eine andere Welt setzt auch voraus, das zu überwinden, was als „Externalisierungsgesellschaft“ oder „imperiale Lebensweise“ bezeichnet wird: dass der Fortschritt im Norden auf den Schultern des Restes der Welt gemacht wurde.*

Für einen neuen Internationalismus ist deshalb die sozialökologische Transformation so entscheidend. Und was die „imperiale Lebensweise“ angeht: Ist das wirklich Wohlstand, was da unter Ausbeutung von Natur und Ressourcen anderer Weltregionen im globalen Norden entstanden ist? Diese Frage muss man stellen. Es geht um alternative Gesellschaftsmodelle, die Lebensqualität anders bemessen als am Konsum, der von transnationalen Konzernen gesteuert wird. Es geht um ein gutes Leben für alle. Überall.

# Praktische Kritik der imperialen Lebensweise

Was ein neuer Internationalismus berücksichtigen sollte. Von Ulrich Brand

Die kapitalistische Globalisierung und die damit einhergehenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen sind zuvorderst eine Strategie von imperialen Staaten und des Kapitals. Sie basiert aber auch auf dem ganz normalen Alltag vieler Menschen im globalen Norden. Um einige Sachverhalte auf den Begriff zu bringen, die ein zeitgemäßer Internationalismus und globale Solidarität gegen die Zumutungen der kapitalistischen Globalisierung berücksichtigen müssen, haben Markus Wissen und ich das Konzept der „imperialen Lebensweise“ vorgeschlagen.

Möglich wird diese imperiale Lebensweise dadurch, dass Unternehmen und Beschäftigte im Produktionsprozess, der öffentliche Sektor oder Menschen im (Konsum-)Alltag der auf die billigen Ressourcen und billige Arbeitskraft andernorts zugreifen – und dieser Zugriff oft mit Leid, Ausbeutung, Erniedrigung von Menschen und ökologischer Zerstörung einhergeht. „Andernorts“ bedeutet auch Zugriff innerhalb der Gesellschaften des globalen Nordens. Für die einen entsteht so Handlungsfähigkeit und materieller Wohlstand, aber auch – so politisch erkämpft und gewollt – eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für andere bedeutet es eine fortschreitende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und eine Verfestigung von Abhängigkeitsverhältnissen.

Die Widersprüchlichkeit der imperialen Produktions- und Lebensweise liegt zum einen darin, dass viele Menschen gleichzeitig teilweise Nutzen daraus ziehen – etwa beim Kauf günstiger Produkte – und leiden, wenn sie ihre Arbeitskraft unter Bedingungen der Konkurrenz verkaufen müssen. Zum anderen erzeugt die imperiale Lebensweise zwar Zwänge, wenn ebenso gearbeitet und gelebt werden muss und Alternativen schwierig sind. Oder wenn Statuskonsum den Kauf neuer Produkte nahelegt, obwohl das gar nicht gewollt ist. Doch in der Regel – das ist ein zweiter Widerspruch – wird dieser Zwang nicht als solcher empfunden.

Diese Lebensweise ist eng verbunden mit Kolonialismus und dem sich entwickelnden Kapitalismus und setzte sich, bei allen Unterschieden, im Nachkriegskapitalismus in den Gesellschaften des globalen Nordens weitgehend durch. Durch den Globalisierungsprozess der letzten 30 Jahre wurde sie durch den verstärkten Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen andernorts sowie durch die Digitalisierung mit ihrem hohen Ressourcenverbrauch weiter vertieft. Systematisch greifen die Menschen verstärkt auf Ressourcen, auf High-Tech-Geräte, aber auch auf T-Shirts, Autos, Nahrungsmittel und anderes zu, die insbesondere unterbezahlte Arbeitskräfte im Süden produzieren. Subjektiv erleben das viele Menschen als Wohlstand.

Aber auch die neoliberalen Spaltungen im globalen Norden, die Ausweitung des Billiglohnsektors und verstärkte Ressourcennutzung vertiefen die imperiale Lebensweise.

## Bewusstsein versus Einkommen

Die imperiale Lebensweise bedeutet nicht, dass alle Menschen im Norden gleich leben. Studien belegen vielmehr, dass die Größe des ökologischen Fußabdrucks weniger vom Bewusstsein abhängt, sondern vor allem vom Einkommen. Wer ein höheres Einkommen hat, kann vermehrt auf jene Produkte und Dienstleistungen zurückgreifen, die unter sozial und ökologisch problematischen Bedingungen produziert werden. Und wie gesagt: Die imperiale Lebensweise, wie sie hierzulande gelebt wird, ist eine statusorientierte Lebensweise, die nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auf sozialer Ungleichheit basiert und sie verschärft. Die Mittelschichten grenzen sich gegen die unteren Schichten bewusst ab, indem sie zeigen, dass sie sich aufgrund ihres hohen Einkommens ein Auto und viel Konsum leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit weniger Geld umso mehr ausgeschlossen werden und sich auch ausgeschlossen fühlen.

Diese Produktions- und Lebensweise kommt deutlich an globale ökologische Grenzen. Auch früher gab es immer wieder Regionen, die in bestimmten Konstellationen ökologisch kollabierten. Doch heute hat die ökologische Gefahr eine globale Dimension. In gewisser Weise siegt sich die imperiale Lebensweise „zu Tode“. Und sie produziert in Zeiten der Krise einen dritten Widerspruch, der es politisch in sich hat: Vor allem im globalen Norden wirkt diese Lebensweise in Zeiten der Krise stabilisierend, denn die relativ billigen Lebensmittel werden über den Weltmarkt weiterhin in die Metropolen geschaufelt. Gleichzeitig verschärfen sich andernorts die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen und damit die Ursachen von Konflikten und Flucht.

Die imperiale Lebensweise basiert aber auch darauf, dass ihre Voraussetzungen und negativen Folgen unsichtbar sind oder ignoriert werden.

Der Schriftsteller Ilija Trojanow verwies vor einigen Jahren in einem Artikel der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* auf eine von 20 Regierungen in Auftrag gegebenen Studie der deutschen Registrierungsagentur für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Sie kam zu folgendem Ergebnis: Wenn die globalen Durchschnittstemperaturen so stiegen wie zuletzt, würden bis zum Jahre 2030 mehr als hundert Millionen Menschen an den direkten Folgen – Dürre, Trinkwassermangel, Ernteausfall, Armut und Krankheit – sterben. „100 Millionen sind keine Bagatelle“,

## Trikontinentale und bewaffneter Kampf

Im Januar 1966 trafen sich Vertreter\*innen von 83 Organisationen aus Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im kubanischen Havanna zur ersten „Trikontinentale“. In der Folge gründeten sich die „Lateinamerikanische Organisation der Solidarität“ (OLAS) und die „Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas“ (OSPAAAL). Letztere veröffentlichte 1967 den weltberühmten Brief Che Guevaras, der die Forderung „Schafft zwei, drei, viele Vietnams“ enthielt.

Der zur Ikone gewordene Arzt und Guerillaführer verkörperte wie kaum ein anderer das aktivistisch-internationalistische Moment der kubanischen Revolution – er wurde ein halbes Jahr später in Bolivien ermordet. Doch nicht zuletzt die an eine OSPAAAL-Solidaritätskonferenz gerichtete Grußadresse fand weltweit Beachtung. Von Rudi Dutschke und Gaston Salvatore ins Deutsche übersetzt, stand der Text für die damals verbreitete Hoffnung auf eine kontinentale Revolution in Lateinamerika als Bestandteil eines weltweiten antiimperialistischen Kampfes. Sie brachte zugleich die sogenannte Fokus-Theorie zum Ausdruck, laut der schwache revolutionäre Kräfte durch militärische Aktionen einen umfassenden Prozess der Umwälzung in Gang setzen könnten.

Dutschke und Salvatore hatten in ihrer Einleitung zu Che Guevaras Pamphlet auch über den „Beitrag der Revolutionäre aus den Metropolen“ spekuliert und „die Entwicklung spezifischer Kampfformen“ gefordert. Die sich daraus ergebende Gewaltfrage wurde unter anderem auf dem Vietnamkongress 1968 kontrovers diskutiert. Das Attentat auf Dutschke wenige Wochen später spitzte die Debatten über den „Übergang vom Protest zum politischen Widerstand“ weiter zu. Hieran knüpfte dann unter anderem auch jener Teil der linken Szene an, aus dem sich in Deutschland die RAF bilden sollte.

Von hier aus war es nur noch ein kurzer Weg dahin, selbst das Münchner Olympia-Attentat gegen israelische Sportler\*innen von 1972 als „internationalistisch“ zu verbrämen. Es folgten unter anderem die Anschläge des „Deutschen Herbstes“ 1977, kontroverse Debatten über Terrorismus und Grundrechte sowie 1982 die Erklärung „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ – die, so damals die „taz“, „wortgewaltig die eigene Perspektivlosigkeit“ von „ein paar Polit-Intellektuelle[n]“ vertuschte, „die sich besonders revolutionär vorkommen, weil sie ein Maschinengewehr im Schrank haben“. ■

so Trojanow, „100 Millionen sind mehr als die Opfer beider Weltkriege. Falls Sie diese Nachricht nicht wahrgenommen haben, grämen Sie sich nicht. Sie wurde ihnen vorenthalten. Der Grund liegt weniger in der Abgeklärtheit, mit der wir der Apokalypse ins Auge blicken, da uns seit Jahren Hollywood und andere popkulturelle Industrien an ihre Allgegenwart gewöhnt haben, sondern wohl eher in einem Nebensatz des Berichts, der leicht zu übersehen wäre: (Mehr als 90 Prozent dieser Toten werden Bewohner von Entwicklungsländern sein.) Nun ja, es wird die anderen treffen.“

Mit dem Begriff imperiale Lebensweise lassen sich auch rechtskonservative und rechtsextreme Politiken in Europa und den USA besser verstehen. In Zeiten sozialer Spaltung und Verunsicherung verheißen sie mit ihrem politischen Angebot, durch Migrations-, Handels- und Außenpolitik zuvorderst die Interessenderer zu verteidigen, die in den kapitalistischen Zentren leben. Die anderen Weltregionen sollen in ihrer Rolle als Zulieferer von billigen Waren bleiben und Hilfe suchende Menschen werden abgewiesen. Die imperiale Lebensweise zeigt aber auch an, dass sich diese Lebensweise über den Aufstieg von Schwellenländern wie China oder Brasilien ganz dynamisch auch in der Bevölkerung des globalen Südens verallgemeinert. Sie macht die Ausweitung des Kapitalismus für immer mehr Menschen attraktiv. Entscheidend für die Reproduktion der imperialen Lebensweise ist eine global und jeweils innergesellschaftlich ungleiche Konstellation – entlang von Klassen, Geschlechtern, Race, aber eben auch verallgemeinerten Produktions- und Konsummustern.

### Alternativen aufzeigen

Ich bin hin und wieder in Ecuador. Dort habe ich erlebt, wie schnell in Zeiten hoher Erdölpreise und damit möglichen Lohnerhöhungen und wachsender Deviseneinnahmen des Staates die Anzahl der Autos und insbesondere der SUVs zunimmt. Auch dort greift die imperiale Lebensweise sofort.

Gleichzeitig hält der sich globalisierende Kapitalismus viele Menschen unter katastrophalen Lebensbedingungen. Aus einer geopolitischen Perspektive verstärken wirtschaftliche Globalisierung und die globale Ausweitung der imperialen Lebensweise den Bedarf an natürlichen Ressourcen in Ländern des globalen Südens. Die Konkurrenz um Land, etwa in Afrika, nimmt zu. Damit verstärken sich – dies ist ein vierter Widerspruch der imperialen Lebensweise – „öko-imperiale Spannungen“. Im Globalisierungsprozess der Nahrungsmittelindustrie werden Menschen von ihrem Land vertrieben, auf dem sie sich selbst ernähren konnten, um auf eben diesem Land Palmöl, Zuckerrohr oder Soja für die globalen Industrien und den Konsum im Norden anzubauen. Wenn sie sich dann erniedrigt und entrechtet für kaum mehr als 2 US-Dollar am Tag als Plantagenarbeiter\*innen auf ihrem früheren Land verdingen, gelten sie in der Weltbank-Statistik als „aus der Armut befreit“. Die bittere Lebensrealität von immer mehr Menschen ist den Globalisierungspologeten ent-

gegenzuhalten, die uns mit Statistiken glauben machen wollen, die materielle Armut auf der Welt habe abgenommen.

Die Analyse aktueller Dynamiken sollte uns motivieren, nach Widersprüchen, Widerständen und Alternativen zur imperialen Lebensweise zu suchen und sie zu stärken. Zahlreiche spannende Diskussionen auf Workshops und bei Buchvorstellungen haben meinem Ko-Autor Markus Wissen und mir deutlich gemacht, dass der Begriff der imperialen Lebensweise das Unbehagen vieler Menschen trifft. Junge Menschen engagieren sich in Schreibwerkstätten zum Thema imperiale Lebensweise, um gemeinsam mit anderen die Welt besser zu begreifen und zu verän-

dern können. Unbehagen an autoritären politischen Tendenzen, zunehmender sozialer Polarisierung und Bereicherung der Eliten. Globale Solidarität auf der Höhe der Zeit zu entwickeln bedeutet, den sich globalisierenden Kapitalismus als multiples Herrschaftsverhältnis zu verstehen und zu verändern. Das scheint heute schwierig, da der dominante Globalisierungsdiskurs darin besteht, die Fahnen wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit und des Standortwettbewerbs hochzuhalten. Das Versprechen „Wenn wir am Standort zusammenhalten, leben wir besser“ ist nicht weit weg von „America First!“.

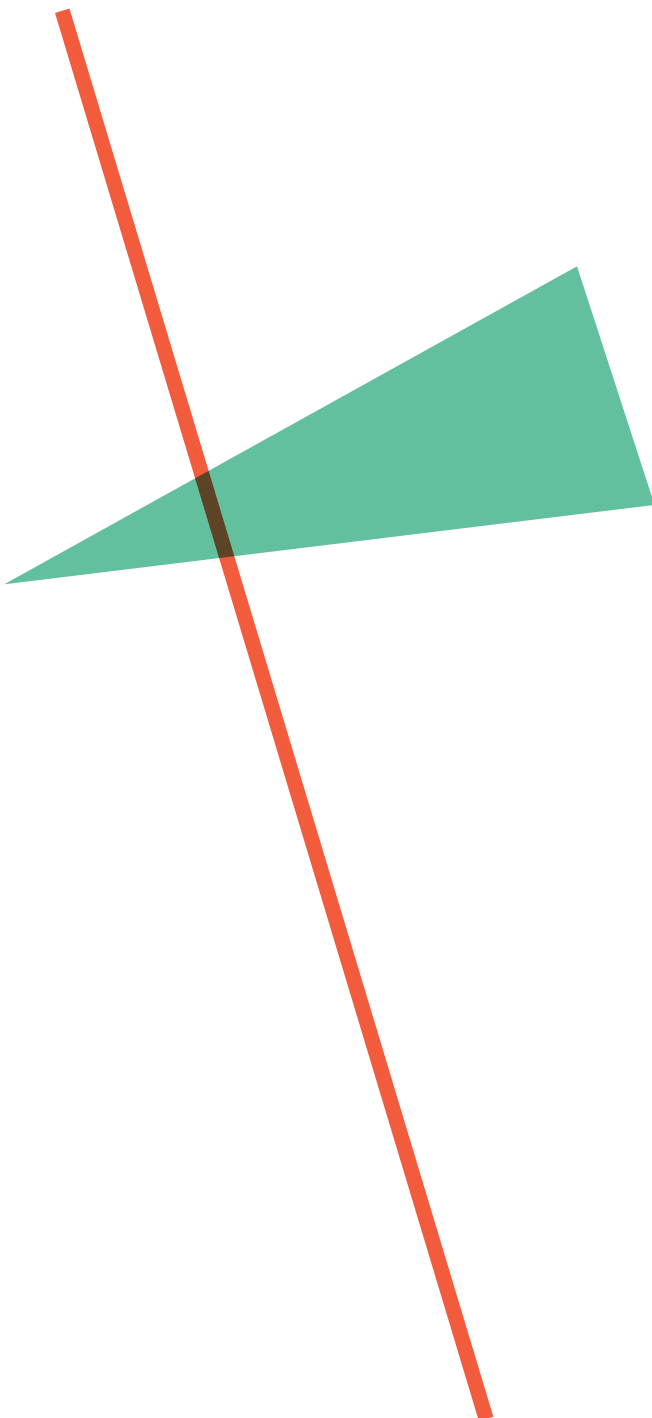
Wie können Alternativen zur imperialen Produktions- und Lebensweise aussehen? Es gibt vielfältige Widerstände und Vorschläge, etwa wie soziale Rechte verteidigt werden können, ohne dies auf Kosten anderer zu tun, sondern indem sie die Mächtigen und die mit ihnen verbundenen Herrschaftsverhältnisse infrage stellen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihre weltweiten Partner\*innen sind Teil dieser praktischen Suche nach Alternativen. Vor allem aber bedarf es einer sehr grundlegenden Transformation des dominanten nördlichen Entwicklungsmodells. Viele Menschen haben 2015 im „Sommer der Migration“ gezeigt, dass sie bereit sind, ihre Komfortzone zu verlassen. Der Umbau des Ernährungssystems in eine ökologische Landwirtschaft bedeutet eine andere Ernährungsweise und ein anderes, nicht industriell-globales Produktionssystem.

Dabei geht es auch darum zu zeigen, dass solche Entwicklungen ohne Konflikte und Kämpfe nicht zu haben sind. Eine wichtige aktuelle Erfahrung ist der Kampf der „Ende Gelände“-Bewegung um den Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland. Die muss Hand in Hand gehen mit dem Ausstieg aus den Kohleimporten aus Kolumbien und überall dort, wo die Kohleförderung sozial und ökologisch desaströs ist. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Schließlich: Globale Solidarität ist keine mit „dem“ Süden. Es bedarf auch der Kritik an der imperialen Lebensweise der Ober- und Mittelschichten in den Ländern des globalen Südens. Denn diese Lebensweise stabilisiert Herrschaftsverhältnisse und schafft durchaus Konsens – allerdings auch dort zu Lasten der Ärmern und der Natur. Eine Kritik, die nicht schick grün-alternativ und überheblich von Menschen und Organisationen aus dem globalen Norden vorgetragen wird, sondern in emanzipatorischer Absicht, darf auch davor nicht Halt machen.

---

**Ulrich Brand** ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und seit vielen Jahren Vertrauensdozent und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gemeinsam mit Markus Wissen verfasste er das Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ (oekom-Verlag 2017), das 2020 in fünf anderen Sprachen erscheint. Im Juni 2020 erscheint sein neues Buch „Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks, Krise der imperialen Lebensweise und Alternativen zur autoritären Globalisierung“ (VSA-Verlag).



# Wenn wir eine Chance haben wollen

Die linke YouTuberin Sabrina Fernandes will nicht nur Brasilien verändern, sondern die ganze Welt. Von David Pfeiffers

Wie soll man eine Pandemie bekämpfen, wie über die Folgen, über Alternativen, über Kritik reden, wenn der Präsident deines Landes von einer „kleinen Grippe“ spricht?

Obwohl Brasilien der erste Staat Lateinamerikas war, in dem eine Corona-Infektion registriert wurde, ignorierte das rechtsautoritäre Staatsoberhaupt Jair Bolsonaro alle Hinweise, übergang die Warnungen seines Gesundheitsministers und beharrte auf einer „Normalität“, die keine ist. Alles bloß eine „gripezinha“? Keineswegs, sagt Sabrina Fernandes. Für die linke Soziologin und Aktivistin standen vor allem die sozialen und ökonomischen Folgen für die Mehrheit der Brasilianer\*innen im Fokus, als sie Ende März in ihrem YouTube-Kanal über „Bad politicians, Bolsonaro and the pandemic“ sprach.

Fernandes erinnerte an die Abermillionen Menschen, für die zwangsweises Zuhausebleiben aufgrund des Corona-Virus bedeutet, keinen Lohn mehr zu bekommen und sich nichts mehr zu essen kaufen zu können. Sie sprach über die Obdachlosen, die sich nicht zu Hause vor dem Virus schützen können. Sie kritisierte das Gesundheitssystem in Brasilien, wo für Millionen Menschen eine moderne medizinische Betreuung unerreichbar ist. In den Armenbezirken, den Favelas, fehlt vielerorts sogar fließendes Wasser. Die große Mehrheit der Brasilianer seien keine Millionäre – und brauchten ein funktionierendes Gesundheitssystem, kritisiert Fernandes. Inzwischen, das unterstrich ihre Empörung über den gegenwärtigen Mangel, würden selbst marktliberale Ökonomen für einen deutlichen Ausbau plädieren.

Die Video-Auftritte von Fernandes erreichen Zigttausende, mitunter geht die Zahl der Aufrufe in die Hunderttausende. Geboren 1988 in Goiânia in Zentralbrasilien, begann sie mit 13 Jahren, die englische Sprache zu lernen – und unterrichtete selbst bereits mit 16. Dank eines Stipendiums konnte sie später an der St. Thomas University in Fredericton in Kanada Wirtschaftswissenschaften studieren – und schloss mit Bravour ab.

Ein Master in Politischer Ökonomie an der Carleton University in Ottawa und eine Doktorarbeit in Soziologie folgten – ihre Dissertation über die Krise der brasilianischen Linken wurde ausgezeichnet.

Doch es zog Fernandes zurück nach Brasilien – auch aus politischen Gründen. 2017 startete sie dort ihren YouTube-Kanal, in dem sie zunächst über ihre Forschungsthemen sprach. Inzwischen war die nun Endzwanzigerin zu einer Expertin für marxistische Theorie, kritische Pädagogik, feministische Studien und Umweltsoziologie geworden. Mit wachsender Popularität des Kanals wurde es dort immer politischer. 2017 war die Zeit, in der Bolsonaros Vorgänger Lula da Silva von der Arbeiterpartei PT wegen angeblicher Geldwäsche und passiver Korruption angeklagt wurde. Lula

bestritt vehement alle Vorwürfe, viele Kritiker\*innen des Vorgehens gegen ihn sprachen von einer politischen Kampagne, mit der seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 verhindert werden sollte.

Das erste Video von Fernandes ging noch unter dem Titel „On the Left“ online, ein halbes Jahr später hatte sie den Kanal in „Tese Onze“ umbenannt – in Anlehnung an die elfte Feuerbach-These von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt drauf an, sie zu verändern.“ Das war nicht nur in dem Sinne politisch gemeint, dass Fernandes sich für eine Neuorganisation der brasilianischen Linken einsetzte und selbstkritisch auf die klassenpolitischen Versäumnisse der ehemaligen Präsidenten Lula da Silva und Dilma Rousseff hinwies, mithin: Veränderung forderte.

Es ging dabei auch um das Kommunikationsformat YouTube selbst. Als linke Frau ist Fernandes unter den politischen YouTuber\*innen immer noch eine Ausnahme-Erscheinung. Ihr Ziel war es, über Kommunikationstaktiken, „die nicht einfach in den altbekannten, aber langweiligen Formaten der Linken bleiben“, auch jene großen Teile der Bevölkerung anzusprechen, die bisher von kritischen Stimmen zu selten erreicht werden. Fernandes gibt kurze Kurse über Marxismus, Feminismus, Ökologie, kommentiert die brasilianische und internationale Politik und nimmt die Propaganda der Rechten auseinander. Es geht also nicht um Bildungsangebote der klassischen Art, sondern um eine Verbindung zwischen Wissen und Politik. Auf ihrem Kanal, so Fernandes, könne man so „Gepäck sammeln, um die Welt zu verändern“.

Politisch war Fernandes schon früh aktiv, auch in Kanada. Zunächst engagierte sie sich in der Studentenbewegung und in feministischen Kollektiven, sie gehörte außerdem der New Democratic Party an, der am weitesten links stehenden Partei im dortigen Unterhaus. Zurück in Brasilien, rückten Themen wie die Vernachlässigung der Umwelt-Agenda in dem Land und die Gewalt gegen Landarbeiter und Indigene in ihren kritischen Fokus. Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 unterstützte Fernandes zunächst den Aktivist und Schriftsteller Guilherme Castro Boulos, der für die Partido Socialismo e Liberdade angetreten war. Im entscheidenden zweiten Wahlgang machte sie sich für Fernando Haddad stark, den Gegenkandidaten zu Bolsonaro. Der aber gewann die Abstimmung, und für Fernandes war das eine schlechte Wahl.

Aber was heißt schon „schlecht“: Der Sieg des Ultrarechten sei „schlimmer als der Wahlsieg von Trump“, heißt es in einem ihrer Videos für „Tese Onze“, der US-Präsident sei geradezu ein Moderater im Vergleich zu Bolsonaro. Dieser sei ein Apologet der Folter, er hasse Menschenrechte, sei ein Freund der Militärdiktatur, die Linke ermorden ließ. „Bolsonaro ist eine Gefahr für die Demokratie“, sagt Fernandes.



Darüber in ihrem Videokanal aufzuklären, ist das eine. Das andere ist: Was folgt daraus? Bei aller Selbstkritik, die die Linke in Brasilien üben müsse, um wieder eine kraftvollere Opposition zu werden, sei es eben auch notwendig, dass es überhaupt eine Opposition geben könne. Bolsonaro aber spricht vom „Auslöschen“ der Opposition, nicht nur der sozialistischen. Für die Kritiker\*innen des Ultrarechten sei deshalb internationale Solidarität überlebenswichtig.

Überhaupt ist internationale Solidarität ein wichtiges Thema für Fernandes. Man müsse „international zusammenkommen, um die globalen Herausforderungen zu bewältigen“, alle müssten verstehen, dass die jeweilige ökologische, soziale und wirtschaftliche Lage in verschiedenen Ländern „nicht isoliert“ nebeneinander bestehe: „Der Klimawandel ist da, der Kapitalismus lässt die Ungleichheit wachsen, verschärft die Ausbeutung. Aber es gibt viele Menschen, die sich heute dagegen engagieren, und zwar mit grundsätzlicher Perspektive. Eigentlich tun sie das schon seit langer Zeit. Es ist wichtig für uns, Solidarität zu fördern und diese Kämpfe zu verbinden, wenn wir eine Chance haben wollen.“

Fernandes weiß natürlich, dass die Herausforderungen ebenso komplex sind, wie gemeinsames politisches Agieren über Landesgrenzen hinweg schwierig ist. Ohne Solidarität, ohne eine internationalistische Praxis wird es also nicht gehen. „Wir müssen Räume schaffen, in denen sich die Ausgebeuteten und die Unterdrückten treffen und Wege zum Widerstand und auch neue Vorschläge entwickeln können“, sagt Fernandes. Das geht bei Fragen des Umweltschutzes los und hört bei einer besseren Koordinierung von Arbeitskämpfen noch längst nicht auf. Es gehe darum, „den am stärksten Betroffenen zuzuhören, sie ernst zu nehmen“. Und es gehe darum, den internationalen Netzwerken der Mächtigen und der Kapitalinteressen etwas Gemeinsames von unten entgegensetzen: „Wir sprechen hier über die Verbindung von Kämpfen und die Koordinierung von Aktionen, von weltweiten Kampagnen bis hin zur Zusammenarbeit zwischen Organisationen und so viel Austausch wie möglich.“

In Brasilien haben derweil Tausende tagelang wieder und wieder gegen Bolsonaros Corona-Politik protestiert. „Bolsonaro weg“- und „Mörder“-Rufe ertönten aus offenen Fenstern, dazu der Lärm, den das fast schon traditionelle Schlagen auf Töpfe und Pfannen macht. Der Journalist und Wissenschaftler André Trigueiro forderte ein Amtsenthebungsverfahren. Und Twitter, die Plattform für Kurznachrichten, entfernte sogar Posts des Präsidenten, weil dessen Herunterspielen der Pandemie lebensgefährlich sei.

Inzwischen spricht zwar auch Bolsonaro von der „größten Herausforderung für unsere Generation“. Doch das kam offenbar nur auf Druck der Militärs zustande, seiner engsten und letzten politischen Alliierten. Zwei Drittel der Brasilianer\*innen sprachen dem Staatschef Anfang April die Fähigkeit zum Krisenmanagement ab. Das ist aber nur eines der vielen Probleme, die Brasilien unter diesem Präsidenten hat. Sabrina Fernandes wird weiter viele Gründe haben, ihre linke Stimme zu erheben.

## Blockfreienbewegung

Internationale Kooperation richtete sich in Zeiten der Systemkonkurrenz nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Fällen an den beiden globalen Machtzentren in Moskau und Washington aus. Was aber machten die Staaten und ihre Regierungen, die sich nicht in dieses Raster einsortieren wollten?

1955 trafen sich auf Initiative des indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru und des jugoslawischen Ministerpräsidenten Josip Broz Tito Vertreter aus 23 asiatischen Staaten, darunter China, und sechs afrikanischen Staaten im indonesischen Bandung. Bei dem Treffen wurden zahlreiche Resolutionen verabschiedet, eine wandte sich gegen „jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung“, eine andere forderte den „Abbau der Spannungen zwischen den Machtblöcken, eine allgemeine Abrüstung und ein Verbot von Kernwaffen“.

Erstmals bezeichnete sich in Bandung eine Gruppe von Staaten offiziell als „Dritte Welt“ – in Abgrenzung gegenüber den Blöcken in Ost und West. Die in der Folge entstehende „Bewegung der Blockfreien“ wurde zunächst von Jugoslawien, Ägypten und Indien geführt, 1961 fand der erste und konstituierende Gipfel des Bündnisses in Belgrad statt. Je mehr Länder sich anschlossen, desto schwieriger wurde es allerdings auch, diese Form des „Internationalismus der Staaten“ mit gemeinsamen politischen Inhalten zu füllen.

Mit dem Ende des realsozialistischen Lagers verloren die Blockfreien als Bündnis an Bedeutung – nicht aber einzelne der hier bis heute organisierten Staaten, zu denen Indien zählt. China hat inzwischen nur noch einen Beobachterstatus, ebenso wie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Die Blockfreien vertreten heute, in der Zeit „nach den Blöcken“, etwa 55 Prozent der Weltbevölkerung. Auf dem Gipfel von Havanna 2006 wurde die Notwendigkeit einer Süd-Süd-Kooperation betont. Der bisher letzte Gipfel fand 2016 auf der zum Staatsgebiet Venezuelas gehörenden Karibikinsel Isla Margarita statt. Seither hat Nicolás Maduro den Vorsitz inne. ■



## Räume, die wichtig sind

Wahre Bekenntnisse einer widerwilligen Verhandlungssüchtigen –  
Oder: Warum ich immer und überall auf Klima-Aktivismus beharre und andere  
es ebenso tun sollten. Von Tetet Nera-Lauron

Ich weiß ganz ehrlich nicht, wie ich auf die Frage reagieren soll, wie lange ich denn die Klimaverhandlungen bereits „verfolgt“ oder an wie vielen COPs, den UN-Klimakonferenzen, ich schon teilgenommen habe. Sollte ich stolz darauf sein, zu den „Profis“ zu gehören, oder mich in Zeiten von „Flugscham“ doch eher zurückhalten, weil ich mit meinem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck durch all die Flüge zu diesen hochrangigen Treffen zur globalen Klimaerwärmung beitrage – und das, obwohl ich gerade mal den Status einer Beobachterin innehabe?

Ganz sicher habe ich an viel zu vielen COPs teilgenommen (die nächste UN-Klimakonferenz in Glasgow wird bereits meine zwölfte sein!), ohne dass ich sagen könnte, dass ich die komplexe internationale Klima-Diplomatie wirklich durchblicke. Auch verstehe ich nicht, wie es sein kann, dass der Klimawandel trotz der schönen Reden auf der Weltbühne, zur Dringlichkeit des Handelns in dieser Klimakatastrophe, nach einem Vierteljahrhundert der Klimaverhandlungen ein noch größeres Problem darstellt als zuvor. Und nicht zuletzt bin ich nicht in der Lage, zu erklären, warum mein Herzschlag stets einen Moment aussetzt, wenn ich erlebe, wie Verhandlungsführer\*innen aus Entwicklungsländern sich derart ins Zeug legen, um die reichen Nationen dazu zu drängen, ihre Verantwortung einzugestehen. Ihre Verantwortung dafür, dass sie im Rahmen einer jahrhundertelangen Kolonialgeschichte am stärksten zu diesem Problem beigetragen haben und im Kontext aktueller neoliberaler und ungerechter Handels- und Investitionsabkommen weiter dazu beitragen – und deshalb auch für die massive Zerstörung der Lebensgrundlagen und des Lebens vieler Menschen, besonders im globalen Süden, geradestehen haben.

Immer wieder haben mir die wenig ambitionierten und ungerechten Ergebnisse der COP-Treffen das Herz gebrochen, in dem Wissen nämlich, dass Verhandlungen ohne ehrgeizige Ziele, die der Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Klimakrise gerecht

werden, das Leben und die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen, besonders im globalen Süden, einem noch größeren Risiko aussetzen – über den tagtäglichen Kampf hinaus, den wir bereits heute im Angesicht von Armut, dem Fehlen von Land und Arbeitsplätzen sowie der Verletzung von Menschenrechten führen müssen. Ich verspüre eine enorme Wut, wenn ich sehe, dass Unternehmen nun als der „Schlüssel“ zur Lösung der Klimakrise gefeiert werden, obgleich sie Menschen im Zuge ihres ungebremsten Profitstrebens und der massiven Extraktion von globalen Ressourcen ausbeuten und unterdrücken und deshalb diejenigen sind, die die Verantwortung für diese immense und existenzielle Bedrohung tragen.

Ich habe unzählige Male mit Aktivist\*innen diskutiert, ob die internationale Diplomatie und die Vereinten Nationen effizient genug sind, um den aktuellen globalen Herausforderungen gewachsen zu sein, ob wir zur kontinuierlichen Legitimierung beitragen und durch unseren „Einsatz“ eher eine falsche Illusion der Hoffnung wecken und ob wir unsere Kraft nicht lieber für die Organisation und Mobilisierung von unten einsetzen sollten.

Die Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen haben sich einer Doppelstrategie des „Innen wie außen“ verschrieben („innen“ bezeichnet recht simpel definiert Lobbying/Advocacy-Arbeit für politische Reformen, während „außen“ für Mobilisierungen und Protestaktionen, also das Handeln sozialer Bewegungen steht). Ich selbst habe ganz bewusst versucht, zu vermeiden, in diesem „Innen“-Bereich zu arbeiten, weil ich immer das Gefühl hatte, dass das eher Leuten vom Fach und Nerds vorbehalten bleiben sollte.

Gleichzeitig bin ich jedoch auch zu der Überzeugung gelangt, dass wir als Linke mehr Verständnis und Wertschätzung für die Kämpfe um einen transformativen Wandel entwickeln sollten. Es geht nicht um eine Wahl zwischen „innen“ und „außen“, sondern darum, dass die Linke versteht, dass diese bei-

den Räume untrennbar miteinander verbunden und sowohl Lobby- als auch Kampagnenarbeit vonnöten und für die Sache zentral sind.

Im zwischenstaatlichen Bereich ist Lobby-Arbeit erforderlich, weil die Gemeinschaften, die am stärksten von der Klimaungerechtigkeit betroffen sind, ebensolche Reformen einfordern, etwa die Bereitstellung von Finanzmitteln für Anpassungsmaßnahmen oder den Ausgleich von Verlusten und Schäden. Es liegt in der Verantwortung der Zivilgesellschaft, diese Forderungen von der Basis aufzugreifen – speziell im Fall jener Menschen, die gar keinen Zugang zu solchen politischen Räumen haben. Es ist essenziell, dass die Zivilgesellschaft ganz genau hinschaut und die Erwartungen an die politische Führung hochhält, denn solche Verhandlungen sind oft ein Kampf um Kompromisse, vergleichbar mit einem Kuhhandel. Die Zivilgesellschaft hat hart dafür gekämpft, in diesen Räumen gehört zu werden. Unsere Beteiligung – als Beobachter\*innen, die Zugriff auf Dokumente und Delegationen haben und Inputs und Interventionen einbringen können – wurde uns nicht auf dem Silbertablett serviert. Und selbst jetzt, wo sich der Spielraum für politische Einflussnahme immer weiter verengt, sollten wir auf diese Möglichkeit nicht freiwillig verzichten, da es andere gibt, die diesen Raum liebend gerne an unserer statt einnehmen würden.

Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass der Planet im Zuge dieser internationalen Diplomatie der Staatsoberhäupter weltweit so lange weiterbrennen wird, wie sich die politischen Rahmenbedingungen nach geopolitischen, wirtschaftlichen und Unternehmensinteressen richten. Und genau hier sollten wir ansetzen und diesen Sachverhalt der Weltgemeinschaft näherbringen, damit wir uns am Aufbau starker Bewegungen von unten beteiligen, die eine Welt erschaffen, die besser, gleicher und gerechter ist.

Die Bevölkerung hält bereits Lösungen für die Klimakrise bereit, und zwar solche, die zugleich der globalen Ungleichheit ein Ende setzen würden. Beim Klimawandel geht es letzten Endes um politische Ökonomie, weshalb die Antworten auch über rein technische Debatten zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Anteils in der Atmosphäre oder die Begrenzung der Klimaerwärmung auf einen bestimmten Wert hinausgehen müssen. Klimagerechtigkeit geht einher mit einem holistischen, intersektionalen und multidimensionalen Kampf, der uns in die Lage versetzt, eine bessere Welt für die Menschheit und den Planeten zu denken.

Die Vereinten Nationen stehen vor schweren Herausforderungen, und ein weiteres Versagen in dieser Angelegenheit könnte dazu führen, dass sie als Institution an Relevanz einbüßen und die Menschen sich erheben und ihre Hoffnung anderswo schöpfen.

---

**Tetet Nera-Lauron** ist eine philippinische Klimaaktivistin, sie engagiert sich unter anderem im „People’s Movement on Climate Change“ und bei „Climate Justice Now!“. Nera-Lauron ist außerdem für die Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig. Übersetzung: Cornelia Gritzner.

## Las Brigadas Internacionales

Als im Juli 1936 in Spanien eine Junta rechter Militärs gegen die noch junge Republik putscht und das Land in einen Bürgerkrieg stürzt, nimmt die Welt daran großen Anteil – Spanien wird zum Fanal der Auseinandersetzung zwischen einer linksrevolutionären Arbeiterbewegung und dem in Europa auf dem Vormarsch befindlichen Faschismus. Viele Linke, nicht nur aus Europa, greifen als Freiwillige in die Auseinandersetzung ein – darunter Schriftsteller\*innen, Intellektuelle.

Die Initiativen gingen dabei nicht von einem Zentrum aus – französische Kommunist\*innen und italienische Exilant\*innen rekrutierten über „Spanien-Hilfs-Komitees“, anarchistische Freiwillige kämpften in CNT-Milizeinheiten, sozialistische Brigadist\*innen in POUM-Milizeinheiten und Kommunist\*innen vornehmlich in PSUC-Milizeinheiten. Die Komintern beschloss im Spätsommer die Aufstellung einer Internationalen Brigade zur Unterstützung Spaniens.

Als eigentliches Gründungsdatum der Internationalen Brigaden gilt der 22. Oktober 1936. Innerhalb von wenigen Monaten konnten fünf rein nichtspanische Brigaden zur Verteidigung der Republik aufgestellt werden. Viele Freiwillige kamen aus Frankreich, rund 3.000 von ihnen fielen. Rund 5.000 Deutsche beteiligten sich, 4.000 Italiener\*innen, 3.000 aus den USA, 1.500 aus Kanada – insgesamt Tausende aus 72 Ländern. 1938 wurden die Internationalen Brigaden auf Druck der Briten und Franzosen hin aufgelöst. Ihre Kämpfer erhielten pro forma die spanische Staatsbürgerschaft und wurden in die reguläre Armee aufgenommen.

Die Spanien-Brigaden gelten oft als ein Beispiel für praktizierten „proletarischen Internationalismus“, bei dem es nicht länger um Parteizugehörigkeit oder Herkunft ging, sondern um gemeinsame Ziele. Das war in einem gewissen Maß auch die Realität – und ist zum Teil dennoch Mythos. Denn zugleich spiegelten sich in den Internationalen Brigaden die unterschiedlichen Ansätze linker Politik, die Widersprüche und Konflikte zwischen demokratischen Linken, anarchosyndikalistischen Kräften und dem stalinistischen Zentrum in Moskau, zwischen antifaschistischer Basisbewegung und kommunistischer Politik, zwischen sozialer Revolutionserwartung und machtpolitischen Taktieren, zwischen internationalistischem Anspruch und nationalistischen Stereotypen, die selbst in den Brigaden fortlebten. ■



# Lob des Kosmopolitismus

Gegen Geschichtsvergessenheit und Begriffsstutzigkeit. Von Tom Strohschneider

Es ist in den Debatten um autoritäre Trends und nationalistische Regression zur Mode geworden, die Zustimmung für rechte Parteien unter Lohnabhängigen zu einer Art Notwehr aufzuhübschen. In dieser Lesart haben es Linksliberale mit ihrem angeblichen Moralismus in Fragen der Migration, der Identitätspolitik, des Klimaschutzes übertrieben.

Seinen Tiefpunkt findet solcherart Weltbild dort, wo in diesem Zusammenhang von einem „Kosmopolitismus“ die Rede ist. Was als kritische Deutung sozialer und politischer Widersprüche daherkommt, ist dabei oft nur selbst Teil der öffentlichen Deutungskämpfe, also mehr Position als Analyse. Und die Zurückweisung des Kosmopolitismus dient hier nicht selten auch dazu, eine andere Position zu diskreditieren – gern mit dem Hinweis angereichert, es handele sich um „progressiven Neoliberalismus“.

Was dieses Reden so unerträglich macht, ist die Geschichtsvergessenheit und Begriffsstutzigkeit derer, die da sprechen. Wer heute die Rede von den bösen Kosmopoliten führt, will offenbar nichts wissen vom „Antikosmopolitismus“ der schlimmsten Art. Wer in die Schusslinie solcher Propaganda geriet, stand als vaterlandsloser Gesell da, die Kampagnen gegen den Kosmopolitismus in der Stalin-Zeit verbanden dies mit starken antisemitischen Akzenten, nannten den Kosmopolitismus eine „reaktionäre Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie“. Im Slánský-Prozess von 1952 wurden innerparteiliche Konkurrenten als „zionistische Verschwörer“ und „Kosmopoliten“ gebrandmarkt.

Was die erinnerungslose Verwendung des Kosmopolitismus-Begriffs außerdem meist unerwähnt lässt, ist, dass es in jüngerer Zeit eine an Kant anschließende Debatte gab, in der es um gerechte weltbürgerliche Politik zwischen Gleichen ging, um die Perspektive einer Kosmopolis, also um bessere Weltverhältnisse, deren normative Begründung und juristische Sicherstellung.

Das hat mit einer angeblichen „moralischen Überheblichkeit der Privilegierten“, auf die die Rede vom Kosmopolitismus heute gemünzt ist, nichts zu tun. Dafür aber umso mehr mit einer internationalistischen Perspektive.

Wer die wirkliche Welt zur Kenntnis zu nehmen bereit ist, kann die Asymmetrie zwischen dem globa-

len Raum der Ökonomie und der politischen Enge nationalstaatlicher Regelungskompetenzen nicht übersehen. Der Kapitalismus hat die ganze Welt zu einem Wirtschaftsraum gemacht. Damit hat die Geschichte nicht nur „die ökonomischen Voraussetzungen für die Überwindung des Nationalstaats geschaffen, sondern diese auch notwendig gemacht“ (Jörn Schulz). Es bleibt die Frage, wie diese Überwindung zu bewerkstelligen ist.

Dabei geht es nicht darum, all die Schwierigkeiten zu übersehen. Natürlich heißt für die weltgesellschaftliche Behandlung von gesellschaftlichen Problemen – Umverteilung, Menschenrechte, Klimaschutz, Entwicklungschancen – einzutreten nicht, die bestehenden Möglichkeiten nationalstaatlicher Regulierung auszuschlagen. Man wird das eine nicht unterlassen müssen, um mit dem anderen endlich voranzukommen. Aber auf welches Ziel hin?

Zum Beispiel das der demokratisch-sozialistischen Vollendung von Voraussetzungen, die im Kapitalismus geschaffen, unter seiner Dominanz aber nicht vollendet werden können. Eine internationalistische Perspektive auf der Höhe der ökonomischen Entwicklung wird gerade in Zeiten globaler Wertschöpfung die Solidarität der von Lohnarbeit Abhängigen über Grenzen hinweg organisieren. Sie wird in Zeiten der Migration als Normalzustand für ein Recht auf Bewegungsfreiheit streiten, das Glück nicht zur Frage eines zufälligen Geburtsortes macht. Sie wird in Zeiten von planetaren Herausforderungen deren globale Lösung anstreben müssen.

Kosmopolitismus so verstanden ist, mit Bertolt Brecht gesprochen, „das Einfache/Das schwer zu machen ist“. Aber das bestreitet auch niemand. Der Vorwurf der Utopisterei hingegen wird meist von denen erhoben, die es sich unter den herrschenden – in diesem Fall: nationalstaatlichen – Verhältnissen ganz gemächlich eingerichtet haben. Dass die Polemik gegen den Kosmopolitismus heute oft mit klassenkämpferischen Parolen garniert wird, macht den Irrtum, der darin steckt, übrigens nicht kleiner: Es heißt im „Kommunistischen Manifest“ ja nicht, dass die Menschen mit dem Abstreifen der berühmten Ketten „ein Land“ zu gewinnen hätten. Sondern es geht, so heißt es da, um „eine Welt“.

# Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft

2019 war das Jahr eines neuen globalen Bewegungszyklus.

Trotz vieler Unterschiede gibt es auch Gemeinsamkeiten. Von Nelli Tügel

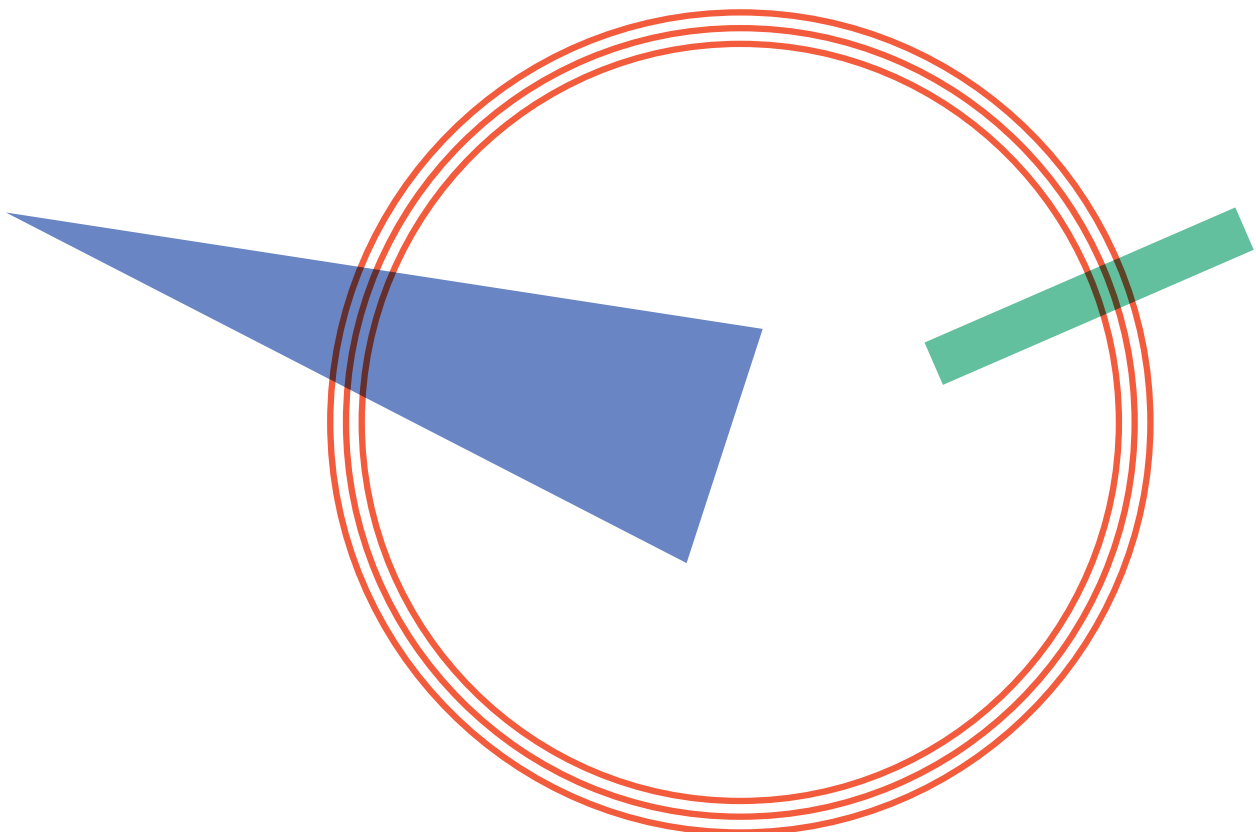
Seit dreißig Jahren habe die Welt keinen ähnlich gleichzeitig auftretenden Ausbruch allgemeiner Wut auf den Straßen erlebt wie im Jahr 2019, stellte im November ein Kommentator des Economist fest. Das war noch, bevor sich Iran und Kolumbien in den Reigen jener Länder einfügten, in denen zuletzt Massenproteste Regierungen in Angst und Schrecken versetzten – und nicht wenige Politiker zum Rücktritt zwangen. Ende November 2019 erklärte Iraks Premierminister Adel Abdul Mahdi, seinen Hut zu nehmen. Er folgte damit dem libanesischen Premier Saad al-Hariri (Ende Oktober 2019), Algeriens Präsident Abdel-Aziz Bouteflika und dessen Amtskollegen Omar al-Baschir in Sudan (beide im April 2019). In Chile ist Regierungschef Sebastián Piñera noch im Amt, musste aber schon kurze Zeit nach Beginn der Rebellionen im Oktober 2019 einen Umbau seines Kabinetts ankündigen. Ricardo Rosselló, Gouverneur von Puerto Rico, hatte bereits im August desselben Jahres nach Massenprotesten das Amt niedergelegt.

Die enorme Stärke dieser Protestbewegungen zeigte sich auch darin, dass Maßnahmen, an denen sich die Rebellionen entzündeten, teilweise eilig zurückgezogen wurden. In Ecuador war dies ein Dekret zur Liberalisierung der Benzinpreise und Beschneidung von Arbeiter\*innenrechten, das die Regierung im Gegenzug für einen Kredit des Internationalen Wäh-

rungsfonds (IWF) erlassen wollte. Dass dieser Kredit etwa der Höhe von zuvor gewährten Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen entsprach, befeuerte die Wut der Menschen auf der Straße noch zusätzlich. Nachdem der Einsatz des Militärs die Proteste auf den Straßen nicht eindämmen konnte, legte die Regierung diese Pläne auf Eis.

Auch in Chile und im Libanon wurden geplante Fahrpreiserhöhungen beziehungsweise die vorgesehene Besteuerung etwa von Whats-App-Anrufen zurückgezogen. In Frankreich hatte Präsident Emmanuel Macron kurz nach Beginn der Gilets-Jaunes Bewegung bereits im Dezember 2018 eine geplante Spritsteuererhöhung verschoben. Doch einmal auf der Straße, ließen sich in all diesen Ländern die Protestierenden nicht so schnell wieder beruhigen. Die unmittelbaren Anlässe waren hierbei nur die Auslöser, die eine viel grundsätzlichere Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten. Der Slogan der chilenischen Bewegung bringt dies auf den Punkt: „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre“ – die Fahrpreiserhöhung war also nur ein Moment einer seit langem fehlgeleiteten Politik im Musterland des Neoliberalismus.

Nun gab es also im Jahr 2019 eine Reihe von Protesten in ganz unterschiedlichen Teilen der Welt: in Frankreich, Algerien, Katalonien, Puerto Rico, Sudan,



## Zapatistas, Sozialforen und Gipfelproteste

Neue internationalistische Bewegungszyklen gab es auch nach dem Ende des Realsozialismus. Einen Aufschwung erfuhren unter anderem politische Aktionen der Kleinbauern und der Indigena-Bewegung. Von globaler Solidarität begleitet war der Aufstand der Zapatistas der EZLN Anfang 1994. Das sozialrevolutionär inspirierte Aufbegehren der indigenen Bevölkerung forderte elementare Grundrechte ein, tat dies aber in einem globalisierungskritischen Kontext – die Einnahme von fünf Bezirkshauptstädten erfolgte nicht zufällig an dem Tag, an dem das Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft trat.

Ihr Aufstand wurde zum Katalysator für soziale Bewegungen auf der ganzen Welt. Fünf Jahre später nahmen Versuche Fahrt auf, der als neoliberal kritisierten Globalisierung die Idee einer „anderen Welt“ entgegenzusetzen. Gegen die WTO-Konferenz in Seattle Ende 1999 protestierten Zehntausende, es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zwei Jahre später erschossen italienische Polizisten Carlo Giuliani bei Protesten gegen den G8-Gipfel, Hunderte Kritiker\*innen wurden verletzt, Misshandlungen durch italienische Sicherheitskräfte sorgten weithin für Empörung. Auch die folgenden Gipfel der selbsternannten „Herren der Welt“ wurden von starken, international vernetzten Protesten begleitet.

Seit 2001 bildete sich auch entlang diverser Sozialforen ein weiteres internationalistisches Netzwerk aus – vom ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre über das erste Europäische Sozialforum 2002 in Florenz und das erste Treffen dieser Art in Deutschland, 2005 in Erfurt, bis hin zu den lokalen Sozialforen.

Als hauptsächlich in Europa agierendes globalisierungskritisches Netzwerk ist seit seiner Gründung 1998 Attac engagiert – was als „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen“ begann, zählt heute rund 90.000 Mitglieder und agiert in 50 Ländern für einen deutlich breiter gewordenen politischen Forderungskatalog.

In eine ähnliche Richtung zielten auch die Bewegungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der großen Krise ab 2007 entstanden sind, etwa Occupy Wall Street. Die Krise hat politische Prozesse beschleunigt, die zum Entstehen neuer Akteure führten, sowohl in den Bewegungen – etwa Blockupy – als auch in der Parteipolitik – etwa SYRIZA oder Podemos. ■

Haiti, Guinea, Irak, Hongkong, im Libanon, in Ecuador, Chile, Iran und Kolumbien. Es wäre unseriös, ihnen allen die gleiche Analyse überzustülpen, ohne die Besonderheiten und Heterogenität der jeweiligen Bewegungen zu berücksichtigen. Dennoch drängt sich die Frage auf, ob all diese Proteste etwas verbindet und wenn ja, wie sich dieses „etwas“ beschreiben lässt.

Zunächst das Offensichtliche: Soziale Medien sind aus Protesten des 21. Jahrhunderts nicht mehr wegzudenken. Fast zehn Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ ist es zwar reichlich banal, dies festzustellen. Interessant wird es aber dort, wo Soziale Medien traditionelle Formen der politischen Organisierung wie Parteien und Gewerkschaften zu ersetzen beginnen, wo Debatten auf Facebook analogen Zusammenkünften vorgezogen werden. Sehr weit ging dies bei jener Bewegung, die den aktuellen Protestzyklus gewissermaßen eröffnete, die der „Gilets Jaunes“ in Frankreich. Hier war Facebook zunächst das Kommunikationsmittel der Wahl, geriet aber, auch das ist lehrreich, schnell an Grenzen. Letztlich wählten die „Gilets Jaunes“ doch das Format der face-to-face-Debatten – auf den besetzten Verkehrskreisel und in Delegiertenversammlungen. In Chile hatten, dem Guardian zufolge, Mitte November 2019 bereits mehr als 15.000 Menschen an „Cabildos“, lokalen Versammlungen, teilgenommen.

Ebenfalls offensichtlich ist das außerordentliche Gewicht der so genannten sozialen Frage für die globalen Protestbewegungen, genauso wie die Forderung nach Demokratisierung. Wenn auch beide Aspekte von Land zu Land unterschiedlich gewichtet sind, scheinen sie fast überall zumindest miteinander verzahnt zu sein. Gerade die Kombination aus der Wut auf konkrete Maßnahmen, die als unsozial empfunden werden, der Infragestellung des gesamten politischen Systems und der Annahme, dass beides miteinander zusammenhänge, hat sich als stete Quelle für die Protestbewegungen erwiesen.

Wie erwähnt, löste in Ecuador ein IWF-Dekret Massenproteste aus, in Chile die Erhöhung der Fahrpreise, im Libanon eine geplante Steuer. In Iran traten die über Nacht angehobenen Benzinpreise Rebellionen los, in Irak die hohe Arbeitslosigkeit, in Kolumbien war es ein neoliberales Paket der Regierung, das Privatisierungen von Staatseigentum und des Rentensystems vorsah, die Abschaffung des Mindestlohns, Lohnsenkungen und gleichzeitige Steuererleichterungen für Unternehmen; auch in Haiti sind die desolate soziale Lage und Benzinknappheit Grund für Unruhen.

Der Fokus auf der sozialen Frage bedeutet allerdings nicht, dass die Begehren und Forderungen feministischer oder indigener Aktivist\*innen an Bedeutung verlieren würden – im Gegenteil: im Libanon, in Sudan, Chile, Ecuador oder auch bei den Protesten gegen die Absetzung des Präsidenten Evo Morales in Bolivien sind sehr viele Frauen und/oder indigene Gruppen aktiv. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass die Klassenfrage von feministischen und indigenen Forderungen nach Gleichberechtigung nicht zu trennen ist.



Nahezu überall sind auch rasche und grundsätzliche Infragestellungen der jeweiligen Regierungen und politischen Systeme zu beobachten. In Chile etwa, wo die unter der Militärdiktatur von Augusto Pinochet ausgearbeitete Verfassung neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitiken als Gesellschaftsgrundlage festschreibt, forderten die Demonstrierenden schnell eine neue Verfassung, die von einer konstituierenden Versammlung ausgearbeitet werden sollte; im Libanon steht das nach dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1990 etablierte politische System, das Ämter im Staat entlang konfessioneller Linien verteilt, auf dem Prüfstand; in Irak wurden Parteibüros als Symbole des verhassten politischen Systems angegriffen und Regierungsgebäude gestürmt.

In Algerien und Hongkong hingegen lösten zunächst Angriffe auf die Reste der Demokratie die Proteste aus: In Algerien stieß die Ankündigung des Langzeitherrschers Bouteflika, eine fünfte Amtszeit anzustreben, auf den Widerstand der Straße, in Hong-Kong ein Gesetzesentwurf, der die Möglichkeit vorsieht, Häftlinge nach China auszuliefern. Auch in Katalonien sind progressive demokratische Forderungen eng mit der Unabhängigkeitsbewegung verwoben und werden in Abgrenzung zum spanischen Zentralstaat formuliert.

Die meisten Protestbewegungen eint zudem, dass es den infrage gestellten Regierenden nicht gelang und gelingt, die Proteste mit Hilfe schnell ergriffener oder zurückgezogener Maßnahmen zu beenden. Vielmehr ermutigen derartige Zugeständnisse die Bewegungen weiter zu machen. Die Protestierenden haben vielerorts eine erstaunliche Beharrlichkeit und Ausdauer bewiesen: In Frankreich dauerten die wöchentlichen Demonstrationen der Gilets Jaunes ein ganzes Jahr an, dann kamen mit der Rentenbewegung im Winter 2019 die längsten Streiks in der Geschichte des Landes hinzu. In Haiti wird seit Februar 2019 immer wieder protestiert, in Irak trotz extremer Repressionen seit Anfang Oktober, ebenso in Chile. Dort projizierten Aktivist\*innen in der Hauptstadt Santiago de Chile den Schriftzug „Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, weil die Normalität das Problem war“ auf ein Gebäude und brachten damit auf den Punkt, worum es vielen Menschen zu gehen scheint, die Teil dieser weltweiten Revolte sind.

Viele Linke sehen in der globalen Protestwelle auch eine Bestätigung, dass sich die klassischen Organisationsformen der Arbeiterbewegung – Gewerkschaft und Partei – überlebt haben oder sogar eine Fessel

für Rebellionen sein können. Die Bewegungen werden in diesem Zusammenhang mitunter als befreit von ordnenden und einhegenden Anführer\*innen beschrieben; die schnell erzielten Erfolge und die enorme Macht der Straße, die sie in kurzer Zeit aufbauen konnten, scheinen dies zunächst zu bestätigen. Wobei die Betonung der Spontaneität zum Teil auch eine Projektion sein mag.

Im Falle Chiles hat etwa Raúl Zibechi schon zu Beginn der Proteste darauf hingewiesen, dass Unkenntnis aus jenen spricht, die sich angesichts der dortigen Massenbewegung allzu überrascht zeigten. Vielmehr habe es, Zibechi zufolge, eine Reihe feministischer, studentischer und indigener Proteste und Organisationsversuche schon in den vergangenen Jahren gegeben, auf denen die gegenwärtige Bewegung aufbaue. Nichtsdestotrotz ist es richtig, dass die Aufstände – ob nun in Iran, Frankreich, Chile, Irak oder im Libanon – keine organisierenden Zentren zu haben scheinen, sondern mehr oder weniger spontan agieren. Anführer\*innen werden von Vielen abgelehnt und der Wunsch, sich selbst zu vertreten, ist weit verbreitet.

Wer jedoch nach Großbritannien oder in die USA schaut, wird feststellen, dass sich dort ebenfalls eine neue Generation auf den Weg gemacht hat. Sie mischt die Gewerkschaften auf, wie eine Reihe von Arbeitskämpfen in den USA zeigen, und bringt etablierte Parteien, etwa die Labour Party in Großbritannien und die Demokratische Partei in den USA, unter Druck. Diese neue Generation ist ganz offensichtlich auf der Suche nach Strategien und Instrumenten für erfolgreiche linke und soziale Politik – und dies ausgerechnet in jenen Ländern des Globalen Nordens, in denen unter Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 1980er Jahren der Neoliberalismus hegemonial und dafür die Gewerkschaften bekämpft und entmachtet wurden. Auch die Identifikation als Arbeiter\*innenklasse, die in den 1990er und Nullerjahren auch von vielen Linken für nicht mehr zeitgemäß erklärt worden war, erlebt in den USA ein bemerkenswertes Comeback, eine Art stolze und in Abgrenzung zum Trumpismus progressive Rückeroberung von Arbeiter\*innensubjektivitäten.

Hier zeigt sich, dass die klassischen Organisationsformen nach wie vor (oder wieder) etwas anzubieten haben: Sie ermöglichen, gemeinsame Erfahrungen in Erfolg versprechende Strategien zu verwandeln. Ob und wie dies den neuen, spontanen Aufstandsbewegungen gelingen wird, ist indes noch offen. In jedem Fall ist die Gleichzeitigkeit beider Entwicklungen – die Ablehnung von Anführer\*innen und traditionellen Formen der politischen Repräsentation vielerorts, die Rückkehr von Gewerkschaften und neuer parteiförmiger Organisation mancherorts – augenfällig. Beides in den Blick zu nehmen, verhindert voreilige Prognosen über progressive Artikulation und linke Organisation der Zukunft.

Wahr ist allerdings auch, dass die aktuellen globalen Bewegungen in ein Verhältnis zu früheren Versuchen, Ungerechtigkeiten und Unterdrückung ein Ende zu bereiten, gestellt werden müssen. Anders

sind sie kaum zu verstehen. Selbst, wenn es nicht immer explizit artikuliert wird, so bündelt der gegenwärtige Protestzyklus auch Reaktionen auf durchaus unterschiedliche Versuche der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, linke Politik zu etablieren. In Lateinamerika sind das die Links- und Mitte-Links-Regierungen der Nullerjahre; in Irak, Algerien und im Libanon der „Arabische Frühling“ von 2010/2011, in Frankreich die gescheiterten gewerkschaftlichen Kämpfe der vergangenen Jahre. Und nicht zuletzt sind da die globale Erfahrung der Weltwirtschaftskrise von 2008/2009 und die größtenteils gescheiterten Versuche zu verhindern, dass die ökonomischen Folgen dieser Krise auf den Armen, Frauen, Lohnabhängigen und Jugendlichen dieser Welt abgeladen werden. Insbesondere die globale Wirtschaftskrise hat eine ganze Generation geprägt, für die so etwas wie sozialer Aufstieg höchstens noch aus den Geschichtsbüchern bekannt sein dürfte und die jetzt, ob in Hongkong, Irak oder Chile, auch dafür auf die Straßen geht; dafür, überhaupt wieder auf die Zukunft hoffen zu können.

Die Gleichzeitigkeit der Bewegungen mag teils dem Zufall geschuldet sein, teils verstärken sich die Aufstände gegenseitig und teils sind es die zurückliegenden beiden Jahrzehnte, die nun an vielen Orten der Welt Millionen Menschen auf die Straßen bringen; zwei Jahrzehnte, in denen sich kraftvolle Versuche, Alternativen zu formulieren, Revolten und brutale Repression abwechselten.

So etwa in Lateinamerika, einem Epizentrum der Proteste: Schon seit einigen Jahren vollzieht sich dort ein durchaus widersprüchlicher Prozess. Einerseits hat sich die Rechte neu formiert: Nach dem Tod von Hugo Chávez im Jahr 2013 und verlorenen Parlamentswahlen im Dezember 2015, befindet sich in Venezuela die Regierung von Nicolás Maduro in einem dauerhaften Krisenzustand. In Brasilien war im August 2016 die Präsidentin der Arbeiterpartei (PT), Dilma Rousseff, ihres Amtes enthoben worden. Ihr Amtsvorgänger, Lula da Silva, wanderte ins Gefängnis. Die Wahlen 2018 entschied schließlich der rechtsextreme Jair Bolsonaro für sich. In Uruguay wiederum verlor das Linksbündnis der „Frente Amplio“ im Oktober 2019 nach drei Legislaturperioden stabiler Regierungszeit die absolute Mehrheit. Auf der anderen Seite aber wurde in Argentinien die neoliberale Macri-Regierung wieder abgewählt.

Wer vor diesem Hintergrund die Aufstände in Chile, Ecuador und Kolumbien betrachtet, wird sich an jenen Protestzyklus gegen den Neoliberalismus erinnern fühlen, der zur Jahrtausendwende den Kontinent ergriffen hatte und in dessen Folge eine Dekade linker Regierungen eingeleitet wurde. Anders als damals aber wurden nun bereits Erfahrungen gemacht, und zwar durchwachsene – mit Links- und Mitte-Links-Regierungen in Venezuela, Bolivien, Argentinien, Brasilien, Ecuador, Nicaragua und Uruguay. Auch wenn, wie sich nach der Entlassung Lulas Anfang November 2019 in Brasilien zeigte, die Parteien dieser Regierungen zum Teil noch immer über eine beachtliche Basis verfügen und die Hoffnungen auf ein besseres Leben sich durchaus auch auf Regierungsoptionen

richten, dürften diese doch deutlich gedämpfter sein als noch zu Beginn des Jahrtausends. Denn der Rohstoffboom ist vorbei und damit auch die ökonomische Grundlage jener Sozialprogramme, die zu einer deutlichen Reduzierung der Armut in Lateinamerika führten. In Ecuador richteten sich die Proteste zum Teil auch explizit gegen den Extraktivismus als extrem umweltschädliches Entwicklungsmodell.

In Algerien, Irak und im Libanon ist der aufständische Erfahrungsraum freilich ein anderer. Der „Arabische Frühling“, jene Bewegung, die von Tunesien, über Ägypten bis Syrien vor bald zehn Jahren Millionen Menschen auf die Straßen und Diktatoren zu Fall brachte, hatte eine Phase brutaler Reaktion – in Syrien einen jahrelangen Bürgerkrieg, in Ägypten eine Militärdiktatur – zur Folge. Zugleich hat der „Arabische Frühling“ eine ganze Generation gelehrt, dass despotische Herrscher auch erfolgreich verjagt werden können.

Die Aufstände des Jahres 2019 haben viele Opfer gefordert. Doch trotz der teils extremen staatlichen Repressionen ließen und lassen sich die Menschen nicht so schnell von den Straßen vertreiben. Ihre Proteste produzieren, auch über Landesgrenzen und Kontinente hinweg, Hoffnungen – und bleibende, beeindruckende Bilder. Sei es die „Nubian Queen“, die Frau im Sudan, die auf Autodächern stehend der Menge mit Sprechchören einheizt; seien es die Protestierenden in Beirut, die gemeinsam die „Ode an die Freude“ anstimmen, das verummte Paar in Chile, das auf der Straße zwischen brennenden Barrikaden einen Tango tanzt, die Tausenden Frauen, die in Santiago de Chile mit einer eigenen Performance gegen sexualisierte Gewalt eintreten oder der verrußte Demonstrant im Irak, der während einer Straßentheaterperformance in Basra mit Atemschutzmaske und Helm auf einem prunkvollen Sessel Platz genommen hat. All diese Bilder gingen viral und wurden weltweit millionenfach angeschaut und – wie im Fall der feministischen Performance – massenhaft nachgeahmt.

Warum eigentlich? Weil diese Bilder uns berühren und beeindrucken, weil sie zeigen, wie in einer Welt der Donald Trumps, Jair Bolsonaros und Matteo Salvinis, dem Hochmut der Mächtigen mit Mut, Solidarität und Würde begegnet wird. In Irak, Sudan und im Libanon wurden in den Protestbewegungen konfessionelle und ethnische Spaltungen überwunden, auf die sich die Herrschenden in den vergangenen Jahrzehnten stützen konnten; Frauen standen und stehen in Chile, im Libanon oder in Sudan an der Spitze der Proteste. Und die Bilder, ebenso wie die Slogans zeigen, dass sich einerseits das Zeitalter der neoliberalen Hegemonie endgültig dem Ende zuneigt, es jedoch andererseits auch Alternativen zur rechtsextremen, protektionistischen und autoritären Füllung des entstehenden politischen Vakuums gibt. Fertig formuliert sind diese Alternativen freilich nicht, vorerst bleiben sie nur eine Ahnung. Dennoch: Die Suche nach der verlorenen Zukunft hat längst begonnen.

---

**Nelli Tügel** ist Redakteurin bei der Monatszeitung *ak. analyse & kritik* und freie Journalistin.





# Schmerzen der Solidarität

Wer oder was wird da verteidigt? Venezuela, Nicaragua und die Linken.

Von Vincent Körner

„Hände weg von Venezuela“, hieß es auf dem Transparent: „Vorwärts zum Sozialismus“. Die Losungen, in die Kameras gehalten bei einer Aktion auf dem Europaparteitag der Linken, sorgten 2019 für Kritik. Linkspolitiker distanzieren sich. Statt sich „so bedingungslos“ an die Seite der Regierung Maduro zu stellen, so der Tenor, stehe man „lieber an der Seite der venezolanischen Bevölkerung“.

Er „finde die Politik von Trump, Bolsonaro und Merkel gegenüber Venezuela falsch“, erklärte der Außenpolitiker Stefan Liebich. „Aber ich verstehe auch die Proteste gegen Maduro sehr gut. Mit dem ‚Sozialismus‘, den ich mir wünsche, hat das nichts zu tun.“ Und Parteivize Caren Lay ließ wissen: „Nicht alle sind glücklich über diese undifferenzierte und ungeplante Aktion.“

„Bist du dann für oder gegen den Antrag des Parteivorstands?“, fragte daraufhin Heike Hänsel zurück, die Abgeordnete hatte sich an der Aktion auf dem Delegiertentreffen beteiligt. Das Papier, von dem sie sprach, war dort nicht mehr zur Abstimmung gekommen. In dem Antrag wird zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in Venezuela aufgerufen und auf erreichte soziale Errungenschaften verwiesen. Und weiter: Die Linkspartei „unterstützt fortschrittliche Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika in ihrem Recht, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen“.

Darin steckt eine Frage, die über den Fall Venezuela hinausgeht: Können Regierungen wie jene von Nicolás Maduro oder Daniel Ortega in Nicaragua überhaupt noch als „fortschrittlich“ bezeichnet werden? Lebt deren Verteidigung nicht eher von der Tatsache, dass auf der anderen Seite die USA und damit die „imperialistische Macht“ par excellence stehen? Und über wessen Interessen, Bedürfnisse, Hoffnungen setzt sich eine solche „Solidarität“ eigentlich hinweg?

„Wir lehnen auch die Repression der Regierung angesichts der zunehmenden Proteste im ganzen Land ab“, heißt es in ganz anderer Tonart in einem im Januar veröffentlichten Appell von Linksintellektuellen. In Venezuela werde „für bessere Ernährung, Verkehr, Gesundheit, politische Partizipation, öffentliche Dienstleistungen, existenzsichernde Löhne“ auf die Straße gegangen. Die venezolanische Bevölkerung leide „unter der enormen Unsicherheit und der gegenwärtigen Unterdrückung“. Kurzum: Man lehne „den Autoritarismus der Regierung Maduro ab“.

Zu den Erstunterzeichner\*innen gehören namhafte, nicht nur lateinamerikanische Linke wie Edgardo Lander, Alberto Acosta, Susan George, Antonio Negri, Miriam Lang, Boaventura de Sousa Santos und Klaus Meschkat. Mit ihrem Appell nehmen sie den Platz zwischen den Stühlen ein. Weder wird die „Selbstverkündung von Juan Guaidó“ als Parallelpräsident noch die außenpolitische Linie der USA unterstützt; genauso wenig aber die Regierung Maduro. Korrespondierend zu dem Aufruf, der an die ursprünglichen Ideale „des bolivarianischen Prozesses“ erinnert, haben viele linke Beobachter\*innen die Verhältnisse in Venezuela schon länger kritisch verfolgt – gerade aus Solidarität mit den Hoffnungen auf progressive Veränderung in Lateinamerika, einem der großen Sehnsuchtsorte der Linken des globalen Nordens. Das Problem liege nicht nur auf der Ebene abgebrochener Demokratisierung, vorenthaltener Menschenrechte oder darin, dass „sozialistische“ Lenkung wie automatisch zu „Misswirtschaft“ führen müsse. Viel entscheidender seien langlebige politökonomische Strukturen, „so etwa Raul Zelik, die sich um Renteneinnahmen aus der Ölförderung drehen, was bei fallenden Weltmarktpreisen sofort auf die Politik durchschlägt. Daran haben auch die Linksregierungen in Venezuela nichts geändert.“

Der Bezugspunkt internationalistischer Solidarität sind hier nicht die Perspektive von oben und die äußerliche Form – eine Regierung, die sich links nennt oder sich dem Einflussbereich irgendeiner westlichen Großmacht entzieht. Sondern die wirkliche Substanz der dort verfolgten Politik und eine Perspektive von unten.

Nicht weit entfernt liegt der Fall Nicaragua, wo ebenfalls große Proteste gegen eine Regierung stattfanden, die einst mit linken Hoffnungen verbunden war – und wo es ebenfalls Linke gab, die darin nur einen von außen gesteuerten Putschversuch sehen wollten, weil das in die alten Gut-Böse-Raster passt.

Der Sandinismus stehe heute „für eine religiös verbrämte autoritäre Herrschaft“, schrieben dagegen die „Lateinamerika Nachrichten“ – und ließen dabei auch die Enttäuschungen einer Solidarität nicht aus, die einst mit ganz anderen Idealen verbunden war: „Für alle, die die Sandinistische Revolution vor 40 Jahren sympathisierend begleitet, unterstützt oder nur via Medien beobachtet haben, ist es schmerzhaft zu sehen, wie der Nimbus der RevolutionärInnen verflogen ist.“

## „Darüber lohnt es sich zu diskutieren“

Der Historiker Stefan Berger im Gespräch über die Geschichte des Internationalismus und was man daraus für die Zukunft der globalen Solidarität lernen kann.

*Die Ursprünge internationalistischer Politik werden zumeist mit der frühen Arbeiterbewegung assoziiert, also mit politischen Gehversuchen des 19. Jahrhunderts. Wie alt ist der Internationalismus wirklich?*

**Stefan Berger:** Es gibt auch schon ältere Formen des Internationalismus, etwa einen christlichen Internationalismus des Mittelalters, einen Gelehrteninternationalismus, der während des Humanismus und der Aufklärung europaweite Netzwerke bildete. Im 19. Jahrhundert ging dem Internationalismus der Arbeiterbewegung ein liberaler Nationalismus voraus, der für den Internationalismus der Arbeiterbewegung oftmals Ansporn und Herausforderung zugleich war. Und auch in der nichtwestlichen, nichteuropäischen Welt gab es Internationalismen.

*Gab es dabei gemeinsame Motive?*

Transnationale Organisationsversuche fanden immer dann statt, wenn sich Menschen, die eine gleiche oder ähnliche Wertorientierung hatten, zusammenfanden – über Länder- und Stammesgrenzen hinweg. Im 19. Jahrhundert waren christliche, liberale, sozialistische und anarchistische transnationale Organisationen darum bemüht, sich transimperial und transnational zu verständigen. Dabei blieben all diese Versuche doch noch sehr weitgehend westzentrisch. Formen „globaler Solidarität“ waren mehr eine Sache des 20. Jahrhunderts.

*Wenn wir heute über globale Solidarität sprechen, hört man meist schnell den Hinweis auf die beiden ersten Internationalen. Zu Recht?*

Herausragende Versuche, die Arbeiterbewegung transnational zu organisieren, waren ohne Frage die I. und II. Internationale, die erstmals versuchten, ernst zu machen mit der Marx'schen Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch.“ Die Bedeutung der I. Internationale als Diskussionsforum wird überschattet durch die baldigen Streitigkeiten unterschiedlicher Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die schließlich auch zum Zerfall der I. Internationale führen sollten.

*Und die II. Internationale?*

Die II. Internationale war erfolgreicher und versuchte zum ersten Mal auch gemeinsame Kampagnen zu organisieren, etwa für den Acht-Stunden-Tag oder für den Frieden. Die Solidarität der Arbeiter über Landesgrenzen hinweg stand ganz im Vordergrund der Aktivitäten der II. Internationale, wobei frühzeitig deutlich wurde, dass die Vielsprachigkeit und die kulturellen Prägungen ihrer Vertreter durch unterschiedliche nationale und imperiale Kontexte ein wichtiges Problem für wirkliche Verständigung darstellten.

*Worin drückten sich diese Schwierigkeiten aus?*

Die nationalen Delegationen auf den Tagungen der Internationale blieben oftmals unter sich, und unter Vertretern, die jeweils die Sprache der anderen nicht sprachen, konnte es keinen Austausch geben. Dennoch: Die Symbolpolitik der Internationale war wichtig und fand auch unter vielen Arbeitern in der westlichen Welt tiefe Resonanz. Das zeigt sich nicht zuletzt in den mächtigen Demonstrationen für den Frieden noch im Sommer 1914, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der dann aber dennoch zum Zeichen dafür wurde, dass der Nationalismus in vielen Ländern und auch unter vielen Arbeitern stärker war als der Internationalismus. Die nationale Solidarität stand bei vielen über der internationalen.

*Karl Marx konnte wortgewandt gegen nationale Beschränktheiten polemisieren. Welche Rolle spielten er und der wachsende Einfluss des Sozialismus in der Arbeiterbewegung für die Geschichte der frühen Internationalen?*

Die II. Internationale war offiziell eine marxistische Internationale, aber sie organisierte durchaus auch Sozialisten, die nicht Marxisten waren. Das wird gerade auch durch die Aufnahme der britischen Labour Party 1908 deutlich, als Karl Kautsky eine geniale Formel fand, um die Arbeiterpartei Großbritanniens aufzunehmen. Auch wenn nicht alle ihre Vertreter die Bedeutung des Klassenkampfes anerkannten, so trieb

die Partei, laut Kautsky, doch offiziell den Klassenkampf in Großbritannien voran und konnte somit auch in den Kreis der sozialistischen Parteien der II. Internationale aufgenommen werden. Der Sozialismus war dennoch die bei Weitem stärkste ideologische Bewegung innerhalb der II. Internationale, wobei man von vielen Sozialisten reden müsste, denn was Sozialismus bedeutete, wurde innerhalb der II. Internationale bei Weitem nicht einheitlich beantwortet.

*Warum scheiterten die I. und die II. Internationale?*

Scheiterte die I. Internationale an den ideologischen Konflikten innerhalb ihrer Mitglieder, so fiel die II. Internationale über dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zusammen. Die Hoffnungen vieler Sozialisten Europas, dass die mächtigste sozialistische politische Partei des Kontinents, die deutsche Sozialdemokratie, die rund ein Drittel aller Wähler im Kaiserreich hinter sich vereinte, den Kriegstreibern im Deutschen Reich Widerstand entgegensetzen würde, wurden enttäuscht, was bei vielen nicht-deutschen Sozialisten eine dauerhafte Abwehrhaltung gegen die Sozialdemokratie bewirkte. Dass die SPD sich 1914 hinter die kaiserlichen Eliten stellte, mochten die Führer der SPD noch so oft mit ihrer Haltung gegenüber dem Zarenreich begründen, ihre Position war außerhalb Deutschlands kaum nachvollziehbar. Auch wenn es natürlich in vielen Ländern Europas Sozialisten gab, die sich für den Kriegseintritt ihrer jeweiligen Länder starkmachten. Nur die kleine irische sozialistische Partei und die Bolschewiki blieben weitgehend standhaft in ihrer Haltung gegen den, aus ihrer Sicht, imperialistischen Krieg.

*Sie haben die Bolschewiki angesprochen, welche Rolle spielte die politische Linke in Russland für die Geschichte des Internationalismus?*

Es war kein Zufall, dass der kommunistische Internationalismus der Zwischenkriegszeit zu einem Vorreiter einer wirklichen globalen Solidarität wurde – antiimperialistisch, antirassistisch und

für die nationale Selbstbestimmung der Völker in der kolonialen Welt. Die Haltung der Komintern zu diesen Fragen setzte in der Zwischenkriegszeit die internationale Agenda des Kommunismus, dem gerade in der kolonialen Welt aufgrund dieser Positionierung viele Sympathien entgegengebracht wurden.

*Von heute aus betrachtet sieht man die Rolle Stalins und der Komintern sehr kritisch.*

Natürlich war der Internationalismus der Komintern immer noch westzentrisch, und natürlich benutzte Stalin die Komintern auch als außenpolitisches Organ seiner eigenen Interessenpolitik. Aber im Vergleich zum sozialistischen Internationalismus der Zwischenkriegszeit war der kommunistische Internationalismus konsequenter antiimperialistisch und antirassistisch. Die Interventionen der Komintern etwa bei der Südafrikanischen Kommunistischen Partei legte, anders als die Führer dieser Partei, das Schwergewicht auf die Bekämpfung des Rassismus. Seit den 1930er Jahren wurden die südafrikanischen Kommunisten zu den konsequentesten Kämpfern gegen das so lange sich an der Macht haltende rassistische Regime Südafrikas. Es war kein Zufall, dass Nelson Mandela in den 1960er Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei war.

*Was bleibt von diesen Erfahrungen?*

Ein Internationalismus der Zukunft kann an diese Versuche einer globalen Solidarität anknüpfen. Natürlich geht dies nur, wenn man auch die unglaublichen Verbrechen des Kommunismus im 20. Jahrhundert anerkennt und aufarbeitet. Aber in der heutigen Welt, in der Nationalismus, Rassismus und Imperialismus Wiederauferstehung feiern, steht es einem linken Internationalismus gut zu Gesicht, daran zu erinnern, dass sich zumindest Teile einer internationalistischen Linken seit dem 19. Jahrhundert um eine länderübergreifende Solidarität bemühen, die Nationalismus, Rassismus und Imperialismus überwinden wollte. Was das heute bedeuten kann, darüber lohnt es sich zu diskutieren.



**Stefan Berger** ist Historiker und hat seit 2011 den Lehrstuhl für Sozialgeschichte und soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum inne. Er ist dort zugleich Leiter des Instituts für soziale Bewegungen. Mit ihm sprach Uwe Sonnenberg.



## Ein kurzer, ein sehr kurzer Frühling

Vor über 100 Jahren wurde die Sozialistische Internationale der Frauen gegründet.

Von Hannah Hoffmann

Im August 1907 wurde in Stuttgart die Sozialistische Fraueninternationale (Socialist International Women, SIW) gegründet. Die Geburt barg die Spaltung in sich, denn bereits auf dem Gründungskongress war klar: Es würde einen rechten und einen linken Flügel geben. Und sie würden einander zwar zuhören, sich aber nicht einigen können. Damit stand in Frage, ob es wirklich würde gelingen können, die Interessen der Frauen in sozialistischen Parteien zu vertreten, Frauen über Ländergrenzen hinweg zu aktivieren.

Ottilie Baader betonte die Notwendigkeit, die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage zu betrachten. Sie wollte den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts“. Die meisten Frauen in der deutschen Sozialdemokratie teilten dies.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialistischen Internationale gaben die Vorlage ab für jene in der Fraueninternationale. Es gab Streit um das Frauenwahlrecht, Divergenzen bei den Vorstellungen zu Organisation, Zusammenarbeit, Struktur der Internationale, Widersprüche zwischen proletarischen und bürgerlichen Forderungen traten schnell zutage. Emanzipation der Frau, Emanzipation der Arbeit vom Kapital, mit dem Mann als Klasse gegen die kapitalistische Klasse oder eher „Allerweltsbasenschaft“, von der Clara Zetkin nichts hielt. Klassengegensätze ließen ein alle einnehmendes „Wir Frauen“ nicht zu.

1910 fand in Kopenhagen die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen statt. Die Ausrufung des Internationalen Frauentages, Zetkins Antrag wurde einstimmig angenommen, ein Erfolg.

1912 eine außerordentliche Tagung angesichts des drohenden Krieges. Wieder Einstimmigkeit für Clara Zetkins Forderung, dem Krieg den Krieg zu erklären.

1914 Wien, III. Konferenz – geplant und nicht stattgefunden. Clara Zetkins Aufruf in der Zeitung

„Gleichheit“, alles zu tun, um den Krieg zu verhindern, bzw. gegen ihn zu kämpfen, wurde kaum gehört. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges löste sich die Fraueninternationale in ihre Bestandteile auf. Das Nationale ging in Führung, einige sozialistische Frauenverbände verbündeten sich mit bürgerlichen Frauen für die Heimatfront. Die Diskussion über die Kriegskredite spaltete auch die deutsche sozialdemokratische Frauenbewegung. Mit der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu einer höheren Kriegssteuer am 4. August 1914 waren die Spaltung der Partei und die der Frauenbewegung in der Sozialdemokratie besiegelt.

Auf Initiative Rosa Luxemburgs gründete sich im August 1914 die Gruppe „Internationale“, immer noch in der Hoffnung, die SPD könnte im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmen. Distanzierung von der Partei, nachdem dies nicht passierte.

Die nachfolgende Geschichte ist schon eine ganz andere. Die Sozialistische Fraueninternationale war gestorben, bevor sie Deutungs- und Bewegungsmacht entfalten konnte. Aus der Gruppe „Internationale“, die sich in Deutschland nach dem Scheitern gründete (Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker, Bertha Thalheimer u. a.), wurde schnell die Spartakusgruppe, die ab 1916 illegal die „Spartakusbriefe“ herausgab. Am 1. Januar 1919 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/Spartakusbund) gegründet. Am 1. Mai erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Die Kommunistin“. Die ursprüngliche Intention: der Wunsch und der Wille, Frauen international zu verbünden und zu verbinden. Frauen, die gegen Unterdrückung ihres Geschlechts und ausbeuterische Verhältnisse kämpfen. Diese wirklich gute Idee war vorerst und auf sehr lange Sicht nicht zu verwirklichen. Die Sozialistische Fraueninternationale gibt es bis heute. Aktuell gehören ihr nach eigenen Aussagen 140 Mitgliedsorganisationen aus aller Welt an.

# Ein Stellvertreter-Internationalismus ist unmöglich

Zwischen Hoffnung, Heroismus und Versagen. Vor 100 Jahren wurde die Kommunistische Internationale gegründet. Von Lutz Brangsch

Russische und deutsche Wissenschaftler, wie zum Beispiel Alexander Vatlin, Wladislaw Hedeler und Bernhard Bayerlein, haben Dokumente und Geschichte der Kommunistischen Internationale – kurz KI oder Komintern – in umfangreichen Arbeiten dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht. Stöbert man in diesen Arbeiten, verblüfft immer aufs Neue der Widerspruch zwischen der inspirierenden Wirkung dieser Organisation nicht nur in der bolschewistisch-kommunistischen, sondern auch in Teilen anderer linker und linksbürgerlicher Bewegungen und der Instrumentalisierung der Organisation für bestimmte Gruppeninteressen bzw. die staatlichen Interessen der Sowjetunion. Das sind Fragen, die in der einen oder anderen Form immer wieder auftauchen und die immer wieder die Kritik des durch die Komintern repräsentierten Organisations-, Solidaritäts- und Internationalismusverständnisses herausfordern.

Der internationalistische Anspruch der Arbeiter\*innenbewegung, wie ihn Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierten, war nicht von ihnen erdacht, sondern reales Leben des Proletariats. Diese Tradition wurde, wenigstens den Worten nach, von den sozialdemokratischen Parteien bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges hochgehalten.

Die Wirklichkeit der II. Internationale war allerdings die Resolution, nicht das Handeln. Die Gründung einer neuen Internationale nach dem Krieg war aus dieser Tradition heraus logisch. Nicht nur die als Abspaltungen der alten reformistischen Sozialdemokratie entstehenden kommunistischen Parteien drängten zu internationaler Zusammenarbeit. Auch

die alte Sozialdemokratie, die durch die aktive Unterstützung des Kriegskurses „ihrer“ Regierungen diskreditiert war, belebte den Gedanken einer Internationale neu. Die Gründung der Kommunistischen Internationale spaltete nicht die linke Bewegung, sondern gab der real bestehenden Spaltung einen organisatorischen Ausdruck. Hier vereinigten sich die Kräfte, die nach 1914 mit ihren internationalistischen Positionen in der Minderheit geblieben waren.

Die Gründung der Komintern im März 1919 ist in jeder Hinsicht eine Frucht des Krieges. Sie sollte eine radikale Kritik der „alten“ sozialdemokratischen Politik sein und gleichzeitig konsequent den revolutionären Sturz der Kapitalherrschaft in den Mittelpunkt der Politik stellen. Die Idee des permanenten Bürgerkrieges gegen das Kapital, wie er in Sowjetrußland 1919 tobte, beherrschte das Denken der Gründer\*innen.

Die KI stellte die Frage nach unmittelbarer Solidarität des Proletariats neu. Die Betonung liegt dabei auf „unmittelbar“ – nicht vermittelt über Apparate, wie das in der II. Internationale gewesen war. Der Weg wurde darin gesehen, die Parteien nach dem Bilde der bolschewistischen Partei in Sektionen einer Weltpartei zu verwandeln. Kaderpolitik, Bildung, Strategieentwicklung und Finanzierung wurden in Moskau zentralisiert.

Von einem Netz gefestigter kommunistischer Organisationen konnte im März 1919 allerdings keine Rede sein. Die Wege nach Moskau waren weitgehend blockiert. Der Kreis der Teilnehmer\*innen blieb daher zufällig und willkürlich. Nur zwei der eingeladenen Organisationen waren durch Delegierte vertreten, die aus den jeweiligen Ländern hatten anreisen können.



## Schwarze in der Komintern

Das Engagement schwarzer bzw. afrikanischer Protagonist\*innen in der Komintern spielt im historischen Gedächtnis der Linken nur eine sehr randständige Rolle. Dabei war gerade Deutschland seit Mitte der 1920er Jahre ein wichtiger Schauplatz antikolonialer Aktivitäten.

Für Antrieb sorgte unter anderem die von Willi Münzenberg 1925 organisierte „Liga gegen Imperialismus“, die 1927 in Brüssel den „Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus“ organisierte. Münzenberg, der zu den begnadeten Netzwerkern und Medienleuten der damaligen Linken gehörte, organisierte 1926 mit seiner „Internationalen Arbeiterhilfe“ Veranstaltungen in Berlin, die unter anderem in die Gründung eines „Komitees gegen die imperialistische Kolonialpolitik“ mündeten. Mit dabei war der in Kamerun geborene Architekt Joseph Ekwe Bilé, der später auch die deutsche Sektion der 1924 in Frankreich gegründeten „Ligue pour la Défense de la Race Noire“ leiten sollte.

1928 gründete sich unter der Schirmherrschaft der Komintern das Trade Union Committee of Negro Workers, in dem unter anderem George Padmore aktiv war. 2019 waren die transnationalen Verflechtungen im antikolonialen Kampf, die Rolle der Komintern und die schwarzer bzw. afrikanischer Protagonist\*innen in Deutschland Thema einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

„Diese frühen Formen der transnationalen Vernetzung im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus lebten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bewegung für afro-asiatische Solidarität fort“, so der Zürcher Historiker Harald Fischer-Tiné. Die Konferenz von Bandung 1955, auf der 23 asiatische und sechs afrikanische Länder eine engere Kooperation gegen Kolonialismus und Rassismus vereinbarten und in deren Gefolge die „Bewegung der Blockfreien“ entstand, gehört dazu.

Willi Münzenberg erlebte das nicht mehr – er brach mit der immer stalinistischeren KPD, kam dem auf Druck von Moskau hin verlangten Ausschluss zuvor und starb 1940 auf der Flucht vor den Nazis unter bisher nicht restlos geklärten Umständen. Die „Internationale Arbeiterhilfe“ wurde 1935 vom Zentralkomitee der KPD aufgelöst. ■

Die übrigen waren Emigranten, die mehr oder weniger zufällig durch den Apparat der KPR(B) „eingesammelt“ wurden.

Der wichtigste Partner der russischen Kommunisten sollte nach Auffassung Lenins die junge KPD sein. Die stand jedoch einer Gründung zu diesem Zeitpunkt kritisch gegenüber. Rosa Luxemburg hatte die Ablehnung damit begründet, dass es noch keine Organisationen gäbe, in denen die Massen selbst über die Schaffung einer neuen Internationale entscheiden könnten. Entsprechend seinem Mandat enthielt sich Hugo Eberlein als Vertreter der KPD bei der Abstimmung über die Gründung der KI.

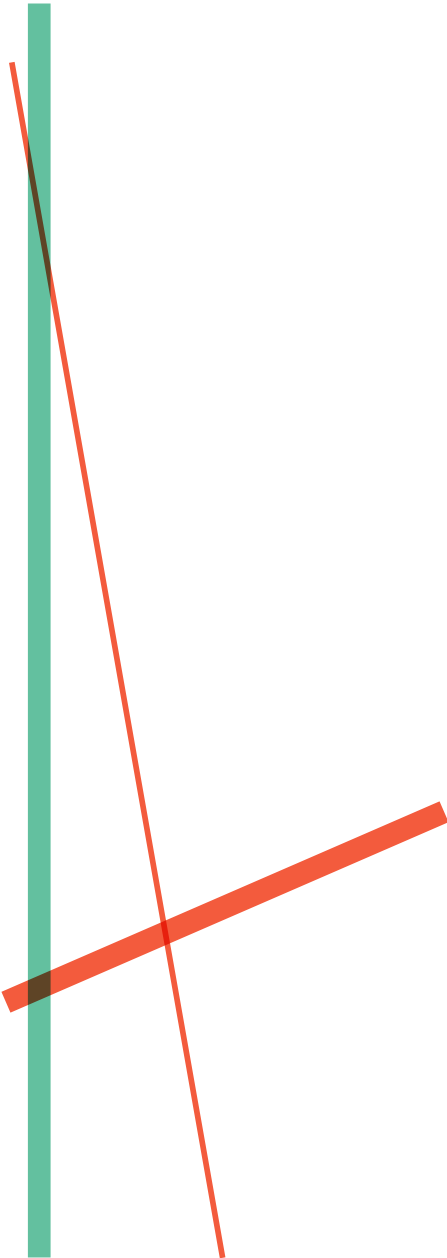
Das deutet auch an, dass die Geburt der Komintern durch die personelle Kontinuität die Konflikte der Kriegs- und Vorkriegszeit, nicht nur im Verhältnis zur Sozialdemokratie, sondern auch innerhalb der linken Opposition, in sich trug. Es ging nicht nur um die Frage des Verhältnisses zu einer sozialistischen Revolution im Allgemeinen und der Russischen Revolution im Besonderen. Sie blieb in der praktischen Organisationslogik der entscheidenden Schwäche der II. Internationale verhaftet, der Orientierung an den Parteiapparaten.

Die Dominanz der Apparate in den Parteien der II. Internationale war einer der Kritikpunkte, die Rosa Luxemburg immer wieder ins Feld geführt hatte, und dieser Kritik blieb sie mit ihrer Position der Ablehnung der schnellen Gründung der Komintern treu. Sie sollte recht behalten. Unter den Bedingungen der Isoliertheit Sowjetrusslands wurde diese Dominanz in der KI durch die Bindung an die sowjetrussische Staatsräson noch stärker.

Damit sind die zwei Konfliktrichtungen, die die Geschichte der KI prägen, gesetzt. Zum einen geht es um den Konflikt mit der Sozialdemokratie, die nach dem Krieg in vielen Ländern zu einer das bürgerliche System weitgehend bedingungslos stabilisierenden Kraft wurde. Sozialdemokratisches Partei-Interesse und Staatsinteresse verschmolzen. Die KI ihrerseits beförderte und organisierte das hinsichtlich des Verhältnisses von internationaler kommunistischer Bewegung und staatlichen Interessen Sowjetrusslands bzw. der Sowjetunion.

Die zweite Konfliktlinie betrifft den Charakter der sozialistischen Revolution und den entsprechenden Charakter einer kommunistischen Partei. Diese knüpfte an die Luxemburg'sche Kritik der Russischen Revolution von 1917 an. Die enge Bindung an die sowjetische Staatsräson macht einen kritischen Blick auf die Russische Revolution und die Erfahrungen unmöglich. Wie in den 1920er Jahren jede Kritik an der Komintern und Sowjetrussland in eins gesetzt wurde mit rückhaltloser Unterstützung des Kapitals und damit Konterrevolution, betraf das später jede Kritik des Realsozialismus.

Diese Entschiedenheit der Fragestellung erlaubte es der Komintern aber auch, in der Analyse der modernen Gesellschaften, bei Versuchen der tatsächlichen Verbindung von antikolonialen und antikapitalistischen Kämpfen, in Diskussionen zur Rolle der Frauen in den sozialen Auseinandersetzungen, bei der Ent-



wicklung ganz praktischer alltäglicher Solidarität und in anderen Bereichen neue Wege zu gehen – wie erfolgreich sie dann auch gewesen sein mögen. Die Zeitschriften und Verlage der Komintern spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Wissen über die Gesellschaft und über die sozialen Kämpfe in anderen Weltteilen sowie bei der Entwicklung einer eigenen Kultur der Bewegung. Kommunist\*innen aus anderen Ländern erhielten die Möglichkeit, in der Sowjetunion zu studieren.

Allerdings zeigte sich, dass diese Seite der Arbeit der Komintern von der nachleninschen Führung der KPR(B) vor allem instrumentell betrachtet wurde. Die mit der Bolschewisierung beginnende Homogenisierung und Orientierung an sowjetisch-staatlichen Interessen wurde durch die finanziellen Ressourcen der Sowjetunion vorangetrieben. Innerparteilich wurde es immer wichtiger, für die eigene Karriere „gute Verbindungen nach Moskau“ zu haben.

Diese Verflechtung von staatlichen und Bewegungsinteressen brachte den einzelnen Parteien zum Teil erhebliche Schwierigkeiten. So stand die KPD vor der prinzipiell unlösbaren Aufgabe, die Rüstungs- und Militärkooperation Deutschlands mit der Sowjetunion mit dem eigenen antimilitaristischen Kurs in Übereinstimmung zu bringen. Der Schwenk von der Einheitsfront- zur Sozialfaschismusthese hatte katastrophale Folgen im Widerstand gegen den aufziehenden Faschismus. Das Dreieck aus Verpflichtung auf das bolschewistische Parteimodell, Bindung an die staatlichen Interessen der Sowjetunion und materieller Abhängigkeit von den sowjetischen Finanzen wurden zum Bermuda-Dreieck der Komintern.

Der Apparat der Komintern und die Führungsebenen ihrer Sektionen wurden ab Ende der 1920er Jahre unmittelbar in die internen Auseinandersetzungen in der Sowjetunion einbezogen. Die Versuche, die kommunistische Bewegung über Finanzen und Ideologie zu regulieren, wurden um die physische Vernichtung möglicher Kontrahenten der Stalin'schen Linie ergänzt. Angst und Selbstzensur beherrschten ab 1930 das Klima in den Apparaten. Das war die Erfahrung, die das Verhalten kommunistischer Funktionäre auch in der Nachkriegszeit bestimmen sollte.

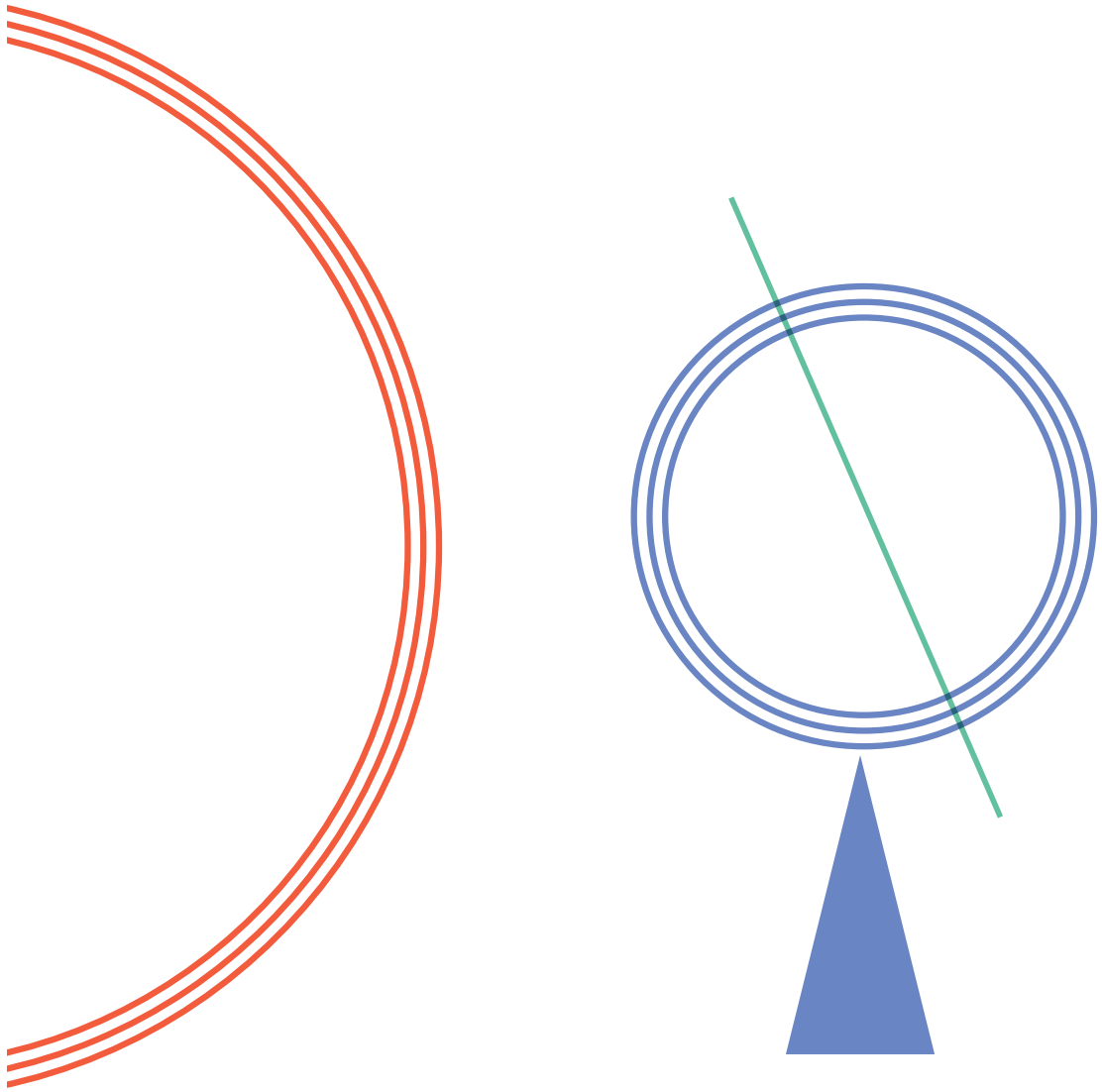
Es war die Logik von Krieg und Bürgerkrieg als Entstehungsbedingungen der Komintern, die diese Organisation prägte. Die elementare und bis heute aktuelle Frage ist: Warum konnte sie nie überwunden werden?

Die Komintern verschwand, wie sie entstanden war: im Stillen und unspektakulär. Liest man die Tagebucheinträge des Vorsitzenden Georgi Dimitroff vom Mai 1943, so erscheint Anfang des Monats der Geschäftsbetrieb der Komintern normal und auf Dauer gestellt. Am Abend des 8. Mai treffen sich der sowjetische Außenminister Molotow, der Vertreter der KPdSU bei der KI Manuilski und Dimitroff zu einem nächtlichen Gespräch. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Organisation zu einem Hindernis für die selbstständige Entwicklung der Mitgliedsparteien geworden sei. Die Funktionen, die aus sowjetischer Sicht nützlich waren, gingen auf sowjetische Apparate über. Nicht die Auflösung, sondern das Fehlen jeder Diskussion dazu ist das eigentliche Politikum. Die Verankerung der kommunistischen Bewegungen im Widerstand gegen den Faschismus eröffnete allerdings neue Horizonte für Bündnisse und neue Wege für eine andere Gesellschaft. Dass sie erfolglos blieben, hängt auch damit zusammen, dass eine Kritik der KI nach ihrem Ende unmöglich blieb.

Das Ende der KI führte an ihren Beginn: Sie vertrat den Anspruch, dass die Proletarier tatsächlich selbst den revolutionären Kampf organisieren sollten. Tatsächlich blieb von ihr nur, dass ein neuer Apparat geschaffen wurde, der nach 24 Jahren einfach verschwinden konnte. Die Lehre: Ein Stellvertreter-Internationalismus ist unmöglich.

---

**Lutz Brangsch** ist Ökonom und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



## Gänsehaut nach der Ankunft

Urs Müller-Plantenberg ist eine Legende der Lateinamerika-Solidarität hierzulande. Was kritischer Internationalismus heißt, lebte er im Chile Allendes

Als Urs Müller-Plantenberg im März 1973 Chile verließ, war die Situation der Regierung Allendes ungewiss und kritisch. Die putschistischen Bewegungen witterten Morgenluft: Der Streik der Fuhrunternehmer im Oktober 1972 und der fortwährende Boykott der Unternehmerschaft hatten das Land in eine katastrophale Lage gebracht – trotz aller Anstrengungen der Unidad Popular, die Normalität wiederherzustellen. Bombenanschläge auf Bahnstrecken und Stromnetze häuften sich, die oligarchische Presse gönnte Präsident Allende keine Atempause.

Zugleich unterstützte das Außenministerium der USA Pläne für einen Staatsstreich, um zu verhindern, dass Chile sich zu einem revolutionären Vorbild entwickeln würde, für die Länder der Region, aber auch für europäische Staaten wie Frankreich und Italien. Und als wäre all das nicht genug, gab es auch in der

Linken Streit und Zerwürfnisse darüber, wie der chilenische Weg zum Sozialismus zu gestalten sei.

Noch vor den anstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 schreibt Müller-Plantenberg: „Wenn die Parteien der Unidad Popular ihre Stimmen in mehr Abgeordnete und Senatoren umwandeln wollen, dann müssen sie versuchen, die Opposition zu spalten, und zugleich ihre eigene Einheit erhalten. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Stimmverteilung weniger von den Machenschaften der Opposition abhängt als von der Politik, die die Regierung und die Parteien der Unidad Popular in den Monaten, die ihnen noch bleiben, verwirklichen werden.“ Wenig später kehrt er nach Deutschland zurück und wird zum Mitbegründer des „Chile-Komitees“ und der „Chile-Nachrichten“, einer Zeitschrift, die vorhat, informativ und solidarisch die Regierung Allendes zu begleiten.



Die innige Beziehung Müller-Plantenbergs beginnt jedoch lange zuvor. 1968 erhält seine Ehefrau Clarita Müller-Plantenberg die Chance, in Talca, einer Stadt im südlichen Zentrum Chiles, einen Forschungsaufenthalt zu verbringen. Sie akzeptiert unter einer Bedingung: „Ich gehe, wenn auch mein Partner mitkommen kann.“

Nach ihrer Ankunft in Talca beginnt für beide die Arbeit im Institut zur Fortbildung und Forschung in der Agrarreform (ICIRA). Gegenstand ihrer Untersuchungen ist es, bestimmte Aspekte und Maßnahmen der Agrarreform während der laufenden Regierungszeit von Eduardo Frei Montalva zu analysieren. Clarita konzentriert sich auf das Problem armer Frauen, während Urs die Reaktionen der Großgrundbesitzer, der „Mumien vom Land“, in den Blick nimmt, die sich landesweit gegen den gesellschaftlichen Wandel organisieren.

Der Arbeit als Forscher in Chile ging Müller-Plantenbergs soziales und politisches Engagement in Deutschland voraus. Bis zu seinem Ausschluss 1965 war er im Sozialistischen Deutschen Studentenbund aktiv, und später im Republikanischen Club. Beides waren Organisationen der außerparlamentarischen Linken, die gegen die autoritären und rassistischen Strukturen in Deutschland kämpften, sich zugleich aber auch für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einsetzten. In diesen politischen Lehrjahren lernt er Klaus Meschkat, Rudi Dutschke, Gastón Salvatore, Alex Schubert, Hans Magnus Enzensberger und andere kennen.

Doch die wichtigste Bekanntschaft während dieses ersten Aufenthalts ist sicherlich die mit Franz Josef Hinkelammert. Der kritische Theologe und Wirtschaftswissenschaftler war in den 1960er und 1970er Jahren besonders für deutsche Internationalisten eine Anlaufstelle. Die Müller-Plantenbergs kehren noch vor dem Wahlsieg der Unidad Popular 1970 nach Deutschland zurück. Ihr Forschungsprojekt in Talca ist zu Ende, aber ihre Beziehung zu Chile hat gerade erst begonnen.

Anfang 1972 fragte Jaques Chonchol, damals Leiter des Studienzentrums zur Nationalen Realität CEREN an der Katholischen Universität Santiagos, seinen Freund Hinkelammert, ob er nicht einen deutschen Soziologen kenne, der die Wirkung der Wirtschaftspolitik der Unidad Popular untersuchen könne. Vor allem war die Regierung daran interessiert, herauszufinden, ob die Kaufkraft der Bevölkerung zugenommen hatte und was genau sie konsumierte. Hinkelammert rief daraufhin Müller-Plantenberg in Berlin an und sagte zu ihm, halb im Befehlston: „Ihr müsst nach Chile zurückkommen.“

Als die Müller-Plantenbergs zum zweiten Mal in Chile eintreffen, regiert Allende bereits mehr als zwei Jahre. Urs nimmt sofort seine Arbeit im CEREN auf, wo er sich in einem offenen und kosmopolitischen Ambiente wiederfindet. Forschende aus Belgien, Argentinien, Bolivien und Spanien versuchten hier gemeinsam Theorien zu entwickeln, die Hand in Hand mit den sozialen und politischen Veränderungen gingen.

## Allendes Internationale

Als das linke Wahlbündnis Unidad Popular am 4. September 1970 mit über 36 Prozent zur stärksten Kraft wurde, stand Chile an einem Wendepunkt, der auch international größte Aufmerksamkeit fand. Der Ausgang des linksdemokratischen Experiments ist bekannt – drei Jahre später putschte das Militär gegen Präsident Salvador Allende, die von den USA unterstützte Junta Augusto Pinochets ermordete Tausende und entfesselte eine neoliberale Konterrevolution.

Wenn sich 2020 der Wahlsieg der Unidad Popular zum 50. Mal jährt, wird man nicht nur auf viele Erfahrungen des Aufbruchs in Chile und seiner Vorgeschichte blicken. Vieles sei in Vergessenheit geraten, sagt Nils Brock vom crossmedialen Internetprojekt „Allendes Internationale“, etwa das Erstarren der chilenischen Arbeiterbewegung, die Konsolidierung von Gewerkschaften, feministische Interventionen und anderes. Brock weiter: Es dürfe nicht aus dem Blick geraten, „dass zu dieser Zeit weltweit viele Menschen oder Basisgruppen Chile vor allem als Alternative wahrnahmen, die sich vom Dogmatismus vieler nationaler KPs, der UdSSR und den autoritären Zügen der kubanischen Revolution unterschied“.

Es kamen AktivistInnen, BerichterstatteInnen, DissidentInnen, EntwicklungshelferInnen, WissenschaftlerInnen und viele andere. Sie machten bei der Agrarreform mit, entwickelten Konzepte für die Alphabetisierung, unterrichteten Kinder oder berieten die Regierung. Bis heute gebe es keine systematische Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der internationalen Unterstützer – und genau diese Lücke will „Allendes Internationale“ schließen helfen.

Das Projekt entstand in Zusammenarbeit des Nachrichtenpools Lateinamerika e. V. mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wer waren diese Tausende EnthusiastInnen aus der ganzen Welt, die der Unidad Popular zu Hilfe eilten? Das Projekt gibt Antworten – dort finden sich Interviews, Fotos, Texte, Videos, Musik und vieles mehr ... Das Projekt will dabei auch zum Mitmachen einladen. ■

[internationalallende.org](http://internationalallende.org)

Müller-Plantenberg schrieb eine Reihe kritischer Texte, welche die allzu optimistischen Prognosen des sozialistischen Wirtschaftsministers Pedro Vuskovic hinterfragten. So stellte er zum Beispiel fest, dass die staatlichen Interventionen in die Produktion zwar die Situation der Arbeiterklasse verbesserten. Die Produktion und die Kaufkraft wuchsen deshalb jedoch nicht automatisch mit und auch die Konsumgewohnheiten der vormals Armen änderten sich nicht wie gewünscht. Statt frisches Obst und Gemüse kauften viele lieber mehr Zigaretten.

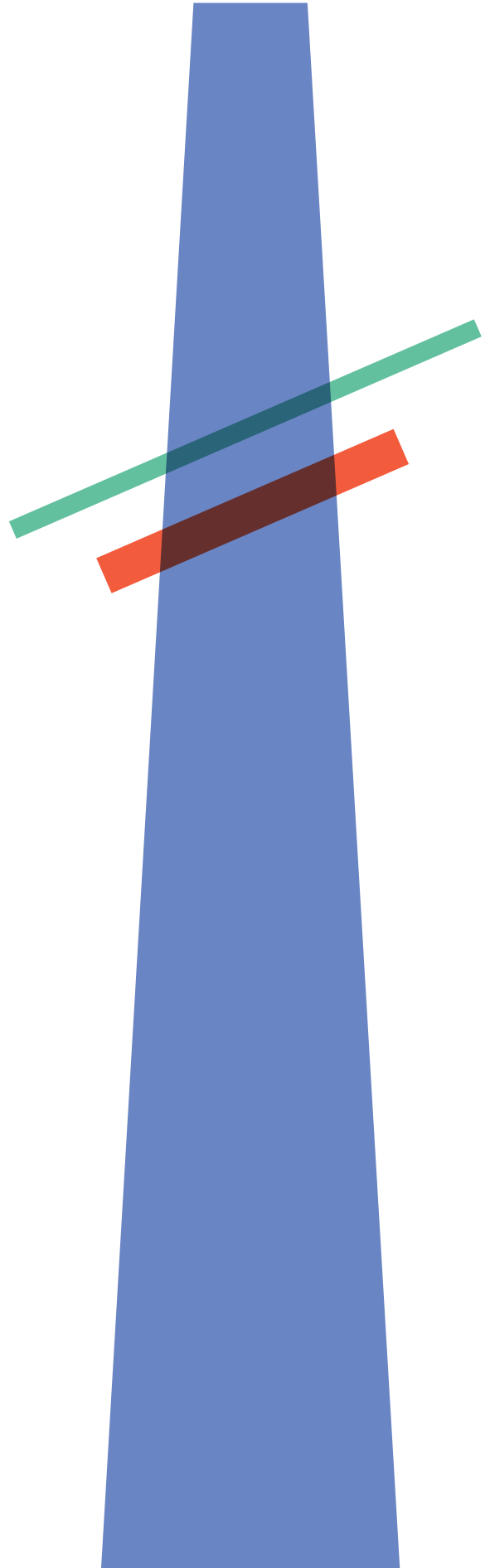
Das CEREN wie auch das Zentrum für Sozioökonomische Studien CESO der Universität von Chile waren wichtige Knotenpunkte internationalistischer Netzwerke, in denen die gesellschaftlichen Prozesse des Landes unter globaler Perspektive analysiert wurden. Im CESO waren es vor allem brasilianische Marxist\*innen, die eine Debatte über den sozialen Wandel Lateinamerikas im Kontext kapitalistischer Abhängigkeiten und der ererbten kolonialen Strukturen entfachten. Das CEREN seinerseits konzentrierte sich – vielleicht auch wegen seiner größeren Nähe zur Regierung – auf konkrete soziale Herausforderungen und forschte unter anderem zu chilenischen Massenmedien, zur Agrarreform, zur indigenen Bevölkerung und zur Landarbeiter-Bewegung, aber auch zum Leben Jugendlicher in den Städten, zu christlich-sozialistischen Strömungen sowie zur gesellschaftlichen Rolle der Kultur und der Universitäten.

Nach seiner Rückkehr nach Berlin im März 1973 nimmt Müller-Plantenberg seine Arbeit am Lateinamerika-Institut (LAI) der Freien Universität Berlin wieder auf. Er sitzt gerade am Schreibtisch seines Büros, als er im Radio vom Putsch des chilenischen Militärs hört. Sofort beginnt er, eine Demonstration in Berlin zu organisieren, an der am nächsten Tag 20.000 Menschen teilnehmen. So schmerzlich er das gewaltsame Ende der Unidad Popular empfindet, so aktiv bringt er sich in den kommenden Jahren in die Solidarität mit chilenischen Exilant\*innen ein. 1974 beteiligt er sich an der Gründung des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL). Als Lateinamerikanist und Professor der FU hat er großen Anteil an der weiteren Konsolidierung des LAI, an dem er mehr als 30 Jahre lang Studierende aus Europa und Lateinamerika ausbildet.

Von Institutsfeiern in den 1980er Jahren ist er als Gitarrenspieler und Tänzer in Erinnerung geblieben, immer mit einem Glas Rotwein in der Nähe und sich nie zu schade, bis in die frühen Morgenstunden beim Aufräumen zu helfen. Müller-Plantenberg wiederum erinnert sich bis heute gern an die intensive Zeit der Unidad Popular, an die „Gänsehaut“, die er kurz nach seiner Ankunft spürte, als er im Radio folgende Liedzeilen hörte: „Denn diesmal geht es nicht darum, den Präsidenten auszuwechseln, sondern darum, dass die Bevölkerung ein neues, ganz anderes Chile schaffen wird...“

---

Eine längere Fassung dieses Textes ist zuerst im Onlineprojekt „Allendes Internationale“ erschienen.



# Mandela wurde nicht durch den Mauerfall befreit

Die Geschichte der Demokratisierung Südafrikas wurde von den beteiligten Aktivist\*innen geschrieben – und von Solidarität. Von Andreas Bohne

Es ist der 11. Februar 1990, Tausende Menschen und zahlreiche Vertreter\*innen internationaler Medien warten vor dem Victor-Verster-Gefängnis in Paarl bei Kapstadt. Dann tritt Nelson Mandela ins Freie, erste Schritte nach fast drei Jahrzehnten im Gefängnis. Zusammen mit seiner damaligen Frau Winnie geht er auf die Menschen zu, Jubel bricht aus, beide recken Fäuste in die Luft. Es sind Bilder, die um die Welt gehen.

Warum kam Mandela frei? Hartnäckig hält sich die Sichtweise, die „globale Zäsur“, gekennzeichnet durch Mauerfall und Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, habe zur Überwindung der Apartheid geführt.

Sicher: 1989 und 1990 markieren auch auf dem afrikanischen Kontinent eine Zäsur. Zumeist wird diese Zeit als eine „Demokratisierungswelle“ beschrieben, eine Phase der Mehrparteiendemokratie und von friedlichen Machtwechseln – obwohl autoritäre Regime an der Macht blieben. Ost-West-Stellvertreterkriege gingen damals zu Ende. Mit Namibia wurde 1990 die letzte Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent unabhängig. Und auch für Südafrika sind diese Jahre von entscheidender Bedeutung gewesen.

Aber es war nicht der Mauerfall, der Mandela befreite. Selbstverständlich spielten auch am „Kap der Guten Hoffnung“ externe Faktoren wie der Aufbruch in Osteuropa eine Rolle. Doch die entscheidenden Kräfte, die zur Überwindung der Apartheid führten, waren andere. Wer diese viel wichtigeren Momente unterschlägt, ohne die der Sturz eines gesetzlich legitimierten, rassistisch-kapitalistischen Unterdrückungsregimes nicht möglich gewesen wäre, verzerrt das ganze historische Bild.

Insbesondere die Wirkung der transnationalen Anti-Apartheid-Solidarität darf nicht außer Acht gelassen werden. Individuelles und kollektives Handeln machten auf den alltäglichen und institutionellen Rassismus aufmerksam. In vielen westlichen Ländern wurde die Komplizenschaft der eigenen Regierungen mit dem Apartheid-Regime offensiv benannt. Dies führte teilweise zu Sanktionen und Boykotten, welche die südafrikanische Regierung empfindlich trafen.

Zudem vertieften sich die innersüdafrikanischen Widersprüche. Die massiven Militärausgaben versetzten das von einem Bergbau-Industriellen-Komplex gekennzeichnete Land in eine desolante wirtschaftliche Lage. Trotz der Kredite US-amerikanischer und europäischer Banken war das Land Ende der 1980er Jahre ökonomisch kaum mehr überlebensfähig.

Natürlich muss im Rückblick auch der bewaffnete Kampf gegen das Apartheid-Regime beachtet werden. Er war zwar nie entscheidend. Aber die Anti-Apart-

heid-Aktivistin Shirley Gunn hat in „Voices from the Underground“ gerade erst daran erinnert, wie lokale Gruppen, in ihrem Fall das Ashley Kriel Detachment, Anschläge ohne Todesopfer mit hochsymbolischem Charakter verübten. Unter anderem brachten sie eine Haftmine im Fort in Kapstadt, dem Sitz des Western Cape Military Command der südafrikanischen Armee, zur Detonation.

Nicht vergessen werden darf der politische Kampf des African National Congress (ANC) im Exil. Die Kooperation mit anderen Staaten führte auf UN-Ebene 1977 zu einem bindenden Waffenembargo gegenüber Südafrika. Zu nennen sind ebenso die vielen südafrikanischen Aktivist\*innen, das Oppositionsbündnis der United Democratic Front (UDF) oder der 1985 gegründete Gewerkschaftsdachverband COSATU. Besonders muss der jahrzehntelange Widerstand der Bevölkerung erwähnt werden. Dazu gehört neben dem Soweto-Aufstand von 1976 eine Vielzahl weiterer, außerhalb Südafrikas kaum bekannter Aktionen des Aufbruchs und des Gegenhaltens – etwa die Pondo Peasants Revolt in der ehemaligen Transkei in den 1950er und 1960er Jahren.

Es war die breite Bevölkerung, die durch eine nicht zu erfassende Anzahl von Demonstrationen und Protesten jahrelang an der Apartheid rüttelte und deren Kraft dazu beitrug, das Land unregierbar zu machen. Sie schuf die Voraussetzungen dafür, dass 1989 und 1990 schon seit Jahren geführte Verhandlungen hinter verschlossenen Türen ihren Abschluss finden konnten und schließlich auch die Freilassung Mandelas möglich wurde. Kurz zuvor waren das Verbot des ANC und das der Südafrikanischen Kommunistischen Partei aufgehoben worden.

Die Überwindung der Apartheid hat also viel weniger mit dem Fall der Mauer zu tun, als oft angenommen wird. Und auch Nelson Mandela wurde nicht in Osteuropa oder der DDR „mitbefreit“ – auch wenn der ehemalige südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk das gern kolportiert.

Zur Erinnerung: Mandela hatte bereits 1985 ein Angebot zur Entlassung aus der Haft erhalten, allerdings unter Bedingungen, die er damals ablehnte. Der Kampf gegen die Apartheid auf den Straßen Südafrikas erreichte schon 1986 einen Höhepunkt, als der Ausnahmezustand verhängt wurde. Die Eskalation der Gewalt markierte bereits damals den Anfang vom Ende der Macht des rassistischen Apartheid-Regimes.

Bleibt dies ausgeblendet, wird also die Überwindung der Apartheid mit dem Fall des real existierenden Sozialismus in eins gesetzt, wirkt sich das auch auf die Sichtweisen auf das rassistische Regime aus: Dieses erscheint dann weiterhin als sogenanntes

## Apartheid No!

Die Solidarität mit dem Protest gegen die Apartheid hat Generationen in Ost und West geprägt. Daran erinnert nun ein von Andreas Bohne, Bernd Hüttner und Anja Schade herausgegebener Sammelband: „Apartheid No! Facetten von Solidarität in Ost und West“.

Facettenreich wird darin ein großer Bogen gespannt – von den Boykottaktionen der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung, dem Engagement der DDR auf UNO-Ebene bis hin zur internationalen Vernetzung der Solidaritätsarbeit und zu Fragen der persönlichen Motivation jener, die sich für den ANC und die Freilassung Nelson Mandelas einsetzten. „Eine kritische Wertschätzung der Anti-Apartheid-Solidarität, wie wir sie hier zeigen, muss deshalb auch unbecommene Sichtweisen zulassen“, heißt es in dem Sammelband. Dies schließt auch die auf die DDR bezogene Anerkennung ein, „dass wir es mit einem Paradox zu tun haben: Während Solidarität geleistet und ‚Freiheit‘ für die Mehrheit der Menschen in Südafrika eingefordert wurde, blieben grundlegende demokratische Rechte und menschenrechtliche Standards der eigenen Bevölkerung versagt“.

Der Sammelband blickt allerdings auch in die Zukunft: Die Anti-Apartheid-Solidarität sei „ein zentraler Referenzpunkt eines Internationalismus“ gewesen, „der viele Strömungen der Linken in der Phase des Kalten Kriegs weltweit motiviert hat“, so Boris Kanzleiter in seinem Beitrag. Nach „dem Ende der Blockkonfrontation und mit der Krise des Sozialismus“ stelle sich nun die Frage, „wie im gegenwärtigen politischen Kontext ein Neuer Internationalismus politisch und organisatorisch zu bestimmen wäre“.

In Ergänzung und zur Veranschaulichung des Sammelbandes erzählt die Seite [apartheid-no.de](http://apartheid-no.de) von der Solidarität, in Form von Bildern, Postern und Interviews mit Zeitzeug\*innen. Die Webdoku blickt aus der Perspektive von ost- und westdeutschen Aktivist\*innen auf die damaligen Kontexte, Formen, Aktionen und Themen von Solidarität.

Das Buch ist unter [rosalux.de](http://rosalux.de) bestellbar. ■

„Bollwerk gegen den Kommunismus“. Als dieser in Osteuropa scheiterte, so die Logik des verzerrenden Geschichtsbildes, als also „der Feind geschlagen“ war, hätten auch seine Verbündeten in Südafrika freigelassen werden können.

Nein, die Geschichte der Befreiung Südafrikas wurde nicht woanders geschrieben, sondern von den Menschen dort. Nach der Freilassung Nelson Mandelas blieben die folgenden Jahre freilich voller Turbulenzen – mit teilweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen und der „verhandelten Revolution“. Erst 1994 konnte der ANC die ersten freien Wahlen gewinnen und Mandela als erster schwarzer Präsident vereidigt werden.

Schon bald darauf deutete sich allerdings auch an, dass dem politischen Umbruch keine wirtschaftliche Transformation folgen würde. Mehr denn je prägten ökonomische Widersprüche und soziale Ungleichheiten die Situation in Südafrika. Die Kontinuität klassenspezifischer und rassistischer Trennungen kam hinzu.

Auch wenn kein anderes afrikanisches Land so viel für Sozialausgaben, für den Wohnungsbau, Renten oder Kindergeld, aufwendet, auch wenn ein international beachteter Versöhnungsprozess eingeleitet wurde, auch wenn Südafrika auf eine fortschrittliche Verfassung verweisen kann – war all dies doch offenbar nicht ausreichend für eine grundlegendere Wende im Land.

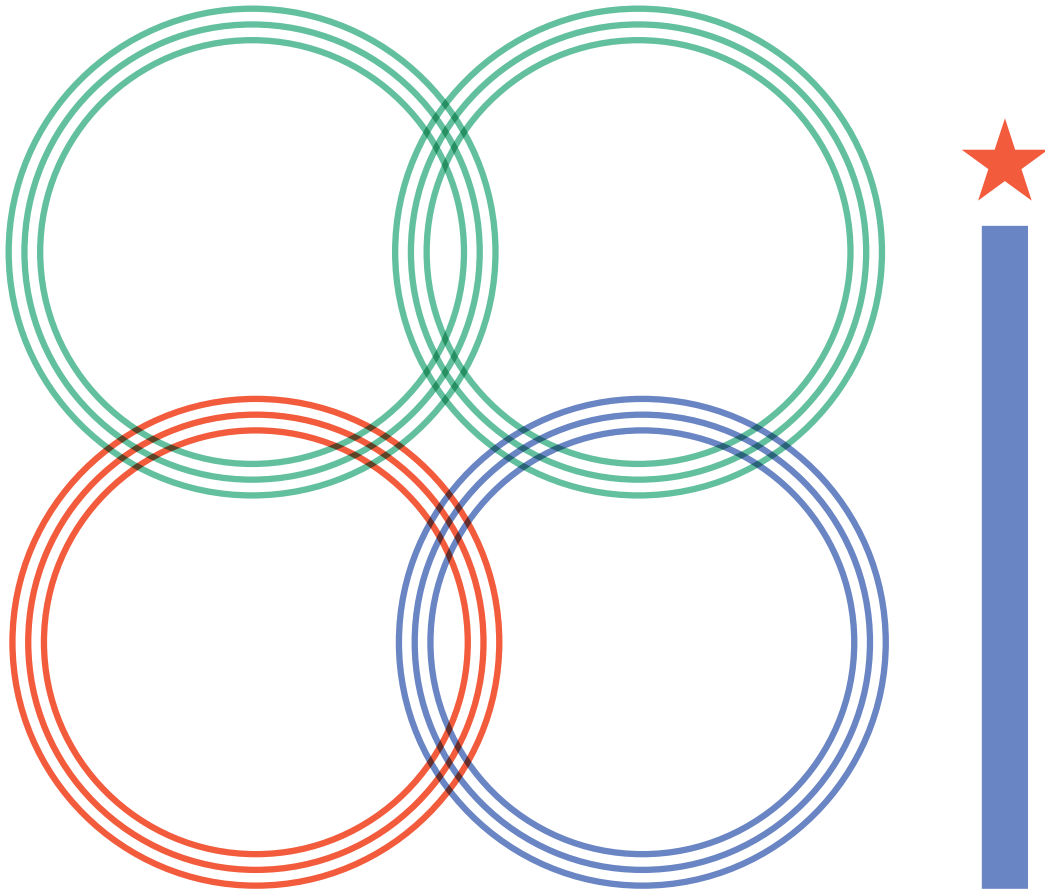
Auf die Überwindung der Apartheid in Südafrika folgte eine Dominanz des Kapitalismus, zu dem es – „There is no alternative“ – angeblich keine Alternativen mehr geben sollte. Auch in Südafrika fehlte ein neues linkes Projekt, das Scheitern des Realsozialismus hat wohl auch hier seine Spuren hinterlassen. Die Hoffnung, dass in einem Land, das die Apartheid hinter sich lassen konnte, bald auch eine sozial gerechte, kosmopolitische und emanzipatorische Gesellschaft entstehen würde, wurde enttäuscht.

Es war eine Hoffnung, von der viele Südafrikaner\*innen und auch internationale Linke nach 1990 träumten. Mag sein, dass dabei auf naive Weise auch etwas auf Südafrika projiziert wurde – die oft überstrapazierte Metapher der „Regenbogennation“ deutet ebenso darauf hin wie die Tatsache, dass da auch Linke auf eine sozialistische Transformation hofften, die selbst gerade an einem solchen Projekt gescheitert waren.

Richtig bleibt aber auch: Eine gesellschaftliche und ökonomische Transformation in Südafrika, die Fragen des Eigentums und der Verteilung progressiv angeht, die dazu führt, dass lang bestehende Sozialstrukturen aufgebrochen werden, erscheint heute nötiger denn je. In diese Richtung gehen auch viele der gegenwärtigen Proteste – inzwischen gegen eine demokratisch gewählte Regierung und gegen die wirtschaftliche Elite des Landes. Und wieder liegen die politischen Hoffnungen vor allem auf der südafrikanischen Bevölkerung und internationalen Bewegungen.

---

**Andreas Bohne** ist Referent für Ostafrika und das Südliche Afrika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



## Verändert im Kontinuum

Die Anfänge des Vereins SODI liegen in der DDR. Aber erst gemeinte Solidarität geht nicht mit einem Gesellschaftssystem unter. Von Kathrin Gerlof

Wenn man Umverteilung internationalisieren will, ließe sich für dieses Wollen der Begriff „Internationalismus“ benutzen. Sarah Ninette Kaliga, die Geschäftsführerin des SODI, sagt: „Klar ist das so, auch wenn wir den Begriff nicht verwenden. Wir tragen nicht umsonst das Wort ‚Solidarität‘ im Namen.“

Begriffe sind wichtig, um einzuordnen, was der SODI tut und was er lässt, weil er es nicht tun will. „Wir wollen niemanden entwickeln, also reden wir auch nicht von Entwicklungshilfe, wenn wir über unsere Arbeit sprechen. Die zu uns kommen, entwickeln ihre Projekte. Wir haben es mit den Situationen zu tun, in denen sich diese Menschen befinden, nicht mit unseren Wünschen, wie die zu sein und was sie zu tun hätten. Das heißt: Wir wissen es nicht besser. Aber wir können zusammenarbeiten.“

Zusammenarbeiten heißt, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen Eigeninitiative zu ermöglichen und zu unterstützen, Selbsthilfepotenzial zu fördern, Lösungsansätze, die bereits da sind, umzusetzen. Es sind lokale Projekte, die der SODI unterstützend begleitet und bei denen er im besten Fall Kontinuität und Erfolg ermöglicht. Mal kleiner, mal größer.

Manchmal ist es – wie in Mosambik – eine ganze Städtepartnerschaft. Daraus ist eine Erfolgsgeschichte geworden, bei der man voneinander lernt und miteinander tut. Es sei in dem Fall die beste und vielversprechendste Form gewesen, auf Augenhöhe etwas aufzubauen, sagt Sarah Ninette Kaliga.

Über 1.000 Projekte gab und gibt es inzwischen, für die auch der Name SODI steht. Gegenwärtig engagiert man sich in zwölf Ländern. Wenn man bedenkt, dass es den Verein erst seit 1990 gibt, ist das viel. Und an dieser Stelle muss der Einschub zur Geschichte stehen.

Hervorgegangen, was Bürde und Möglichkeit zugleich war, ist der SODI aus dem Solidaritätskomitee der DDR, einer juristisch eigenständigen Organisation, die dem Zentralkomitee der SED unterstand und die Aufgabe hatte, die Entwicklungshilfe-Aktivitäten des Landes zu koordinieren. Das hieß: Ländern im Kampf gegen den Imperialismus helfen, außenpolitische Ziele durchsetzen, wirtschaftliche Entwicklung dort fördern, wo man – so die Hoffnung – den Sozialismus aufbauen würde. Gegründet 1960, speiste sich das Komitee aus den Spenden der Bevölkerung, eingesammelt durch den Freien Deutschen Gewerkschafts-

bund FDGB. Freiwilligkeit war ein sehr dehnbare Begriff, wer sich verweigerte, bekam dies zu spüren.

Nach Auseinandersetzungen mit der Treuhandanstalt konnten die bis 1990 aufgebrauchten Spenden, mehr als 32 Millionen DM, in die 1994 gegründete Stiftung „Nord-Süd-Brücken“ eingebracht werden, die es bis heute gibt. Da gab es den SODI e.V. schon vier Jahre. Als Stifter legte der Verein die vorhandenen Spendenmittel ein und begann sich auf Grundlage dessen zu konsolidieren, was inhaltlich da und nicht verlorengegangen war. Erst mal ohne institutionelles Geld, aber mit Unterstützung durch Spenden und Fördermitglieder und mit dem Willen, mit möglichst vielen Partnern, einem starken Engagement in Netzwerken, das ambivalente Erbe für solidarisches Engagement zu nutzen. Und es ließ sich aufbauen, denn die Idee, der Gedanke der Solidarität, des Internationalismus, war ja nicht mit der DDR verschwunden. Da lebte was. Viel sogar.

Heute gibt es Vereinsmitglieder, Fördermitglieder, Ortsgruppen, es werden Fördermittel akquiriert, der SODI ist Mitglied in verschiedenen Bündnissen und Dachverbänden der Entwicklungshilfe und in Netzwerken.

„Wir haben uns neu erfunden und zugleich vieles von dem, was da war, fortgeführt, neu diskutiert, anders organisiert, ein eigenes Selbstverständnis entwickelt. Viele Länder, in denen sich auch das einstige Solidaritätskomitee engagierte, sind unser Aufgabenbereich geblieben: Vietnam, Südafrika, Laos, Mosambik. Das ist Kontinuität, zugleich haben wir ein anderes, nicht paternalistisches Verständnis von Zusammenarbeit entwickelt“, so Sarah Ninette Kaliga. „Es geht uns um Nachhaltigkeit – sozial, ökonomisch, ökologisch. Es geht vor allem darum, dass Menschen, die Armut und Umweltzerstörung erleben, sich selbst für eine gerechtere Welt einsetzen können. Da, wo sie leben, mit anderen zusammen und möglichst eben nicht nur im Rahmen eines kurzen Projektzeitraums, sondern verstetigt.“

Zur Kontinuität des Bestehenden kamen neue Aufgabenfelder in einer Welt, wie es beim Verein heißt, „in der viele Menschen keinen oder wenig Zugang zur politischen Teilhabe und zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Gütern haben“. In einer Welt, ließe sich hinzufügen, in der Heldinnen und Helden nicht mehr so einfach zu finden sind.

Denn auch das gehört zur Geschichte des SODI: Aus Befreiungsbewegungen und Namen, die mit ihnen verbunden waren, wurden zum Teil autoritäre oder noch schlimmere Gebilde, aus Helden Machthaber, aus vielleicht einmal hoffnungsvollen Entwicklungen durch Bürgerkriege und Armut zerrüttete Länder.

Dem stehen hoffnungsvolle „Inseln“ gegenüber und verstetigte Projekte. Vor allem die Verstetigung ist schwer zu erlangen, was auch etwas mit der immer wieder notwendigen Akquise entsprechender Gelder zu tun hat. Die kommen von Stiftungen, vom Entwicklungsministerium, aus den Spenden der Fördermitglieder und anderer Menschen. Auch die Stiftung „Nord-Süd-Brücken“ gehört zu denen, die immer wieder angefragt werden, wenn ein Projekt, vor allem im

Rahmen der Bildungsprojekte, neu aufgestellt oder fortgeführt werden soll.

Eines der spannendsten, weil mühsamsten, da mit weltweit verfestigten Vorurteilen, die Jahrhunderte überdauern und vor denen auch Linke oft nicht gefeit sind, konfrontierten Projekte ist „Arbeit und Zukunft für Roma“ in Serbien. Es sei noch nicht lange her, erzählt Sarah Ninette Kaliga, dass sie auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Reise nach Belgrad gemacht habe, um dort Roma-Organisationen und deren Arbeit kennenzulernen.

Daraus ist die Idee entstanden, Stadtteilzentren zu entwickeln, gemeinsam mit den Roma. Rechtsanwält\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Psycholog\*innen vor Ort, die Partnerorganisation Roma Forum Serbia, der SODI und andere Partner\*innen entwickeln praktische Strategien und setzen sie um, zum Beispiel im serbischen Požarevac, wo rund 7.500 Roma (etwa ein Fünftel der Stadtbevölkerung) in prekären Verhältnissen leben. Rassistische Gewalt, Diskriminierung durch staatliche Institutionen, schlechte bis gar keine Bildungschancen, kaum Arbeitsmöglichkeiten, keine Papiere – über Generationen hinweg scheint dieser Kreislauf auf ewig geschlossen und kein Entkommen möglich. Es geht also um Zugang zu Bildung, um die Vermittlung von Jobs, die Behandlung von Traumata, die Stärkung von Kleinunternehmertum und – sehr wichtig – um Hilfe bei der Beschaffung von Personaldokumenten. Vor allem Frauen bekommen auf diese Art Unterstützung, die keine Idee offeriert, stattdessen die Ideen jener Menschen aufnimmt, um die es geht, und dabei hilft, sie umzusetzen.

Bald soll das Projekt, erzählt Sarah Ninette Kaliga, auf Albanien und den Kosovo ausgeweitet werden. „Roma sind die größte Minderheit Europas. Und die am meisten diskriminierte, die ärmste Gruppe. Es besteht nur wenig Interesse, dagegen etwas zu tun. Im Gegenteil, in den letzten Jahren hat sich die Lage dieser Menschen weiter verschlimmert, wenn wir nur an Länder wie Ungarn denken.“

In Indien gibt es seit einiger Zeit ein Tee-Projekt, das gemeinsam mit der dortigen Partnerorganisation CTRD aufgebaut wird. Es ist initiiert von den Adivasi in den südindischen Nilgiri-Bergen, deren Lebenssituation schwierig ist. Der Aufbau von Teekooperativen und einer eigenen Teefabrik zur Produktion von zertifiziertem Bio-Grüntee ermöglicht 500 Kleinbäuer\*innen wirtschaftliche Sicherheit und ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben.

Ist das Solidarität, ist diese Art des Tuns Internationalismus? „Wenn der Internationalismus Bewegungen braucht, dann sind es die für Umverteilung. Darum dreht sich alles“, sagt Sarah Ninette Kaliga. „Unsere jüngste Kampagne wird ‚Eine Wirtschaft für alle‘ heißen. Wir müssen nicht unbedingt wachsen, aber im Denken weiterkommen, noch politischer werden. Da waren wir bisher zu vorsichtig. Mehr über Gerechtigkeit reden und für sie kämpfen. Das können wir dann auch Internationalismus nennen. Obwohl ich das Wort ‚Solidarität‘, wie wir es im Namen tragen, schön und treffend finde.“

# Also ja: Wir greifen nach den Sternen

Alex Wischnewski über die Chancen für eine neue Feministische Internationale, Streiks von Frauen und unterschiedliche Positionen in einem gemeinsamen Rahmen

*Es gibt viele gute Gründe, sich mit dem Thema Feministische Internationale zu beschäftigen, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Welche nennst du?*  
Es gibt sehr viele starke und selbstbewusste feministische Ansätze. Überall auf der Welt. Das hat dafür gesorgt, dass der Feminismus auf die Tagesordnung kommt. Es wurde und wird viel versucht, ihn kleinzuhalten, unsichtbar zu machen. Das ist, angesichts der Bewegungen und Kämpfe weltweit, aber einfach nicht mehr möglich. Auch die Flucht- und Migrationsbewegungen drängen auf einen neuen Internationalismus, der feministisch sein muss. Ich denke, dass feministische Bewegungen Antworten auf viele drängende Fragen geben. Sie gehen sehr weit über die sogenannten klassischen Frauenthemen hinaus. So ist etwa auch die „Fridays for Future“-Bewegung eindeutig eine feministische.

*Aber wenn wir über eine Feministische Internationale reden, klingt es, als griffen wir nach den Sternen.*  
Natürlich greifen wir nach den Sternen. Und das sollten wir auch tun. Es gibt gerade sehr großes Potenzial dafür, das ist aber kein Selbstläufer. Viele Herausforderungen sind global. Und auch wenn sie national unterschiedlich ausgeprägt sind, müssen die Antworten, die wir geben, auch global sein. Gerade stehen die gegenseitige Inspiration und das solidarische Aufeinander-Bezug-Nehmen zwischen den Bewegungen im Vordergrund. Voneinander zu wissen und zu lernen. Aber es gibt auch eine Suchbewegung nach etwas, das darüber hinausgeht. Da sind wir dran.

*Wenn du das schöne Wort „wir“ benutzt, wer ist „wir“?*  
Es geht um Feminist\*innen, angeführt von Frauen, die alle Verhältnisse umwerfen wollen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist – wie Marx das gesagt hat. Das ist die Leitlinie. Davon rede ich, wenn ich „wir“ sage. Und dann gibt es natürlich auch „wir“ als Anrufung. Aber feministische Bewegungen müssen eine Balance finden

zwischen dem Wunsch, möglichst schnell zu vereinheitlichen, um schlagkräftig zu sein, und den schmerzvollen Erfahrungen, die das oft bewirkt hat. Was zum Beispiel die schwarze Frauenbewegung oder transfeminine Bewegungen gebracht haben, die ganze Debatte über Intersektionalität, sagt: Unsere Positionen sind unterschiedlich.

*Kannst du das beispielhaft erklären?*  
Rassismus und andere Ideologien bestimmen unsere Betroffenheiten und Handlungsmöglichkeiten ebenso. Nehmen wir weiße Frauen, die gegen häusliche Gewalt aufstehen und kämpfen. Da haben schwarze Frauen in den 70er und 80er Jahren gesagt: Wir können das gar nicht öffentlich thematisieren. Unsere Männer sind ohnehin so kriminalisiert, dass wir nicht einfach rumlaufen und erklären können, die schlagen uns. Das würde rassistisch aufgeladen werden und deshalb nicht unserer Sicherheit dienen. Das heißt, unsere Ausgangslagen sind nicht von Beginn an die gleichen. Und das hat Folgen für die politische Strategie. Aber wir sollten trotzdem versuchen, darauf hinzuarbeiten, Gemeinsamkeiten zu finden, Allianzen zu gründen, wirklich solidarisch zu sein, das ist notwendig. Um nicht vereinzelte Identitäten voneinander abzugrenzen. Diese Debatten werden heute in vielen feministischen Bewegungen geführt. Anders geht es auch nicht.

*Das verlangt eine sehr große Offenheit. Viel mehr, als wenn wir jetzt schon genau sagen könnten: Das ist es, was wir wollen, da müssen wir hin, das ist das Ziel. Siehst du diese Offenheit in den Bewegungen?*  
Es ist ja ein feministischer Anspruch, genau diese Offenheit zu haben und mitzutragen. Ich denke, die Art und Weise, wie man Politik macht, ist eine Frage von Feminismus.

*Was meinst du damit?*  
Es gibt diese Debatte über Feminisierung der Politik, die dreht sich darum, wie zugänglich unsere Strukturen und Prozesse sind, wie wir miteinander reden,



Foto: privat

**Alex Wischnewski** arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu transnationalen feministischen Bewegungen. Sie hat das Netzwerk Care Revolution und die Plattform #keinemehr mitgegründet und war Mitorganisatorin des Frauen\*streiks am 8. März 2019. Mit ihr sprachen Kathrin Gerlof und Anne Schindler.



wie verschiedene Anliegen ernst genommen, wie Hierarchien abgebaut werden können. Daran mache ich das fest. Da reden ja nicht mehr Frauen unter sich, das wird in politischen Beteiligungsprozessen mit vielen ausgehandelt. Deshalb sind feministische Bewegungen auch so stark. Natürlich gibt es Grenzen. Auch innerhalb der Bewegungen.

*Wann ist dir das letzte Mal genau diese Offenheit, von der du redest, begegnet? Woran machst du diesen Optimismus, dass sie da ist, fest?*

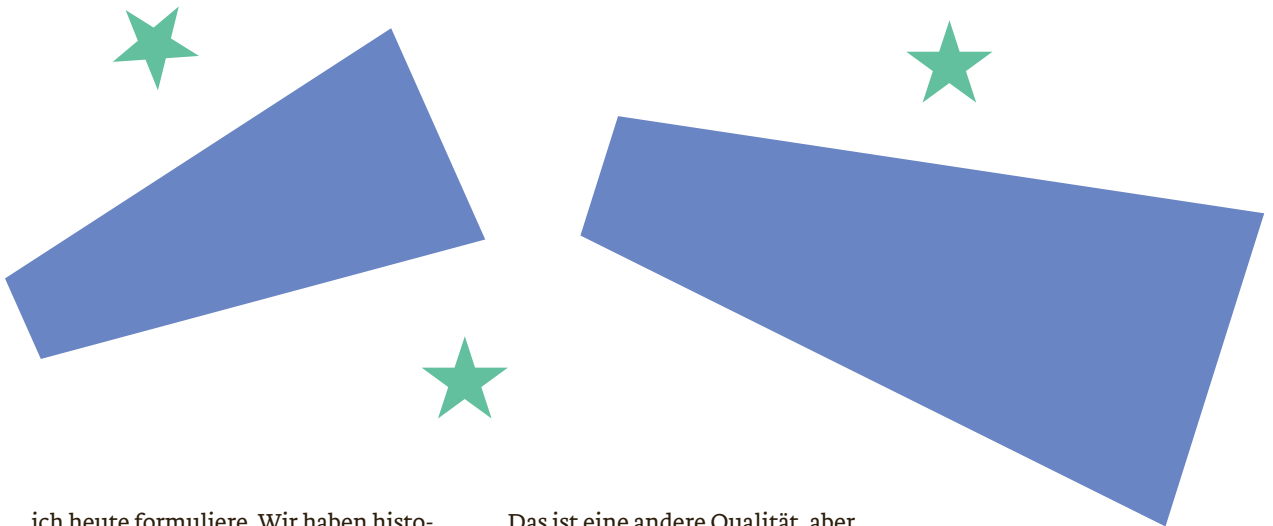
Bei der Organisation des feministischen Streiks hier in Deutschland. Da ging und geht es in der Debatte darum: Brauchen wir eine Forderung oder vielleicht drei Forderungen, die wir alle vertreten? Und es ist schnell klar geworden, dass es so nicht geht. Unsere Fragen sind einfach zu unterschiedlich. Und es ist gut, dass das nicht nur postuliert wird, sondern dass wir darüber diskutieren. Die einen sagen, es geht um bessere Löhne in der Pflege, die anderen, es geht erst einmal darum, dass sie überhaupt arbeiten dürfen. Da einander zu verstehen und klarzumachen: Das hängt alles zusammen, wir gehören trotzdem zusammen, weil es immer um alle Verhältnisse geht. Das hat dazu geführt, dass es eine sehr lange Liste an Forderungen gab. Was dann andere nicht verstanden haben, also wurde weiterdiskutiert.

*Im September wird die Stiftung ein internationales feministisches Vernetzungstreffen, ein Festival, in Essen veranstalten. Auch das ein Versuch, in einer möglichst großen Breite über feministische Themen zu reden – sozusagen ohne Netz und doppelten Boden.*

Unser Wunsch ist, eine Balance zwischen Breite und Zuspitzung hinzubekommen. Auch zu sagen: Es ist heute schon sehr viel in Bewegung, aber oft unverbunden. Und wir brauchen Zeit, um uns kennenzulernen, einander zuzuhören und nicht gleich mit vermeintlichen Lösungen zu kommen. Misstrauen muss abgebaut werden. Es ist ja nicht so, dass Feminist\*innen sich aus Lust und Tollerei voneinander abgrenzen wollen. Der Kapitalismus produziert jeden Tag Spaltungen. Auf welche Schule wir gehen, in welchen Gruppen wir uns bewegen, welches Vokabular wir benutzen, ob wir Armutserfahrung machen müssen oder nicht ... Deshalb besteht auch Misstrauen. Die Menschen sind in so verschiedenen Welten unterwegs, und das System sorgt dafür, dass die meisten ihre Welt kaum verlassen, ihr nicht entkommen können. Deshalb wollen wir auch ein Festival machen, keine Konferenz. Festival ist mehr Begegnung. Unser Wunsch ist, dadurch an starken Bündnissen zu bauen, um letztlich die Kräfteverhältnisse zu verschieben.

*Der Begriff „Internationale“ ist schön belegt, weil er den Internationalismus beinhaltet. Zugleich steckt da auch das Institutionalisierte drin. Ist das vielleicht doch zu schnell, jetzt schon über eine Feministische Internationale zu reden? Ich finde es wichtig, eine Perspektive zu haben. Deshalb sollten wir auch von einer Feministischen Internationale sprechen. Als Bewegung wohin. Im Werden also. Gleichzeitig schließen wir ja an eine historische Entwicklung an, ohne die wir nicht hier wären, wo wir sind. Auch wenn die Sozialistische Fraueninternationale nicht den feministischen Anspruch einlösen konnte, den*





ich heute formuliere. Wir haben historischen Grund, auf dem wir bauen können. Aber wir suchen nach etwas Neuem. Wichtig ist, zu sagen, dass wir nicht mehr ganz am Anfang stehen, aber noch nicht angekommen sind in einer, bei einer Feministischen Internationale.

*Kommen wir noch mal zur Streikbewegung. Ist das eine neue Qualität?*

Ja. Weil es den Debatten über den Arbeitsbegriff und über die Verschränkung verschiedener Unterdrückungsverhältnisse eine Praxis gibt. Zusammenhänge offenlegt und unmittelbar erfahrbar macht. Es ist ja nicht von Beginn an eindeutig, was ein feministischer Streik ist. Wo und wie wir arbeiten und tätig sind, bezahlt und nicht bezahlt. Die Formen, die wir unserem Streik dann jeweils geben werden, sind andere. Es gibt keine vorgefertigten Antworten. Das ist ein gemeinsamer Lernprozess. Die Streikbewegung bringt gesellschaftliche Verhältnisse und Arbeitsbedingungen in Verbindung zueinander. Der Streik spricht die ganze Person an. Es hat in Argentinien nicht von ungefähr mit dem Thema Gewalt angefangen. In Polen fand der erste Streik gegen die Einschränkung des Abtreibungsrechts statt. Solche Streiks zeigen auf, dass die Arbeitsverhältnisse sehr eng verbunden sind mit der Abwertung weiblich gelesener Menschen. Das System braucht abgewertete Menschen, die dann ihnen zugewiesene Aufgaben übernehmen. Sonst bricht es zusammen. Die Streiks machen das deutlich: durch ihre thematische Vielfalt, die Vielfalt der Gründe und Formen, zu streiken.

*Damit wird der Streik auch erweitert, er ist nicht mehr nur Arbeitskampf, sondern viel mehr.*

Das ist eine andere Qualität, aber wichtig ist die Verbindung. Es geht nicht darum, eine Blockade zu machen gegen Gewalt, um innezuhalten und zu stören. Es ist das Instrument der Arbeiter\*innenklasse. Jetzt wird es ausgeweitet auf die nicht bezahlten Sorge- und Hausarbeiten. Und auf die gesellschaftlichen Bedingungen. Trotzdem ein ökonomisches Innehalten sozusagen, um unsere Ausbeutung und Abwertung innerhalb eines Systems zu thematisieren. Um das Funktionieren dieses Systems aufzuhalten. Es ist ein klassenpolitisches Projekt, das eine enorme Energie freigesetzt hat.

*Sind wir am Anfang oder mittendrin?*

Das ist unterschiedlich. In Lateinamerika ist man ganz woanders. In Argentinien ist die Frauenbewegung gegenwärtig die größte, radikalste und aktivste anti-kapitalistische Bewegung. Sie können aber nur so stark sein, weil sie auf einer jahrzehntelangen Organisationsarbeit aufbauen. Zum 33. bundesweiten Frauentreffen letztes Jahr kamen 70.000 Frauen. Da sind wir in Deutschland nicht, obwohl auch hier feministische Bewegungen stärker geworden sind. Aber wir kommen hier jetzt nach 30 Jahren institutionalisiertem Feminismus erst wieder in die Gänge und auf die Straße. Und müssen vergessene Erfahrungen ausgraben. Was bis vor Kurzem wenige wussten: 1994 gab es schon einmal einen Frauenstreik in Deutschland.

*Die Zuspitzungen der Gegenwart in überlebenswichtigen Bereichen, wie Klima, Rettung des Ökosystems, die Umwälzungen in der Arbeitswelt und das gleichzeitige Erstarren feministischer Bewegungen sind ein augenfälliger Zusammenhang. Stimmt der so auch oder wünschen wir uns das?*

Der Zusammenhang ist auf jeden Fall da. Die Probleme sind ja nicht erst seit gestern benannt, jetzt spitzen sie sich zu, das ist richtig. Frauen sind zuständig dafür, die Lücken zu füllen, die der Kapitalismus reißt, wenn wir nur an Care-Arbeit denken, die sozusagen viele Bereiche füllt, die für die Existenz von Gesellschaften lebensnotwendig sind. In sehr vielen Ländern gewinnen rechte Kräfte an Einfluss und bedrohen Personen, die nicht weiß und männlich sind. Und dagegen wehren sich gerade hauptsächlich Frauen. In Brasilien etwa ist die Bewegung schwarzer Frauen eine ungemaine Kraft, aber unter großem Risiko. In diesem Aufstehen liegt etwas Neues, ein neues Selbstbewusstsein, die Anerkennung der eigenen Macht. Das Wissen umeinander, auch über Ländergrenzen und Kontinente hinweg, ist sehr wichtig.

*Sind es vor allem Abwehrkämpfe?*

Es ist falsch, das so zu sehen. Ja, in Polen war der Kampf gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts auf den ersten Blick ein Abwehrkampf. Aber in Argentinien wird für ein neues Recht gestritten. Das wiederum ist möglich und deshalb so stark, weil es vorher die Streikbewegung gegen Femizide gegeben hat, also gegen Angriffe auf weibliches Leben. Und auch in Polen wurden Netzwerke dadurch angestoßen. Die Frage ist doch, was aus den Kämpfen vorangetrieben wird, in welches Projekt sie eingebunden sind. Vieles, was wir heute beobachten, sind auch Abwehrkämpfe des Patriarchats gegen einen erstarkenden Feminismus.

*Versuchen wir an dieser Stelle mal, uns dem sperrigen Begriff der Intersektionalität zu nähern. Eine Mode? Notwendig? Neue Qualität?*

Er ist absolut notwendig. Aber es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, in welchem Kontext er entstanden ist. Kimberlé Crenshaw hat sich Ende der 80er Jahre eine Straßenkreuzung vorgestellt, an der sich Machtwege kreuzen. Daher der Begriff. Sie hat beschrieben, wie sich dadurch, dass ein Mensch mehrfach diskriminiert sein kann, ganz eigene Formen der Betroffenheit ergeben. Es geht also nicht nur um eine Addition von Diskriminierungen. Intersektionalität stellt erst einmal nur die Frage nach den blinden Flecken. Wer fällt wann und warum raus? Nicht gut finde ich, wenn damit lauter immer

enger gefasste Identitäten festgeschrieben werden. Dann werden mit diesem Begriff Spaltungen aufgemacht. Es geht aber genau um das Gegenteil. Blinde Flecken erkennen und in einer gemeinsamen Strategie berücksichtigen. Das ist wichtig, das bringt uns voran.

*Patriarchat und Kapitalismus werden oft als zwei unabhängig voneinander existierende Formen der Frauenunterdrückung betrachtet, von denen man nicht sagen kann: Wenn das eine weg ist, hat sich auch das andere erledigt. Und es klingt logisch, denn wir wissen, das Patriarchat ist älter als der Kapitalismus und hat sein Dasein auch im real existierenden Sozialismus gut gefristet. Trotzdem scheint es gegenwärtig richtig, die beiden Begriffe „Patriarchat“ und „Kapitalismus“ zusammenzudenken. Das stimmt, und das meine ich mit klassenpolitischem Feminismus. Die ganzen Debatten um Care und Care Revolution spiegeln das wider. Eine Kritik an der geschlechtlichen Zuteilung und Abwertung von Tätigkeiten, auf denen der Kapitalismus aber beruht, die so nur durch das Patriarchat möglich ist. Aber die Lösung kann ganz offensichtlich nicht sein, jetzt einfach alle Sorgetätigkeiten zu Dienstleistungen zu machen. Auch weil sie sich einer Profitsteigerung versperren. Care kann nur bedingt effizienter gemacht werden. Ein Kind wird einfach nicht schneller erzogen werden können. Das macht die Dienstleistungen häufig teuer und nur Besserverdienenden zugänglich. Manche lagern die Sorge auch an migrantische, sozial marginalisierte Frauen aus. Auch das muss ein klassenpolitischer Feminismus in den Blick nehmen. Es kann auch keine Lösung sein, alle Menschen in Vollbeschäftigung auszubeuten. „Sklaverei am Fließband ist nicht die Emanzipation von Sklaverei am Spülbecken“, so hat die italienische Feministin Mariarosa Dalla Costa es beschrieben. Wenn wir heute überlegen, wie wir Verhältnisse umstoßen wollen, müssen wir über einen ganz spezifischen Kapitalismus reden. Der hat sich natürlich auch eine bestimmte Diversität einverleibt, schlägt daraus Kapital, hat sie marktförmig gemacht. Dadurch hat sich auch das Patriarchat verändert, auch wenn es natürlich nicht verschwunden ist. Eine feministische Ökonomiekritik und ein klassenpolitischer Feminismus auf der Höhe der Zeit, das brauchen wir. Auch, um uns nicht zu verrennen und zu verzetteln.*



# Große Zugkraft

Streik ist ein machtvolleres Mittel, wie der Kampf für reproduktive Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten zeigt. Von Cinzia Arruzza

In der Komödie „Lysistrata“ porträtiert der altgriechische Komiker Aristophanes einen fiktiven Streik von Athenerinnen, die den jahrzehntelangen Peloponnesischen Krieg beenden wollen. Um ihr Ziel zu erreichen, entziehen die Athener Frauen das, was wir heute als Sexarbeit bezeichnen können: Sie weigern sich, Ehemännern und Liebhabern sexuelle Gefälligkeiten zu erweisen. Die Komödie hat ein glückliches Ende, die Männer stimmen den Bedingungen zu, die von den streikenden Frauen festgelegt wurden, beginnen Friedensgespräche mit den Spartanern und feiern sowohl das Ende des Streiks als auch das des Krieges.

Fast 2.500 Jahre später streiken Frauen auf der ganzen Welt noch immer, aber die heutigen feministischen Streiks zielen nicht nur auf Sexarbeit ab. Aristophanes verspottete athenische Kriegshetzer, indem er einen eher zum Lachen reizenden Krieg zwischen den Geschlechtern dem tragischen Geschäft des Krieges gegen die Spartaner gegenüberstellte. Die heutigen feministischen Streiks führen keinen Geschlechterkrieg: Sie fördern die direkte oder indirekte Beteiligung der Männer und führen einen Krieg gegen Sexismus und Kapitalismus. Und doch haben sie manchmal Gelächter, Verachtung und die gleichen oberflächlichen abweisenden Haltungen hervorgerufen, wie sie vor mehr als 2.000 Jahren dem urkomischen und utopischen Witz von Aristophanes vorbehalten waren. Feministische Streiks sind jedoch eine ernste Angelegenheit.

Im Gegensatz zu einigen Fehldeutungen ihres Ausmaßes und ihrer Politik ersetzen die transnationalen feministischen Streiks, die in den letzten drei Jahren am 8. März von Argentinien bis Polen organisiert wurden, weder Arbeitsstreiks durch reproduktive Streiks, noch betonen sie die Bedeutung des Feldes der sozialen Reproduktion im Gegensatz zu dem der Produktion. Feministische Streiks wurden durch die signifikante Veränderung der Zusammensetzung der globalen Erwerbsbevölkerung in den letzten Jahrzehnten ermöglicht. Heute machen Frauen fast 40 Prozent der Erwerbsbevölkerung aus, aber diese quantitative Erhöhung der Frauenbeteiligung ist auch mit einer Verstärkung der Berufstrennung verbunden: Frauen sind in der Regel deutlich mehr im Dienstleistungssektor und in der informellen Wirtschaft beschäftigt als Männer. Aufgrund der zunehmenden Kommerzialisierung sozial reproduktiver Aktivitäten, die eine weibliche oder feminisierte Arbeitskraft

beschäftigen, und des großen Anteils weiblicher Arbeitskräfte in öffentlich verwalteten, sozial reproduktiven Sektoren ist ein sozial reproduktiver feministischer Streik aus dem gleichen Grund oft auch ein traditioneller Arbeitskampf. In mehreren Fällen ist es ein Streik, der sich direkt auf die kapitalistischen Gewinne auswirkt und die Wertschöpfungsketten stört.

Statt einen Vorrang der Reproduktion vor der Produktion zu propagieren, machen feministische Streiks die Einheit zwischen den beiden deutlich, die Kontinuität zwischen Ausbeutung am Arbeitsplatz und dem Gewinn durch unbezahlte Arbeit von Frauen im Haushalt, die kapitalistische Akkumulation und die Organisation der sozialen Reproduktion, die Rolle der Frauen bei der Reproduktion und die Trennung von Arbeit in der formellen und informellen Wirtschaft. Sie zeigen, dass die sozialen Beziehungen, die die Arbeit am Arbeitsplatz organisieren, ausbeuten und disziplinieren, die Natur abschöpfen und unsere Luft, Nahrung und unser Wasser verschmutzen, dieselben sind, die unser Leben, unsere Identitäten, zwischenmenschliche Beziehungen, die Vielfalt der uns zur Verfügung stehenden reproduktiven Möglichkeiten und die Formen der Familie, zu denen wir Zugang haben können, einschränken. Dies ist einer der Gründe, warum – trotz Hass und Kritik – feministische Streiks so viel Zugkraft besitzen, Sichtbarkeit und Popularität gewonnen haben und sich weltweit ausbreiten. Der 14. Juni beispielsweise markierte die Geburt der feministischen Bewegung in der Schweiz mit einem Massenstreik und Demonstrationen von rund 400.000 Menschen.

Die USA stellen in diesem Zusammenhang eine partielle Ausnahme dar. Trotz der Sichtbarkeit des feministischen Streiks vom 8. März 2017 haben es die Frauenstreiks nicht geschafft, die gleiche Traktion wie in anderen Ländern zu erreichen. Dafür gibt es strukturelle Gründe, vor allem die strafrechtlichen Bundes- und Landesarbeitsgesetze, die es unmöglich machen, General-, Bundes- sowie politische Streiks zu organisieren, und die Organisation von Wirtschaftsstreiks am Arbeitsplatz extrem schwierig gestalten. Und es gibt auch politische Gründe, die mit der gegenwärtigen Konjunktur zusammenhängen: So versäumte es der Frauenmarsch beispielsweise trotz enormer Sichtbarkeit, eine Strategie, die auf Bewegungsbildung und Massenmobilisierung basiert, zu verfolgen, und entschied sich für eine starke Beteili-

## Ernährungssouveränität und Feminismus

Noch in den 1970er Jahren wurde mitunter von „weiblicher Landwirtschaft“ gesprochen. Der Begriff verwies auf die soziale Basis kleinbäuerlicher Agrarproduktion: Es sind oft Frauen, die in einer auf Selbstversorgung ausgerichteten Landwirtschaft die zentralen Rollen spielen, als Arbeiterinnen auf den Feldern, als Akteurinnen auf lokalen Märkten, als Trägerinnen von Expertenwissen. „Wo diese Produktionsweise durch monokulturellen, industriellen Cash-Crop-Anbau abgelöst wird, wo Mechanisierung und Agrochemikalien Einzug halten, bekommt die Landwirtschaft ein maskulines Profil“, so Christa Wichterich und Kalyani Menon-Sen. Auch „deshalb lehnen viele Frauen die Einbindung in Entwicklungsprojekte und transnationale Wertschöpfungsketten ab“.

2013 verabschiedete die Frauenversammlung der La Vía Campesina-Tagung im indonesischen Jakarta das „Women of Vía Campesina International Manifesto“, in dem von den „Bäuerinnen dieser Welt“ die Rede ist, die um die „Verteidigung der bäuerlichen Landwirtschaft, der biologischen Vielfalt, unserer natürlichen Ressourcen“ ringen. Schon 2007 war im Zuge der Erklärung von Nyéléni auch eine eigene „Women’s Declaration on Food Sovereignty“ verabschiedet worden, in der Frauen als „historische Schöpferinnen von Wissen in Landwirtschaft und Ernährung“ und „derzeit die wichtigsten Hüterinnen der biologischen Vielfalt und des Saatguts“ bezeichnet werden.

Im Unterschied zu liberal-feministischen Ansätzen gehe es beim „feminismo campesino y popular“ meist nicht um individuelle Besitztitel für Frauen, sondern um kollektive Landrechte, so Wichterich und Menon-Sen. Der Abwehrkampf vieler Kleinbäuerinnen kollidiere „mit der ganz alltäglichen sexuellen Gewalt, der Bäuerinnen in traditionellen Gemeinschaften unterworfen sind“. Innerhalb von La Vía Campesina wurde eine Kampagne gegen häusliche Gewalt und gegen Sexismus von Männern in dem Netzwerk gestartet.

Wichterich und Menon-Sen sehen als Kern des Aufbegehrens von Kleinbäuerinnen keineswegs eine Idealisierung von Souveränität oder eine Romantisierung von ländlicher Subsistenz als „traditioneller“ Lebensweise. Es gehe ihnen bei der Verfolgung von ganz unterschiedlichen und nicht immer progressiven Ansätzen „um eine Politik der Anerkennung und eine Politisierung der abgewerteten Frauenarbeit“. ■

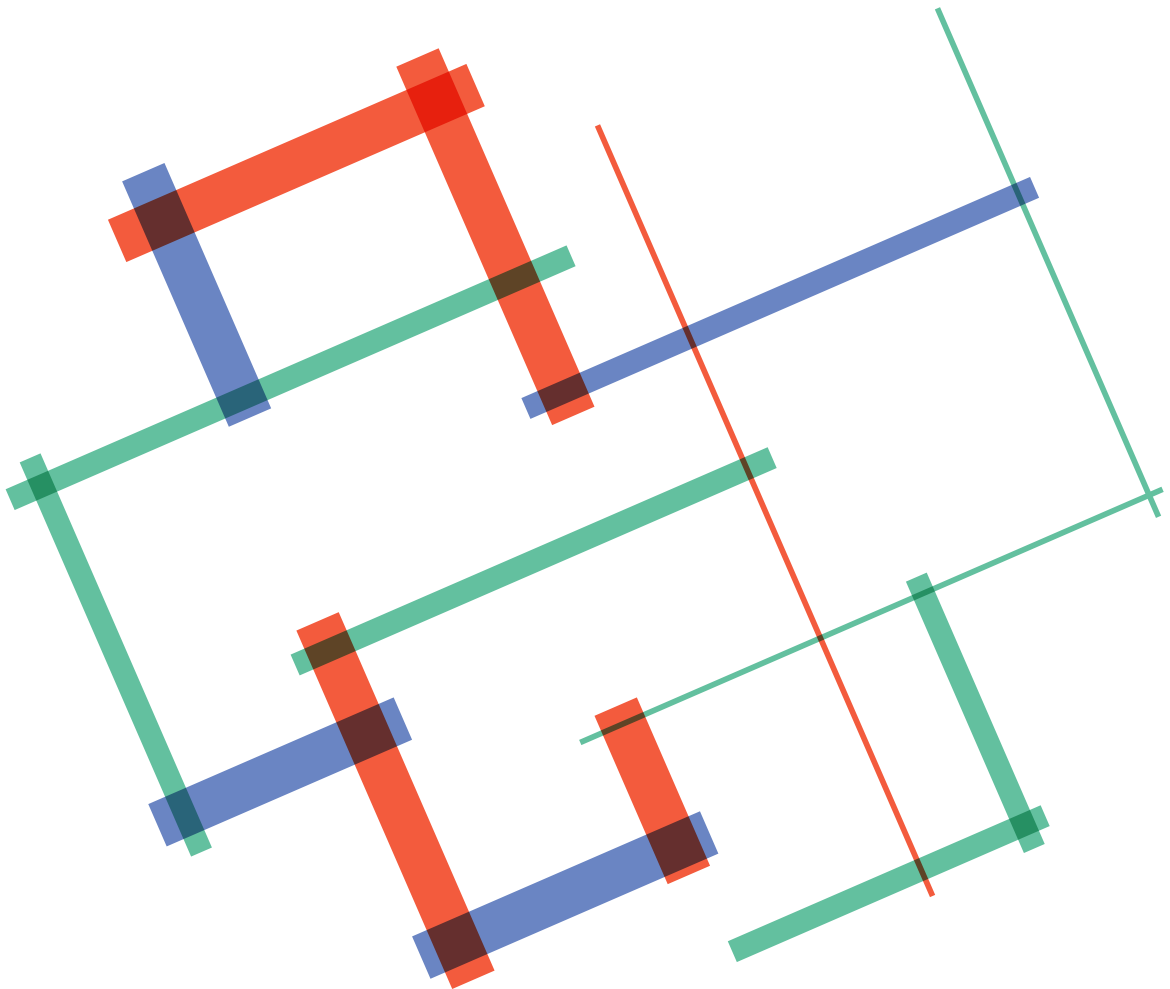
gung an der Wahlarbeit für Kandidaten der Demokratischen Partei.

Diese Situation könnte sich in den kommenden Monaten jedoch aufgrund des aktuellen Angriffs auf die reproduktiven Rechte, insbesondere auf die Abtreibung, ändern. Zwischen März und April dieses Jahres verabschiedeten Alabama, Ohio und Georgia staatliche Gesetze, die Abtreibung in jeder Phase der Schwangerschaft kriminalisieren. In den vergangenen Jahren haben mehrere Staaten wie Texas, Oklahoma, Mississippi und Louisiana Gesetze verabschiedet oder es versucht, die entweder die Abtreibung vollständig verbieten oder den Zugang zu Abtreibungsanbietern besonders schwierig machen würden. Es wird immer deutlicher, dass diese verschiedenen Landesgesetze den Auftakt dazu bilden, das Abtreibungsrecht auf Bundesebene in Frage zu stellen. Die Freiheit einer Frau oder schwangeren Person, eine Abtreibung ohne übermäßige staatliche Einmischung vorzunehmen, wird derzeit aufgrund einer richtungweisenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1973, *Roe v. Wade*, anerkannt. Bis jetzt hat *Roe v. Wade* als letzte Rechtsmittelquelle gedient, um zu verhindern, dass reaktionäre Gesetze, die auf Bundesebene verabschiedet wurden, umgesetzt werden. Doch das von der Trump-Administration neu geschaffene Klima und die Ernennung von Brett Kavanaugh, der als Abtreibungsgegner berüchtigt ist und den Christine Blaisey Ford 2018 sexueller Gewalt beschuldigte, an den Obersten Gerichtshof ebneten mit den neuen Gesetzen, die im März und April verabschiedet wurden, den Weg dafür, *Roe v. Wade* auf der Ebene des Obersten Gerichtshofs anzufechten.

Als Reaktion auf diese düstere Perspektive haben Aktivistinnen aus den sozialistischen feministischen Arbeitsgruppen der Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA) einen Vorschlag für eine Kampagne zum Massenstreik für die Verteidigung der reproduktiven Gerechtigkeit ausgearbeitet. Die Grundidee ist, an der Schaffung eines großen Netzwerks von Gewerkschaften, Arbeiterzentren, feministischen, antirassistischen und sozialistischen Organisationen zu arbeiten, die bereit sind, sich an einer Massenmobilisierung zur Verteidigung der reproduktiven Gerechtigkeit und für eine kostenlose und universelle Gesundheitsversorgung zu beteiligen. Die Schaffung der Voraussetzungen für signifikante Streiks an wichtigen Arbeitsplätzen ist eines der Ziele der Massenstreikkampagne, aber wie in der feministischen Bewegung an anderen Orten wird der Streik nicht nur als ein einzelnes Ereignis, sondern vielmehr als ein Prozess der Radikalisierung und Mobilisierung verstanden: einer, in dem Brücken zwischen feministischer Organisation und Arbeiterorganisationen geschlagen werden können und der hartnäckige Gegensatz zwischen Identität und Klassenpolitik endlich überwunden werden kann.

---

**Cinzia Arruzza** ist eine italienische Feministin und Philosophin, lehrt Philosophie an der New School of Social Research in New York und ist die Autorin von „Feminismus und Marxismus“ (Neuer ISP Verlag 2017).



## Das Recht, „Nein“ zu sagen

Klimagerechtigkeit – Naturverhältnisse – Geschlechtergerechtigkeit.

Von Christa Wichterich

Natur- und Klimakatastrophen werden auf allen Kontinenten häufiger. Ob Dürre oder Überschwemmung, Erdbeben oder Wirbelsturm – Frauen sind am heftigsten betroffen: 70 Prozent der Toten beim Tsunami im Indischen Ozean 2004 waren Frauen. Von 15 Personen, die bei Zyklonen in Bangladesch ums Leben kamen, waren 14 weiblich. Auf Opferfotos verschmelzen Frauen mit ihren Kindern zu einem Ensemble der Verwundbarkeit in verödeten Landschaften, wie auch häufig bei der Bebilderung von Armut und Krieg.

Das ist tragisch, aber auch ein Stereotyp, das die Handlungsfähigkeit von Frauen ausblendet und alle Frauen als per Geschlecht gleich verletzlich und betroffen erscheinen lässt. Die Folgen des durch die ressourcen- und energieintensive Industrialisierung und den Wachstumszwang des kapitalistischen Systems befeuerten Klimawandels sind jedoch nicht nur regional, sondern auch sozial höchst unterschiedlich. Dabei ist außer dem Geschlecht ein ganzer Komplex intersektionaler Ungleichheitsfaktoren wie Klasse, Hautfarbe, Alter, Stadt/Land, Nord/Süd verantwortlich dafür, wer wo zum Opfer von Umweltzerstörung

und Klimawandel wird. Eigentums- und Verteilungsfragen, aber auch soziokulturelle Normen und Ideologeme spielen dabei eine große Rolle.

Ein zentraler Mechanismus dafür, die Folgeschäden des Klimawandels abzuschieben und auszulagern, ist die Externalisierung von Risiken, Lasten und Arbeit in den globalen Süden, an prekäre soziale Klassen, die Indigenen und Armen, und in die Zukunft, an kommende Generationen. Die ökologischen Debakel treffen diejenigen Bevölkerungsgruppen mit Wucht, die bereits durch Gewalt, Ausbeutung und Armut prekariert sind. Spaltungen und bestehende Ungleichheiten, aber auch Verteilungskämpfe werden dadurch verschärft.

Die notwendigen sozialen Ver-, Für- und Vorsorgearbeiten, wie auch Reparaturarbeiten im Kontext von Umweltkrisen, werden vom Markt und von den sich sozial verschlankenden Staaten ausgelagert, nämlich in die unbezahlte Care-Ökonomie, die traditionell überwiegend Frauen überlassen wird. Tatsächlich nehmen infolge des Klimawandels die Arbeiten für Ernährung, Gesundheit und das Aufräumen in der

## Eine gemeinsame Vision: 25 Jahre La Vía Campesina

La Vía Campesina – „der bäuerliche Weg“ – wurde 1993 bei einem Treffen von Vertreter\*innen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Landarbeiterinnen und Landarbeitern im belgischen Mons geboren. Damals erlebten die Produzenten einen Schub der Globalisierung der Landwirtschaft, der Agrarpolitik und die wachsende Macht internationaler Konzerne. „Die Kleinbauern mussten eine gemeinsame Vision entwickeln“, blickt man bei La Vía Campesina auf jene Zeit zurück – das Bündnis sollte den Organisationen der Kleinbauern und Landarbeiter Gehör verschaffen, ein wichtiger Schritt zur Verteidigung ihrer Rechte war gemacht.

Heute umfasst „der bäuerliche Weg“ über 180 lokale und nationale Organisationen in über 80 Ländern. Insgesamt werden die Interessen von rund 200 Millionen Menschen vertreten – das Selbstverständnis von La Vía Campesina ist unter anderem von dem Gedanken geprägt, „eine autonome, pluralistische, multikulturelle Bewegung“ zu sein, die unabhängig von Parteien und Unternehmen ist. Mitgliedsbeiträge, private Spenden und finanzielle Unterstützung einiger NGOs, Stiftungen und Behörden machen diese Arbeit möglich. Man versteht sich als „Massenbewegung der Basis. Ein internationales Sekretariat dient als Steuerungsgruppe, der Sitz rotiert, seit 2013 liegt er in Harare, Simbabwe. Es wird auf kollektive Entscheidungen Wert gelegt, alle vier Jahre tagt eine internationale Konferenz.

Mitglieder sind unter anderem die brasilianische Landlosenbewegung MST oder die peruanische CCP, aber auch europäische Verbände wie die Confédération paysanne in Frankreich oder die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland. 1996 wurde eine Europäische Koordination Vía Campesina gegründet, die sich als die „europäische Bauernopposition“ versteht. 27 Bauernorganisationen aus 18 europäischen Ländern engagieren sich für „eine gründliche Reform der Agrarpolitik auf der europäischen und weltweiten Ebene.“ ■  
*viacampesina.org eurovia.org*

Umwelt zu. Aufgrund der mehrfachen Ungerechtigkeiten fordern Klimaaktivist\*innen seit Jahren: „No climate justice without gender justice“.

Als Gegenrede gegen die fortwährende Geringschätzung der Handlungsmacht von Frauen stehen im Folgenden die Kämpfe von feministischen Organisationen im Zentrum, die Machtverhältnisse und Ungleichheiten thematisieren und sich kritisch mit dem ressourcen- und wachstumsgierigen Entwicklungsmodell auseinandersetzen, das eine Krise nach der anderen produziert.

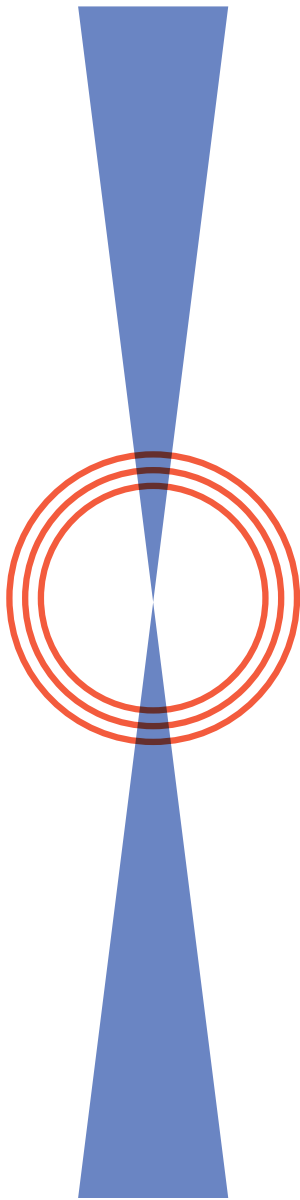
Bei den alljährlichen internationalen Klimaverhandlungen mischt seit 2006 eine Frauengruppe, die Women and Gender Constituency (WGC), mit. Der Frauenanteil bei den Verhandlungen liegt bei knapp unter 40 Prozent, aber nur 2 Prozent der Gelder für Klimaschutz gehen an Organisationen im Süden und Frauen an der Basis. Ein Erfolg des Lobbyings mit dem Mainstreaming-Ansatz war 2017 in Bonn die Verabschiedung eines Gender-Aktionsplans.

Nicht um Mainstreaming, sondern um radikale Kritik am Entwicklungsmodell und am Handelsregime ging es 160 Frauenrechtsorganisationen vor allem aus dem globalen Süden, die bei der WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires eine Erklärung zu „Gender und Handel“ ablehnten. Diese verspricht Frauen wirtschaftliches Empowerment durch Inklusion in Wertschöpfungsketten, Unternehmertum und Handel. „Pinkwashing“ schimpfen die Kritiker\*innen, die mit dem Slogan „Basta ya! WTO: Wir wollen Souveränität“ Entwicklungs- und Ernährungssouveränität fordern statt der Freihandelsregeln, die ihre lokalen Lebensgrundlagen (livelihoods) zerstören.

Auf die systemisch ausgelösten, miteinander verwobenen Krisen reagieren soziale Bewegungen gleichzeitig lokal und international. Die spezifische Qualität feministischer Ansätze ist es, Verbindungen zu Frauenkörpern und Frauenarbeit, sprich: sozialer Reproduktion und Care, herzustellen und die Gewalt gegen Frauenkörper mit Ressourcenextraktivismus und Naturzerstörung zusammenzudenken.

Die Bäuer\*innen von La Vía Campesina verknüpfen in ihrem „feminismo campesino popular“ seit einigen Jahren einerseits die Forderung nach Ernährungssouveränität, mit Kämpfen gegen die Gewalt von Landnahme, Industrialisierung und Genmanipulation in der Landwirtschaft, mit Kämpfen gegen sexualisierte Gewalt und für Souveränität ihrer Körper andererseits. Die lateinamerikanische Bewegung gegen Femizide, Ni una menos, geht davon aus, dass die Gewalt in der Gesellschaft, auch die gegen Natur, über Frauenkörper ausgetragen wird. Das feministische Netzwerk Miradas críticas del Territorio desde el Feminismo verbindet die Verteidigung des eigenen Körpers und die Verteidigung des Landes miteinander. Der Körper wird als Teil eines größeren Ganzen von sozialer und natürlicher Umwelt, von Territorien gesehen. Ihr Kampf gegen den Raubbau an der Natur und den Körpern ist Teil ihrer radikalen Entwicklungskritik als Dekolonisierungsstrategie.

Ähnlich verbindet WoMin (Women in Mining) im südlichen Afrika den Widerstand gegen Bergbau, zer-



störerische Ressourcenextraktion durch Investitionen und große Entwicklungsprojekte mit der Forderung nach Anerkennung der tagtäglichen Care-Arbeit von Frauen. Sie leisten Widerstand gegen die Enteignung ihres Landes, das – wie bei den Indigenen in Lateinamerika – nicht nur ihre Existenzgrundlage ist, sondern auch ihre Identität, ihre Kultur darstellt. „Rohstoffe können wir nicht essen. Wer uns unser Land nimmt, nimmt uns unsere Identität und unser Leben.“ Deswegen stehen souveräne Verfügung über das Land, (Wieder-)Aneignung von Gemeinschaftsgütern und die (Re-)Konstruktion von Identität im Zentrum ihrer Kämpfe.

In der jüngsten Vergangenheit bedrohen immer mehr große Investitionsprojekte lokal überlebensnotwendige Ressourcen wie Böden, Wasser und Wald. Chinas neue Seidenstraßen und landwirtschaftliche Entwicklungskorridore treiben den transnationalen Infrastrukturausbau voran, Großtechnologien und Marktinstrumente wie Zertifikatshandel von CO<sub>2</sub>-

Emissionen werden als Lösungsansätze für Probleme des Artensterbens, der Ressourcenverknappung und der Erderwärmung angeboten. Landwirtschaft 4.0 wird als Beitrag zur Green Economy beworben, weil durch intelligente Technik Energie und Rohstoffe gespart werden sollen, Biodiversität erhalten und Bodenerosion vermieden werden soll. Drohnen sollen Pflanzenwachstum kontrollieren, Sensoren könnten Böden, Lichteinstrahlung sowie die Vitaldaten von Masttieren messen. Gleichzeitig ist mit der Gensche CRISPR eine neue Stufe technischer Intervention in lebende Organismen und von deren Anpassung an Umwelt- oder Profitbedarfe erreicht.

In höchstem Maße herrschaftsförmig gegenüber der Natur ist Geoengineering, die industrielle Entwicklung von großtechnologischen Eingriffen in die Atmosphäre, um ihr CO<sub>2</sub> zu entziehen und dieses dann unterirdisch zu lagern oder um den Temperaturanstieg zu unterdrücken. Diese Manipulationen lenken technioptimistisch die Aufmerksamkeit weg von Emissionsreduktion. Die als grün etikettierten Technologien sind bereits allesamt profitable Geschäftsfelder. Und die politische Rhetorik in Europa verkündet, dass solche Investitionen Fluchtursachenbekämpfung seien und Migration verhindern sollen.

Weil dies alles weitgehend über die Köpfe und Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungen hinweg geschieht, pochen Frauen an der Basis auf ihr Recht, „Nein“ zu sagen zu diesen Entwicklungsprojekten, die die regionalen Ökonomien, in denen sie produzieren, Handel treiben und konsumieren, wie auch lokale Biosphären unterminieren.

Während die gesellschaftlichen Naturverhältnisse allgemein und das Umweltmanagement im Besonderen immer noch nach dem biblischen Motto des „Macht euch die Erde untertan“ organisiert werden, zielen feministische Ökokonzepte auf einen anderen Umgang mit der Natur. Als Gegenpol zum Ökofeminismus, der wegen der unterstellten Naturnähe von Frauen und der Orientierung an der Rückkehr zur Natur in akademischen Kreisen kritisiert wird, stellt die feministische politische Ökologie intersektionale Macht und Ungleichheiten in den Umweltverhältnissen ins Zentrum. In den jüngsten Kämpfen an der Basis aber treffen sich herrschaftskritische und holistische ökofeministische Ansätze in ihrem Nein zu den sozialökologischen Verheerungen und den Technologien der Green Economy.

Diese Strategie von Verweigerung und selbstorganisiertem Widerstand korrespondiert mit der transnationalen Welle von Frauenstreiks von Argentinien bis zur Schweiz und den Schüler\*innenstreiks „Fridays for Future“ gegen den Klimawandel. Diesen Kämpfen ist gemeinsam, dass sie vor allem auf der Handlungsmacht von Frauen beruhen, die sich durch zivilen Ungehorsam oder politischen Streik selbst ermächtigen und als politische Subjekte sozialökologischer Transformation konstruieren.

---

**Dr. Christa Wichterich** ist Soziologin, Publizistin, Buchautorin, derzeit Dozentin am Zentrum für Geschlechterstudien der Universität Basel.

# Es wird langsam Zeit

Klimagerechtigkeit ist weniger ein Zustand als ein Prozess: der des Kampfes gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klimaungerechtigkeit verursachen. Von Tazio Müller

Wird ja auch Zeit! Seit dem Hitzesommer 2018 und dem Dürresommer 2019, seit brennenden Wäldern im norddeutschen Frühjahr und dem Rückwärtsfließen der Spree, seit der denkwürdigen Verteidigung des „Hambi“ (Hambacher Wald, aber das sollten wir jetzt schon alle wissen) gegen die Kohle-Dinosaurier von RWE und deren fossil-staatliche Schergen in NRW, seit dem blamablen Scheitern der fälschlicherweise „Kohlekommission“ genannten Kohle-Erhaltungsrunde der Bundesregierung und dem direkt damit in Verbindung stehenden Auftauchen der jungen Generation Klima in Gestalt ihrer politisierten Avantgarde „Fridays for Future“ – also seit ziemlich kurzem – weiß wohl das ganze Land (mit Ausnahme einiger spinnerter Klimaleugner\*innen, sprich: faschistoider Realitätsverweiger\*innen): Das mit dem Klima, das sich wandelt, ist eine wichtige Sache. Manche haben sogar verstanden, dass es besser wäre, jetzt nicht mehr „Klimawandel“ zu sagen, sondern lieber „Klimakrise“, weil ersterer Begriff einen langsamen, linearen Prozess impliziert, der vielleicht gar nicht so gefährlich wird, während mensch „Krise“ kennt. Krise ist scheiße, dagegen muss was getan werden. Klar.

Das bedeutet: Ein gutes Jahrzehnt nachdem im Vorfeld des spektakulär gescheiterten COP15-Klimagipfels in Kopenhagen immer wieder betont wurde, es bliebe uns noch ein gutes Jahrzehnt, um die Klimakrise abzuwenden, fängt endlich auch der nicht klimaafine Teil der Gesellschaft und des politischen Systems an, darüber nachzudenken, wie innerhalb der nächsten zehn bis 30 Jahre das Klima zu retten sei. Well done, wäre aber nett gewesen, da schon früher drauf zu kommen.

Aus linker Perspektive stellt sich hierzulande bei der Beschäftigung mit Klima, Klimaschutz und überhaupt allerlei angeblichen „Umweltfragen“ spätestens seit der Abspaltung der Umweltbewegung und der Grünen Partei von der gesellschaftlichen Linken die Frage, wie diese Themen links zu bürsten seien. Anders ausgedrückt: wie man vom weit und gelegentlich selbst mitverbreiteten Missverständnis von Umweltfragen als bürgerlich-postmaterialistischen Luxus-Latte-Fragen wieder wegkommt, um klarzumachen, dass der bisher von keiner politischen Kraft wirklich forcierte, aber nun gesellschaftlich eingeforderte Klimaschutz eigentlich ein ureigenst linkes Projekt sei, handele es sich beim Klimawandel, pardon, bei der Klimakrise, doch um ein Problem, das der alte Endgegner der Linken, der Kapitalismus, produziert habe und dessen Lösung dementsprechend auch nur jenseits des Kapitalismus zu finden sei.

Die Antwort auf diese „Framing“-Frage fanden viele Linke im Begriff der „Klimagerechtigkeit“, das Argument dazu geht ungefähr so: Klar, das Klima muss

geschützt werden, und die politische Kraft, die vor allem mit dem Klimaschutz in Verbindung gebracht wird, sind die zutiefst bürgerlich-postmaterialistischen Luxus-Latte-Grünen. Die aber würden in ihrer kapitalfreundlichen Verwirrung versuchen, dem Problem mit „marktbasierten“ Lösungsversuchen, wie dem Emissionshandel oder ähnlichem ineffektiven Quatsch, zu begegnen. Statt banalem grünen Klimaschutz bräuchte es also ernsthafte linke Klimagerechtigkeit, worunter jenseits der alten Klima-Nerdszene zunächst einmal nicht wirklich viel Detaillierteres verstanden wurde als „Klimagerechtigkeit“ = anti-kapitalistischer Klimaschutz oder auch Klimaschutz durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

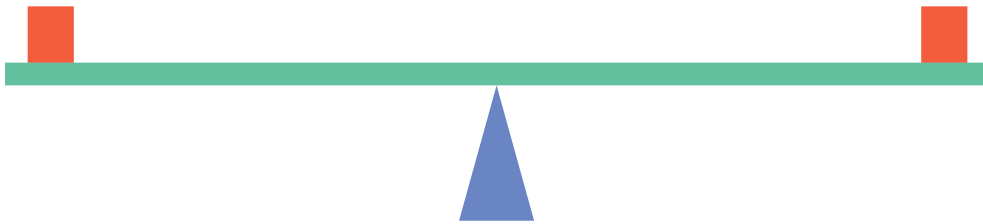
Immerhin war nun der Begriff, der von der auch hierzulande seit dem ersten Klima- (und Antira-) Camp von 2008 langsam, aber stetig wachsenden Protestbewegung im Namen geführt wurde, ein wichtiger Teil des linken politischen Diskurses. Auch hier: Well done, wäre aber auch früher möglich gewesen. Denn dann müsste heute nicht noch eine Reihe von Missverständnissen ausgeräumt werden, die wiederum Spätfolgen der aus heutiger Sicht etwas peinlichen Konstruktion (Darstellung) von Ökothemen als eisbärenkuschelnden Luxusfragen sind.

Das wichtigste Missverständnis wird in dem Versuch sichtbar, die „Aufstehen“-Themen mit den Rosa-lila-grünes-Gedöns-Themen zu vereinen, und findet sich von den Gilets jaunes bis tief in die LINKE hinein wieder: Während die Gelbwesten am 21. September 2019 einen Aktionstag für „Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit“ veranstalteten, schrieb Bernd Rixinger einige Wochen später: „Es ist die Aufgabe der LINKEN, soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit in einem linken Zukunftsprojekt zusammenzubringen.“

Diesem durchaus wohlklingenden Satz scheint folgende Grundkonstruktion zugrunde zu liegen: „Soziale Gerechtigkeit“, das sind die Brot-und-Butter-Themen der klassischen Arbeiterlinken, also im Kern Umverteilung im lokalen und nationalen Rahmen, während Klimagerechtigkeit bloß auf der globalen Ebene stattfindet. Das ist erstens ärgerlich, weil es eine Art methodologischen Nationalismus darstellt, der das Soziale, sprich: die Gesellschaft, als nationales Phänomen konstruiert; zweitens und für diesen Text zentral wird hier schlicht und einfach missverstanden, was Klimagerechtigkeit bisher bedeutet hat, wo sie herkommt und was die Bewegung für Klimagerechtigkeit denn nun wirklich fordert.

Um diesen Missverständnissen zu begegnen, will ich im Folgenden zuerst auf die Ungerechtigkeitsdimension der Klimakrise eingehen (auf Klimaungerechtigkeit) und danach die Genese der Bewegung und des Begriffs der Klimagerechtigkeit erklären.





Weil: Wird langsam Zeit, dass wir das hierzulande verstehen.

Worum geht es beim Klimawandel? Vor allem und zuerst um Gerechtigkeit. Denn am Klimawandel leiden diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, im Schnitt am meisten; und diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, leiden im Schnitt am wenigsten darunter. Letztere haben nämlich zumeist ausreichende Ressourcen, um sich vor den Folgen des Klimachaos zu schützen. Diese Ressourcen, diesen Reichtum haben sie durch genau jene Aktivitäten angehäuft, die den Klimawandel vorangetrieben haben. Dieses zentrale Faktum, das übrigens für fast alle sogenannten „Umweltkrisen“ gilt, lässt sich vielleicht am besten als Klimaungerechtigkeit bezeichnen.

Um den Anspruch und die Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte sozialer Kämpfe, genauer: der Entstehung der Umweltbewegung in den USA in den 1960er Jahren, die zuerst und vor allem eine Bewegung der weißen Mittelklasse für die weiße Mittelklasse war. Sie entstand in relativ privilegierten „weißen“ Stadtvierteln und Städten und kämpfte dafür, ihre Gemeinden frei von Luftverschmutzung zu halten und ihre Kinder nicht von Chemiebetrieben und Kraftwerken vergiften zu lassen.

So nachvollziehbar diese Forderung auch war, sie hatte einen bedauernden Effekt: Statt dass man solche Betriebe schloss und rückbaute, wurden sie einfach verlegt – aus den reicheren Gemeinden in die ärmeren, in denen zumeist Afroamerikaner\*innen, Hispanics, Native Americans und andere marginalisierte Gruppen lebten. Die Kämpfe der liberalen Umweltbewegung führten also mitnichten dazu, dass die von ihr monierten Probleme gelöst wurden – stattdessen wurden sie einfach auf der Leiter der sozialen Macht ein paar Stufen nach unten verlagert.

Die Communities of Color, denen nun plötzlich eine ganze Reihe dreckiger Industrien aufgedrückt wurde, waren nicht einfach nur passive Opfer. Stattdessen organisierten sie sich, warfen der Umweltbewegung „Umweltrassismus“ („environmental racism“) vor und konstituierten sich selbst als Bewegung für Umweltgerechtigkeit. Analytisch klingt das dann so: Wenn scheinbare Umweltprobleme nicht als soziale Probleme gesehen werden, wenn das Bewusstsein dafür fehlt, wie eine einzelne dreckige Fabrik in breitere soziale Strukturen von Herrschaft und Ausbeutung eingebettet ist, wird nicht nur ihre Lösung unmöglich gemacht, bestehende soziale Ungleichheiten werden darüber hinaus noch vertieft.

Als die Debatte um den Klimawandel in den 1980er Jahren an Fahrt gewann, entwickelte sich eine Vorstellung von dem Problem als einem vor allem techni-

schon: Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre galt es durch bestimmte Mechanismen zu reduzieren und zu beheben. Dies wiederum erleichterte in den 1990er Jahren die Entwicklung der sogenannten Marktmechanismen zur Bekämpfung des Klimawandels. Denn diesen liegt – ohne hier die gesamte kritische Debatte zu diesen beeindruckend ineffektiven umweltpolitischen Werkzeugen aufzumachen – eine technische Logik zugrunde, die nicht auf gesellschaftliche Strukturen schaut: Weil jedes CO<sub>2</sub>-Partikel jedem anderen gleich ist, ist es egal, wer wo und unter welchen Bedingungen CO<sub>2</sub> einspart.

Ökonomisch gesprochen ist es tatsächlich am besten, wenn dort eingespart wird, wo es am billigsten ist, und das geht am leichtesten im globalen Süden, wo alles im Schnitt billiger ist. Wir könnten dann zum Beispiel Entwicklungshilfeorganisationen Geld geben, die Wälder vor der Abholzung bewahren wollen, um so das Klima zu schützen, während wir hier im globalen Norden dafür weiter fossile Brennstoffe verbrennen können.

Diese Idee hat jedoch einen großen Haken: In den Wäldern, die plötzlich vor exzessiver Rodung gerettet werden sollen, leben oft indigene Völker, die sich seit Jahrtausenden durch nachhaltige Waldnutzung hervorragen haben. Und diesen drohte durch die Marktmechanismen, die während der 1990er Jahre im Rahmen des Kyoto-Protokolls verhandelt wurden, die baldige Vertreibung von ihren angestammten Ländereien, sogenanntes Green Grabbing.

Im Rahmen dieser Verhandlungen wurde die Erzählung von der Umweltgerechtigkeit wieder aufgenommen: Gegen den „Klimarassismus“ der offiziellen Klimapolitik formulierte der US-amerikanische Indigenenaktivist Tom Goldtooth, Gründer des „Indigenous Environmental Network“, der selbst aus den Bewegungen für Umweltgerechtigkeit kommt, erstmals die Forderung nach Klimagerechtigkeit. Damit hatte der Kampf begonnen, den Klimawandel als eine Frage der Menschenrechte und der Gerechtigkeit zu konstruieren.

Der nächste Schritt in der Entwicklung der Klimagerechtigkeits Erzählung war die Veröffentlichung des Berichts „Treibhausgäuner vs. Klimagerechtigkeit“ im Jahr 1999. Darin wurde der Fokus auf die fossilen Energiekonzerne gelegt, und anstelle individueller Lösungen (zum Beispiel ethischer Konsum) wurde auf eine große strukturelle Transformation gesetzt; der Kampf um Klimagerechtigkeit wurde ganz explizit als ein globaler beschrieben.

Der Bericht formulierte zudem den bis heute wichtigsten Orientierungsrahmen der Bewegung, nämlich die Kritik an den oben beschriebenen Marktmechanismen des Kyoto-Protokolls als „falschen Lösungen“.

## Einen Lehmziegel auf den anderen: die Erklärung von Nyéléni

„Wir, mehr als 500 Delegierte aus über 80 Ländern, haben uns in Mali im Dorf Nyéléni versammelt, um die weltweite Bewegung für Ernährungssouveränität zu stärken. Wir vertreten Organisationen der Bäuerinnen und Bauern, traditioneller Fischer, indigener Völker, der Landlosen, der LandarbeiterInnen und MigrantInnen, der Hirtenvölker, der Gemeinschaften, die in Wäldern leben, der Frauen, Jugendlichen, KonsumentInnen, sowie der städtischen Bevölkerung und Umweltbewegungen. Wir leben unsere Vision, indem wir einen Lehmziegel auf den anderen setzen. In Nyéléni haben wir in Hütten gewohnt, die aus ungebrannten Ziegeln, Bambus und Reisstroh errichtet wurden. Unser tägliches Essen bestand aus Nahrungsmitteln, die die Dorfgemeinschaft Sélingué erzeugt und für uns zubereitet hat. Wir haben unser gemeinsames Bestreben ‚Nyéléni‘ getauft, um eine legendäre malische Bäuerin zu würdigen, eine Frau, die außergewöhnliche Leistungen in der Landwirtschaft erbracht hat.“

Mit diesen Worten beginnt die Erklärung von Nyéléni. Die Magna Charta der Ernährungssouveränität wurde im Februar 2007 in Mali bei einem internationalen Forum verabschiedet. Eingeladen hatten dazu La Vía Campesina und acht weitere Organisationen, die Idee strahlte weltweit aus – inzwischen hat es viele internationale und regionale Nyéléni-Foren gegeben. 2016 trafen sich zum Beispiel über 500 Delegierte aus 40 Ländern im rumänischen Cluj-Napoca, um Strategien für ein zukunftsfähiges Ernährungs- und Landwirtschaftssystem zu entwickeln. Seit 2014 ist das Nyéléni-Netzwerk als Plattform unterschiedlicher Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen auch in der Bundesrepublik engagiert.

Ernährungssouveränität wird in der Erklärung als „das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen“ definiert, die Bedürfnisse von Produzenten und Konsumenten sollen im Mittelpunkt stehen, nicht die „der Märkte und der transnationalen Konzerne“. Ernährungssouveränität gilt auch als „Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, man bilde und stütze „neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen“. ■  
*nyeleni.de nyeleni.org*

Im Jahr 2002 trafen sich in Bali zum ersten Mal diejenigen Organisationen, die später zum Kern der Bewegung werden sollten, und artikulierten die „Bali Principles of Climate Justice“. 2004 kamen mehrere Gruppen und Netzwerke zusammen, die schon lange an einer Kritik an Marktmechanismen im Allgemeinen und Emissionshandel im Besonderen arbeiteten, und gründeten im südafrikanischen Durban die „Durban Group for Climate Justice“.

Zum endgültigen Durchbruch kam es dann auf der 13. Klimakonferenz in Bali im Jahr 2007. Der besagte Zusammenhang kritischer Organisationen provozierte einen offenen Konflikt mit dem politisch eher moderaten „Climate Action Network“, dessen kuschelige Lobbystrategie sich inzwischen als ziemlicher Flop herausgestellt hatte. Aus dem Konflikt heraus entstand 2007 das Netzwerk „Climate Justice Now!“. In der Pressemitteilung zur Gründung dieses neuen Akteurs wurde eine Reihe von Forderungen artikuliert, auf die sich die Klimagerechtigkeitsbewegung heute noch bezieht.

Die Pressemitteilung, die später in eine Art Gründungsmanifest überführt werden sollte, forderte erstens, fossile Brennstoffe im Boden zu lassen und stattdessen in angemessene, sichere, saubere und demokratische erneuerbare Energien zu investieren. Zweitens, verschwenderischen Überkonsum drastisch zu reduzieren, vor allem im globalen Norden, aber auch in Bezug auf südliche Eliten. Drittens massive Finanztransfers vom Norden in den Süden, basierend auf einer Rückzahlung der Klimaschulden und unter demokratischer Kontrolle. Viertens auf Menschenrechten basierende Ressourcenschonung, in deren Rahmen indigene Landrechte durchgesetzt werden und die Kontrolle dieser Gemeinden über Energie, Wälder, Land und Wasser vorangetrieben wird. Und fünftens nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität.

Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die Bewegung einer breiten Palette an Instrumenten, die vom Schreiben kluger Berichte und von alltäglicher politischer Arbeit in besonders vom Klimawandel betroffenen Gemeinden über die ungehorsame Blockade von Kohlegruben bis hin zu den militanten Kämpfen der Ogoni im Niger-Delta reicht.

Zusammengefasst: Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist eine Nachfahrin der Umweltgerechtigkeitsbewegung. Sie entstammt, wie diese, dem globalen Süden und richtet den Blick weniger auf technische Veränderungen als auf gesellschaftliche Grundstrukturen. Ich wage einen Definitionsversuch: Klimagerechtigkeit ist weniger ein Zustand – sprich: die gerechte Verteilung der Kosten einer möglichen Lösung der Klimakrise – als ein Prozess: nämlich der Prozess des Kampfes gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klimaungerechtigkeit verursachen. Nimmt man diese breite Definition des Begriffes ernst, ist es sogar so, dass ein Großteil der Kämpfe für Klimagerechtigkeit gar nicht unbedingt unter der Fahne der Klimagerechtigkeit segelt, sondern vor allem Kämpfe um Land, Wasser und andere Grundbedürfnisse und für Menschenrechte darstellt.

## „Es gibt keine Deadline, aber enormen Zeitdruck“

Nadja Charaby und Tadzio Müller über Ereignisse, die neue Wahrheiten schaffen, Klimagerechtigkeit und die Frage, warum die Linke umdenken muss

*Gern wird das Bild von der Uhr benutzt. Auch wenn es inzwischen fürchterlich abgenutzt ist. Und immer ist es fünf vor zwölf, wenn wir über die Klimakrise reden. Wie spät ist es wirklich?*

**Nadja:** Für uns ist es fünf nach zwölf.

*Das heißt, ihr gebt da noch was drauf?*

**Nadja:** Die Auswirkungen des Klimawandels sind überall spürbar. Aber es gibt auch verschiedene Zeitzonen.

*Klimazeitzonen?*

**Nadja:** Die Klimakrise trifft bestimmte Regionen – die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben – viel härter als andere. Deswegen ist es dort definitiv schon fünf oder Viertel nach zwölf, während es bei uns vielleicht noch fünf vor zwölf ist. Aber ehrlich gesagt wird das Bild schon so lange benutzt und die Klimakrise hat so schlimm Fahrt aufgenommen, dass es eigentlich schon später ist.

**Tadzio:** Klimazeitzonen, das ist eine spannende Beschreibung, weil darin Ungleichzeitigkeit enthalten ist. Für die wir eigentlich noch gar keine Bilder haben. Es ist auch eine Frage, worauf man sich bezieht. Die Idee, dass es so eine globale Gleichzeitigkeit gibt, also demzufolge alle noch gleich viel Zeit haben, geht von einer Katastrophe aus, die überall auf der Welt gleich ist und für alle zum selben Zeitpunkt eintritt. Mit der daraus entstehenden Schlussfolgerung haben wir es gegenwärtig immer mehr zu tun. Also damit, zu sagen: Es ist eh zu spät, wir können nichts mehr tun, lässt die Menschheit sterben. Das ist in meinen Augen Wohlstandsressismus. Verpackt in eine leicht progressiv aufgeladene, aber antihumanistische Haltung mit dem Verweis darauf, was wir anderen Tierarten antun.

*Du meinst das, was kürzlich zum Beispiel der Autor Jonathan Franzen erklärte? Lasst alle Hoffnung fahren?*

**Tadzio:** Ganz genau. Das ist eine fast religiöse Denke, Katastrophe, Apokalypse, die dann Katastrophe plus Erleuchtung ist. Totaler Quatsch. Denn die Leute, die die Scheiße gebaut haben, können einfach ihr Leben weiterleben. Preppertum auf hohem Niveau. Ungerechtigkeiten kannst du mit solchen Zeitmetaphern nicht abbilden. Diese Idee der Apokalypse, bei der das Klima sozusagen als ein Event umkippt, das gibt es so nicht. Wir brauchen neue Bilder für eine ungerechte, schleichende Klimakatastrophe.

*Diese nun abgenutzten oder falschen Bilder sind mit dem Ziel entstanden, überhaupt ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, was passiert, und zu sagen: Wir haben nicht mehr viel Zeit, wir müssen handeln. Auf der anderen Seite leben wir durch diese Bilder auch in Furcht. Das lähmt.*

**Nadja:** Es entsteht aber auch eine Mobilisierung durch die Krise. Wir haben in der Vergangenheit vor vielen Sachen Angst gehabt, die es heute nicht mehr gibt. Wenn wir jetzt eher darauf abzielen, was in den letzten Jahren passiert ist, scheint mir das richtiger. Es sind unglaublich viele Menschen auf die Straßen gegangen und haben gesagt, sie lassen sich das nicht mehr gefallen. Viele verknüpfen das mit der Forderung nach einem anderen System. Das ist nicht Schockstarre, sondern das Gegenteil. Das bricht Lähmung auf. Die Klimakrise ist im Zentrum der Gerechtigkeitskrise verankert.

**Tadzio:** Die Idee, dass Mobilisierung mit Angst nicht funktioniert oder dass Angst demobilisiert, ist Quatsch. Wir stehen in der Tradition von Rosa Luxemburg, die gesagt hat: Sozialismus oder Barbarei, und wenn Barbarei keine Angst macht, weiß ich auch nicht. Wir Linken haben immer noch nicht verstanden, worum es bei der Klimakrise geht. Die stellt Fragen an uns Linke, die mit grundlegenden



**Nadja Charaby** ist Referatsleiterin Internationale Politik und Nordamerika und Referentin für Klimapolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dingen von Zeitlichkeit zu tun haben. Uns in unserer strategischen Irrelevanz gemütlich einzurichten, weil die Geschichte das Problem löst, ist falsch. Die Klimakrise stellt eine völlig andere Frage. Sie sagt: Jetzt ist Zeitdruck. Es ist nicht ganz klar, wann das Problem eintritt, aber es gibt Zeitdruck, denn in dieser Frage wird es nicht nach hinten raus besser. Zu sagen: Ihr dürft nicht mit Angst mobilisieren, ist so, als sagte man: Ihr dürft nicht über Verzicht reden. Das sind psychologische Mechanismen, die da an den Start gebracht werden, wenn man sich nicht mit der fundamentalen Herausforderung auseinandersetzen will, die die Klimagerechtigkeitsfrage auch für linke Strategien darstellt. Hier im globalen Norden. Was bedeutet es denn, wenn wir nicht mehr sagen können: Alles für alle! Wohlstand für alle! Sondern Umverteilung von allen – auch den Subjekten der Arbeiterklasse im Norden – fordern.

*Wir wissen von dem Projekt Automation und Qualifikation in den 1970er Jahren, einer riesigen Transformation, da haben Gewerkschaften gesagt: Die Roboter nehmen uns die Arbeit weg.*

**Nadja:** Die Klimakrise nimmt die Arbeit auch weg. Das sollten die Gewerkschaften bei ihren Kämpfen immer mitdenken.

*Diese Art der damals gewerkschaftlichen Kommunikation war in Wahrheit demobilisierend. Die Pointe von Frigga Haug, den Gewerkschaften vorzuschlagen, ein positives Szenario zu entwickeln, eine Perspektive, hat ein bisschen funktioniert.*

**Tadzio:** Es gibt heute keine übertrieben katastrophische Erzählung. Der Klimadiskurs in der angelsächsischen Welt nimmt schlimme und schlimmste Szenarien viel expliziter auf, als es der deutsche Diskurs macht. Mit Ausnahme von „Extinction Rebellion“ und ein paar Radikalos. Unser Klimadiskurs hier ist eine riesige Kuschelveranstaltung im Angesicht totaler Irrelevanz politischer Vorschläge, wie sie hier heute gemacht werden. Es gibt keinen realistischen Klimadiskurs. Wer von uns sogenannten Katastrophist\*innen hätte denn vor wenigen Jahren gedacht, dass in Nordeuropa im Frühjahr 2019 die Bäume brennen? Die Katastrophen sind da, und meine Frage ist: Warum reden wir immer noch über Katastrophismus? Das hat doch keine Relevanz.

*Die Ungleichzeitigkeit weltweit. Dahinter steckt das Problem, dass Klimapolitik immer noch sehr stark Nationalpolitik ist, aber Globalpolitik sein müsste. Welchen Beitrag bietet dafür das Konzept der Klimagerechtigkeit?*

**Nadja:** Wo das historisch herkommt, ist die Frage. Die Menschen hier sind nicht auf die Straße gegangen – und es waren und sind viele –, weil sie für internationale Solidarität kämpfen wollen. Nicht für Inselstaaten, die in naher Zukunft absaufen werden. Sie sind auf die Straße gegangen, weil ihre Zukunft zerstört wird und weil sie die Klimakrise am eigenen Leib spüren. Seit zwei Jahren massiv. Das Erleben dieser Hitzesommer hatte schon ein stark mobilisierendes Moment. Wir haben geredet, geredet, geredet, und lange schien es, als nützte das nicht ausreichend. Sicher, es hat sich eine starke Anti-Kohle-Bewegung formiert, die auch international gesehen wird und die schon ein kleiner Beitrag zur globalen Solidarität ist. Hier setzt die Debatte um Klimagerechtigkeit auch an. Zu sagen, dass der Wohlstand der Industrieländer wesentlich auf dem Verbrennen von fossilen Brennstoffen beruht. Seit mehr als 200 Jahren. Gekoppelt mit kolonialer Ausbeutung vieler Länder. Und die am wenigsten zu sagen haben, in den ärmeren Ländern, haben jetzt die Folgen dieses Tuns auszubaden. Da den Gedanken der Solidarität reinzubringen, indem man auf die historische Dimension hinweist und sagt, dass erst einmal jene Länder, die die Krise verschuldet haben, CO<sub>2</sub> reduzieren müssen, das ist Kern der Debatte. Knapp 100 Unternehmen weltweit gründen ihren Reichtum, ihre Gewinne auf das Verbrennen fossiler Brennstoffe. Die Weltgemeinschaft hat vor rund 30 Jahren verstanden, dass man die Klimakrise nicht nationalstaatlich regeln kann. Dann wurden Klimaabkommen getroffen, aber die Idee war weiterhin: Der Markt wird es regeln. Dem stellt man noch ein paar Mechanismen bei, aber nie war gewollt, das Wirtschaftssystem grundsätzlich infrage zu stellen. Stattdessen, Marktanreize für klimafreundliches Handeln zu schaffen. Was, wie wir heute wissen, zu Menschenrechtsverletzungen anderswo führt, wenn ich hier meine schmutzige Produktion freikaufen kann, indem ich anderswo Kleinbauern das Land wegnehme, um es dann aufzuforsten und die Wälder dann auch noch zu privatisieren.

**Tadzio:** Klimagerechtigkeit ist ein vielschichtiger und auch ein sehr nützlicher Begriff. Was ist Klima alles nicht? Es ist kein Ökothema, wie wir das in Deutschland so klassisch diskutiert haben. Zu dem abgenutzten Bild mit der Uhr gesellte sich das mit dem Eisbären auf der schmelzenden Scholle. Nichts gegen Eisbären. Aber wenn wir „Klimagerechtigkeit“ sagen, ist damit auch gesagt: Hier geht es um Menschen. Und der Begriff macht sowohl die Globalität als auch die Ungleichzeitigkeit auf. Er sagt zugleich: Wir reden hier, wenn wir von Krise sprechen, nicht von der Zukunft. Seit 2018 wissen wir das auch hier. Die Amerikaner wussten seit Hurrikan Katrina, dass die Klimakrise im Norden angekommen ist. Klimagerechtigkeit sagt, es ist eine historisch entstandene Ungerechtigkeit da, es ist eine globale Ungerechtigkeit, es geht um Macht, um Verteilung. Wir wollen sagen: Hey, gesellschaftliche Linke, progressive Menschen hierzulande: Wir müssen uns jetzt dieses Themas annehmen! Und wichtig auch: Es gibt keine Deadline, es gibt enormen Zeitdruck. Aber das ist nicht dasselbe. Und dieser Zeitdruck unterscheidet sich von dem bei anderen Themen.

**Nadja:** Wir müssen uns durch diese Klimagerechtigkeitsbrille auch das gesellschaftliche Gefüge anschauen. Der Kampf für Klimagerechtigkeit kommt aus den USA, als Black Communities gefragt haben, warum dreckige Industrien eigentlich immer an ihre Wohnorte gelegt werden. Die haben also auch die soziale Frage gestellt. Und hier stellt sich die Frage ebenso. Wer kann sich, wenn die Sommer immer heißer werden, die klimatisierten Wohnungen leisten? Wer wird im Grünen wohnen können? Wessen Jobs killt die Klimakrise? Wer will und kann denn noch auf der Baustelle arbeiten, wenn die Temperaturen in den Sommern gefährlich für Leib und Leben sind?

**Tadzio:** Die Frage des Zeitdrucks ist enorm wichtig. Der Hitzesommer 2018 hat gezeigt: Das politische System ist unfähig, Lösungen zu finden. Psychologisch wissen wir, dass der Mensch Katastrophen in einem anderen Areal des Hirns abspeichert als laufende Prozesse. So lassen sich Traumatisierungen vermeiden oder beherrschen, so dass du funktionieren kannst. Aber 2018 hat gezeigt, dass sich der Alltag ändert. Das ließ sich auch nicht mehr wegschließen. Das ist nicht nur eine Katastrophe,

die vorbeigeht, sondern es wird anders. Das hat dazu geführt, dass wir im November 2017 25.000 Menschen in Köln bei einer Klimademo zur COP hatten. Und dann 1,5 Millionen im September 2019 bei „Fridays for Future“. Die junge Generation lässt sich nur noch schwer einbinden. Die ist unglaublich Bullshit-resistent. Weil die weiß, es muss jetzt was passieren.

*Es braucht ja, wenn wir über Gerechtigkeit reden, eine Argumentation, die klarmacht, dass dies heute nicht mehr heißen kann: Ich möchte gern, dass es mir genauso gut geht wie dir da. Ich möchte dein Lebens- und Wohlstandsniveau haben. Denn der Mensch orientiert sich ja nicht nach unten, stattdessen in die andere Richtung. Wie erklären, dass sich Gerechtigkeit nicht herstellen lässt, wenn es bei der gegenwärtigen Wachstumsorientierung bleibt.*

**Nadja:** Was ist das Mehr? Dass ich jede Woche 60 Stunden arbeite, einen Kredit für eine Eigentumswohnung aufnehmen und ein Auto fahren kann? Das heißt, wir müssen tatsächlich darüber reden, wo wir hinwollen. Degrowth – weniger arbeiten, weniger konsumieren, ja. Würden alle so leben wollen wie hier, bräuchten wir einige Planeten. Dieser Ressourcenverbrauch geht nicht für alle. Zugleich sind die Deutschen nicht die glücklichste Bevölkerung der Welt. Ich will es aber auch nicht so sehr auf die individualistische Schiene schieben. Aber richtig, die Diskussion, wohin denn eigentlich, die haben wir noch nicht ausreichend geführt. Und wir sollten sie jetzt führen. Denn gleichzeitig können wir uns hier nicht hinstellen, um unseren philippinischen Kollegen zu erzählen, sie sollten jetzt vegetarisch essen.

**Tadzio:** Es gibt da im Grunde zwei Bewertungsmaßstäbe. Einen bezeichne ich mal etwas abwertend als methodologischen Nationalismus. Das heißt, da ist der nationale Vergleichsmaßstab wichtig. Gar nicht dumm, weil Umverteilung nun mal im nationalen Rahmen stattfand, im Rahmen des Wohlfahrtsstaates, der mal eines der zentralen Gerechtigkeitsprojekte auch der Linken war. Leider haben wir Linken gegenwärtig nur eine Art und Weise, wie wir Gerechtigkeit herstellen: Umverteilung im nationalen Rahmen. Das bedeutet natürlich Externalisierung. Wir exportieren damit Ungerechtigkeit anderswohin. Und dieses unser Haupttool funktioniert mit der Klimakrise nicht mehr.



**Tadzio Müller** ist dort Referent für Klimagerechtigkeit und Internationale Politik. Mit den beiden sprachen Kathrin Gerlof und Tom Strohschneider.

Wir müssen umschalten auf einen radikalen Globalismus. Also gemeinsame Gerechtigkeitsstandards entwickeln. Das beinhaltet eine Umverteilung von den Reichsten von uns zu den Ärmeren.

*Das heißt, es muss darüber diskutiert werden, wie materieller Wohlstand vom Norden in den Süden verteilt wird?*

**Tadzio:** Ja. Das müssen wir. Und wenn es da keine finanziellen Umverteilungsprozesse gibt, wird der globale Süden nicht mit Klimaschutz anfangen.

**Nadja:** Wobei das kein Widerspruch dazu ist, dass es auch hier eine Umverteilung von oben nach unten geben muss.

**Tadzio:** Wir müssen beides denken. Umverteilung im nationalen Rahmen von oben nach unten und im globalen Rahmen. Und wenn du da schaust, wo die Wohlstandsgrenze ist, dann landest du bei fast allen hierzulande. Im globalen Maßstab. Was das für ein gesellschaftliches Projekt bedeutet, ist sehr schwer zu verstehen. Deshalb bin ich so begeistert von der jungen Generation.

*Die ist mehr bereit, umzuverteilen, abzugeben, global zu denken?*

**Tadzio:** Ich glaube nicht, dass die revolutionär sind, aber sie denken global, weil es für die absurd klingt, zu glauben, man könne die Krise auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Die junge Generation ist ein gesellschaftlicher Akteur, der eine Perspektive nach vorne ermöglicht. Denn die Lösungen der Vergangenheit sind keine. Der zentrale Massenakteur ist diese Generation.

*Generation statt Klasse als sozusagen revolutionäres Subjekt. Nun sammelt sich die gesellschaftliche Linke seit mehr als 100 Jahren um das Klassenparadigma. Wechselt das?*

**Tadzio:** Ich tue der jungen Generation gerade intellektuell das an, was Marx dem Industrieproletariat angetan hat. Eine reale Gruppe von Menschen mit einer geschichtsphilosophischen Erwartung aufladen und sagen: Jetzt macht mal! Aber ja, die Klimakrise braucht ein völlig neues Akteurparadigma. Da müssen wir auf 68 schauen, denn das war keine globale Klassenrevolte, stattdessen eine globale Generationenrevolte. Das Ganze heute als klassenpolitisches Projekt zu denken, produziert unglaublich viel intellektuelle Grütze, es als Generationenprojekt zu denken erlaubt zumindest ein Potenzial für eine Zukunft, die wir uns nicht

allein aus unseren Köpfen saugen, sondern die auf den Lebensrealitäten eines neuen Akteurs gründet.

*Sprecht ihr mit dem Begriff „Generation“ tatsächlich von einer Alterskohorte oder meint ihr eine Denkhaltung?*

**Tadzio:** Es gibt Ereignisse, die schaffen neue Wahrheiten. Und da werden dann viele Teil von einem solchen Projekt. Aber die Führung dieses Projekts liegt bei der jungen Generation.

**Nadja:** Eine junge Generation treibt gerade eine ältere Generation vor sich her. Das ist gut. Dann gibt es aber viele Akteure, die seit Jahrzehnten kämpfen, und zwischen denen und jenen sollte ein Diskurs hergestellt werden. Gibt es ja auch schon. Oft wird abfällig auf neue Akteure geschaut. Das tun wir nicht. Wir arbeiten respektvoll zusammen.

**Tadzio:** Wir kämpfen seit zehn Jahren und sind ein paar Tausend auf der Straße geblieben. Die junge Generation kommt auf vier Millionen Leute. Das ist eine Verhandlungsmasse. Und jetzt sagen die Gewerkschaften, sie haben eine Klimaposition. Warum? Wegen der jungen Generation, nicht wegen vier Jahren „Ende Gelände“. Ich nenne das mal magischen Realismus. Die sind auf der Straße, alle versuchen, denen nach dem Mund zu reden. Und sie sind offen für die Erzählung von der Gerechtigkeit.

*Es geht darum, systemüberwindend, systemtranszendent Politik zu machen?*

**Tadzio:** Ja, aber da ist der Begriff „demokratischer Sozialismus“ wirklich unsexy. Wenn wir „demokratischer Sozialismus“ sagen, wird gehört: „nationaler Wohlfahrtsstaat“. Es wird nicht gehört, was gebraucht wird, um eine gerechte Welt zu erreichen. Wichtig ist, was gehört wird. Sozialismus kommt aus der Zeit der großen Fabriken, ist ein politökonomisches Projekt, das heute nicht mehr die Relevanz hat wie zu den Zeiten, als die Welt in großen Fabriken stattfand.

**Nadja:** Ich mag den Sozialismus schon, grüner muss er sein. Klimagerechtigkeit enthält mehr das Transformatorische, und vor allem ist sie konsequent internationalistisch. Der Begriff funktioniert auch für eine feministische Agenda. Ich finde es eher wichtig, den demokratischen Sozialist\*innen zu sagen, dass die natürlichste Verbindung des demokratischen Sozialismus die zu Klimagerechtigkeit ist. Insofern habe ich den Begriff nicht abgeschrieben.

# Bittere Realität

Bisher viel zu wenig beachtet: Wie die Klimakrise bereits heute weltweit zu Flucht und Vertreibung führt. Von Nadja Charaby

Die Meldungen der letzten Wochen könnten widersprüchlicher nicht sein. Die Europäische Union beorderte endgültig die Marinemission „Sophia“, die zwischen 2015 und 2019 an die 50.000 Menschen gerettet hat. Stattdessen setzt die EU auf Grenzsicherung in Libyen und ein kaum durchsetzbares Waffenembargo. Die Rettung von Tausenden Geflüchteten vor dem Ertrinken wird der ehrenamtlichen, privaten Seenotrettung überlassen. Die humanitäre Krise für Geflüchtete an der türkisch-griechischen Grenze spitzte sich immer weiter zu.

Parallel urteilte der UN-Menschenrechtsausschuss Ende Januar, dass die internationale Staatengemeinschaft zukünftig Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind, nicht das Recht auf Asyl wird verwehren können. Und trotzdem schaut diese Weltgemeinschaft, mitverursacht durch kaum vorhandene internationale Klimapolitik, offensichtlich tatenlos zu, wie der Osten Afrikas aktuell von einer massiven Heuschreckenplage heimgesucht wird, die ihren Höhepunkt vermutlich noch nicht erreicht hat.

Ursache dafür sind auch die durch den Klimawandel hervorgerufenen Temperaturanstiege des Indischen Ozeans und damit verbundene extreme Regenfälle. Die Gefahr erneuter Hungersnöte steigt an, und damit verschärfen sich Konfliktrisiken sowie Flucht und Vertreibungen in dieser ohnehin massiv vom Klimawandel betroffenen Region. Allein im vergangenen Jahr flohen beispielsweise in Äthiopien und Somalia rund eine Million Menschen aufgrund von Naturkatastrophen.

Unter den insgesamt 17,2 Millionen Menschen, die im Jahr 2018 aufgrund von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen innerhalb ihres Landes vertrieben wurden, halten die Philippinen, China und Indien mit fast zehn Millionen Menschen den traurigen Rekord. Aber es sind auch gar nicht mehr nur die armen Regionen dieser Welt, in denen Klimakrise und Vertreibung Hand in Hand gehen. In den USA mussten 1,2 Millionen Menschen 2018 ihre Heimat aufgrund von Naturkatastrophen verlassen, global ist es das Land mit der vierthöchsten Rate. Die Zerstörung Australiens durch die massiven Buschfeuer haben wir alle hoffentlich noch vor Augen. Auch dort mussten zahlreiche Ortschaften evakuiert werden.

Auch wenn der Klimawandel nicht unmittelbar jedem Unwetter zuzuordnen ist, so sind derartige Extremwetterereignisse in den letzten Jahrzehnten aufgrund der globalen Erwärmung häufiger und in ihren

Auswirkungen massiver geworden. Die Klimakrise wiederum verschärft bereits existierende soziale Ungerechtigkeiten. Schon heute werden Lebensgrundlagen ganzer Regionen vernichtet. Viele Menschen geraten in die Armutsfalle. Chancen verschwinden, ihr jemals zu entkommen. Bisher viel zu wenig beachtet ist der Umstand, dass die Klimakrise bereits heute weltweit zu Flucht und Vertreibung führt. Es handelt sich dabei nicht um ein Zukunftsszenario, sondern um eine bittere Realität.

Betrachtet man die Zusammenhänge von Klimakrise und Migration, wird von kritischen Stimmen oftmals das Argument bemüht, dass die Gründe nicht eindeutig einzuordnen sind. Sicherlich handelt es sich in vielen Fällen um das Zusammentreffen von mehreren Gründen wie Dürren, Hunger, militärischen Konflikten. Es kann auch nie um die Frage gehen, ob der eine Fluchtgrund schwerer wiegt als der andere. Im Zentrum muss stattdessen stehen, wie die Weltgemeinschaft dafür sorgen wird, dass die Menschenrechte der Betroffenen geschützt werden.

In den kommenden Jahrzehnten werden Millionen oder sogar Milliarden Menschen wegen der Klimakrise migrieren (müssen), im globalen Süden um ein Vielfaches mehr als im globalen Norden. Am stärksten betroffen sind diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Mit institutionalisierter Kälte, wozu eine verfehlte Klimapolitik wohl auch gezählt werden muss, schauen die Industrienationen zu, so auch die EU. Die Forderung nach einem verlässlichen Schutz der Rechte der betroffenen Länder, Regionen, Communities und Individuen berührt eine der Kernforderungen von Klimagerechtigkeit.

Trotz der zunehmenden wissenschaftlichen Erfassung der Schnittstellen von Klimakrise und Flucht bleibt es eine Herausforderung, genau festzulegen, wer aufgrund von Klimafolgen fliehen muss. Folglich weichen die Angaben über zukünftige globale Entwicklungen stark voneinander ab. Zahlen, die genannt werden, reichen von 25 Millionen bis zu einer Milliarde Menschen, die im Jahr 2050 wegen der Klimakrise migrieren müssen. Die meisten von ihnen werden innerhalb ihrer eigenen Länder umsiedeln, nur sehr wenigen wird die Flucht nach Europa oder in die USA gelingen. Für das Finden internationaler oder auch nationalstaatlicher Politikansätze ist die Kenntnis der Zahlen wichtig. Aus der Perspektive der Betroffenen muss es jedoch vor allem um den Schutz ihrer Rechte gehen. Und hier gibt es bisher zu wenig konkrete Ansätze und Maßnahmen.

## Alarmtelefon und kritische Grenzbeobachtung

Im Oktober 2013 ertranken mehr als 260 Menschen vor der italienischen Küste – die Katastrophe von Lampedusa lenkte den Blick auf das Sterben der Geflüchteten im Mittelmeer. Tagelang hatten sich italienische und maltesische Küstenwache die Verantwortung für das in Seenot geratene Schiff mit den Migrant\*innen gegenseitig zugeschoben. Bis es zu spät war.

Ein Jahr später startete die Alarm-Phone-Initiative, ein Projekt von Freiwilligen aus Europa, Tunesien und Marokko. Ihr Ziel: Rettung von Flüchtlingen; ihr Mittel: eine Hotline für Menschen in Seenot. Freiwillige, die sich bereits in Initiativen wie Welcome2Europe, Afrique-Europe-Interact, borderline-europe, No Borders Morocco oder Watch the Med engagiert hatten, tragen das Alarmtelefon, das mit Spenden finanziert wird. Die internationalistische Initiative stößt in eine Lücke, die staatliche Politiken aufreißen lassen. Immer wieder wurden Notrufe Geflüchteter von Küstenwachen ignoriert; die von Regierungen etablierten maritimen Kooperationen – etwa Frontex – zielen vor allem auf die Abwehr von Migration, das ganze Grenzregime dient der Abschreckung weiterer Geflüchteter. So wurde das Mittelmeer für Menschen in Not zur Todeszone.

„Wir brauchen eine Art Interventionsmöglichkeit“, so hat Laura Maikowski, eine der Mitgründer\*innen, das Motiv einmal beschrieben. An der Entwicklung des Alarmtelefons wurden Migrant\*innen beteiligt, die selbst die Flucht über das Mittelmeer nach Europa geschafft hatten. „Unsere Kritik am Grenzregime adressiert insbesondere die politischen Verantwortlichen der EU“, heißt es bei Watch the Med.

Internationalistisches Engagement von unten gibt es auch entlang der Balkanroute, auf der Geflüchtete unter schwierigsten Bedingungen nach Europa vorankommen wollen. Projekte wie [bordermonitoring.eu](http://bordermonitoring.eu), gegründet 2011 in München, kombinieren wissenschaftliche Forschung, bürgerschaftliches Engagement und kritische Öffentlichkeitsarbeit. Das Projekt [borderviolence.eu](http://borderviolence.eu) dokumentiert seit 2016 Attacken auf Geflüchtete und völkerrechtswidrige Zurückweisungen an der Grenze. Der Moving-Europe-Bus versorgt Flüchtlinge mit Strom für Mobiltelefone, Internet und Infos für eine sichere Reise. Und das sind nur einige Beispiele. ■  
[alarmphone.org](http://alarmphone.org), [bordermonitoring.eu](http://bordermonitoring.eu), [borderviolence.eu](http://borderviolence.eu), [moving-europe.org](http://moving-europe.org)

Immerhin sind die Zusammenhänge von Klimakrise und Flucht inzwischen Bestandteil mehrerer multilateraler Prozesse geworden, so zum Beispiel des „Global Compact for Migration“ oder auch der UN-Klimarahmenkonvention. Das bahnbrechende Urteil des Menschenrechtsausschusses vom Januar dieses Jahres stellt klar fest, dass das Recht auf Asyl nicht verweigert werden darf, wenn Menschen aufgrund des Klimawandels um ihr Leben fürchten müssen. Derzeit existiert aber keine rechtlich bindende Konvention, welche die Rechte von Klimamigrant\*innen international schützt. Den vielen Binnenmigrant\*innen wäre durch eine internationale Konvention vermutlich nicht geholfen.

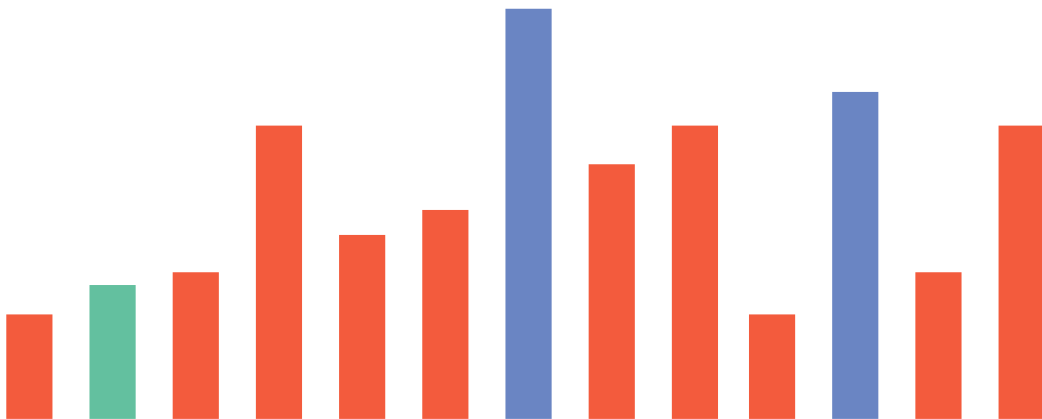
Die Betroffenen fordern zu Recht, dass die Verursacher der Klimakrise, das heißt Industriestaaten und fossile Unternehmen, für die Folgen Kompensationen zahlen und Verantwortung übernehmen. Zur Forderung nach einem „Recht auf Bewegungsfreiheit“ kommt die Forderung nach einem „Recht auf Migration in Würde“. Das verlangt beispielsweise der vom kompletten Versinken im Meer bedrohte Staat Kiribati. Die Bewohner\*innen von Tuvalu fordern hingegen ein „Recht auf Bleiben“. Die Verursacher der Klimakrise müssen also dafür sorgen, dass sie ihre Heimat nicht verlassen müssen.

Zentral ist hier die Bereitstellung zusätzlicher Gelder für Länder, aus und in denen Menschen wegen des Klimawandels vertrieben werden oder umgesiedelt werden müssen. Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den betroffenen Staaten bekommt durch die Klimakrise eine weitere drängende Bedeutung, die Einführung von Katastrophenwarnsystemen und Technologietransfers sind unabdingbar.

Aber was ist, wenn eine Anpassung an den Klimawandel nicht mehr möglich ist und der gesamte Staat, wie im Fall einiger pazifischer Inseln zu befürchten, aufgrund des Klimawandels verschwindet? Vergleichbar mit dem Nansen-Pass, der nach dem Ersten Weltkrieg Staatenlosen den Zugang zu einer neuen Nationalität ermöglichte, sollen Klimapässe hier eine mögliche Lösung bieten. In diesem Fall muss es Aufgabe der Industrieländer sein, entsprechende Pässe auszustellen, denn der Verursacher zahlt. Auch wenn diese Themen vielleicht technokratisch und weniger sexy klingen, als für den Kohleausstieg zu demonstrieren (was weiterhin wichtig bleibt), ist es essenziell, dass wir auch hier in Deutschland politischen und öffentlichen Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit sie sich in dieser Richtung bewegt.

Gerade als Linke sollten wir uns aber auch klarmachen, was es heißt, wenn wir rufen, Fluchtursachen sollen konsequent bekämpft werden. Schauen wir nämlich auf die Klimakrise, so gilt es, diese dort zu bekämpfen, wo sie vor allem erzeugt wurde – nämlich bei uns. Und wenn wir dann mit allerhand transformatorischen Modellen liebäugeln, wie zum Beispiel dem Green New Deal, dann müssen wir ganz im Sinne der Klimagerechtigkeit internationalistisch mitdenken, dass wir die sozialen und ökologischen Kosten nicht einfach in den globalen Süden externalisieren können.





## Kein „Plan“ des Kapitals

Offene Grenzen und die Konkurrenz auf Arbeitsmärkten: Anmerkungen zur globalen Ökonomie und zur Solidarität. Von Michael Wendt

In der Debatte über die Folgen von Flucht und Migration für die aufnehmenden Zielländer wird darauf hingewiesen, dass Zuwanderung von Arbeitskräften den Interessen des Kapitals bzw. der Unternehmen entspricht. Diese Aussage ist trivial, weil Kapital Arbeitskräfte benötigt. Sie ist aber kein Argument dafür, dass Migration eingeschränkt oder gar verhindert werden soll.

Auch die gelegentlich vertretene Behauptung, die Migration werde von Kapital und Politik geplant, beruht auf der Fehlannahme, dass der potenzielle Nutzen von Zuwanderung von allen Akteuren intendiert sei. Dahinter steht die neoklassische Konstruktion der Akteure als nutzenmaximierende Individuen auf der Basis von vollständiger Information.

Flucht und Migration gehen in der Regel zunächst von den Flüchtlingen und Migranten und den hinter ihren Handlungen stehenden verschiedenen Migrationsursachen aus, die zu Vertreibung, Flucht und Migration führen oder zwingen.

Dass verschiedene Fraktionen der Unternehmen Zuwanderung politisch und ideologisch unterstützen, weil sie bei gegebener Qualifikation billigere Arbeitskräfte suchen, ist evident. Trotzdem entspringt die Migration nicht einem strategischen „Plan“ des Kapitals.

Kapitalisten entscheiden nach einzelwirtschaftlichen Motiven, aber sie werden bei ihren Entscheidungen auch von politischen Einstellungen und Wertorientierungen geprägt, die man überwiegend als weltoffen bezeichnen kann. Auf Seiten der Linken heißen diese Wertorientierungen dann internationalistisch oder es wird von einem sozialistischen Internationalismus gesprochen.

Vor dem Kapitalismus und der Herstellung des Weltmarkts waren Flucht, Vertreibung und Zuwanderung Folgen politischer und religiöser Unterdrückung beziehungsweise von Hungersnöten. Erst mit dem Kolonialismus begannen eine systematische Erschließung der Weltwirtschaft und die gewaltsame Unterwerfung von zusätzlichen Arbeitskräften durch den Sklavenhandel. Das waren gewaltsame Formen von Arbeitskräftemigration durch europäische und arabische Gesellschaften. Auch heute noch sind häufig Elend und ethnische, religiöse oder politische Verfolgung Flucht- oder Migrationsursachen.

Die historische Entwicklung und Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hat die Armutsmigration deutlich verstärkt. Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert vollzieht sich die „Expropriation des Landvolks von seinem Grund und Boden“, also die von Marx analysierte Trennung und Enteignung der Kleinbauern von ihren Produktionsmitteln. Diese „ursprüngliche Akkumulation“ führt zu einer gewaltigen Migration in die Städte, in denen bereits kapitalistisch produziert wird.

Mit der Erschließung des Weltmarkts für die kapitalistische Produktionsweise wächst die Arbeitskräftemigration durch Zuwanderung formal freier Menschen und einen weiter anhaltenden Sklavenhandel. Zugleich kommt es zu großen Migrationsprozessen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, durch die schrittweise Erosion landwirtschaftlicher und nichtkapitalistischer Produktionsweisen. Die Durchsetzung des „doppelt freien Lohnarbeiters“ (Marx) markiert die ökonomischen wie rechtlichen Voraussetzungen für die Ausweitung und Internationalisierung der kapitalistischen Gesellschaften. Die

Mobilität von Arbeitskräften ist eine notwendige „Bewegungsform“ des Verhältnisses und des Gegensatzes von Kapital und Arbeit.

Fakt ist, dass dadurch die bereits bestehende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärkt wird. Erst mit dem Aufbau nationaler Systeme der sozialen Sicherung und dem Beginn der Regulierung von Arbeitsmärkten (in Deutschland zu Beginn der 1880er Jahre) stellt sich die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland als nationales politisches Problem – und zwar als Suche nach dem Geltungsbereich nationaler Systeme der sozialen Sicherung, die später zu verschiedenen nationalen Varianten des Sozialstaates ausgebaut wurden.

Die Vorstellung, der Nationalstaat könne die einheimischen Arbeitskräfte vor der Zuwanderung innerhalb eines prinzipiell grenzenlosen internationalen kapitalistischen Systems schützen, ist naiv. Der gleiche Nationalstaat ist bemüht, die Verwertungschancen des nationalen Kapitals durch das Überwinden von nationalen Handelsschranken, also durch Freihandelsabkommen, zu verbessern. Bereits im Zeitalter des Merkantilismus, also im 18. Jahrhundert, wurde versucht, den Export nationaler Unternehmen zu unterstützen.

Das zeigt die Ambivalenz der Migration: Exportgetriebene Gesellschaften schaffen und verstärken Migrationsprozesse, weil sie Arbeitslosigkeit „exportieren“ und dadurch Deindustrialisierung in den importierenden Ländern verstärken. Die relative Beschäftigungssicherheit der Kernbelegschaften der deutschen Exportindustrie basiert auch auf der Unsicherheit der Beschäftigten in anderen Regionen Europas und der Welt. Die relativ niedrigen Löhne in Deutschland führen zu Druck auf den Binnenmarkt und dort wiederum auf die niedrigen Dienstleistungslöhne, weil die effektive Nachfrage gering ist.

Allerdings hängt der starke Lohndruck auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Wesentlichen von anderen Faktoren ab als der Zuwanderung von Arbeitskräften, nämlich von der politisch gewollten Schwächung der Schutzfunktion des Arbeitsrechts und der rechtlichen Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Andererseits wird von Teilen der Beschäftigten – die an den ökonomischen Erfolgen des deutschen Handelsmerkantilismus partizipieren – erwartet, dass der Nationalstaat die durch die Deindustrialisierung ausgelöste Migration verhindert, um die einheimischen Arbeitskräfte vor den nationalen Folgen einer verfehlten Exportorientierung oder Beggar-thy-Neighbour-Politik zu schützen. Doch das deutsche Modell eines Handelsmerkantilismus kann nur mit offenen Grenzen für Waren und Arbeitskräfte funktionieren. Dass sich daraus politische und ökonomische Verpflichtungen an eine sozial geordnete Zuwanderung ergeben, wird von der herrschenden Politik allerdings weitgehend ignoriert.

Entgegen der These eines internationalen, quasi einheitlichen Kapitalismus haben wir noch eine nationale Wertschöpfung. Sie findet in den durch Nationalstaaten definierten Räumen statt, ist aber in die Weltwirtschaft durch weitgehend freien, politisch

nicht oder nur wenig regulierten Handel und internationale Wertschöpfungsketten eingebunden.

Vorstellungen, die inneren Arbeitsmärkte quasi zu umzäunen, greifen in einer internationalen Ökonomie systematisch zu kurz. Migration kann auch nicht als wichtige Ursache des Lohndrucks, der Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Dekommodifizierung der Arbeitskräfte gesehen werden. Sie spielt bei der Entwicklung auf den verschiedenen Teilarbeitsmärkten auch unterschiedliche Rollen.

Empirische Untersuchungen über die Wirkungen der Arbeitsmigration auf die Segmente des Arbeitsmarktes zeigen, dass diese auf den Teilarbeitsmärkten für wenig qualifizierte Arbeitskräfte (bei den unteren zwei Einkommensdezilen) wirken und dort zusätzlichen Lohndruck und Verdrängung in die Arbeitslosigkeit erzeugen, auch wenn diese Effekte relativ gering sind. Sie sind umso geringer, je stärker der Arbeitsmarkt reguliert ist. Beispielhaft kann das in einem Schwerpunkt der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ aus dem Jahr 2014 zur Frage der Arbeitsmarktintegration von Migranten sowie in einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu den Chancen von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt nachgelesen werden.

Die Akzeptanz offener Grenzen ist daher auf Voraussetzungen wie eine politische Regulierung der Arbeitsmärkte angewiesen, damit es nicht zu einem Unterlaufen der vereinbarten Normen des Arbeitsrechts und der Tarifverträge kommen kann.

Dass es den deutschen Gewerkschaften ab 2012 wieder gelungen ist, auf den Weg einer produktivitätsorientierten Tarifpolitik zurückzufinden, zum Teil sogar den Verteilungsspielraum der Summe von Produktivität und Inflation zu überschreiten, zeigt, dass es trotz zunehmender Arbeitskräftemigration zu einem Kurswechsel in der Tarifpolitik gekommen ist, der die Lohnzurückhaltung vor der Krise 2008/09 überwunden hat.

Das zeigt auch, dass die richtige Strategie auf einen höheren gesetzlichen Mindestlohn und die Aufhebung beziehungsweise Einschränkung der verschiedenen Formen von prekärer Arbeit setzen sollte. Im Prinzip gilt die Notwendigkeit einer stärkeren politischen Regulierung auch für die Wohnungsmärkte und für den Bau neuer Wohnungen.

Es ist ein Trugschluss, anzunehmen, dass Vertreibung und Migration nur dem Kapital nutzen. Zum einen ist wegen der demografischen Entwicklung alternder Gesellschaften die Zuwanderung notwendig. Zum Zweiten geht es aus einer linken Perspektive auch um die Entwicklung von Solidarität gegenüber Menschen, die zu Flucht und Migration gezwungen werden, nicht zuletzt durch die deutsche Außenwirtschaftspolitik eines rücksichtslosen Merkantilismus auf Kosten anderer Gesellschaften.

Für sich internationalisierende Gesellschaften kommt es auf Wertorientierungen an, die eine kulturelle Bereicherung durch Zuwanderung erkennen und die Gesellschaften vielfältiger und damit lebenswerter machen. Empathie für die Schwachen und gegenseitige Solidarität halten Gesellschaften nicht nur zusammen, sondern machen sie menschlicher.

# Maßstab: Menschsein

Grundrechte sind unteilbar. Willkommensinitiativen, solidarische Städte und Seenotretter zeigen, was das in Zeiten der großen Flucht heißt. Von Kathrin Gerlof

Ist ein neuer Internationalismus überhaupt denkbar ohne eine uneingeschränkte Anerkennung des Rechts auf Migration und ohne die tätige Unterstützung all jener Menschen und Gruppen, die für dieses Recht viel geben und manches riskieren?

„Die große Industrie hat schon allein dadurch, daß sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde“, so hat es Friedrich Engels 1847 formuliert, „in eine solche Verbindung miteinander gebracht, dass jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem anderen geschieht.“

Ebendiese Abhängigkeit kann wahlweise zu zwei grundlegenden Verhaltensweisen führen: Die Abhängigkeit leugnen, was es ermöglicht, sich aus der Verantwortung zu stehlen und sich selbst der Nächste zu bleiben. Oder sie anerkennen, was bedeutet, das eigene Wohlergehen am Wohlbefinden anderer zu messen, also sich zu vergegenwärtigen, dass dem eigenen Wohlergehen nicht selten das Elend anderer Menschen als Grundlage dient.

Ein neuer Internationalismus müsste sich daran messen lassen, ob er sich jener fliehenden Menschen annimmt – und zwar unabhängig davon, inwieweit das im eigenen Land oder im eigenen politischen Umfeld auf Zuspruch und Anerkennung stößt. Ein solcher Internationalismus würde nicht urteilen, ob eine Flucht „berechtigt“ oder „unberechtigt“ ist, weil dies in der Folge darauf hinausläufe, ein Grundrecht nicht allen gewähren zu wollen.

Geteilte Grundrechte sind ein Oxymoron, die beiden Worte schließen einander aus. So wie einst anerkannt wurde, dass ein Arbeitskampf immer gerechtfertigt ist in einem System, das Lohnarbeit an Ausbeutung koppelt, sollte es möglich sein, einzusehen, dass dieser Kapitalismus mannigfaltige Gründe, zu fliehen, schafft, vom sozialen Elend über die Zerstörung der Umwelt bis zu politischer Verfolgung, woraus ein Recht auf Migration resultiert. Wird das als unteilbar anerkannt, kann endlich über die Frage debattiert werden, wie sich Solidarität und Internationalismus auch leben lassen.

Womit wir es gegenwärtig zu tun haben, ist eine Auslagerung des Schutzes von und der Hilfe für Geflüchtete auf private Initiativen und Organisationen, auf zivile Bündnisse und ehrenamtliches Engagement, auf Städte und Kommunen, die staatlicher Ausgrenzungspolitik nicht folgen wollen. Hier wird ein Internationalismus praktiziert, der nicht mehr an Staaten orientiert oder staatlich gelenkt ist wie in

der Geschichte, sondern als eher privates Engagement dennoch politisch wirkt.

Wovon reden wir? Weltweit sind rund 69 Millionen Menschen auf der Flucht, 40 Millionen suchen im eigenen Heimatland Zuflucht, 25,4 Millionen sind als Flüchtlinge registriert, 3,1 Millionen sind Asylsuchende. 85 Prozent finden Schutz in Entwicklungsländern. Die meisten Flüchtlinge haben die Türkei (3,5 Millionen), Uganda (1,4 Millionen), Pakistan (1,4 Millionen) und Libanon (1 Million) aufgenommen. In der EU leben knapp 512 Millionen Einwohner, Geflüchtete machen davon 0,00084 Prozent aus.

An Europa lässt sich sowohl das eine – mangelnder Internationalismus – als auch das andere – die Vielfalt solidarischer, unmittelbar rettender und helfender Initiativen – festmachen.

Auf der einen Seite: Stacheldrahtzäune oder die EU-Grenzschutzagentur Frontex, Pläne für sogenannte „kontrollierte Zentren“, in denen über Schutzsuchende binnen 72 Stunden entschieden werden soll, „Entsorgungs“-Abkommen mit Ländern wie der Türkei und Libyen, Unterstützung der libyschen Küstenwache, die de facto für unterlassene Hilfeleistung bei in Seenot geratenen Menschen und den Aufbau von Haftzentren außerhalb Europas ausgebildet wird.

Die Diskussionen über offene Grenzen erscheinen bisweilen akademisch. Es gibt sie nicht. Jedenfalls nicht für Flüchtlinge. Genau jene Debatte aber lähmt die Linke in weiten Teilen. Es fehlt oftmals an fortschrittlichen Visionen über die Rolle von Migration und die damit verbundenen Kämpfe, in denen der Begriff des Sozialen nicht mehr nur mit dem Nationalstaat verknüpft bleibt, sondern die planetare Dimension zum Maßstab macht: das Menschsein.

Damit wären wir bei der anderen Seite, zum Beispiel bei den vielen Willkommensinitiativen: Aber tausende Menschen haben seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“, die in Wahrheit eine Krise der offiziellen Migrationspolitik ist, all jene Lücken zu füllen versucht, die staatliche Stellen und politisches Unvermögen hinterließen. Von den absichtlichen Bürden, die auch den Geflüchteten auferlegt werden, ganz zu schweigen. Willkommensinitiativen hat es vor allem in Städten gegeben, sie lebten nicht nur praktische Solidarität, sie wurden zugleich zu Gradmessern für die Krise sozialer Infrastruktur.

Bekannt ist, dass sich vor Ort viele Linke an der Gründung und Arbeit dieser Initiativen beteiligt haben. Gleichzeitig wurde von links schnell Kritik an ei-

nem zu „paternalistischen Verhältnis“ der freiwillig Engagierten gegenüber Geflüchteten laut. „Für linke Politik stellt sich insbesondere die Frage, inwiefern das Anliegen der Willkommensinitiativen, funktionsfähige Infrastrukturen für Geflüchtete zu schaffen, über die Unterstützung für diese spezifische Gruppe hinausweisen kann“, so Mira Wallis vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung.

Woran man die Frage anschließen kann, inwieweit dies überhaupt Aufgabe jener Initiativen ist – und nicht eigentlich die öffentlicher Stellen. Das darüber Hinausweisende, dass Migration als Gegebenheit, die nicht wieder verschwinden wird, neue Formen der Solidarität verlangt, die über das Nationale, auch über das Europäische hinausweisen und sich nicht auf staatliches Wohlwollen verlassen, bleibt Herausforderung für eine wie auch immer sich beschreibende Linke.

Die Probleme gehen allerdings schon vorher los, denn die europäische Abschottungspolitik hat das Mittelmeer zum Friedhof für Menschen auf der Flucht gemacht. Seit Anfang 2015 haben sich deshalb zivile Seenotretter\*innen auf den Weg zum Mittelmeer gemacht, um Geflüchtete zu retten. 2017 lag der Anteil von Nichtregierungsorganisationen wie Sea-Watch, Ärzte ohne Grenzen, Jugend Rettet oder SOS Méditerranée an den Seenot-Rettungseinsätzen bei rund 40 Prozent. Auf sie wurde und wird seitens der Regierungen und der EU massiver Druck ausgeübt, sie werden kriminalisiert oder von der libyschen Küstenwache an der Rettung von Menschenleben gehindert.

Eine weitere praktische Weise internationalistischer Solidarität macht das „Bürger\*innen-Asyl“ in Berlin vor – Menschen verstecken Geflüchtete, die von Abschiebung bedroht sind, und versuchen so, Zeit zu gewinnen, um die Abschiebung abzuwenden.

In Berlin leben gegenwärtig rund 12.000 ausreisepflichtige Asylbewerber\*innen, viele von ihnen sollen den geltenden Dublin-Regeln folgend dorthin abgeschoben werden, wo sie europäisches Festland betreten haben. In Zeiten, da sich parlamentarisch kein anständiges Asylrecht durchsetzen lässt – stattdessen jede Reform dazu dient, das Recht weiter einzuschränken –, wäre auch die Frage zu stellen, wie jene unterstützt werden können, die sich dem Rechtsnotstand mit „Rechtsbruch“ entgegenstellen.

Warum nicht Weglaufhäuser für Geflüchtete organisieren oder eine Art „Rote Hilfe“ für Menschen in Abschiebehaft? Oder warum nicht gleich ganze Kommunen zu Schutzräumen machen? Städte als Labore linker Migrationspolitik könnten einen Paradigmenwechsel begründen, eine Antwort auf die Krise der politischen Linken, weil sie das „Nationale von innen und von unten herausfordern und darin Migration als Kraft umfassender gesellschaftlicher Transformation“ sichtbar machten, wie es der Politikwissenschaftler Mario Neumann formuliert, der im Netzwerk „Welcome United“ aktiv ist.

Die Idee wurde vor gut zehn Jahren in Toronto aus der Taufe gehoben, die Entwicklung von einer „Sanctuary City“ zu einer solidarischen Stadt ist fließend. Sorgen die einen dafür, dass de facto niemand mehr abgeschoben wird, geht es bei der Weiterentwicklung

um eine Stadt für alle: vernetzen, Räume schaffen, Möglichkeiten ausweiten.

Auch das rot-rot-grün regierte Berlin ist vor kurzem dem Netzwerk „Solidarity Cities“ beigetreten, was man der Praxis der Ausländerbehörde noch nicht sehr anmerkt. Einmal mehr zeigen sich hier die Grenzen, die eine ganz anders ausgerichtete Bundespolitik den Ländern zieht. Der Städteverbund, so Stefanie Kron und Henrik Lebuhn in einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist allerdings „kein aktivistisches Netzwerk. Es handelt sich eher um eine ‚Elefantenrunde‘ von Stadtregierungen europäischer Metropolen.“

Dagegen ist das fast gleichnamige alternative Netzwerk „Solidarity City“ eher eine Initiative von unten, die 2017 von Flüchtlingsräten, migrantischen Organisationen, Willkommensinitiativen, Kirchengruppen, Forschern und linken Bewegungen gegründet wurde. Verankert in Städten wie Berlin, Bern, Köln und Zürich geht das Bündnis „deutlich weiter als das offizielle europäische Städtenetzwerk“, so Kron und Lebuhn: „Es geht um Abschiebestopps und die direkte Aufnahme von Flüchtlingen, aber darüber hinaus auch um eine grundsätzliche Demokratisierung des städtischen Lebens.“

Dabei werden flüchtlingspolitische und soziale Fragen miteinander verbunden, wie es in einem Papier von Bremer Aktivist\*innen heißt: „Das Solidarity-City-Prinzip löst das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von der Staatsangehörigkeit und dem gesetzlich definierten Aufenthaltsstatus und verankert es stattdessen in der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft und einem Prozess politischer Aushandlungen von unten.“

Von hier aus ist es gedanklich nicht mehr weit zu jenem 13. Oktober 2018, an dem in Berlin rund 150.000 Menschen für Solidarität protestierten. Die Aktion unter der Überschrift „#unteilbar“ kam einem kleinen Wunder gleich – so eine große Demonstration ausgerechnet in Deutschland, und dann auch noch zu so einem Thema, wo doch die Zeitungen voller Meldungen über Rechtsruck und rassistische Ausgrenzung sind.

Die „#unteilbar“-Demonstration war ein wichtiges Signal: Wir sind viele. Das Bündnis der Organisator\*innen und Initiator\*innen war breit aufgestellt, darin wiederfinden konnten sich sowohl Menschen, die dem Gebot der Nächstenliebe folgen, als auch jene, die es Solidarität nennen oder denen ein neuer Internationalismus mehr als geboten erscheint. Treibende Kräfte jenes Aufstands gegen Entsolidarisierung und Nationalismus waren nicht die alteingesessenen Organisationsformen – Parteien, Gewerkschaften –, sondern hier trat jener Teil der Zivilgesellschaft auf die Bühne, für den Solidarität über Ländergrenzen hinweg ein zentraler Maßstab eines modernen Gesellschaftsvertrages ist. Hier lebt er, der neue Internationalismus.

---

Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship, hrsg. v. Wenke Christoph und Stefanie Kron, Infos unter: [rosalux.de/publikationen](http://rosalux.de/publikationen)

# „Wir sollten uns nichts vormachen“

Wolfram Schaffar über autoritäre Entwicklungen, die Krise der Demokratie und den Zusammenhang von kritischer Analyse und politischer Veränderung

*maldekstra: Schwerpunkte Ihrer wissenschaftlichen Arbeit waren bisher Länder in Südostasien wie Thailand und Myanmar oder China, auch haben Sie längere Zeit als Professor in Österreich gelehrt. Schaut man sich die genannten Staaten an, sind wir schon mitten im Thema: Es gibt dort mehr oder weniger deutlich autoritäre Entwicklungen.*

**Wolfram Schaffar:** Das ist richtig, auch wenn man die Unterschiede nicht verwischen kann. Aber um beim Beispiel Thailand zu bleiben: 1997 war man dort noch ganz euphorisch, als die „Verfassung des Volkes“ in Kraft trat. Inzwischen sind wir in Thailand mit einem autoritären Regime konfrontiert, bei dem – bei aller Vorsicht – der Begriff „Faschismus“ angebracht ist. Wenn ich dann heute frühere Kolleg\*innen von dort im Exil, etwa in Paris, treffe, bekommt das auch eine persönliche Dimension, die mir nahegeht. Nach zwei, drei Jahren im Exil sind die Leute oft gebrochen.

*Autoritarismus, Nationalismus, Postdemokratie, Entdemokratisierung, Illiberalisierung – es kursiert eine Vielzahl von Begriffen, um die zunehmenden politischen Krisen weltweit zu beschreiben. Welchem geben Sie den Vorzug bei der Analyse?*

Es gibt keinen analytisch exakt passenden Begriff. Die Situation, über die wir hier sprechen, ist eine, die von ganz unterschiedlichen Entwicklungen geprägt ist. Wenn man diesen Unterschieden wissenschaftlich gerecht werden wollte, müsste man versuchen, der überall sichtbaren Krise der Demokratie mit einem ganzen Korb analytischer Kategorien beizukommen. Das führt aber zu einer Situation, die einen politisch eher lähmt, weil man zu Aussagen kommt wie: Die Welt ist komplex. Für ein kritisches Denken, das auch zur Veränderung der Verhältnisse befähigen soll, ist das ein Problem.

*Wie war das in den 1920er und 1930er Jahren?*

Damals wurden unter anderem die Begriffe „Bonapartismus“ und „Faschismus“ geprägt, um autoritäre Dyna-

miken zu beschreiben. Das Regime von Louis Bonaparte lag aber 60, 70 Jahre zurück und „Faschist“ war seinerzeit eine Selbstbeschreibung italienischer rechter Kampfverbände, der „Fasci di Combattimento“. Was uns heute als wohl definierte analytische Kategorien erscheint, geht also zurück auf anachronistische und unbeholfene Begriffe, mit denen man damals gerungen hat, um eine Radikalisierung zu beschreiben, die sich den Vorstellungen von der erwartbaren politischen Entwicklung entzog.

*Es waren also eher politische denn wissenschaftliche Begriffe.*

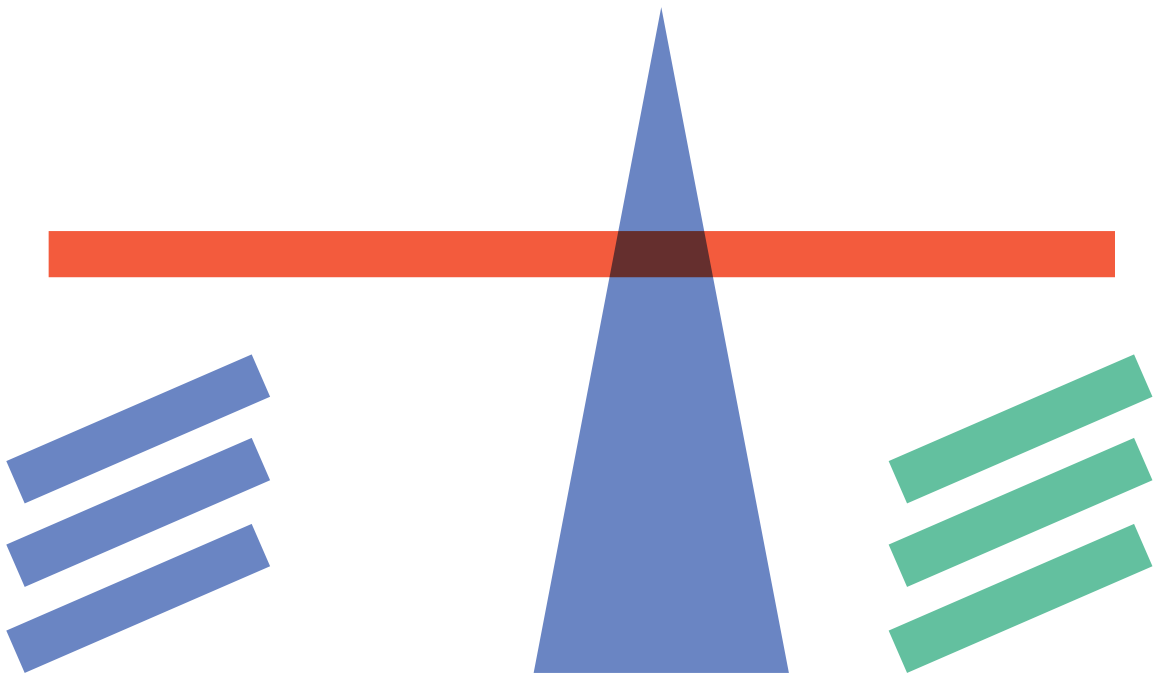
Damals dienten Kategorien wie „Faschismus“ dazu, die unerwartete Wende in der Weltgeschichte fassbar zu machen und gleichzeitig Gegenkräfte zu mobilisieren. Wenn man das auf heute bezieht, geht es also auch eher darum, einen Begriff zu prägen, der zum politischen Handeln befähigt, also mobilisierungs- und strategietauglich ist.

*Das politische Handeln, von dem Sie sprechen, hat mindestens einen Bezugspunkt: Es soll verhindern, dass etwas in Gefahr gerät, verschwindet, zurückgeht. In unserem Fall ist das die Demokratie, aber auch hier stellt sich ja gleich die Frage: Was für einen Begriff haben wir davon, welchen haben andere?*

Im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung spielt die kritische Debatte über Demokratie eine wichtige Rolle. Kolleg\*innen wie Alex Demirović, Mario Candeias, Fritz Burschel, Sonja Buckel oder David Salomon haben sehr differenzierte Analysen der Demokratie vorgelegt: auf der einen Seite als eine bürgerliche Herrschaftsform, die sich der Durchsetzung des Kapitalismus verdankt, die aber auf der anderen Seite nicht bloß ein kapitalistisches Herrschaftssystem darstellt. Demokratie ist die einzige Form, in der Interessenausgleiche innerhalb des Kapitalismus möglich sind, innerhalb von und zwischen den Klassen. Die Frage ist: Wie kann man – vor dem Hintergrund dieser Kritik – über eine (neo-)liberale Form der Demokratie hinausgehen, ohne das progressive Potenzial, die erreichten



**Wolfram Schaffar** ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich vor allem mit den Themen Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozesse, soziale Bewegungen, alternative Entwicklungskonzepte, Internet und soziale Medien. Er war bis Mai 2018 Professor für Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung in Wien, außerdem immer wieder im Ausland für Forschung und als Gastdozent tätig. Seit 2016 ist Wolfram Schaffar Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der RosaLuxemburg-Stiftung. Mit ihm sprach Tom Strohschneider.



Formen eines liberalen, Menschenrechte akzeptierenden Systems aus den Augen zu verlieren?

*Man hat sozusagen zwei Fronten.*

Ja, einerseits stimmt immer noch die Kritik an der real existierenden Demokratie: Sie wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, und das hat etwas mit den ökonomischen Verhältnissen zu tun, denen sie wiederum ihre Existenz verdankt. Die Aushöhlung der Demokratie beginnt im Augenblick ihrer Durchsetzung, das hat schon Johannes Agnoli in seiner „Transformation der Demokratie“ in den 1960er Jahren beschrieben. Es gibt eine eingeschriebene Tendenz der Erstarrung zu einem bloß noch formalen, liberal aussehenden System. Gleichzeitig wäre es falsch, zu sagen: Deshalb brauchen wir Demokratie nicht. Das wäre die andere Front. Man kann die ausgehöhlte Demokratie nicht kritiklos verteidigen. Andererseits kann man deren Abbau nicht wünschen.

*Colin Crouch, der den Begriff „Postdemokratie“ geprägt hat, zeichnet ein beinahe hoffnungsloses Bild: Wir stehen am Ende einer Entwicklung, die er wie eine Kurve beschreibt – von den Anfängen der Demokratie in der Antike über den Höhepunkt der Entwicklung, den „Augenblick der Demokratie“ in der Zeit nach dem Zweiten*

*Weltkrieg, bis heute, wo am anderen Ende der Parabel die Postdemokratie steht.*

Ich teile die Einschätzung nicht, das Bild der Parabel suggeriert den Abschluss einer Entwicklung. Wenn wir mit der Demokratie aber schon am Ende wären, müssten wir gar nicht mehr über ihre Rettung, ihre Weiterentwicklung, ihre Vertiefung sprechen. Mir scheint es sinnvoller, wie von Demirović vorgeschlagen, von einer zyklischen Entwicklung auszugehen, wobei die Momente von Krise oder Erneuerung mit der politischen Ökonomie verweben sind. Die Erneuerung muss immer wieder stattfinden, damit überhaupt ein neuer Akkumulationszyklus beginnen kann. In dem bildet dann eine neue Entwicklungsstufe der Demokratie auch wieder die Kampfarena zwischen den Klassen, die Voraussetzungen für Kompromisse.

*Liegt darin nicht die Gefahr einer allzu deterministischen Sicht: Kapitalistische Krise führt zu Krise der Demokratie?*

Nein, das wäre aber auch ein falsches Verständnis von dem Zusammenhang. Es ist nicht so, dass, wenn eine Wirtschaftskrise kommt, automatisch Demokratie abgebaut wird. Der Zusammenhang ist komplexer, widersprüchlicher: Die Ausweitung der Demokratie folgt der Notwendigkeit, dass man im Kapitalismus Kompromisse zwischen



divergierenden Interessengruppen und gesellschaftlichen Klassen finden muss. Dazu dient zum Beispiel ein Parlament – aber nur dann, wenn dort die Interessen der Subalternen auch glaubhaft vertreten werden. Wenn sich aber nun die Subalternen erfolgreich organisieren und tatsächlich auf das Recht pochen, gefragt zu werden, mitzubestimmen, kann es für die herrschenden Klassen schnell gefährlich werden: Die Subalternen sind ja zahlenmäßig in der Mehrheit und können verlangen, materiell stärker beteiligt zu werden. Das führt auf der anderen Seite zu Gegenbewegungen, die immer wieder auch, aber eben nicht zwangsläufig, auf autoritäre Lösungen setzen. Natürlich kann man in ökonomischen Wachstumsphasen auch von Kapitalseite aus freigiebiger Kompromisse eingehen, in der Phase des Fordismus hat man das gesehen. Umgekehrt gibt es aber auch keinen Automatismus, laut dem es demokratischer wird, wenn es wirtschaftlich besser geht.

*Demokratie ist immer auch eine Frage der Bewegungen, die sich ihre Durchsetzung, ihre Ausweitung auf die Fahnen geschrieben haben. Das scheint mir im Bild von Crouchs Parabel unterzugehen. Es hat immer Demokratisierungsschübe gegeben, oft auch unabhängig von ökonomischen Krisenlagen.*

Ja, das stimmt. In Thailand zum Beispiel, wo Menschen gegenwärtig bei kleinster Kritik an den Regierenden 15 Jahre und länger ins Gefängnis geworfen werden oder einfach „verschwinden“, dort tauchte auf dem Höhepunkt der Unterdrückung ein Musik-Video auf: „Rap against dictatorship“, das sich rasend über die sozialen Medien verbreitete und die Militärregierung eiskalt erwischt hat – wie der Sound eines neuen möglichen Schubs der Demokratisierung. Viele Zeitungen haben 2019 rückblickend das Jahr der Proteste genannt, mit massiven Demonstrationen in Chile, Hongkong, Libanon, Irak, Algerien und Sudan – um nur die größten zu nennen. Anders als noch bei der Protestwelle zwischen 2008 und 2011 ist aber keine akute ökonomische Krise der Auslöser. In Chile z.B. hat man den Demonstrant\_innen wiederholt vorgeworfen, dass sie wegen einer minimalen Fahrpreiserhöhung gleich die Systemfrage stellen. Auch in Hongkong war keine ökonomische Krise, sondern eine Gesetzesinitiative zur Auslieferung nach China am Anfang der Proteste. Nur ökonomisch ausgerichtete Erklärungen greifen hier zu kurz. Menschen streben offenbar auch in einer ganz idealistischen Form nach Freiheit, das Bedürfnis, nicht zugerichtet und „nicht dermaßen regiert zu werden“, wie Michel Foucault das beschrieben hat,

speist sich auch aus etwas ganz Unökonomischem. Dass diese Frage in vielen kritischen Analysen nicht systematisch behandelt wird, hat sicher auch etwas damit zu tun, dass der Begriff der Freiheit „von der anderen Seite“ okkupiert ist.

*Der schon angesprochene Johannes Agnoli hat von der „Involution“ der Demokratie gesprochen – diese sei gekennzeichnet dadurch, „dass sie sich nicht gegen die alten Verfassungsnormen und -formen durchsetzen will, sondern tendenziell sich ihrer zu bedienen versucht“. Das klingt sehr nach heutigen Mustern: Die Autoritären kommen heute durch Wahlen zur Macht, sozusagen „demokratisch“ – seltener als Militärdiktaturen oder im Ausnahmezustat. Was sagt das über die mögliche Entwicklung aus?*

Dieser Befund gilt wohl eher für die OECD-Welt, weniger für den globalen Süden. Aber auch in Europa wäre ich vorsichtig, das zu verallgemeinern und zu denken, dass ein Rückfall in die Barbarei wie in den 1930er Jahren ausgeschlossen wäre. Es ist ja trivial, zu sagen, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Wenn aber die geschichtliche Entwicklung prinzipiell offen ist, dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass es auch wieder zu einer Radikalisierung der autoritären Regime kommen kann, mit schlimmsten Auswüchsen, von denen wir heute noch keine Vorstellung haben. Wir denken ja, dass die Menschheit doch aus Auschwitz gelernt hat, lernen musste. Aber was, wenn nicht? Otto Bauer und August Thalheimer, die schon in den 1920er Jahren über den Faschismus geschrieben haben – also vor dessen Durchmarsch –, hatten ein zentrales Anliegen: Sie wollten davor warnen, die Entwicklungen und die zu nächst womöglich lächerlich wirkenden Führer in Italien und Deutschland nicht ernst zu nehmen. Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir auf Donald Trump schauen und denken: Es kann doch nicht wahr sein, dass diese Karikatur von Politiker überhaupt gewählt wird und sich im Amt hält. Aber wir sollten uns immer die Frage stellen: Was, wenn sich hinter diesem Phänomen etwas verbirgt, das wir einfach noch nicht verstehen?

*Haben Sie eine Antwort?*

Da komme ich noch einmal auf Colin Crouch zurück, denn sein Bild der Parabel der Demokratie stellt diese Frage ja auch: Sind wir womöglich an einem

Punkt, an dem unsere bisherigen Annahmen über mögliche Zukünfte nicht mehr zutreffen, weil sich die Voraussetzungen, aus denen Entwicklungen entspringen, radikal verändert haben? Welche Bedeutung hat der Aufstieg Chinas mit seinem neuen Modus kapitalistischer Entwicklung? Was bedeutet die Ausbreitung des Internets, der sozialen Medien für Demokratien? Was heißt es, wenn wir von der planetaren Krise der Ökologie, des Klimas und der Ressourcen aus denken, die einem ökonomischen Wachstum Grenzen setzt und damit auch den Möglichkeiten, soziale Integration durch Umverteilung zu schaffen? Vielleicht haben wir für diese epochale Situation noch gar keinen Begriff.

*Wodurch kennzeichnet sich das Neue noch?*

Wir haben es einerseits mit einem autoritären Neoliberalismus zu tun, der vor allem auf EU-Ebene immer weiter voranschreitet. Die Wirtschaftspolitik und die Austeritätsregeln werden von demokratisch kaum legitimierten Gremien in Verträgen festgeschrieben und im Zweifelsfall – wie in Griechenland – sehr autoritär auch gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchgesetzt. Dieser europäische Konstitutionalismus legitimiert sich aber unter anderem dadurch, dass gleichzeitig Freiheitsrechte und Antidiskriminierungsrichtlinien festgeschrieben werden. Andererseits beobachten wir populistische Bewegungen, zum Beispiel in Ungarn und Polen, die Zustimmung dadurch erhalten, dass sie sich verbal gegen die Folgen dieses Neoliberalismus wenden. Dies geschieht aber mit rechten, nationalistischen, ausgrenzenden Ideologien einher, die sich zum Beispiel gegen die europäisch verbrieften Antidiskriminierungsrichtlinien richten.

*Wenn es um autoritäre Entwicklungen geht, werden heute meist zuerst China und Russland genannt. Da steckt viel Wahrheit drin, aber es ist auch das Ergebnis einer neuen Auseinandersetzung um globale Hegemonie. Scheint da eine neue Blockkonfrontation auf?*

Um bei diesem Begriff gleich einzuhaaken: Wer wäre denn dann der demokratische Block? Lange Zeit haben sich die USA und Europa so stilisiert, aber das ist immer schon und zu Recht kritisiert worden. Man sollte bei der Analyse genauer hinschauen, dann rückt in den



Blick, dass wir es mit verschiedenen autoritären Spielarten in unterschiedlicher Form zu tun haben, zwischen denen es jedoch auch einen Austausch gibt. Seit März bezeichnet die Europäische Union China offiziell als einen Systemrivalen, und natürlich gibt es zwischen dem autoritären Konstitutionalismus der EU und China riesige Unterschiede. Aber die Logik des Sozialkredit-Systems, das gerade in China eingeführt wird und Bürger einer fast totalitären datenbasierten Bewertung unterzieht, die Wohlverhalten belohnt und Abweichung bestraft, ist auch anderswo bekannt – etwa wenn Kreditwürdigkeit mit intransparenten Methoden und Algorithmen geprüft wird, wenn datenbasiert ins Konsumverhalten eingegriffen wird, wenn per massenhafter Videoüberwachung alle zu potenziellen Gefahren erklärt werden. China ist da gar nicht so weit weg. Da wären nur kleine Schritte nötig. Das sollte man im Kopf behalten.

*Welche Rolle spielt technologische Entwicklung für autoritäre Regime heute?*

Eine große. Man kann das für alle Staaten durchgehen, in denen sich diese Entwicklung heute vollzieht. Die Konsolidierung autoritärer Regime wird über das Internet ermöglicht: Wahlbeeinflussung und die Relativierung von Wissen etwa durch „alternative Wahrheiten“, Kontrolle und Überwachung, Mobilisierung und Emotionalisierung, systematisches Herstellen herrschaftskonformer Öffentlichkeiten durch gelenkte Medien und so weiter.

*Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil wir das Internet noch vor wenigen Jahren als große Demokratiemaschine betrachtet haben.*

Richtig, aber wir sollten uns davor hüten, einer „liberalen“ Lesart zu folgen, nach der das Internet als per se gut und demokratiefördernd betrachtet wird, jetzt aber von bösen staatlichen, autoritären Akteur\*innen manipuliert und okkupiert wird. Vielmehr müsste man genauer hinschauen: Was von dem, was autoritäre Akteure nun für sich nutzen, ist zum Beispiel in der politischen Ökonomie des Internets angelegt? Manche InternetTrolle sind einfach prekäre Arbeiter\*innen, für die das Posten von „Fake News“ eine Einkommensquelle ist, weil sie dadurch hohe Abonnentenzahlen für ihren YouTube-Kanal oder ihre

Homepage erreichen und über Google AdSense Werbeeinnahmen generieren können. Dem kommt man nicht durch das Sperren von Hetzern bei, sondern es ginge dann darum, solche Plattformen demokratisch zu kontrollieren, sie gesellschaftlicher Regulierung zu unterwerfen.

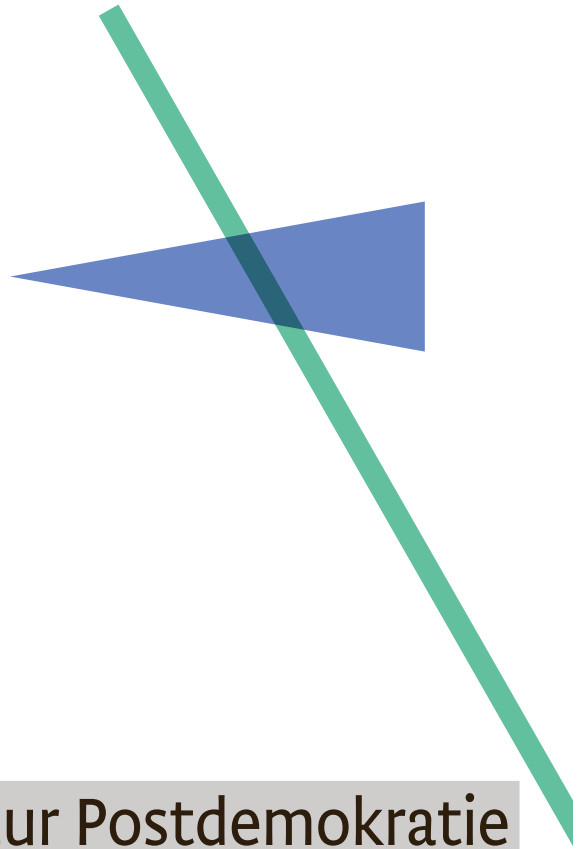
*In Europa ist augenfällig, dass sich autoritäre Dynamiken gehäuft in postsozialistischen Ländern zeigen. Gibt es ein autoritäres Echo der Vergangenheit?*

*Oder hat das eher etwas mit dem Transformationsprozess nach dem Scheitern des autoritären Sozialismus zu tun?*

In der Rede vom autoritären Echo steckt etwas Kulturalistisches, eine diffamierende Stoßrichtung: „Die können Demokratie nicht so gut wie wir, weil sie es nie richtig kennengelernt haben.“ Das wird im Übrigen auch gegenüber Gesellschaften außerhalb Europas oft so gesagt. Aber dabei gerät aus dem Blick, dass zum Beispiel Deutschland nach 1945 so ziemlich der letzte Kandidat für eine funktionierende Demokratie war. Sie wurde in der Bundesrepublik trotzdem eingerichtet. Mit einem sehr visionären Grundgesetz. Möglich wurde dies nicht, weil die Menschen hier so eine demokratische Gesinnung hatten. Im Gegenteil. Es waren welthistorische Konstellationen, die die Demokratisierung haben möglich werden lassen. Übertragen auf die postsozialistischen Länder, lenkt das den Blick auf die offenbar schlechteren Ausgangsbedingungen für die notwendigen demokratischen Kompromisse. Vor allem die ökonomische Schocktherapie in den 1990ern hat sich als komplette Fehlpolitik erwiesen.

*Autoritarismus, Nationalismus, Postdemokratie, Entdemokratisierung, Illiberalisierung, Faschismus ... Was raten Sie den progressiven Kräften in der gegenwärtigen Situation?*

Im Fall der Fälle müssen die demokratischen Institutionen, die es gibt, verteidigt werden. Dafür braucht es dann eine nüchterne Abwägung, welche kurzfristigen strategischen Allianzen zu schmieden sind. Eine schwierige Balance. Wir sollten uns aber nichts vormachen und bereit sein, auch negative, pessimistische Szenarien zu denken. Gleichzeitig sollten wir uns nicht lähmen lassen, denn der Drang, sich nicht entmündigen und beherrschen zu lassen und ein gutes Leben zu führen, scheint mir universal.



## Vom Bonapartismus zur Postdemokratie

Marx und Luxemburg, Gramsci und Crouch: kurze Geschichte linker Krisendebatten.

Von Tom Strohschneider

Die Antwort auf die Frage, wie es um die Demokratie bestellt ist, hängt von mindestens zwei weiteren Fragen ab: Was ist mit „Demokratie“ gemeint und was hat das alles mit dem Kapitalismus zu tun?

Das Thema bewegt seit über 150 Jahren die linke Diskussion; sie greift dabei auch auf frühere Erklärungsansätze zurück. So sieht Micha Brumlik in Donald Trump einen Wiedergänger Louis Bonapartes und knüpft damit an die von Karl Marx 1852 in „Der achtzehnte Brumaire“ formulierte Kritik an. Herbert Marcuse hat später von einer „vorbildlichen Analyse der plebiszitären Diktatur“ gesprochen. Der „Bonapartismus“, bisweilen auch „demokratischer Cäsarismus“ genannt, zeichne sich dadurch aus, dass das Bürgertum als „herrschende Klasse“ auf unmittelbare Regentschaft oder politische Repräsentation zugunsten einer autoritären Herrschaft verzichte, die sie begünstigt.

Auch der gegenwärtige Rechtsruck wird oft durch Führerpersönlichkeiten verkörpert, die auf Basis demokratischer Legitimation durch Wahlen einen antidemokratischen Umbau des Staates anstreben und sich dabei auf den Alleinvertretungsanspruch eines angeblichen „Volkswillens“ berufen. Nicht selten wird das mit sozial klingenden Parolen verbunden, deren Problem aber nicht nur die nationalistische, ethnozentristische oder rassistische Ausschlusslogik ist, sondern auch, dass hier die private Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums in Wahrheit unangetastet bleibt.

Marx hat mit seiner Schrift schon die Frage nach der Dialektik von Demokratie und Kapitalismus aufgeworfen, eine Frage, die mit der Durchsetzung parlamentarisch-demokratischer Systeme nicht obsolet wurde, im Gegenteil: Inwieweit fallen soziale und politische Herrschaft auseinander, was bedeutet das für die Stellung der Linken gegenüber bürgerlichen Rechten und dem Parlamentarismus?

Der jüdische Staatsrechtler Hermann Heller hat in dieser „Trennung des politischen und ökonomischen Kommandos“ in den 1930er Jahren den Ausgangspunkt des „für die gegenwärtige Situation der kapitalistischen Demokratie charakteristischen Spannungszustandes“ gesehen. Der marxistische Rechtstheoretiker Franz Neumann verwies damals auf die Rolle der sich emanzipierenden Arbeiterklasse, die im Parlament immer stärker ihren Interessen Hebelwirkung verschaffen konnte, worauf „das Bürgertum seinen Glauben an die Herrschaft des Gesetzes“ verwerfe, wie es in einem lesenswerten Überblick der Politikwissenschaftlerin Sonja Buckel heißt.

Auch August Thalheimer analysierte den Faschismus unter Rückgriff auf Marx' Bonapartismustheorie, und er kam zu dem Schluss, die bürgerliche Demokratie als „den besten Kampfboden für den Sozialismus“ gegen ihre Zerstörung zu verteidigen. Rosa Luxemburg hatte einige Jahre zuvor dafür argumentiert, die parlamentarischen Kämpfe nicht als die Zentralachse des politischen Lebens anzusehen, und noch auf die Überwindung der „bürgerlichen Demokratie“ gesetzt.

Anders argumentierte später Wolfgang Abendroth, der auf eine soziale Demokratie setzte, die das Auseinanderfallen des „politischen und ökonomischen Kommandos“ überwindet.

Das waren Gedanken, die nach dem Zweiten Weltkrieg weithin populär waren. Doch im Prinzip bestand das alte Modell kapitalistischer Vergesellschaftung fort. Bei neuen ökonomischen Krisen wurde staatsinterventionistisch gegengesteuert, das aber ließ die Legitimationskrisen nicht kleiner werden.

Jürgen Habermas und Claus Offe setzten hier an und versuchten zu zeigen, dass das administrative System „gegenüber der limitierenden Willensbildung hinreichend autonom“ geworden sei, sodass sich die Frage der Legitimation ganz neu stelle: An die Stelle der Partizipation trete eine inhaltlich diffuse Massenloyalität, die einen Passivbürger erzeuge, dessen Entpolitisierung durch „systemkonforme Entschädigung“ befeuert werde – es werden sozusagen im Gegenzug Konsum, Karriere, Freizeit etc. geboten.

Eine wachsende Rolle in den Debatten gewannen auch die Arbeiten von Antonio Gramsci. Die Normalform der demokratischen Institutionen gerate ins Wanken, wenn die bürgerliche Hegemonie instabil werde – Ausnahmestaaten stellen dann gewissermaßen Antworten auf Krisen der Hegemonie dar. Auch Nicos Poulantzas und Bob Jessop haben sich mit diesen Krisen auseinandergesetzt. Da, wo ein autoritärer Etatismus als Reaktion in Stellung gebracht werde, werde einerseits „die Staatsmacht auf Kosten der liberalen repräsentativen Demokratie“ gestärkt, so Jessop, andererseits die Fähigkeit zusätzlich geschwächt, ebendiese bürgerliche Hegemonie zu sichern.

In der neueren Zeit haben sich linke Debatten unter anderem um den von Colin Crouch formulierten Begriff der „Postdemokratie“ gedreht, der demokratische Verfahren als entleert ansieht, ein bloßes Spektakel, hinter dem technokratische Eliten die ei-

gentliche Macht ausüben. Auch die Dominanz der ökonomischen Imperative ist diskutiert worden, etwa von Wolfgang Streeck. Lukas Oberndorfer hat auf den Charakter von Entscheidungen etwa in der Finanzkrise – Austeritätsregeln, Fiskalpakt, die faktische Entmachtung der Regierung in Griechenland – hingewiesen, die Elemente formaler Demokratie aushebeln.

Eine lineare oder gar unabänderliche Entwicklung der Entdemokratisierung ist damit aber nicht behauptet. Immer wieder haben sich Menschen gegen autoritäre Zurichtungen, für soziale Demokratie und persönliche Freiheit eingesetzt – und waren damit erfolgreich. „Der Kapitalismus scheint sich selbst von der Demokratie zu trennen“, heißt es in einem von Alex Demirović herausgegebenen kritischen Sammelband. Eine Antwort auf Gefährdungen der Demokratie bleibt aktuell: die Suche nach neuen, vertieften Formen der Beteiligung und Selbstbestimmung.

---

Zum Weiterlesen

**Wolfgang Abendroth:** Gesammelte Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, Hannover 2006 ff.

**Martin Beck, Ingo Stützle** (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen, Berlin 2018

**Lia Becker, Mario Candeias, Janek Niggemann** und **Anne Steckner:** Gramsci lesen – Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg 2013

**Sonja Buckel:** Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute, in: **Oliver Eberl** und **David Salomon** (Hrsg.), Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie, Staat – Souveränität – Nation, Wiesbaden 2017

**Alex Demirović** (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster 2016



# Gegen den „männlichen Zorn“

Frauen führen vielerorts den Widerstand gegen autoritäre Regierungen an.

Von Svenja Glaser

März 2019: In Istanbul gehen Tausende Frauen in lila Kleidung auf die Straße. „Wir haben sehr viele Forderungen, denn viele unserer Rechte drohen uns genommen zu werden“, sagt eine Demonstrantin. Vor allem die Gewalt gegen Frauen, Morde, Belästigung und Vergewaltigung, treibt sie auf die Straße. Die Polizei löst die Protestaktion auf. Auch im November 2018 hatten Frauenmärsche in der Türkei stattgefunden, obwohl die Aktionen nicht erlaubt sind. „Ich habe das Gefühl, dass das, was uns verbindet, diese Märsche sind“, sagt die feministische Filmmacherin Güliz Saglam. „Wir müssen sagen, dass es uns gibt, dass es Frauen gibt.“ Und es ist Widerstand gegen den autoritär-patriarchalen Kurs des Erdoğan-Regimes. Dieses habe den Graben zwischen den Geschlechtern noch vertieft, klagt die Soziologin Feryal Saygılıgil.

Januar 2019: In Washington und vielen anderen Städten der USA gehen Zehntausende Frauen gegen Donald Trump auf die Straße. Der „Women’s March“ ist ein Symbol für zwei Jahre Widerstand gegen die Präsidentschaft des Republikaners. Und dafür haben Frauen besondere Gründe, wie unter anderem der Fall des rechten Hardliners Brett Kavanaugh gezeigt hat, den Trump ins höchste Richter\*innenamt des Landes wählen ließ – ein ultrakonservativer Abtreibungsgegner, dem mehrere Frauen sexuelle Übergriffe und Nötigung vorwerfen. Trump hatte sich über die Anklägerinnen lustig gemacht, die sexistische Realität mit dem Hinweis verklärt, es sei eine „beängstigende Zeit für junge Männer in Amerika“, und behauptet: „Frauen geht es sehr gut.“

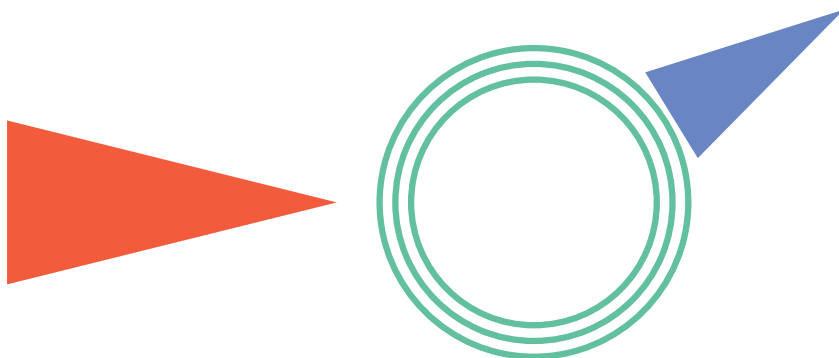
März 2018: In Warschau gehen rund 200.000 Frauen gegen eine geplante Verschärfung des Abtreibungsrechts auf die Straße. Es geht dabei nicht nur um ein Gesetz, das ohnehin restriktive Regeln verschlimmern und die Rechte der Frauen, über ihren Körper zu entscheiden, noch weiter untergraben würde. Es geht generell um die Rechtsregierung in Warschau, die Marta Lempart von der Organisation Polnischer Frauenstreik als „Frauen-Hass-und-Verachtungs-Festival“ bezeichnet. Schon 2016 hatten Frauen mit einem „Schwarzen Montag“ erfolgreich gegen eine Ver-

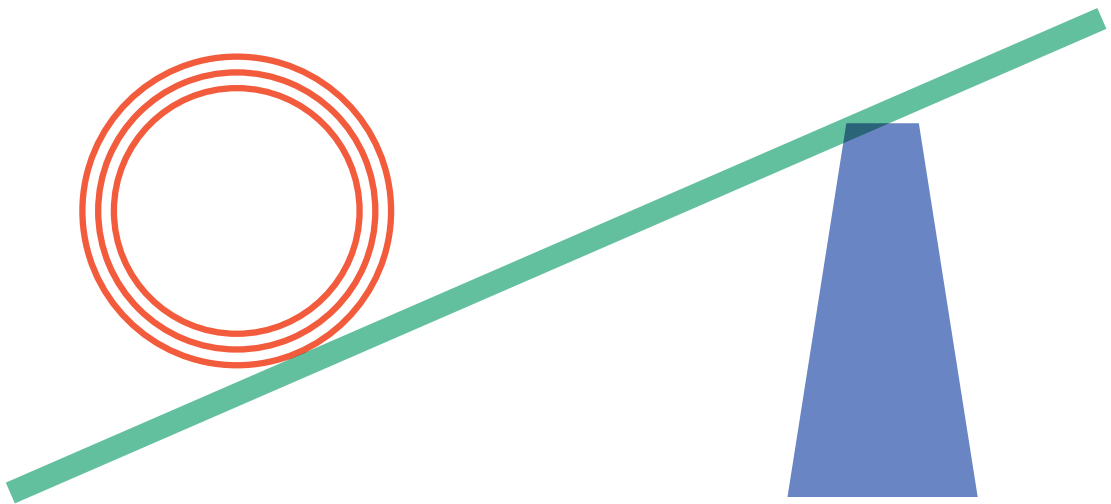
schärfung des Abtreibungsrechts demonstriert, die Aktion wurde zu einem Symbol des progressiven Widerstandes gegen die autoritäre Regierung.

Es sind nur drei Beispiele von vielen: In Ländern, deren Regierungen sich autoritärer Praktiken bedienen, sind es oft vor allem Frauen, die den Widerstand dagegen tragen. Das hat Gründe. So bezieht die autoritäre Welle ihre Kraft nicht zuletzt aus einer Mischung aus Antifeminismus und „männlichem Zorn“, wie es Gideon Rachman formuliert. Rechte Kräfte mobilisieren die Angst vor dem Niedergang traditioneller Geschlechterrollen, die mit der Sorge vor einem Verlust von Macht und Status für Männer einhergeht. „Diese Angst wird sichtbar im misogynen Ton der populistischen Bewegungen in den USA, in Brasilien, auf den Philippinen, in Italien und anderswo“, so Rachman. Aggressive Rhetorik der Autoritären gegen Politiken der Gleichstellung deutet zudem auf die ökonomische Seite. Das feministische Aufbegehren zielt also auf Symptome des und strukturelle Gründe für den Autoritarismus gleichermaßen.

Wie eine bunte Perlenkette ziehen sich feministische Proteste durch die letzten Jahre. Die unter dem Signum #MeToo seit 2017 laufende weltweite Debatte über sexuelle Belästigung gehört genauso dazu wie das Aufbegehren gegen ungleiche Bezahlung oder männliche Gewalt. Meriem Strupler von der Schweizer „Wochenzeitung“ hat daher auch für einen optimistischen Blick auf die antifeministische Welle der Gegenwart plädiert. „Unterdrückungsformen lassen sich kaum isoliert bekämpfen. Der neue Autoritarismus hat viele Gesichter. Der Widerstand gegen ihn muss es auch haben.“

Ähnlich sieht es Dorit Riethmüller von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die in einer Bilanz der Ersten Internationalen Feministischen Sommerschule, die im Herbst 2018 in Belgrad stattfand, vom Bedarf an neuen Strategien spricht, „die den Kampf mit dem rechten Autoritarismus und den neoliberalen Auswüchsen des Kapitalismus ermöglichen. Strategien, die Frauen ermächtigen und den Männern gleichstellen. Strategien, die den alten weißen Mann alt aussehen lassen.“





## „Es geht darum, alte Denkweisen zu überwinden“

Eva Wuchold im Gespräch über direkte und strukturelle Gewalt, Johan Galtungs Beitrag zur Konfliktbewältigung und das Konzept des „positiven Friedens“

*Wenn dich jemand fragen würde, ob in der Bundesrepublik Frieden herrscht: Was antwortest du ihm?*

Frieden als Abwesenheit von Krieg gibt es sicherlich, als Abwesenheit von organisierter militärischer Gewaltanwendung. Das wäre allerdings ein negativer Friedensbegriff. Frieden im Sinne eines innergesellschaftlichen Friedens nicht erst seit dem Erstarken rechter Parteien in Deutschland und Europa eher nicht. Von deutschen Kriegeinsätzen, Waffenexporten aus Deutschland, den auch durch deutsche Politik verursachten unzähligen Toten an den europäischen Außengrenzen oder aber auch der deutschen Autoindustrie als Beschleuniger des Klimawandels mit all seine gravierenden Folgen ganz zu schweigen.

*Du sprichst von einem „negativen Frieden“ – wie würde ein „positiver“ aussehen?*

Anders als negativer Frieden, der das Fehlen direkter Gewalt voraussetzt, kann man von positivem Frieden nur bei gleichzeitiger Abwesenheit von struktureller Gewalt sprechen.

*Der Begriff geht auf Johan Galtung zurück. Genau, der Norweger gilt als Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung. Er versteht darunter die struk-*

*turell, also aufgrund von Werten, Normen, Institutionen oder Machtverhältnissen bedingte vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Oder, um es allgemeiner auszudrücken: die Diskrepanz zwischen Gegebenem und Möglichem.*

*Das ist ein sehr weiter Rahmen.*

Ja, er schließt alle Formen der Diskriminierung, Ausbeutung, die ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildungschancen, Lebenserwartung auch aufgrund von Umweltverschmutzung sowie jegliche Wohlstandsgefälle und ein Verhindern emanzipatorischer Bestrebungen mit ein. Dem legt Galtung in seiner Lehre systemische Faktoren zugrunde, die unabhängig vom Handeln sozialer Akteure sind. Positiver Frieden hingegen ist für Galtung – nicht nur in Abgrenzung vom negativen Frieden als Abwesenheit von organisierter kollektiver Gewalt, sondern auch von der herkömmlichen Vorstellung des Friedens als Synonym für Stabilität und Gleichgewicht oder als Konzept für „Recht und Ordnung“ basierend auf einer vorhersehbaren Gesellschaftsordnung – ein Synonym für „alle anderen guten Sachen in der Weltgemeinschaft“ und hier vor allem die Zusammenarbeit und Integration zwischen menschlichen



**Eva Wuchold**, Jahrgang 1973, ist Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung sowie Umweltpolitik. Sie war als Projektberaterin bei NGOs im Bereich Ziviler Friedensdienst und Entwicklungszusammenarbeit tätig. Heute leitet sie das Referat Globale Aufgaben und Sondermittel bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist dort Referentin unter anderem für Positiven Frieden. Mit ihr sprach Tom Strohschneider.

Gruppen viel mehr als die Abwesenheit von Gewalt.

*Aber läuft das dann nicht letzten Endes nur auf eine andere Umschreibung für die strukturellen Bedingungen von Gewalt hinaus, also auf eine linke, eine materialistische Gesellschaftskritik?*

In der Tat versteht Galtung positiven Frieden als dynamischen Prozess im Sinne einer produktiven Schaffung gerechterer sozioökonomischer und politischer Verhältnisse. Auch versucht Galtung in seinem Modell der postrevolutionären Gesellschaft eine Gegenperspektive zu entwerfen, in der die Kosten der strukturellen Gewalt minimiert werden. Allerdings berücksichtigt er dabei Aspekte, die über die Konfrontation Kapitalismus versus Sozialismus weit hinausführen.

*Das musst du erklären.*

Das Charakteristische an Galtungs Modell ist, dass Gesellschaft ihr Ziel zum einen in der Selbstverwirklichung der Einzelnen sieht, sie also auf Individualismus und individuelle Freiheit setzt, und zum andern das Individuum nicht nur Objekt, sondern auch Maßeinheit der Gesellschaftsordnung ist. Geht man davon aus, dass die Gesellschaft nicht nur von, sondern auch für Individuen gemacht ist, so haben laut Galtung die Werte einer Gesellschaft einen Sinn, die sich auf das Individuum beziehen. Dementsprechend fordert sein Individualismus-Begriff Freiheitsspielräume für alle, selbst für den Andersdenkenden. Ihm geht es um eine Struktur, die Solidarität in Freiheit begründet und die sich auf die Komponenten Autonomie, Partizipation und Kooperation stützt. Darüber hinaus verweist Galtung auf die Tiefenphänomene, Tiefenstruktur und Tiefenkultur, die auf uns alle einwirken, aber als etwas Verborgenes. Galtung sagt, dass eine Struktur den Menschen gewisse Handlungsweisen vorschreibt, die dadurch begründet sind, dass sich alle Menschen so verhalten, ohne dem Grund dafür nachzugehen. Oder dass sie aus ähnlichen Gründen nicht handeln.

*Es geht also um Widersprüche, die nicht immer an der Oberfläche sichtbar sind?*

So kann man es sagen. Galtung ist nicht nur Soziologe und Politikwissenschaftler, er ist auch Mathematiker. Er hat alle seine Thesen anhand der Analyse und wissenschaftlichen Auswertung dieser

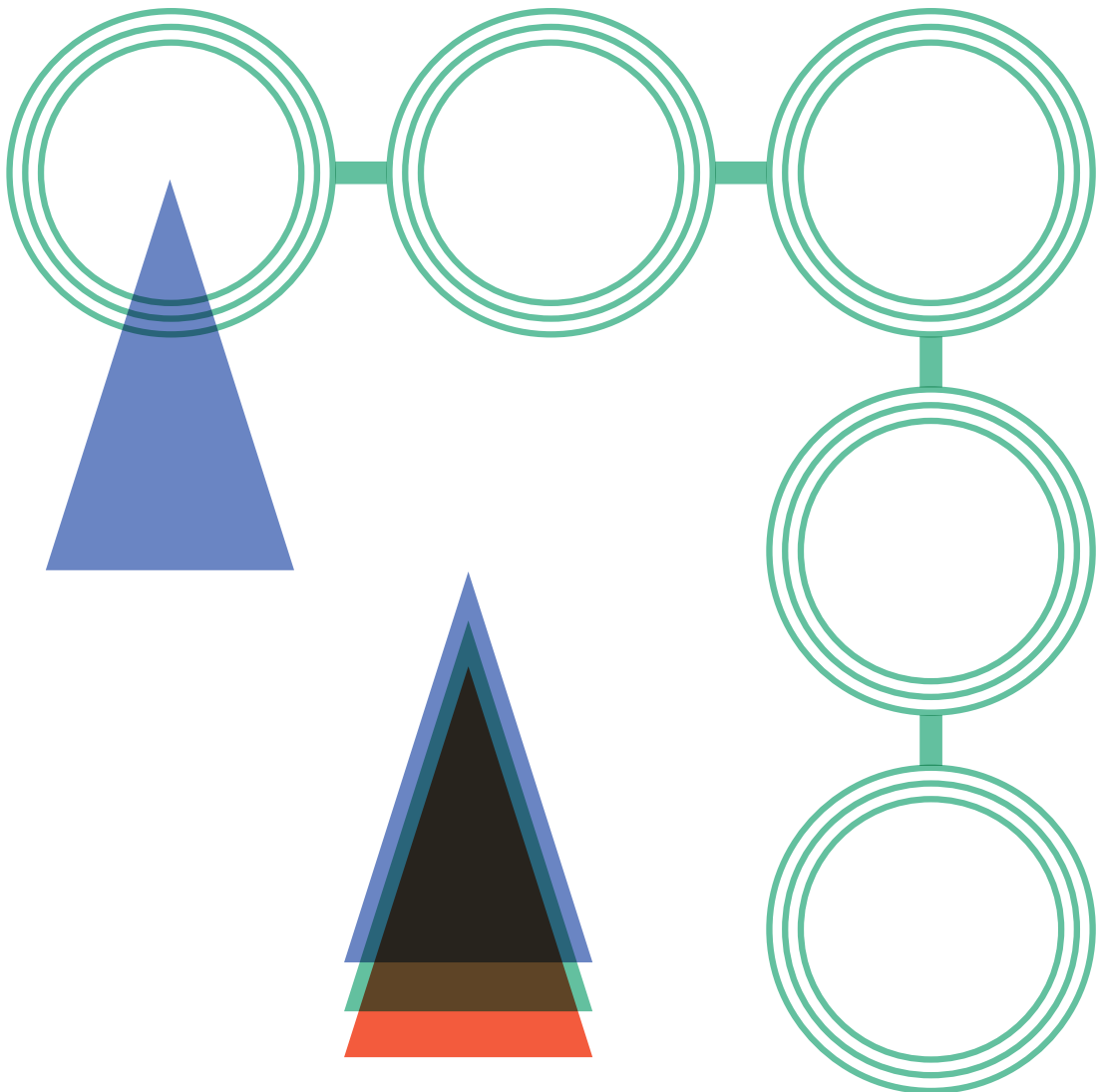
Widersprüche entwickelt. So ermittelte er für die Definition des positiven Friedens die Summe relativer konsensueller Werte in der Weltgemeinschaft der Nationen anhand einer Liste von zehn Werten, nämlich: 1. Anwesenheit von Kooperation, 2. Freiheit von Furcht, 3. Freiheit von Mangel, 4. Wirtschaftswachstum und Entwicklung, 5. Mangel an Ausbeutung, 6. Gleichheit, 7. Gerechtigkeit, 8. Handlungsfreiheit, 9. Pluralismus, 10. Dynamik. Das sind sehr komplexe Analysen, es ist nicht einfach nur eine Haltung.

*Wie bist du zu Galtungs Konzept gekommen?*

Ich habe bei Auslandsaufenthalten etwa in Ambon in Indonesien, wo es 1996 zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen zwischen Maduresen und Dayak kam, oder in Palästina während der Intifada im Jahr 2000, aber auch in Mexiko 1998 oder in Brasilien 2002 persönlich miterlebt, was Gewalt bedeutet. Gleichzeitig habe ich, ebenfalls durch eigene Anschauung, auch mitbekommen, wie wenig die deutsche auswärtige Politik, deutsche Kulturpolitik und deutsche Entwicklungspolitik darauf eingehen können oder wollen. Deshalb habe ich mich nach Abschluss meines Studiums in Deutschland bewusst für ein Studium der Friedenswissenschaften an der Europäischen Friedensuniversität in Stadtschlaing entschieden. Dort haben wir gelernt, Konflikte und Gewalt in all ihren Facetten zu analysieren – stets anhand sehr realer Fallbeispiele –, vor allem aber, was es für einen nachhaltigen Frieden braucht und was das überhaupt bedeutet. Einer der Lehrenden dort war Johan Galtung.

*Wie hast du ihn persönlich erlebt?*

Ich habe Galtung in erster Linie als Freigeist erlebt. Sein Credo in Bezug auf alle Konflikte, die er uns zu analysieren half, war, „to think out of the box“, also kreativ über das übliche Maß hinaus zu sein. Für mich war das, nach allem, was ich in meinem Studium in Deutschland mitbekommen hatte, geradezu revolutionär: Galtungs Ansätze zur Konfliktlösung waren keine Kompromisse, bei denen die Konfliktparteien oft das Gefühl haben, zu viel aufgegeben zu haben. Seine Lehre war, dass der Durchbruch gelingt, wenn sich Konfliktparteien darauf verpflichten, ihre alte Denkweise zu überwinden, wodurch am Ende alle Seiten zufrieden sind.



### *Hat Galtungs Methode Erfolg?*

Die hat es gegeben, etwa bei Grenzkonflikten, die über die Bildung gemeinsam verwalteter Nationalparks beendet werden konnten. Beeindruckt hat mich aber vor allem, dass er trotz unzähliger gescheiterter Mediationsversuche, sei es in Sri Lanka oder im Irak, nach wie vor ungeteilte Gewaltfreiheit propagiert, ausgehend von den in seinem Buch „Frieden mit friedlichen Mitteln“ beschriebenen Schlüsselkompetenzen, nämlich Empathie, Kreativität und Gewaltfreiheit. Und dass er keine Angst vor steilen Thesen hat, wie zum Beispiel die vom Untergang des US-Imperiums bis zum Jahr 2020, die er in einem Streitgespräch mit Samuel P. Huntington auf Schloss Neuhardenberg aufstellte, egal wie die Reaktionen darauf auch

ausfallen. Trotz seines großen Namens hat Johan wie selbstverständlich bei uns im Wohnheim gewohnt, mit uns gekocht, gegessen, in der Sauna gesessen. Er wollte uns für seine Sache gewinnen. Und das hat er durchgängig geschafft, auch indem er uns als gleichwertige Diskussionspartner anerkannt hat.

*Als Galtung den Begriff „strukturelle Gewalt“ formulierte, fiel das in eine Zeit, in der die Rezeption des Strukturalismus en vogue war. Louis Althusser versuchte beispielsweise eine strukturalistische Reinterpretation der marxistischen Theorie. Spielte das eine Rolle?*

Ob Galtung sich mit Althusser auseinandergesetzt hat, weiß ich nicht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang meines Erachtens, dass Galtung in seinem für

diese Diskussion grundlegenden Artikel „A Structural Theory of Imperialism“ aus dem Jahr 1971 strukturelle Gewalt nicht bloß als andere Umschreibung für die strukturellen Bedingungen von Gewalt begreift, sondern Strukturen als Gewalt selbst definierte, sofern sie Ungleichheit repräsentieren und Menschen davon abhalten, ihr tatsächliches oder vermutetes Entwicklungspotenzial auszuschöpfen. Ungleichheit ist also nicht allein ein Phänomen struktureller Gewalt, sondern zugleich deren Bedingung.

*Wenn jede Diskrepanz zwischen dem Gegebenen und dem potenziell Möglichen als Gewalt skandalisiert werden kann, bleibt kaum mehr Raum für gewaltfreie Verhältnisse.*

Ich kenne die Kritik an Galtung's Auslegung von Ungleichheit als Gewaltverhältnis, und auch die daran, dass die Definition von struktureller Gewalt weit und vage ist. Ich denke aber, dass es nach wie vor wichtig ist, dass dank ihm der Gewaltbegriff um die Phänomene Armut, Hunger, Unterordnung und sozialen Ausschluss erweitert wurde und damit auch die Friedensoptionen größer wurden. Wie ich auch die Kategorie der kulturellen Gewalt in seinem „Gewaltdreieck“ als hilfreich bei der Analyse von Konflikten empfinde: Wenn strukturelle Gewalt institutionalisiert und kulturelle Gewalt verinnerlicht ist, steigt die Gefahr, dass sich auch die persönliche, direkte Gewalt verfestigt. Generell habe ich Galtung's Forschung immer eher als Friedens- denn als Gewaltforschung verstanden.

*Wie ordnest du das Konzept in die sonstige friedenspolitische Debatte ein?*

Johan Galtung ist gerade auch in Deutschland umstritten, auch unter Forschern, weil ihm oftmals politische und nicht akademische Ziele unterstellt werden. Auch wird ihm vorgeworfen, dass seine Konzepte nicht den Krieg als solchen erklären. Und tatsächlich bezieht sich das Konzept der strukturellen Gewalt nicht auf gewaltförmige Konflikte. Positiver Frieden setzt allerdings negativen Frieden voraus. Ich denke, dass die Kritik Hand in Hand geht mit einer Krise der kritischen Friedensforschung generell, die systemkritische Forscher und damit auch Theorien der strukturellen Gewalt als Angriff auf die Ordnungsmacht des Staates auslegt.

*Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ein Dialogprogramm unter die Überschrift „Positiver Frieden“ gestellt. Warum?*

Wir haben das Konzept gewählt, weil es auf einen dauerhaften Frieden abzielt, in dem nicht nur die direkte Gewalt eingestellt wird. Wir fragen: Welche Formen struktureller Gewalt sehen wir? Wie und an welchem Punkt verwandeln sich diese in direkte Gewalt? Welche Formen von Widerstand und soziale und politische Bewegungen gibt es – gegen direkte und indirekte Gewalt? Was sind linke politische Antworten auf direkte und strukturelle Gewalt? Wie kann eine linke „positive Friedenspolitik“ aussehen?

*Und, wie kann sie aussehen?*

Frieden nicht erst zu denken, wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. Die Konfliktursachen müssen in den Blick genommen werden. Mehr noch: Die Konflikte sind schon längst da, bevor sie offen gewaltförmig ausgetragen werden. Hier setzt positive Friedenspolitik präventiv an – bei politischen Diskriminierungen, Menschenrechtsverletzungen, ungerechter sozioökonomischer Verteilung, den Verhältnissen von Kooperation und Konkurrenz zwischen Staaten und Staatenblöcken um Absatzmärkte und globale Ressourcen in der kapitalistischen Weltwirtschaft, bei Klimaschutz oder geopolitischer Interessenpolitik, die lokale Konflikte schnell zu Stellvertreterkriegen ausweitet. Hier muss sich etwas ändern, wenn Frieden mehr sein soll als bloß die zeitweilige Abwesenheit von Krieg.

*Wie schätzt du vor diesem Hintergrund die deutsche Entwicklungspolitik ein?*

Die gegenwärtige Entwicklungspolitik zielt nicht darauf ab, Strukturen zu fördern, die Menschen in den Regionen in die Lage versetzen, das, was Galtung als Frieden beschreibt, herzustellen und daran zu partizipieren. Das wird etwa deutlich bei dem Ansatz, die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern in einem großen Ausmaß zu industrialisieren. Das verschärft die Ungerechtigkeiten auf dem Land massiv. Diese ganzen rein ökonomisch gedachten und mit privatem Kapital kofinanzierten Projekte, bei denen grüne Innovationszentren auf den Wiesen wachsen, werden keinen positiven Frieden begründen können. Im Gegenteil: hier werden neue Quellen struktureller Gewalt gefördert.



# Den Feminismus anders denken

Mehr als ein Pakt zwischen Kriegern: zur Rolle von Frauen im kolumbianischen Friedensprozess. Von Kathrin Gerlof

Frieden, der mehr ist als ein Pakt zwischen Kriegern, braucht eine Vorstellung von der Transformation hin zu einer Gesellschaft, die frei von Gewalt ist und Frauen die gleichen Rechte wie Männern zugesteht. In Kolumbien ist man – trotz der 2016 nach mehr als vierjährigen Verhandlungen als historisches Ereignis gefeierten Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen der Regierung Santos und der FARC-Guerilla (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) – weit von diesem Ziel entfernt.

„Uns sind keine weiteren Beispiele von Friedensabkommen in anderen Ländern bekannt, die die Genderperspektive derart weitgehend berücksichtigt hätten, schon gar nicht, was die aktive Partizipation von Frauen betrifft.“ Das sagt die Feministin und Aktivistin Rocio Claros und sie begründet dies mit der starken Rolle von Frauenorganisationen und -bewegungen sowie mit einer langjährigen kollektiven Organisierung vieler Frauen.

Während der Aushandlung des Friedensvertrages arbeitete, von Frauen gefordert und erkämpft, ein Unterausschuss zum Thema Gender und prüfte die Vereinbarungen im Hinblick auf Frauenrechte. Dem waren jahrelange Kämpfe vorausgegangen, in denen verschiedene Frauenorganisationen und Aktivistinnen immer wieder gesagt hatten, dass es ohne die Einbeziehung von Frauen keinen Frieden geben werde. Während der Verhandlungen setzten sich Frauen unter anderem für neue Gesetze und staatliche Programme im Bereich Landwirtschaft ein, für gleichberechtigten Zugang zu Vieh und Acker.

Im Oktober 2016 fand ein Referendum statt, bei dem eine Mehrheit gegen den Friedensvertrag stimmte, stark beeinflusst von konservativ-rechten Kräften und evangelikalischen Kirchen. Dieses „Nein“ richtete sich auch gegen Frauen. Das Abkommen wurde trotzdem unterzeichnet und nachverhandelt, in vielem nicht mehr dem Ursprungstext entsprechend, aber es war den organisierten Frauen Kolumbiens gelungen, dass die Genderperspektive erhalten blieb. Eine Kommission wurde geschaffen, die überwachen soll, dass die vertraglich zugesicherten Rechte der Frauen umgesetzt und eingehalten werden. In der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) sind von 2.136 Kandidat\*innen 863 Frauen. Neue Plattformen und Basisorganisationen haben sich herausgebildet.

Die afrokolumbianische Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Francia Márquez sagt: „Ich glaube, dass Frauen der Antrieb von politischen und sozialen Kämpfen sind. Auch wenn sie manchmal nicht an vorderster Front stehen, gestalten sie den Alltag. (...) Wir sind die Kontinuität eines historischen Kampfes. (...) Ich glaube, dass wir den Feminismus anders denken müssen und dass man kein Feminist sein kann,

ohne Rassismus und das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu bekämpfen.“

Womit das Dilemma beschrieben ist, in dem Kolumbien seit Unterzeichnung des Friedensabkommens steckt. Die Freude ist vielen Menschen längst vergangen. Vor allem weil die Gewalt nicht nur nicht verschwand, sondern größer geworden ist. Und weil die ökonomischen Verhältnisse neue Formen und Zusätzungen der Gewalt ermöglichen und verstärken.

Paramilitärische Banden terrorisieren die Bevölkerung. Zwischen Ende 2016 und August 2018 wurden 3.501 Angehörige sozialer Bewegungen ermordet, doppelt so viele wie in den zwei Jahren zuvor. Militärdoctrin und Wirtschaftspolitik standen bei den Verhandlungen nie zur Debatte, eher hatte die Regierung das Ziel, FARC-befreite Zonen für Investoren attraktiv zu machen. Militärische Gewalt ist dafür die notwendige Begleitmusik.

Die Entwaffnung der FARC hat keinen Frieden gebracht, denn auch der immer mehr verwässerte Friedensvertrag hat die eigentlichen Ursachen des Konflikts – soziale, ökonomische und politische Ungleichheit – nicht angepackt. Stattdessen verschärfen sie sich. Gegenwärtig ist die Landkonzentration in Kolumbien weltweit am größten. 81 Prozent der Landfläche gehören einem Prozent der Grundbesitzer. Und der Friedensvertrag ließ das unangetastet. Versprochen war, dass acht Prozent der Landfläche an Kleinbauern und -bäuerinnen gehen, gehalten wurde das Versprechen nicht.

Der jetzige Präsident Iván Duque von ultrarechten Centro Democrático will mit seiner Steuerreform das Großkapital entlasten und die Mehrwertsteuer erhöhen – Kolumbien gilt bereits heute als Vize-Weltmeister in Sachen Ungleichheit.

Worauf Aktivistinnen wie Rocio Claros nicht müde werden hinzuweisen, sind die fatalen Folgen einer zunehmend extraktivistischen Wirtschaftspolitik, die Megaprojekte im Energie- und Bergbaubereich durchpeitscht und „auf einer ungezügelter Kommerzialisierung und Ausbeutung der Natur basiert“. Beides hat Auswirkungen besonders auf Frauen und deren Lebensverhältnisse, denn durch die Megaprojekte werden lokale Gemeinschaften zerstört, was die Organisierung von Widerstand erschwert. Zugleich beruht das Modell, so Claros, auf der Kontrolle von Frauen und deren Körpern, denn mit den Großprojekten wächst das Ausmaß an Sklaverei, Prostitution und sexueller Ausbeutung.

Gleich große Gefahr geht von dem mit Drogenhandel verbundenen, extrem gewalttätigen Machismo aus, was sich unter anderem an dem Zuwachs plastisch-chirurgischer Eingriffe zeigt. „Der Drogenhändler gibt einen Frauenkörper in Auftrag“, beschreibt es Claros.

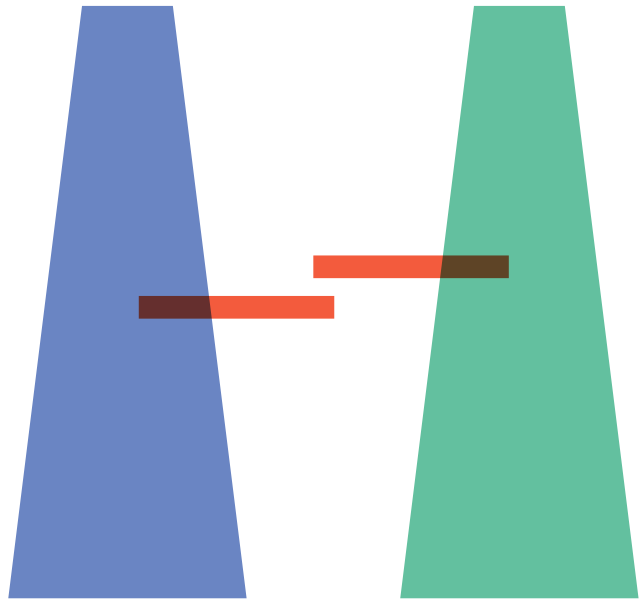
## Weltweit gegen den Vietnamkrieg

„Der Dschungel-Krieg in Vietnam hat auf die Bundesrepublik übergegriffen“, hieß es 1965 im „Spiegel“, in einem Bericht über einen Appell von westdeutschen Intellektuellen „für die sofortige Beendigung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams“. Der Konflikt um die Unabhängigkeit und Einheit des Landes hatte da schon Jahre gedauert – begannen 1946 mit dem bis 1954 anhaltenden Indochinakrieg gegen die französische Kolonialmacht, dann ab 1956 als Konflikt zwischen dem kommunistischen Nordvietnam und Südvietnam mit dessen Schutzmacht USA.

Der Krieg löste eine internationale Protestbewegung von großer Tragweite aus – die Bilder der Flächenbombardements mit Napalmbomben, der Einsatz des giftigen Entlaubungsmittels Agent Orange und das große Leiden der Zivilbevölkerung entfachten Wut und Empörung. Seit Mitte der 1960er Jahre wuchs zunächst in den USA der Widerstand, der sich aus älteren Protestbewegungen wie jener gegen Atomwaffen und der für Bürgerrechte speiste. Solidarisch waren aber auch Arbeiter\*innen aus Großbritannien oder das „Three-Continent Mobilization Committee in Cuba“, wie 2018 auch eine Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung über „50 Jahre Tet-Offensive – 50 Jahre 1968“ gezeigt hat.

Vor allem die in jener Zeit anschwellende Student\*innenbewegung machte den Ruf nach einem Ende des Krieges zu ihrem Hauptanliegen. Der Internationale Vietnamkongress im Februar 1968 an der TU in West-Berlin sollte zu einem der wichtigsten Ereignisse der damaligen Student\*innenbewegung werden. Das Vorgehen der USA bot einen Ansatzpunkt für fundamentale Kritik an der Realität der westlichen Demokratie. Auch ging es darum, Internationalismus und Klassenkampf wiederzubeleben. Und zudem konnte die Unterstützung antikolonialer Befreiungsbewegungen propagiert und das Paktieren von Regierungen wie jener der Bundesrepublik mit rechtsautoritären Regimen in Südamerika, Asien und Afrika kritisiert werden.

Anfang der 1970er Jahre wurden in den USA die „Pentagon-Papiere“ veröffentlicht, aus denen hervorging, dass entgegen offiziellen Beteuerungen der Krieg schon vor dem offiziellen Eingreifen geplant war – als Vorgehen gegen den Kommunismus. Ein Waffenstillstandsabkommen legte 1973 den Abzug aller US-Truppen fest, danach war der militärische Zusammenbruch Südvietnams nur noch eine Frage der Zeit. ■



Und auch wenn Frauen, beispielsweise in Bezug auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe juristischer Erfolge errungen haben, bleibt: Von einem Frieden, der mehr ist als ein Pakt zwischen Kriegern, ist die kolumbianische Gesellschaft weit entfernt.

Francia Márquez beschreibt es so: „Es gibt ein scheinbares Verständnis von Frieden, damit die Bergbauunternehmen in Regionen operieren können, wo es früher nicht möglich war. Ich glaube, das wird zu einem Wiederaufflammen des Konflikts führen. Jetzt sind bewaffnete Akteure in den Gebieten präsent, wo früher die FARC war. Der Paramilitarismus hat sich reaktiviert und die Morde an Menschenrechtsaktivisten nehmen weiter zu. Zurzeit geht Kolumbien rückwärts.“

Viele Frauenorganisationen diskutieren angesichts dieser Entwicklung, wie es gelingen kann, intersektionell zu denken und zu handeln. Also, sich zu verbünden. Es sei wichtig, sagt Marquez, gemeinsam das patriarchale System zu dekonstruieren und es auf kommunale Weise zu transformieren.

Insofern sind die Erfolge der kolumbianischen Frauen, die sie bei den und mit den Friedensverhandlungen errungen haben, nicht kleinzureden. Auch wenn das erkämpfte, verhandelte und dann aufgeschriebene Wort nicht in einen Frieden mündete, der den Namen auch verdient. „Wir kolumbianischen Frauen haben einen langen Weg zurückgelegt“, sagt Claros. „Von der Anklage und Identifikation als Opfer hin zu Forderungen nach Anerkennung der Wahrheit und nach Gerechtigkeit. Im Zuge dieser Proteste und Prozesse haben wir uns organisiert und uns politische Werkzeuge angeeignet, die uns dazu befähigen, unsere eigene Lebensrealität und die unserer Gemeinden zu verändern.“

Die Frauen Kolumbiens haben sich als politisches Subjekt konstituiert. Ignoriert werden kann das nicht. Und rückgängig gemacht nur mit größter Gewalt.

# „Die linke Szene bei uns ist sehr klein“

In diesem Jahr wäre Jugoslawien 100 Jahre geworden. Krunoslav Stojaković im Gespräch über ein zerfallenes Land, die soziale Frage und die Schwierigkeit, über Alternativen zu reden

*Direkt gefragt: Gibt es Frieden in Ex-Jugoslawien?*

Ja, gibt es. Ob das aber auch ein sozialer Frieden ist, das ist die andere Frage. Grundsätzlich ist es so, dass mit den Friedensprozessen und -verträgen die Kriegshandlungen eingestellt wurden. In erster Linie bezieht sich das auf Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo. Gegenwärtig ist das Kosovo in den Medien, weil dessen Anerkennung früher oder später bevorsteht. Das weiß man auch in Serbien. Die Frage ist nur, in welcher Form die Ausgestaltung der Rechte der serbischen Minderheit in Kosovo gelöst wird. Das ist der eigentliche Streitpunkt, nicht mehr die Frage, ob überhaupt. Und in Bosnien-Herzegowina ist natürlich mit dem 1995 ausgehandelten Friedensvertrag von Dayton die Grundlage des Staates in seiner Struktur gelegt worden. Vollkommen dysfunktional, aber Frieden in enger gefasster Form gibt es natürlich auch dort. Die Frage ist, welche Lebensbedingungen können geschaffen werden, welche politischen Akteure haben das Sagen und erschweren oder verunmöglichen ein richtiges Funktionieren des Staates. Hinzu kommen die beiden Nachbarn, Serbien und Kroatien, die immer mal wieder ihre eigenen Interessen verfolgen. Aber im engeren Sinne herrscht Frieden.

*Jedoch nicht auf sozialer Ebene, also einem jener Bereiche, die zum Konzept des Positiven Friedens gehören. Gibt es für die Konflikte strukturelle Ursachen und findet eine Aufarbeitung statt?*

Ich glaube nicht, dass etwas in die Richtung getan wird, aber das ist auch nicht die alleinige Entscheidung der dortigen Regierungen. Kroatien zum Beispiel ist Teil der EU und des europäischen Wirtschaftssystems. Ebenso verhält es sich mit Serbien, das sich von der EU diktieren lassen muss, was es für den Beitritt zu tun hat. Das hat negative Auswirkung besonders auf den Wirtschaftsbereich. Man kann nicht den jeweiligen lokalen Regierungen den Schwarzen Peter zuschieben.

*Wie ist das gemeint?*

Sie sind Teil des internationalen Wirtschaftssystems und die kapitalistische Restauration seit den 1990er Jahren wird jetzt vollendet. Der Beitritt zur Europäischen Union ist für alle politischen Eliten der Schlusspunkt dieses Prozesses. In Kroatien hatte schon mit der Unabhängigkeitserklärung die erste Phase des Privatisierungsprozesses stattgefunden. Ähnlich verhält es sich in Bosnien-Herzegowina. In Serbien hat sich der Privatisierungsprozess vor allem seit dem Sturz von Slobodan Milošević beschleunigt. Die grundlegende Tendenz war, ehemals gesellschaftliches Eigentum – Jugoslawien unterschied sich ja von anderen Staaten darin, dass es dort nur wenig Staatseigentum, stattdessen aber überwiegend gesellschaftliches Eigentum gab – in einem ersten Schritt zu verstaatlichen. Danach wurde privatisiert. Unterschiedliche Akteure haben sich bereichert, bis hin zu ausländischen Investoren, die profitable Unternehmen unter Wert aufgekauft und in seltenen Fällen die Produktion fortgesetzt haben. Das war eine große Welle der Deindustrialisierung, verbunden mit einem eklatanten Mangel an Arbeitsplätzen.

*Wie ist die Entwicklung aktuell?*

Was jetzt betrieben wird, ist die Strategie der ausländischen Direktinvestitionen. Da unterbieten sich die Staaten, um möglichst attraktiv für solche Investoren zu sein. Die sozialen Rechte, die Arbeitsrechte wurden durch neue Sozialgesetzgebung ausgehöhlt. In Serbien existieren rund 6.000 Gewerkschaften, diese Zersplitterung ist in den 2000er Jahren bewusst politisch forciert worden. All das, dazu Austerität und Sparauflagen, trägt zu dieser neoliberalen Zustandsbeschreibung bei, von der wir reden. Die Ökonomien sind vollkommen abhängig.

*Mit dem Eintritt in die EU ist dieser Prozess sozusagen abgeschlossen. Sehen das die zivilgesellschaftlichen Akteure auch so? Die, mit denen wir zusammenarbeiten, sind alle höchst EU-skeptisch bis ablehnend. Die EUMitgliedschaft hat anderen südosteuropäischen Staaten,*



Foto: privat

**Krunoslav Stojaković**, Jahrgang 1978, hat Geschichtswissenschaft, Politologie und Soziologie studiert und ist Leiter des Büros Südosteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung im serbischen Belgrad. Zusammen mit Boris Kanzleiter hat er unter anderem das Buch „1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975“ beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH herausgegeben. Mit ihm sprach Anne Schindler.

wie Bulgarien oder Rumänien, nichts Gutes gebracht. Aber diese Ablehnung der EU-Mitgliedschaft und der Rückzug auf die Nationalstaatlichkeit ist ja auch keine Lösung. Das grundlegende Problem der ökonomischen Dysfunktionalität bliebe ja bestehen. Es kann auch kein Projekt für eine progressive Linke sein, sich auf den Nationalstaat zurückzuziehen. Stattdessen müssen neue Möglichkeiten gesucht werden. Wie könnte eine andere Form der europäischen Zusammenarbeit aussehen? Debatten darüber, wie eine sozialistische Alternative zur gegenwärtigen EU zu denken und zu formulieren sei, finden leider so gut wie nicht statt. Das hat auch etwas mit Kapazitäten zu tun. Die linke gesellschaftspolitische Szene bei uns ist sehr klein. Es gibt gegenwärtig einfach nicht die notwendige intellektuelle Breite für eine solche Diskussion.

*Wie groß ist der Anteil jener internationalen Akteure, die in den 1990er Jahren in den Krieg eingegriffen haben, an diesem Zustand?*

Sie sind ein fester Bestandteil der Situation, in der wir uns heute befinden. Daraus wächst ja auch viel Kritik, dass es der westliche Machtblock war und ist, der sich hier versucht, zu bereichern und die Balkanstaaten an der Peripherie zu halten. Selbst Mitgliedsländer wie Griechenland, die trotz aller Probleme nicht vergleichbar sind mit den Kleinstaaten des ehemaligen Jugoslawien, haben erlebt, was es bedeutet, wenn EU-Institutionen ihre Muskeln spielen lassen und ihre Positionen durchdrücken. Auch aus dieser Erfahrung formiert sich der Widerstand.

*Eine linke Alternative denken – was kann eine Stiftung dazu beitragen?*

Wir wollen dazu beitragen, aber uns fehlt das Gegenüber. Wir brauchen Akteurinnen und Akteure vor Ort, die ein Interesse daran haben. Wir arbeiten in erster Linie mit Partnerorganisationen und versuchen, in deren Projekte solche Fragestellungen einzuflechten. Wir haben im Moment 15 Partnerorganisationen. Mit den meisten arbeiten wir schon viele Jahre zusammen. Kontinuität ist wichtig. Wir sind ja auch Aufbauhelfer für linke Organisationen. Es gibt eine sehr agile und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen linken zivilgesellschaftlichen Akteuren und dem progressiven Teil des gewerkschaftlichen Milieus. Die Schwäche der Gewerkschaf-

ten betrifft ja viele Menschen. Da können wir auch international was machen. Sozialstaatsanalyse, marxistische Theoriebildung, Staatskritik, es passiert schon einiges.

*Woher kommt diese Sehnsucht nach der Rückkehr des Nationalstaates?*

Es ist eine Frage der politischen Eliten. Die sehen auch, wie schlecht diese Staaten funktionieren, und ihre einzige Grundlage für die Legitimierung ihres Seins ist die nationale Karte. Der Schuldige kann dann immer der andere sein. Das fing vor dem Auseinanderfallen Jugoslawiens mit einem sehr ausgeprägtem Wirtschaftsnationalismus an, vor allem der reicherer nördlichen Republiken, die nicht mehr in den Solidarfonds einzahlen wollen. Das Gleiche haben wir in Deutschland auch. Dieser Prozess hat sich in den 1980er Jahren zugespitzt, vor allem mit dem nationalistischen Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Und in den 1990er Jahren hat sich das verstärkt, indem Schuldige benannt worden sind, um vom eigenen politischen und wirtschaftlichen Misserfolg abzulenken. Das Problem sind nicht die Bevölkerungen. Ich komme aus BosnienHerzegowina. Da denken die meisten, die Leute dort können sich nicht riechen. Seit dreißig Jahren gibt es deshalb Dialogmaßnahmen. Das nervt die Leute, permanent mit ihrem Nachbarn etwas ausdiskutieren zu müssen, was gar nicht das Problem ist.

*Was ist das eigentliche Problem?*

Die einzige Wirtschaftsstrategie von Staaten wie Serbien ist die der ausländischen Direktinvestitionen. In Serbien gibt es zum Beispiel einen deutschen Automobilzulieferer namens Dräxlmaier, der dort mehrere Produktionsstandorte hat und den Belegschaften gewerkschaftliche Organisation verbietet. Eine Verhaltensweise, die das Unternehmen in Bayern nicht praktiziert. Solche Unternehmen lagern aus, nehmen alle Vorteile mit, der serbische Staat gibt kostenlos das Gelände, befreit die Unternehmen von Steuern, subventioniert die Löhne, und der Profit geht allein an die Unternehmen. Gleichzeitig ist dieses Konzept der ausländischen Direktinvestitionen gar nicht so erfolgreich. Denn es kommen nicht so viele Investoren und wenn, dann meist in geringqualifizierten Bereichen.

# Die stille Revolution von Makueni

Diebstahl öffentlicher Ressourcen ist einer der größten Konfliktherde in Kenia. Das Dorf Mwaani geht nun gegen Korruption vor. Von Anja Bengelstorff

Manchmal ist die Größe von Steinen eine Sache der Demokratie. Sind sie zu klein, läuft die Demokratie Gefahr, ins Wanken zu geraten. Doch zum Glück hat die Bäuerin Phyllis Nduva, 65, aus dem 1.000-Seelen-Dorf Mwaani im Osten Kenias ein Handy mit Kamerafunktion und weiß, wie Demokratie funktioniert. Und das geht so: Bäuerin Nduva fotografiert die Grundsteine des neuen Gesundheitszentrums, mit denen die Baufirma eben erst das Fundament gelegt hat. Sie schickt die Fotos an Bauer David Mutisya, 33, den Vorsitzenden des Baukomitees. Dieser schaut auf den Bauplan, den ein Ingenieur der Bezirksregierung zuvor dem Komitee im Detail erklärt hat, und bestätigt Nduvas Vermutung: Die Steine sind zu klein. Das Baukomitee bestellt die Baufirma ein, konfrontiert den Bauleiter. Kleinere oder minderwertigere Komponenten als die bestellten zu liefern, aber das höherwertige Produkt zu berechnen – das ist die Sprache der Korruption.

Die Bauern aus Mwaani aber fordern die für das Fundament notwendigen Steine. Das Zentrum soll auf soliden Füßen stehen. Der Bauleiter hat keine Chance, er muss die Steine austauschen. Er muss ertragen, dass täglich Mitglieder des Baukomitees um seine Baustelle herumstreichen und sich Notizen machen. Jeden Handgriff seiner Bauarbeiter mit Argusaugen überwachen. Er kann nichts tun, denn diese Bauern sind seine Bauherren: Die EinwohnerInnen von Mwaani wollten ein Gesundheitszentrum, und jetzt bauen sie sich eins. Und nur wenn sie zufrieden sind, nur wenn sie der Bezirksregierung schriftlich bestätigen, dass der Bau wie geplant fertiggestellt ist, überweist die Bezirksregierung der Baufirma ihren Lohn.

In Kenia fordert man keine Autoritäten heraus. In Kenia besteht man nicht auf seinem Recht. In Kenia konfrontieren Dörfler keine Firmen. Doch die neue Verfassung von 2010 verlagert ausgewählte Regierungsfunktionen hin zu 47 neu geschaffenen Bezirken, darunter etwa die Gesundheitsversorgung, Vorschulerziehung und Instandhaltung von Nebenstraßen auf dem Land. Seit der vorletzten Wahl im März 2013 wird diese Dezentralisierung konkret umgesetzt. Basisdemokratie ist dafür essenziell. Die BürgerInnen und nicht mehr die Zentralregierung im fernen Nairobi sollen entscheiden, wie ihr Dorf, ihre Stadt, ihr Bezirk entwickelt werden.

Die 47 Bezirke erhalten zusammen mindestens 15 Prozent des Staatsbudgets. Jedes individuelle Budget wird über eine Formel berechnet, die auf der Einwohnerzahl, der Größe des Bezirks und seiner Armutsrate beruht sowie einen fixen Anteil für Verwaltungskosten beinhaltet. Jeder Bezirk hat ein lokales Parlament mit einem Gouverneur an der Spitze. Kenia leistet sich eine teure Demokratie.

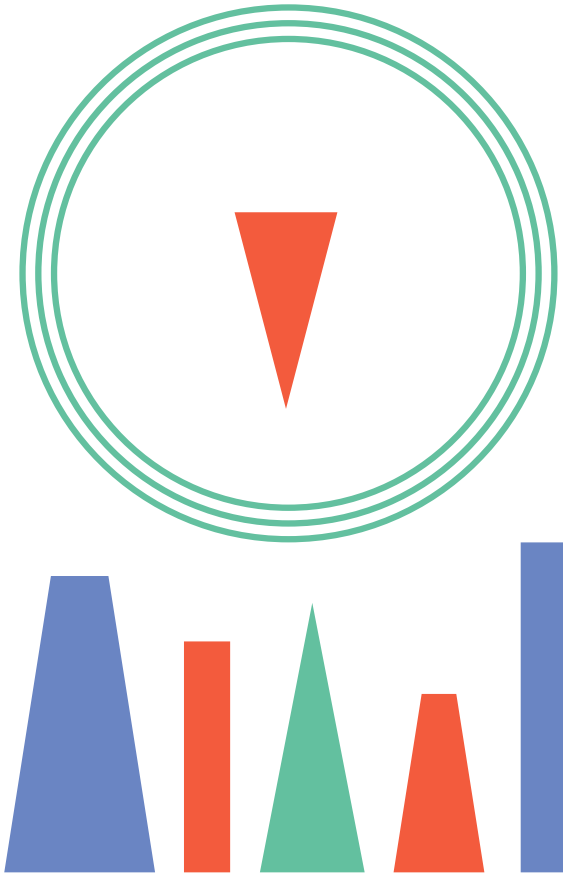
„Die Präsidentschaft war das Tier, das gebändigt werden musste“, sagt Abraham Rugo, Leiter des Kenia-Büros der International Budget Partnership. Die Organisation unterstützt weltweit Zivilgesellschaften dabei, durch Analysen von Staatsbudgets Regierungsführung zu verbessern. Das „Tier“ verkörperte der frühere Staatspräsident Daniel arap Moi, der bis 2002 das Land jahrzehntelang diktatorisch regiert und sämtliche Staatsmacht in den Händen gehalten hatte. Diese Position war die Quelle aller Konflikte, denn nur der Präsident bestimmte, welche Ressourcen Kenias – im Klartext: Geld – wohin verteilt wurden.

„Es war kein Platz für andere, sich gleichberechtigt am Lenken des Landes zu beteiligen“, sagt Rugo. Macht dezentralisieren, um Konflikten vorzubeugen: Das sollte die neue Verfassung von 2010 erreichen. Die Allmacht des Präsidenten beschneiden, sie horizontal an Parlament und Justiz übertragen, aber auch vertikal an eigenständige regionale Verwaltungseinheiten. Eine Gesellschaft, die gerade so überlebt, zu einer Gesellschaft machen, die floriert. Alle Macht gehört dem Volk, so steht es in Artikel 1 der kenianischen Verfassung.

Um soziale Konflikte zu entschärfen oder abzuwehren, geht das Dokument sehr ins Detail. So sieht es zum Beispiel eine klare Anerkennung marginalisierter Gruppen vor wie etwa der Ogiek, einer ethnischen Minderheit von circa 35.000 Menschen, die als Jäger und Sammler in den Wäldern Zentralkenias lebt und seit Jahrzehnten um ihren Verbleib in den Wäldern kämpft. Auch dürfen nicht mehr als zwei Drittel eines Geschlechts in öffentliche Ämter gewählt werden: Dies soll Frauen besseren Zugang zu Entscheidungspositionen ermöglichen. Bis heute jedoch hat das kenianische Parlament es nicht geschafft, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Nur 22 Prozent der Parlamentarier sind Frauen.

Unter Präsident Moi hatte die Region, aus der er stammt, die meisten Schulen und die besten Straßen. KenianerInnen in anderen Teilen des Landes hatten nie eine gepflasterte Straße überquert. Um Ressourcen regional gerechter zu verteilen und Unmut zwischen den 44 Ethnien Kenias zu vermeiden, sieht die Verfassung die 47 Bezirke vor. Im Dorf Mwaani haben die Menschen den Geist der Verfassung begriffen und lassen ihre neugewonnene Entscheidungsfreiheit nicht mehr los. Mwaani ist eine Siedlung im Bezirk Makueni. Hier leben sie von der Landwirtschaft; Mangos und Orangen gedeihen prächtig, doch die Wasserversorgung ist ein Problem. Fast zwei Drittel der knapp eine Million EinwohnerInnen sind arm.

Doch eine stille Revolution breitet sich aus in Makueni: Der Bezirk gilt als Musterbeispiel für eine gelingende Dezentralisierung. Als einziger der 47 Bezir-



ke in Kenia hat er klare Richtlinien und Strukturen für die politische Bildung und Aufklärung seiner BürgerInnen. Die Zivilgesellschaft war hier lange vor dem Strukturwandel eine der aktivsten des Landes. Doch vor allem führt ein Mann Makueni, der als Vater der Dezentralisierung gilt und bei diesem Aspekt großen Einfluss auf die Verfassungsschreibung hatte: Juraprofessor Kivutha Kibwana, von seinen BürgerInnen anständig nur „Prof“ genannt.

„Wir fühlen uns großartig“, sagt David Mutisya vom Baukomitee in Mwaani. „Endlich werden wir ernst genommen.“ Mwaanis Bäuerinnen und Bauern hatten beratschlagt und entschieden: Die nächste Krankenstation in der Bezirkshauptstadt Wote ist zu weit entfernt, sie wollten eine Klinik im Dorf. Als die Bezirksregierung nach ihren Wünschen fragte, waren sie vorbereitet. Ein Baukomitee wurde gebildet, dem neben Fachleuten aus der Bezirksregierung sieben DörflerInnen angehören, und der junge Bauer David Mutisya zum Vorsitzenden gewählt. Etwa 30.000 Euro kostete der Bau – keinen Cent mehr als veranschlagt. Mit diesen Management-Komitees haben die Menschen einen demokratischen Schlüssel in der Hand. Sie ermöglichen Transparenz und geben ihnen das Gefühl, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. „Die Leute verstehen jetzt: Es ist unser Projekt, und es ist unser Geld“, sagt Patrick Mutunga, ein Mitglied des Baukomitees.

Hat die kenianische Regierung zwar mit ihrer progressiven Verfassung ein mächtiges Instrument zur Lösung tiefsitzender und jahrzehntealter Konflikte

in der Hand, unterwandert sie deren Umsetzung doch kontinuierlich. „Die Regierung stellt sicher, dass die Bezirke nicht genug Geld bekommen, um zu funktionieren“, weiß Abraham Rugo. „Obwohl das Gesundheitssystem vollständig dezentralisiert ist, hält die Nationalregierung 70 bis 80 Prozent seiner Funktionen weiter in der Hand. Zudem braucht es Jahre, um Gesetze im Parlament durchzubringen.“ Die Regierung verlangsamt die Verfahren, um keine Macht abgeben zu müssen.

Für den Verwaltungsexperten ist die größte Errungenschaft der Verfassung, „die Stimme des Volkes gehört“ zu haben. „Sie ist aber auch die am häufigsten missbrauchte.“ Längst nicht überall funktioniert es wie im Bezirk Makueni. Die neue Struktur hat auch die Korruption dezentralisiert: Kassierten früher vor allem Minister ab, bereichern sich nun auch die lokalen Parlamente. Innerhalb kurzer Zeit wohnen Verantwortliche in neuen Villen, fahren teure Autos, leisten sich Leibwächter auf Kosten der Steuerzahler. Sie finden Wege, Regierungsaufträge von Unternehmen, die Verwandten gehören, ausführen zu lassen. So bleibt der Gewinn in der Familie. Ein Bezirk hebt seit zwei Jahren einen Straßengraben aus, in dem sich inzwischen Müll sammelt, denn der Bau steht still: Jemand ist mit dem Geld für die Baufirma verschwunden.

Die Verfassung sieht umfassende Kontrollmaßnahmen bei der Verteilung von Staatsressourcen an die Bezirke vor. Doch diese Verfahren kosten Zeit und Geld. „Bevor ein Bezirk sein Geld bekommt, um etwa ein Gesundheitszentrum zu bauen, sind sieben bis acht Instanzen auf verschiedenen Ebenen zu durchlaufen“, hat Rugo beobachtet. „Denn wir vertrauen weder einander noch dem System. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für Konflikte in Kenia. Niemand wird für Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen.“ Dieses Vertrauen, ist er überzeugt, lässt sich nur herstellen, wenn eine gewählte Regierung dem Gesellschaftsvertrag mit ihren BürgerInnen nachkommt, „nämlich für alle zu sorgen, egal wer am Regierungstisch sitzt“, und indem die Gesetze für alle gelten.

Bisher tun sie das nicht. Noch nie ist jemand in Kenia wegen Korruption verurteilt worden, und doch ist der Diebstahl öffentlicher Ressourcen einer der größten Konfliktherde jedes Staates, auch Kenias. Zwar hat Präsident Uhuru Kenyatta 2015 Korruption zum nationalen Sicherheitsrisiko erklärt, doch hat eine kenianische Tageszeitung vor Kurzem ausgerechnet, dass in den vergangenen 5 Jahren nur 13 Prozent der Staatsausgaben korrekt abgerechnet wurden. Es fließt so viel Geld aus dem Regierungsapparat, dass manche Regierungsgeschäfte nicht mehr funktionieren.

„Dieser Konflikt war noch nie so intensiv wie heute“, sagt Abraham Rugo, „aber die Leute halten still“, aus Angst, das wenige, was sie sich mühsam aufgebaut haben, wieder zu verlieren. So haben sich die KenianerInnen auf ihre privaten Konfliktlösungsstrategien zurückgezogen: Eine wachsende Mittelklasse ist finanziell in der Lage, für sich selbst und etliche Familienmitglieder zu sorgen. Selbsthilfegruppen und Mikroversicherungen stopfen weitere finanzielle Löcher.

# Das ist der Treibstoff der Bewegungen

Steffen Kühne über Widersprüche in den Kämpfen um Ernährungssouveränität, Nahrung als politische Frage und die Rolle der Technik für eine alternative landwirtschaftliche Produktion

*Der Begriff ist etwas sperrig – wann hast du eigentlich das erste Mal von Ernährungssouveränität gehört?*

**Steffen Kühne:** Das ist noch gar nicht so lange her, vielleicht sechs oder sieben Jahre. Mir haben damals Leute von La Vía Campesina erzählt, der internationalen Bewegung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Landarbeiterinnen und Landarbeitern. Ich komme aus einer linken Tradition, die der Modernisierung der Agrarproduktion eher aufgeschlossen gegenüberstand und sich gegen eine Verklärung angeblich besserer, alter Zustände wandte. Der Fortschritt wird auch den Kleinbauern was bringen, so dachte ich damals.

*Und das war falsch?*

Nicht grundsätzlich. Aber ich habe damals besser verstanden, was La Vía Campesina macht, dass diese Form der Selbstorganisation und die dahinter stehenden Ideen es lohnen, sich damit auseinanderzusetzen. Andere sind schon viel früher darauf gekommen.

*Wie kann man die Idee „Ernährungssouveränität“ in drei Sätzen erklären?*

Es geht um die Demokratisierung des Ernährungssystems, also darum, dass Menschen selbst darüber entscheiden können, was sie essen und wie das

hergestellt wird. Es geht um die Rückgewinnung von Kontrolle über einen zentralen Aspekt des eigenen Lebens, um die Grundversorgung von Bedürfnissen, die nicht der Macht von Agrarkonzernen überlassen werden soll. Es geht also um die Wiedergewinnung von gesellschaftlicher Macht. Ernährungssouveränität hat dabei einen starken Praxisbezug: Die Idee kommt von Leuten, die sich als Kleinbauern und Landarbeiter ihr Leben wieder aneignen wollen.

*Klingt ein bisschen so, als sollten Kleinbauern das neue historische Subjekt der Linken werden?*

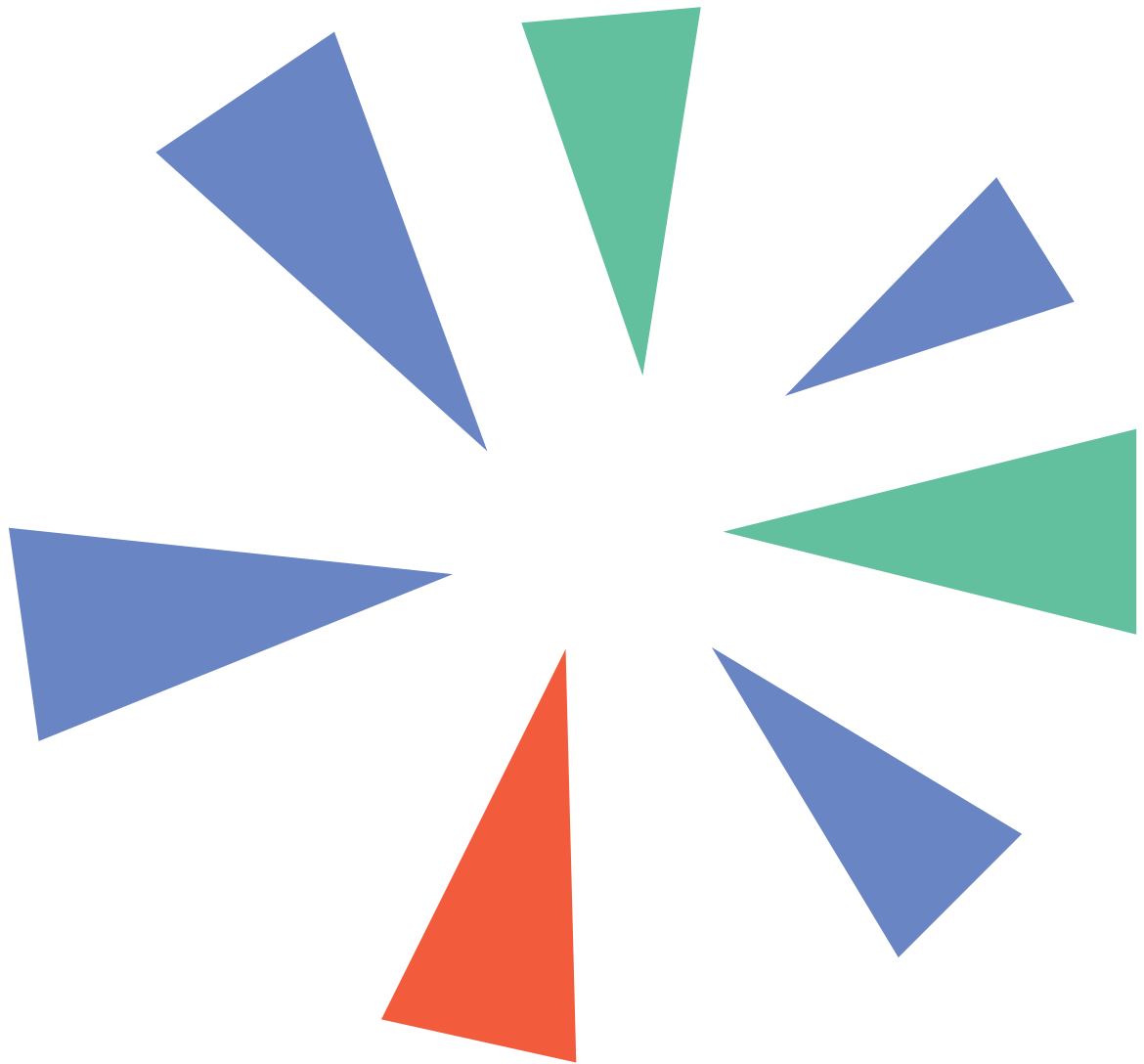
Die Frage ist, ob sie das nicht schon sind. In weiten Teilen der Welt besteht die Bevölkerung mehrheitlich aus Kleinbauern und Landarbeitern. Für viele ist das ein Leben, das sie auch mit Stolz und Selbstbestimmung verbinden, nicht nur mit Zwang und Elend. Die wollen auch keineswegs alle in die Metropolen. Nun rollt aber eine gewaltige Welle agrarkapitalistischer Modernisierung über die Welt, Millionen Menschen werden so in etwas Neues gestürzt, dabei oft entrechtet und vertrieben. Viele von denen kämpfen nun unter der Fahne der Ernährungssouveränität für ihre völlig berechtigten Interessen und wollen an Veränderungsprozessen teilhaben,



Foto: privat

**Steffen Kühne** ist Referent für Sozialökologischen Umbau und Vizedirektor der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mit ihm sprach Tom Strohschneider.





sie in ihrem Sinne gestalten. Das sollten Linke unterstützen. Wenn wir den Gedanken von Demokratie und Selbstbestimmung ernst meinen, dann muss man die Menschen fragen, worum es ihnen geht. Und in vielen Teilen der Welt ist das eben ländliche Bevölkerung, die in der primären Agrarproduktion arbeitet.

*Gibt es da eine Zahl, die die Größenordnung vorstellbar macht?*

Es gibt da ganz verschiedene Statistiken, je nachdem, wer dazurechnet wird. Die Internationale Arbeitsorganisation spricht von weltweit 1,1 Milliarden Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon sind diesen Daten zufolge 40 bis 50 Prozent abhängig beschäftigt.

*Allein das verweist auf Unterschiede innerhalb dieser Gruppe.*

Genau, Kleinbauern leben ja nicht unbedingt im Elend. Sie verfügen häufig

noch über Boden, das heißt, sie sind gegenüber den abhängig Beschäftigten ohne Grundbesitz noch in einer quasi privilegierten Situation. Landlose in Indien dagegen sind in einer ganz anderen Situation.

*Und im globalen Norden?*

Selbst bei den kleineren Höfen würden wir hier nicht von Kleinbauern sprechen. Selbst die sind meist ja auch schon das Ergebnis von Konzentration. Kleinbauer ist also auch ein politischer Begriff, der Menschen zusammenbringt, die ähnliche Interessen haben. Und die gehen.

*Gibt es Kleinbauern, die andere Menschen als Landarbeiter ausbeuten?*

Natürlich, auf verschiedene Weise sogar. Das geht bei der Selbstausbeutung los, die in weiten Teilen der Welt die bäuerliche Landwirtschaft bestimmt und die ganze Familie in die Produktion zwingt. Andere Kleinbauern beschäftigen Arbeitskräfte. Man kann den Faden



noch weiter spinnen und sich die Frage stellen, ob ein Lohnabhängiger hierzulande, der eine Bayer-Aktie zur Altersvorsorge gekauft hat, nicht auch Nutznießer des agrarkapitalistischen Ausbeutungsmodells ist. Weltweit treiben zudem sehr viele Menschen Landwirtschaft im Nebenerwerb, die gehen also noch einer anderen abhängigen Beschäftigung nach. Die Grenzen verschwimmen.

*Führt das innerhalb der Bewegungen, die sich für Ernährungssouveränität einsetzen, nicht auch zu Konflikten?*

Es gibt natürlich unterschiedliche Ansichten. Und es gibt auch mal harte Debatten. Aber diese Widersprüchlichkeit, etwa zwischen den Interessen von Landlosen und denen von Kleinbauern auf eigener Scholle, ist selbst ja auch Motiv und Treibstoff der Bewegungen. Die Bäuerinnen und Bauern klären in der Praxis, was Ernährungssouveränität ist. Und die Praxis ist immer voller Widersprüche.

*Ich will noch einmal auf das Verhältnis von Modernisierung und Bewahrung zurückkommen. Propagiert und verteidigt Ernährungssouveränität nicht unter dem Strich doch ein Bild der ländlichen Idylle, das in Wahrheit anachronistisch ist?*

Manchmal: natürlich. Das gehört zu den Widersprüchen. Jede Bewegung braucht ein Narrativ und unter denen, die sich für Ernährungssouveränität stark machen, sind viele, die bäuerliche Existenz gegen Abwertung zu verteidigen versuchen und dabei durchaus Verklärung betreiben. Wenn etwa gesagt wird, es seien die Bäuerinnen und Bauern, die die Welt ernähren – dann verschwindet in diesem Bild mitunter auch, was an den Verhältnissen oft nicht so schön ist, unter denen diese Ernährungsproduktion stattfindet, welche Vorstellungen etwa von Geschlechterrollen mitunter gelebt werden. Da braucht es Aufklärung, das muss hinterfragt werden. Das ist aber in jeder anderen politischen Auseinandersetzung auch so.

*Grundfragen progressiver Kultur und Werte zerreißten auch hierzulande manche Bewegung.*

Man muss sich aber auch einmal die unterschiedlichen Perspektiven klarmachen. Wir hier im Norden leben in einer Gesellschaft, in der kaum noch jemand Nahrungsmittel produziert. Ernährungssouveränität ist also in Berlin

oder Buxtehude für die allermeisten eine Frage des Konsums und der ökonomischen Voraussetzungen dazu. Wer kann sich warum nur das schlechte Essen leisten? Die verbliebenen Produzierenden kannst du hierzulande kaum noch zum alleinigen Ausgangspunkt von Kämpfen gegen den Agrarkapitalismus machen, auch wenn es natürlich sehr engagierte bäuerliche Netzwerke gibt. Im globalen Süden sind die Produzierenden oft die Mehrheit. Es geht also eher darum, auf verschiedenen Ebenen Bündnisse möglich zu machen: zwischen Nord und Süd, zwischen Produzenten und Konsumenten. Das sind die Verbündeten, die du brauchst, wenn du was verändern willst. Die Erklärung von Nyéléni von 2007 gehört (siehe Spalte Seite 66) zu den Versuchen, breitere Kreise in das Engagement für Ernährungssouveränität einzubeziehen.

*Die einen sagen, die Bauern ernähren die Welt. Man hört oft etwas anderes: Die Konzerne ernähren die Welt. Was ist daran falsch?*

Ohne lebendige Arbeit läuft auch in der Agrarproduktion nichts, der ganzen Industrialisierung zum Trotz. Oft kaufen zudem die Konzerne bäuerliche Produkte auf und speisen sie in ihre Wertschöpfungsketten ein. Es gibt Experten, die rechnen vor, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung von bäuerlicher Landwirtschaft ernährt werden. Aber es geht ja auch nicht nur um Mengen, sondern um die Qualität und die Art des Produzierens, die wir wollen.

*Angesichts des immer noch enormen Hungers wird immer auch die Frage der Produktivität der Nahrungsmittelproduktion ins Feld geführt – oft mit dem Hinweis verbunden, steigende Bevölkerungszahlen ließen sich nur noch mit industriellen und chemisch verbesserten Methoden ernähren.*

Wie viele am Ende satt werden, liegt erstens nicht an der Produktivität, sondern an der Verteilung, also daran, wer was von dem bekommt, das hergestellt wird. Zweitens gibt es viele Gründe, die negativ auf die Produktivität durchschlagen können – politische Regimes, unsinnige Agrarreformen, der Klimawandel. Und drittens ist die bäuerliche Agrarproduktion, was die Erträge pro Fläche angeht, oft sogar deutlich effektiver. Der Grund ist einfach: Wer seinen Boden besser kennt, wer sich mit klimatischen Bedingungen

seiner Region gut auskennt, wer die Auswahl bei noch nicht zu Tode gezüchteten Pflanzen hat, kann anders produzieren. Bestimmte Produktionsmodelle der Agrarwirtschaft, die dem globalen Süden als Rettung verkauft werden, zerstören dagegen die Grundlage einer selbstbestimmten Nahrungsproduktion – zum Beispiel den Boden, die Fauna und so weiter. Mit Glyphosat kann ich die Erträge kurzfristig stark erhöhen, aber die mittelfristigen Folgen sind fatal.

*Es hat etwas mit den Folgen agrarkapitalistischer Expansion bei gleichzeitigem Wachsen kritischer Haltungen der Verbraucher zu tun, dass das Wort „industriell“ heute fast als ein Schimpfwort gilt.*

Ja, es ist auch zu einem Kampfbegriff geworden. Zum Teil hat das seine Berechtigung. Aber man muss auch fragen: Was soll überhaupt nicht-industrielle Agrarproduktion sein? Der Bauer mit der selbstgebauten Hacke ist jedenfalls kein Zukunftsmodell.

*Was dann?*

Wir sagen, Landwirtschaft soll ökologisch sein, alle sollen satt werden, die Natur soll nicht zerstört werden, es sollen faire Arbeitsbedingungen herrschen. Und das führt zu der Frage, wie man das aktuelle agrarkapitalistische System umstellen kann. Hier kann auch die Industrialisierung bestimmte Chancen bieten. Ob man ökologisch oder solidarisch wirtschaften kann, hängt ja nicht einzig von den Maschinen ab, sondern viel eher vom Zustand der Demokratie im Betrieb, von den Grundsätzen und Zielen, die man verfolgt, von den Eigentumsformen.

*Hier finden sich Parallelen zu den Debatten über Automatisierung und Digitalisierung. Genau. Wenn man kleine Roboter entwickeln könnte, die recycelbar und solarbetrieben Kartoffelkäfer absammeln, könnten große Trecker, die irgendwelche Chemikalien versprühen sollen, auf dem Hof bleiben. Das ist jetzt nur ein Beispiel. Richtig ist aber auch, dass die Präzisionslandwirtschaft, die gerade als das neue große Ding verkauft wird, eine große Lüge bleibt, solange die Fragen nach Eigentum und Demokratie nicht beantwortet sind.*

*Die Fragen verlagern sich aber nun stärker auf die Ebene von Daten.*

Auch für die Agrarproduktion gilt, wer die Daten hat, die etwa Präzisionsland-

wirtschaft und den punktgenauen Einsatz angepasster Pestizide ermöglichen, wird die Macht über die Herstellung und damit über die Erzeugnisse und damit über das Essen, unser Essen haben. Bleibt diese Macht dem Primat der Verwertungslogik verpflichtet, wird sich bald eine existenzielle Frage für die Menschheit stellen. Es ist nämlich etwas anderes, ob man es mit Netflix oder Google zu tun hat, die „nur“ unsere Kommunikation, das Wissen und Teile der Kultur beherrschen. Es geht hier um unsere Ernährung, die man nicht einer Handvoll Konzerne überlassen darf.

*Ich komme noch mal auf die Begriffe zurück: Souveränität kennen wir hier eher aus Debatten, mit denen versucht wird, eine letzten Endes nationalistische Perspektive durchzusetzen.*

Ich will hier keine Begriffe verteidigen, mir geht es um Konzepte. Die Idee der Ernährungssouveränität wurde nicht im europäischen Raum entwickelt, es geht um ganz andere Zielsetzungen als etwa in Diskussionen um „nationale Souveränität“. Es geht um eine breite Partizipation der Produzenten von Nahrungsmitteln an den Entscheidungen über diese Produktion.

*An wen adressieren die Bewegungen für Ernährungssouveränität ihre Forderungen? Auch wenn Selbstorganisation an sich schon ein wichtiger Aspekt ist, bleibt richtig: Sobald du Rechte forderst, bleibst du entweder völlig abstrakt oder du musst Staaten in den Blick nehmen. Rechte, die du nicht einklagen kannst, sind ein Witz und einklagen kannst du Rechte meist nur, wenn es dazu Vorschriften gibt oder Staaten sich transnational darauf verständigt haben. Wir müssen also knallhart an Politik und Gesetzgebung ran.*

*Helpen Hebel wie Fairtrade-Siegel?*

Was heißt es eigentlich, wenn auf einem Produkt „Fairtrade“ draufsteht? Dass alle anderen Produkte mindestens unfair produziert wurden. Das ist ein nicht zu akzeptierender Zustand. Und es ist wichtig, dass sich die Konsumentinnen und Konsumenten nicht nur über ihren Geldbeutel begreifen, also darüber, was sie sich leisten können. Ernährung ist eine politische Frage und wir alle sind politische Subjekte. Wir müssen den Arsch hochkriegen und dafür sorgen, dass die Verhältnisse sich ändern.





# **GLOBALE SOLIDARITÄT**

FÜR EINEN  
INTERNATIONALISMUS  
DER ZUKUNFT



KONGRESS DER  
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



DER  
KONGRESS  
WIRD  
VERSCHOBEN



INFORMATIONEN:  
[WWW.ROSALUX.DE](http://WWW.ROSALUX.DE)

